

Prä1-001

# Präambel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Titel: Prä1-001: Präambel

Von Zeile 1 bis 6:

mit uns Grünen bleibt Bayern ~~ist~~ ein lebenswertes Land. Seine reiche Landschaft und seine kulturelle Vielfalt machen es unverwechselbar. Die Menschen leben gerne hier. Wir Grüne ~~wollen, dass Bayern ein lebens- und lebenswertes Land bleibt~~ auch. w

Dafür ~~braucht unser Land neue Ideen und Mut zur Veränderung. Denn wenn~~ dürfen wir ~~so weitermachen wie bislang, wird vieles~~ nicht so ~~bleiben,~~ weitermachen wie es ~~ist~~ bislang. Das Aussterben von Tier- und

Von Zeile 9 bis 11:

Digitalisierung vieler Bereiche ~~unseres Lebens~~ erfordern neue und mutige und auch unpopuläre Antworten. Gemeinsam mit allen Nachdenklichen haben wir es in der Hand, ~~wir werden~~ uns diesen Herausforderungen zu stellen für eine gute Zukunft nicht nur für Bayern und seine Menschen.

## Begründung

Der Originaltext zielt auf die potentiellenn Wähler der Volksparteien. Das könnte peinlich ankommen, Dieses Feld ist zudem restlos von Parteien wie der CSU und längst auch der SPD vereinnahmt. Wir müssen es also nicht auch so tun, als würden wir es Allen Recht machen wollen.

Zu unserer Marke gehören unausbleiblich auch unpopuläre Forderungen. Es gilt, sie für die Nachdenklichen plausibel zu machen. Mit den Nachdenklichen meine ich

nicht nur die für Ideen offene Intelligenz, sondern auch die 60 %, die bei allen Meinungsumfragen für die Umwelt stimmen, uns aber im Blick auf unsere wenig beherrschte Problematik, nicht mehr zutrauen, für die Lösung zu stehen. Schon die Präambel muss nicht mehr und nicht weniger als die Unverzichtbarkeit einschneidender Gesetze ins Bewusstsein aller für unsere Zukunftsprobleme bringen. Wir dürfen die Problematik in all ihrer Düsternis ausbreiten, wenn wir gleichzeitig mit unseren bitte bitte sehr konkreten Forderungen Hoffnung geben . Es kann nichts Optimisteres geben als ein alle kurzsichtigen Egoisten ausgrenzendes Umweltprogramm.

Diese Überlegungen liegen auch etwaigen weiteren Änderungsanträgen zugrunde.

**Prä1-002**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** Prä1-002: Präambel

**Von Zeile 2 bis 6:**

~~Bayern ist ein lebenswertes Land. Seine reiche Landschaft und seine kulturelle Vielfalt machen es unverwechselbar. Die Menschen leben gerne hier. Wir Grüne wollen, dass Bayern ein lebens- und lebenswertes Land bleibt. Dafür braucht unser Land neue Ideen und Mut zur Veränderung. Denn wenn wir so weitermachen wie bislang, wird vieles nicht so bleiben, wie es ist.~~ Wir Grüne wollen, dass Bayern ein lebens- und lebenswertes Land bleibt. Dafür braucht unser Land neue Ideen und Mut zur Veränderung. Das Aussterben von Tier- und

## **Begründung**

Unserer Ansicht nach überflüssig und nichtssagend.

**Prä1-002-2**

# Präambel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-002-2: Präambel

**Von Zeile 2 bis 11:**

~~Bayern ist ein lebenswertes Land. Seine reiche Landschaft und seine kulturelle Vielfalt machen es unverwechselbar. Die Menschen leben gerne hier. Wir Grüne wollen, dass Bayern ein lebens- und liebenswertes Land bleibt. Dafür braucht unser Land neue Ideen und Mut zur Veränderung. Denn wenn wir so weitermachen wie bislang, wird vieles nicht so bleiben, wie es ist. Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, die Überhitzung des Erdklimas, die zunehmende soziale Spaltung, autoritäres Denken und aggressives Handeln gegenüber Minderheiten, aber auch die Digitalisierung vieler Bereiche unseres Lebens erfordern neue und mutige Antworten. Gemeinsam haben wir es in der Hand, wir werden uns diesen Herausforderungen stellen für eine gute Zukunft für Bayern und seine Menschen.~~  
Bayern ist ein reiches Land: Wir sind reich an einer atemberaubenden Natur, reich an einer vielseitigen Kultur und Geschichte, reich an wunderbaren Bürgern und Bürgerinnen. Wir wollen seine Potentiale wecken und Fehlentwicklungen korrigieren.

Bayern ist jedoch auch ein gefährdetes Land: Die jetzige Staatsregierung bedroht es durch eine autoritäre Sicherheitspolitik, die die Freiheit aller gefährdet, sie blockiert die Energiewende hin zu nachhaltigen Energiequellen, sie verhindert einen effektiven Umwelt- und Klimaschutz und die Digitalisierung kommt nicht voran. Der Verkehr, unter dem insbesondere die Städte leiden, ist immer noch einseitig auf das Auto ausgerichtet und die Diesel-Affäre wird auf dem Rücken der Bürger ausgetragen. Die Integration Flüchtender wird nicht gestaltet, sondern panisch abgewehrt mit fatalen Folgen für die Zukunft unserer Gesellschaft und dem Schüren von Ängsten und Vorurteilen.

**Zusätzlich brauchen wir dringend durchgreifende Fortschritte in der Klimapolitik um dramatische Veränderung unserer Umwelt in der nahen Zukunft zu verhindern. Bayern muss hier seinen Anteil leisten und muss auch viel mehr tun, um seine eigene Natur und Kulturlandschaft zu schützen. Beides, der Klimawandel und die momentane Agrarpolitik bedrohen Lebensgrundlagen, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt.**

## **Begründung**

mündlich

Prä1-003

# Präambel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Judith Bogner (KV Mühldorf)

Titel: Prä1-003: Präambel

In Zeile 3:

Vielfalt machen es unverwechselbar. Die Menschen leben gerne hier. Wir ~~Grüne~~GRÜNE

Von Zeile 12 bis 18:

Wir ~~Grüne~~GRÜNE haben einen klaren Kompass. Wir stellen ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit über kurzfristiges Gewinnstreben. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle und machen sie ~~nicht~~ von Herkunft oder Geschlecht unabhängig. Gute Bildung ist für uns der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der alle faire Chancen haben. Wir gestalten die Digitalisierung ~~und sehen nicht nur hilflos zu~~proaktiv. Zusammenarbeit über soziale, kulturelle und nationale Grenzen hinweg – das ist unser Weg, ~~nicht Rückzug, Resignation und~~statt

Von Zeile 24 bis 26:

~~gute~~reine Luft zum Atmen, gesundes Essen, eine reiche Tier- und Pflanzenwelt, intakte Kulturlandschaften und ein gutes~~stabiles~~ Klima – ~~das brauchen wir alle~~dies sind die Grundlagen für ein gutes Leben für uns alle. Wir gehen ~~damit~~mit diesen Grundlagen zu nachlässig und verschwenderisch um und setzen so

In Zeile 32:

Zerstörung bewahren. Dafür machen wir ~~Grüne~~GRÜNE uns stark.

In Zeile 37:

Alleinerziehende um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern.  
~~Verbindliche~~Wir GRÜNE wollen verbindliche

In Zeile 40:

Bezahlung, insbesondere für Care-Berufe, ~~So~~ sorgen ~~dafür,~~wir dafür dass Frauen endlich

In Zeile 49:

Wir ~~Grüne~~GRÜNE erhalten, was uns erhält. Wir stärken unser soziales Miteinander.

Von Zeile 56 bis 59:

~~Sie als Wähler\*innen entscheiden darüber, ob wir in Bayern die Herausforderungen mit Mut, Zuversicht und Offenheit für neue und innovative Ideen angehen. Dafür stehen wir Grüne. Oder ob die Parteien die Oberhand gewinnen, die trotzig an Überkommenen festhalten und angesichts der aktuellen Aufgaben resignieren.~~haben es in der Hand, , ob wir in Bayern die Herausforderungen mit Mut, Zuversicht und Offenheit für neue und innovative Ideen angehen. Dafür stehen wir Grüne. Dafür bitte wir um Ihr Vertrauen.

In Zeile 62:

für Bündnis ~~90/Die Grünen~~90/DIE GRÜNEN.

### **Begründung**

Etwas fine-tuning einiger Ausdrücke und Straffung. Negativbetonung rausgenommen.

**Prä1-005**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** Prä1-005: Präambel

**Von Zeile 5 bis 6 löschen:**

**unser Land neue Ideen und Mut zur Veränderung. ~~Denn wenn wir so weitermachen  
wie bislang, wird vieles nicht so bleiben, wie es ist.~~ Das Aussterben von Tier- und**

## **Begründung**

Es soll nicht alles so bleiben, wie es ist - das ist nicht GRÜNES Ziel. Eine ökologische, soziale, digitale und gesellschaftlich liberalere Politik ist notwendig, damit in Zukunft alle Menschen hier gut leben können.



**Prä1-007**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Judith Bogner (KV Mühldorf)

**Titel:** Prä1-007: Präambel

**In Zeile 7:**

**Pflanzenarten, ~~die Überhitzung des Erdklimas~~ der Klimawandel, die zunehmende soziale Spaltung,**

## **Begründung**

Festlegung auf Überhitzung sehe ich problematisch, weil in manchen Erdregionen Abkühlung festgestellt wird. Mit Klimawandel ist das Gleiche gemeint und wir sind auf der sicheren Seite.

Prä1-012

# Präambel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

Titel: Prä1-012: Präambel

Von Zeile 12 bis 21:

~~Wir Grüne haben einen klaren Kompass. Wir stellen ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit über kurzfristiges Gewinnstreben. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen für alle und machen sie nicht von Herkunft oder Geschlecht abhängig. Gute Bildung ist für uns der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der alle faire Chancen haben. Wir gestalten die Digitalisierung und sehen nicht nur hilflos zu. Zusammenarbeit über soziale, kulturelle und nationale Grenzen hinweg – das ist unser Weg, nicht Rückzug, Resignation und Angst vor der Zukunft. Für uns ist die Würde des Menschen unteilbar. Wir wehren uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.~~

Wir GRÜNE haben auf diese Herausforderungen die richtigen Antworten, wir stellen uns dieser komplexen Welt mit neuen Ideen und Mut zur Veränderung und haben einen klaren Kompass:

Ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit steht über kurzfristigem Gewinnstreben. Wir wollen gleiche Rechte und Chancen unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Und wir glauben das gute Bildung dafür der wichtigste Schlüssel ist. Wir wollen Digitalisierung gestalten, um die positiven Effekte zu nutzen, aber nicht hilflos gegenüber den negativen Auswüchsen zu sein. Für uns ist die Würde des Menschen nicht nur auf dem Papier unantastbar, denn wir füllen diesen Grundsatz unserer Demokratie mit Leben. – gegen Rassismus und Diskriminierung.

**Begründung**  
mündlich

**Prä1-015**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Bildung (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** Prä1-015: Präambel

**In Zeile 15:**

**Geschlecht abhängig. ~~Gute~~ Stärkenorientierte Bildung mit individueller Förderung**

## **Begründung**

"Gute Bildung" ist unpräzise und inhaltsleer.

**Prä1-016**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** Prä1-016: Präambel

**Von Zeile 16 bis 17 löschen:**

**Gesellschaft, in der alle faire Chancen haben. ~~Wir gestalten die Digitalisierung und  
sehen nicht nur hilflos zu.~~ Zusammenarbeit über soziale, kulturelle und**

## **Begründung**

hier negativ formuliert, ab Zeile 43 ausführlich beschrieben

**Prä1-016-2**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-016-2: Präambel

**In Zeile 16 einfügen:**

**Gesellschaft, in der alle faire Chancen haben. Chancen kann man sich bei uns auch mit noch so viel Geld nicht erkaufen. Drum lehnen wir Grüne in Bayern Parteispenden von Unternehmen und Verbänden künftig ab. Wir gestalten die Digitalisierung**

## **Begründung**

Weltweit leidet die Menschheit unter korrupten Regierungen. Parteispenden in Millionenhöhe sind auch in unserem Land der Grund für eine die Reichen und Superreichen bevorzugende Gesetzgebung. Jede relativ auch noch so kleine Spenden Spenden von Unternehmen und Interessenverbänden an die Grünen macht uns sprachlos gegenüber der grossen Nähe der Regierungsparteien zu den Interessenverbänden einer nicht am Gemeinwohl interessierten Wirtschaft. Wenn ein Baulöwe an alle Parteien mehr oder weniger gross spendet, ist gerade keine Rechtfertigung für die Grünen zum Mitmachen. Denn der will sich gleich alle gefügig machen und dafür sorgen, dass niemand dagegen den Mund aufmachen kann.

**Prä1-017**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-017: Präambel

**In Zeile 17:**

und sehen auch nicht nur hilflos zu, wenn sie immer mehr zur Abhängigkeit von den das Netz beherrschenden Unternehmen führt Zusammenarbeit über soziale, kulturelle und

## **Begründung**

Die grassierende Vereinnahmung der Nutzer sollten wir im Auge behalten und das auch (möglichst noch deutlicher) auch sagen.

**Prä1-018**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** Prä1-018: Präambel

**Von Zeile 18 bis 19 löschen:**

**ationale Grenzen hinweg – das ist unser Weg, ~~nicht Rückzug, Resignation und  
Angst vor der Zukunft~~. Für uns ist die Würde des Menschen unteilbar. Wir wehren**

## **Begründung**

Unser Weg ist positiv.

Eine negative Aufzählung ist nicht hilfreich bei der Beschreibung einer positiven Vision.



**Prä1-018-2**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-018-2: Präambel

**In Zeile 18:**

**ationale Grenzen hinweg – das ist unser Weg, nicht Rückzug, Resignation ~~und~~aus  
der nicht unbegründeten**

## **Begründung**

Vor dem abstrakten Begriff Zukunft muß selbstverständlich niemand Angst haben, es geht aber darum, was uns und unseren Kindern in Zukunft bevorsteht, wenn wir nicht endlich konsequent handeln anstatt zu resignieren, uns also uns mit der Zerstörung der Lebensgrundlagen abfinden und mitnehmen, was nur geht, wenn ohnehin alles kaputt geht.

**Prä1-022**

# Präambel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-022: Präambel

**Von Zeile 22 bis 32:**

~~Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen in Bayern brauchen mehr und besseren Schutz. Sauberes Wasser, gute Luft zum Atmen, eine reiche Tier- und Pflanzenwelt, intakte Kulturlandschaften und ein gutes Klima – das brauchen wir alle für ein gutes Leben. Wir gehen damit zu nachlässig und verschwenderisch um und setzen so unsere Gesundheit und unsere Zukunft aufs Spiel. Dabei gibt es längst Alternativen. Wir können mit einem Bruchteil der Ackergifte fast die gleiche Menge an Lebensmitteln herstellen. Wir können mit Bussen, Bahnen und dem Fahrrad für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten sorgen. Wir können kreative Lösungen planen, bevor die Bagger rollen und so unsere Kulturlandschaft vor der Zerstörung bewahren. Dafür machen wir Grüne uns stark.~~

Sauberes Wasser, gute Luft, eine reiche Tier- und Pflanzenwelt, intakte Kulturlandschaften und ein gesundes Klima – das ist die Lebensgrundlage aller! Sie zu schützen ist deswegen unsere oberste Verpflichtung. Der Verschwendung dieser Grundlagen müssen wir Einhalt gebieten. Ein Bruchteil an Ackergiften, mehr Raum und Einsatz für Busse, Bahnen und Fahrräder, sowie ein Stopp des rasanten Flächenverbrauchs sind unmittelbar machbar. Wir GRÜNE machen uns dafür stark.

**Begründung**  
mündlich

Prä1-023

# Präambel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Titel: Prä1-023: Präambel

Von Zeile 23 bis 29:

Lebensgrundlagen in Bayern brauchen ~~mehr und besseren~~unseren Schutz. Sauberes Wasser, gute Luft zum ~~Atmen~~Durchatmen, eine ~~reiche~~wieder vollständige Tier- und Pflanzenwelt, ~~intakte~~nachhaltige Kulturlandschaften und ein gutes Klima – das brauchen wir alle für ein gutes Leben. Wir gehen damit ~~zu-~~nachlässig und verschwenderisch um und ~~setzen~~verspielen so unsere Gesundheit und unsere Zukunft ~~aufs Spiel~~. Dabei gibt es längst Alternativen. Wir können ~~mit einem Bruchteil der~~ohne die ynatur belastenden Ackergifte ~~mit mit modernen Methoden ökologischer Lanwirtschaft~~ fast die gleiche Menge an Lebensmitteln herstellen. Wir können mit Bussen, Bahnen ~~und~~, dem Fahrrad und ruhig auch mal zu Fuß

In Zeile 33:

Unsere Gesellschaft hält dann zusammen, wenn die Menschen ~~das Gefühl haben~~überzeugt sein können, dass es

In Zeile 38 einfügen:

Quoten für Frauen bis hinein in die Führungspositionen, ein gutes Angebot zur Kinderbetreuung,

**Begründung**

Die vorgeschlagenen Änderungen sind ein Versuch, vom Vagen, „Halbherzigen“ wegzukommen.

Und wir treten nicht nur für die Frauen in Spitzenpositionen ein.

**Prä1-026**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** Prä1-026: Präambel

**Von Zeile 26 bis 28:**

Leben. Wir gehen **damit mit unseren natürlichen Ressourcen** zu nachlässig und verschwenderisch um und setzen so unsere Gesundheit und **unsere die** Zukunft aufs Spiel. Dabei gibt es längst Alternativen. Wir können **mit einem Bruchteil ohne** der Ackergifte fast die gleiche

**Unterstützer\*innen**  
Hans-Dieter Manger

**Prä1-027**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** Prä1-027: Präambel

**In Zeile 27 einfügen:**

**unsere Gesundheit und unsere Zukunft aufs Spiel. Dabei gibt es längst  
ökologische und nachhaltige**

## **Begründung**

Nur die Nennung von Alternative ist zu unkonkret.

Deshalb näher spezifiziert: Dabei gibt es längst ökologische und nachhaltige Alternativen.

**Prä1-028**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** Prä1-028: Präambel

**Von Zeile 28 bis 32 löschen:**

**~~Alternativen. Wir können mit einem Bruchteil der Ackergifte fast die gleiche Menge an Lebensmitteln herstellen. Wir können mit Bussen, Bahnen und dem Fahrrad für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten sorgen. Wir können kreative Lösungen planen, bevor die Bagger rollen und so unsere Kulturlandschaft vor der Zerstörung bewahren.~~ Dafür machen wir Grüne uns stark.**

## **Begründung**

Durch den negativen Eindruck wird das von Zeile 22 bis 27 beschriebene positive Bild zerstört.

Aufzählung insgesamt zu negativ: Ackergifte, Lärm, Bagger rollen, Zerstörung  
Aufzählung beginnt jeweils mit: "Wir können..." 3x

**Prä1-034**

# Präambel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-034: Präambel

**Von Zeile 33 bis 41:**

~~Unsere Gesellschaft hält zusammen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht. Hier gibt es noch viel zu tun. Insbesondere Frauen haben nach wie vor deutlich schlechtere Chancen als Männer. Sie verdienen weniger und in der Regel sind sie es, die sich als Ehefrau, Lebenspartnerin oder Alleinerziehende um Kinder und pflegebedürftige Angehörige kümmern. Verbindliche Quoten für Frauen in Führungspositionen, ein gutes Angebot zur Kinderbetreuung, mit dem sich Beruf und Familie wirklich vereinbaren lassen und eine bessere Bezahlung, insbesondere für Care-Berufe, sorgen dafür, dass Frauen endlich gleiche Chancen und Rechte wie Männer haben.~~

Sozialer Zusammenhalt entsteht aus Gerechtigkeit. Hier gibt es viel zu tun. Gleiche Chancen- und gleiches Gehalt für Frauen muss erreicht werden. Gleichzeitig muss aber auch die Anzahl der Berufstätigen, die Bedingungen der Ausbildungen und das Gehalt in sozialen Berufen verbessert werden. Denn diese Bürgerinnen und Bürger sind der Kitt unserer Gesellschaft. Auch für Sie machen wir GRÜNE uns besonders stark. Und die Situation von Menschen in prekären sozialen Situationen muss verbessert werden. Letztlich müssen endlich alle für alle einstehen.

**Begründung**  
mündlich



Prä1-043

# Präambel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-043: Präambel

Von Zeile 42 bis 48:

~~Die Digitalisierung erfordert ein Update der bayerischen Politik. Wir GRÜNE ergreifen die Chancen, die sich bieten – in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Behördengang. Wir nutzen die digitalen Technologien für saubere Energie, für einen attraktiven öffentlichen Verkehr, für mehr Teilhabe. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen wie ein schnelles Datennetz – und zwar im ganzen Land. Wir setzen dort Grenzen, wo die Freiheit eingeschränkt wird und der Datenschutz und die Arbeitnehmer\*innenrechte ausgehöhlt werden.~~

Digitalisierung ist Grundlage für ein Vorankommen von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen deswegen Bayern hier aus seinem Dornröschenschlaf erwecken und mit schnellem Internet und digitalen Technologien für saubere Energie, öffentlichen Verkehr und mehr Teilhabe der Digitalisierung in diesem Land die nötige Grundlage schaffen. Dabei haben wir ein wachsames Auge für die Persönlichkeitsrechte der Nutzer.

**Begründung**

mündlich

**Prä1-049**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-049: Präambel

**In Zeile 48 einfügen:**

**die Arbeitnehmer\*innenrechte ausgehöhlt werden.**

**Wir sorgen für Sicherheit mit Augenmaß und Gelassenheit. Nicht die panische und Freiheitsrechte einschränkende Politik der momentanen Staatsregierung sorgt für Sicherheit, sondern mehr Personal, bessere Ausstattung und Ausbildung und eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte. Dafür müssen Gesetze nicht verschärft, sondern der Spielraum der vorhandenen sinnvoll genutzt werden, ohne die Freiheit der Menschen zu gefährden, die wir verteidigen wollen.**

**Begründung**

mündlich

**Prä1-049-2**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-049-2: Präambel

**In Zeile 48 einfügen:**

**die Arbeitnehmer\*innenrechte ausgehöhlt werden.**

**Wir wollen, dass die politischen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg mit Anstand geführt werden. Genauso wehren wir uns gegen den Erfolg von Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken, genauso wie den verrohenden Ton im politischen Alltag. Dabei wollen wir mit eigenem Vorbild eine gesunde Streitkultur fördern, aber auch Maßnahmen unterstützen, die Fake News und Hass im Internet eindämmen.**

**Begründung**

mündlich

**Prä1-050**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Gesundheit und Soziales (beschlossen am: 24.03.2018)

**Titel:** Prä1-050: Präambel

**In Zeile 49 einfügen:**

**Wir Grüne erhalten, was uns erhält. Die Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir wollen die bestmögliche bedarfsgerechte Versorgung der Patient\*innen in allen Teilen Bayerns. Menschlichkeit ist der Dreh- und Angelpunkt für gute Pflege in Bayern. Wir stärken unser soziales Miteinander.**

## **Begründung**

In der Präambel des Wahlprogramms sind die Worte Pflege und Gesundheit nicht enthalten. Dies bedeutet, dass der Bereich für das Wahlprogramm nur eine untergeordnete Bedeutung hat. Dies soll mit der Ergänzung behoben werden.

**Prä1-050-2**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** Prä1-050-2: Präambel

**In Zeile 49:**

**Wir Grüne erhalten, was ~~uns~~die Erde erhält. Wir stärken unser soziales  
Miteinander.**

## **Begründung**

Das "uns" ist missverständlich und könnte auch auf uns Grüne bezogen werden.

**Prä1-050-3**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Augsburg-Stadt (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** Prä1-050-3: Präambel

**In Zeile 49 einfügen:**

**Wir Grüne erhalten, was uns erhält. Wir stärken unser soziales Miteinander. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Reichtum gerecht verteilt wird.**

## **Begründung**

Wir müssen uns eindeutig gegen die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich klare Position beziehen. Sie ist die Basis der Ungleichheit.

**Prä1-050-4**

# Präambel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt) & Paul Heger (KV München-Stadt)

**Titel:** Prä1-050-4: Präambel

**Von Zeile 49 bis 62:**

~~Wir Grüne erhalten, was uns erhält. Wir stärken unser soziales Miteinander. Dafür streiten wir – mit all unserer Leidenschaft für das Land, mit unseren Ideen und starken Persönlichkeiten in allen Teilen Bayerns. Das beweisen wir seit vielen Jahren in den Kommunen, im Bayerischen Landtag, im Bundestag, im Europaparlament und bei vielen Volks- und Bürgerbegehren. Bayern liegt uns am Herzen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen unser Land gestalten! Und das können wir am besten, wenn wir regieren. Für dieses Bayern streiten wir GRÜNE mit all unserer Leidenschaft. Das beweisen wir seit vielen Jahren mit starken Persönlichkeiten überall in Bayern in den Kommunen, im Bayerischen Landtag, im Bundestag, im Europaparlament und bei vielen Volks- und Bürgerbegehren. Dabei scheuen wir uns weder vor Oppositionsarbeit, noch vor Regierungsverantwortung. Es kommt darauf an, ganz konkret möglichst viel für die Menschen in Bayern zu erreichen. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Wir bitten Sie bei der Wahl am 14. Oktober um Ihre beiden Stimmen für BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN für mehr Mut, Zuversicht und neue innovative Ideen für Bayern.~~

~~Sie als Wähler\*innen entscheiden darüber, ob wir in Bayern die Herausforderungen mit Mut, Zuversicht und Offenheit für neue und innovative Ideen angehen. Dafür stehen wir Grüne. Oder ob die Parteien die Oberhand gewinnen, die trotzig an Überkommenen festhalten und angesichts der aktuellen Aufgaben resignieren. Wir brauchen ihre Unterstützung, damit Bayern liebens- und lebenswert für alle bleibt. Dafür bitten wir Sie bei der Wahl am 14. Oktober um ihre beiden Stimmen für Bündnis 90/Die Grünen.~~

**Begründung**  
mündlich



**Prä1-059**

# **Präambel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** Prä1-059: Präambel

**Von Zeile 58 bis 59 löschen:**

**stehen wir Grüne. ~~Oder ob die Parteien die Oberhand gewinnen, die trotz an  
Überkommenen festhalten und angesichts der aktuellen Aufgaben resignieren.~~**

## **Begründung**

Der Satz klingt unsachlich und aggressiv

**K1-001**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-001: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

## **Redaktionelle Änderung**

Der Absatz "Schadstofffreie Verkehrsmittel" Zeile 33-34 soll nach Zeile 27 eingefügt werden.

## **Begründung**

Wenn schadstoffarme Verkehrsmittel Vorrang haben dann auch hier im Programm. Zuerst sollten wir darlegen was wir wollen.

**K1-001-2**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-001-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

## **Redaktionelle Änderung**

Zeile 194 - 197 nach 173 einfügen. (Beginnt mit: Mithilfe der Digitalisierung...)

## **Begründung**

Der Absatz schlägt die Brücke zwischen Überschrift "Die Energiewende wird smart" und den folgenden Kapiteln

**K1-001-3**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-001-3: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

## **Redaktionelle Änderung**

Zeile 188 - 191 nach Zeile 180 einfügen. (Vernetzte Verkehrsleitsysteme... )

## **Begründung**

Passt thematisch zu Verkehr bzw. abgasfreie Autos und fügt sich somit gut nach Zeile 180 ein.

**K1-001-4**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-001-4: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

## **Redaktionelle Änderung**

Zeile 439 - 441 nach Zeile 432 einfügen.

## **Begründung**

Passt inhaltlich gut zur Überschrift "Eine Fahrt eine Fahrkarte". Deshalb sollte dieses Kapitel vorgezogen werden.

**K1-014**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** K1-014: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 14:**

**mutiger Unternehmer\*innen das Rückgrat unserer Stromversorgung. Ähnliche Innovationen streben wir bei der Recyclingindustrie, einer umweltfreundlichen Mobilität, der biologischen Landwirtschaft, von nachhaltigen Tourismuskonzepten und einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Bauwirtschaft an.**

## **Begründung**

Zukunftsorientiertes Wirtschaften ist mehr als nur Energiewirtschaft.

## **Unterstützer\*innen**

Hans-Dieter Manger

**K1-019**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** K1-019: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 19 bis 20:**

Verkehr oder wachsendem Gifteinsatz. **Vielfältige und immer noch grösser werdende Äcker auf Kosten des Artenreichtums** Vielfältige und intakte Natur, sauberes Wasser und saubere Luft – das ist unsere Verantwortung und dafür stehen wir **zum Beispiel mit der Forderung nach grosse Ackerflächen unterbrechenden naturbelassenen Grünstreifen** ein.

## **Begründung**

Grosse einheitliche Ackerflächen nehmen dem nicht normierten Leben die Existenz und sind neben den Giften die Hauptursache für das Artensterben

**K1-023**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** K1-023: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 23 bis 25 einfügen:**

ist unsere Atemluft mit Stickoxiden, Ozon, Methan und andere Treibhausgase sowie Feinstaub belastet, häufig höher als gesetzlich erlaubt. Gesetzliche Grenzwerte sind aber keine gut gemeinten Empfehlungen, sondern verbindlicher Gesundheitsschutz, der für jeden gilt. auch für die Automobilindustrie. Für uns ist klar:

**Unterstützer\*innen**  
Hans-Dieter Manger



**K1-025**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-025: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 25:**

**Empfehlungen, sondern ~~verbindlicher~~ verbindliche Mindeststandards für den  
Gesundheitsschutz. Für uns ist klar:**

**K1-026**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** K1-026: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 26 bis 27:**

**Gesundheit hat Vorrang.-Deshalb kämpfen wir auf ~~allen Ebenen für saubere Luft~~, Landesebene für die Einhaltung der gesetzlichen Schadstoff-Grenzwerte, zu jeder Zeit und an jedem Ort in Bayern. Das erreichen wir nur durch eine weniger Abgase Reduktion von Abgasen aus Verkehr und Industrie.**

## **Begründung**

Die Kompetenzen der Bundesländer im Bereich Luftreinhaltung betreffen wegen umfangreicher und bindender EU- und Bundesgesetzgebung v.a.

Ermessensspielräume bei der Erstellung und Kontrolle von Luftreinhalteplänen, die bei lokaler Überschreitung von Grenzwerten als Verwaltungsmaßnahmen zum Einsatz kommen. Maßnahmen in 6. Fortschreibung des Luftreinhalteplans für München etwa: LKW Transit-Verbot, Umweltzone München, d.h. ab dem mittleren Ring nur noch Fahrzeuge mit grüner Feinstaubplakette, Tempolimit, Verkehrsbeeinflussung, Förderung E-Mobilität

**K1-028**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-028: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 28 bis 32 löschen:**

~~Wir wollen die blaue Plakette. Nur noch schadstoffarme Autos sollen in die belasteten Innenstädte einfahren dürfen. Vorübergehende Ausnahmen für Handwerk und Dienstleistung sind möglich. Es ist Aufgabe der Autoindustrie, Diesel-Pkw auf eigene Kosten so nachzurüsten, dass sie die Stickoxidgrenzwerte einhalten. Die bayerischen Unternehmen können das. Und wir wollen, dass sie es auch tun.~~

## **Begründung**

Saubere Luft bekommen wir durch die blaue Plakette aber nur wenn dies auch jemand kontrolliert. Wie soll so etwas praktikabel und für die Kommunen finanzierbar gestaltet werden? Für mich ist es wage das diese Maßnahme wirklich einen Effekt zeigt ohne entsprechende Kontrollen.

Eine Politik die konsequent auf den ÖPNV und Fahrrad setzt, dadurch die Städte zunehmend unattraktiv für den PKW macht, ist der entsprechende Gegenentwurf. Weiterhin wird ohne Geset die Autoindustrie sicherlich nicht auf ihre Kosten nachbessern. Wie wollen wir die Autoindustrie sonst zwingen? Hier nicht beschrieben.

**K1-031**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** K1-031: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 31:**

auf eigene Kosten so nachzurüsten, dass sie die  
~~Stickoxidgrenzwerte~~ Emissionsgrenzwerte einhalten.

## **Begründung**

Es geht nicht nur im Stickoxid, auch andere Grenzwerte dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

**K1-032**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-032: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 32 einfügen:**

**Die bayerischen Unternehmen können das. Und wir wollen, dass sie es auch tun. Um besonders belastete Großstädte schnell zu entlasten, muss auch über die Einführung einer emissionsbasierten City-Maut nachgedacht werden.**

## **Begründung**

*Belastete Innenstädte können nicht mehr warten, bis Länder und Konzerne das Thema ausgesessen haben, oder bis die Regierung irgendwann eine blaue Plakette einführt. Die anderen Maßnahmen wie Förderung des ÖPNV, Zuschüsse für E-Busse, etc. greifen nicht schnell genug. Die Menschen brauchen eine schnelle Verbesserung der Luft. Daher muss auch eine Maut auf Stadtebene in Betracht gezogen werden, die Fahrzeuge mit hohen Abgaswerten stärker zur Kasse bitte, damit abschreckend wirkt oder aber Gelder generiert, die in luftbeinhaltende Maßnahmen fließen.*

**K1-034**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-034: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 34 einfügen:**

**Vorrang haben. Deshalb bauen wir den Schienenverkehr aus und schaffen mit der landesweiten Netzkarte ein attraktives Angebot für alle. Die kostenlose Beförderung von Jugendlichen ist für uns genau so selbstverständlich wie eine Mobilitätsgarantie im Stundentakt für jedes Dorf.**

## **Begründung**

Der Absatz ist viel zu kurz und nicht konkret genug. Deshalb diese Ergänzung.

**K1-034-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** K1-034-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 34 einfügen:**

**Vorrang haben.**

**In Übereinstimmung mit der aktuellen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts  
München fordern wir vollzugsfähige Konzepte in Luftreinhalteplänen für  
bayerische Städte.**

## **Begründung**

s. VG München vom 29.1.2018 – M 19 X 18.130. Die bisherige Staatsregierung wehrt sich bereits gegen die Planung von Dieselfahrverboten in München. Das Verwaltungsgericht München hat bereits ein Zwangsgeld verhängt. Es drohen weitere Zwangsmaßnahmen gegen den Freistaat Bayern, der sich augenscheinlich von der Planung „freikaufen“ will.

Die Grundsätze dieser Rechtsprechung sind auf ganz Bayern zu übertragen.

**K1-034-3**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** **K1-034-3: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 34 einfügen:**

**Vorrang haben. Wir fördern die Forschung (auch an den bayrischen Universitäten)  
und Entwicklung von Fahrzeugen mit Elektro- und Wasserstoffantrieben.**

## **Begründung**

Schadstoffarmer Verkehr nicht nur ein Wunsch, sondern er muss gefördert werden.

## **Unterstützer\*innen**

Hans-Dieter Manger



**K1-039**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-039: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 39 bis 44 löschen:**

~~Unser Grundwasser leidet unter Überdüngung und dem übermäßigen Einsatz von Pestiziden. Die Grenzwerte für Nitrat im Trinkwasser können nur eingehalten werden, weil die Wasserwerke einen immer höheren Aufwand betreiben. Ein großer Teil unserer Flüsse und Seen ist in keinem guten Zustand. Düngemittel und Pflanzengifte, Schlamm, Plastik, Rückstände aus Arzneimitteln oder andere Giftstoffe machen ihnen zu schaffen.~~

## **Begründung**

- kein politischer Inhalt
- eine Aufzählung des schlechten Istzustandes
- insgesamt zu negativ

In Zeile 45 bis 54 beschreiben wir konkret und positiv unsere Maßnahmen.  
Darum ist dieser Absatz nicht notwendig.

**K1-043**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-043: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 43 bis 44:**

**Pflanzengifte, Schlamm, Plastik, Rückstände aus Arzneimitteln-~~oder~~, andere Giftstoffe und multiresistente Keime machen ihnen zu schaffen.**

## **Begründung**

*Aktuell höchst brisantes Thema. Multiresistente Keime stellen eine der größten Bedrohungen für die Menschheit dar. Diese aus dem wichtigsten Lebensmittel herauszuhalten hat oberste Priorität.*

**K1-044**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** K1-044: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 44:**

**Giftstoffe ~~machen ihnen zu schaffen~~ und multiresistente Keime verschmutzen sie teilweise erheblich. Gefahren für Mensch und Tier sind die Folgen.**

## **Begründung**

Konkredisierung.

## **Unterstützer\*innen**

Hans-Dieter Manger

**K1-045**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-045: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 45 bis 46:**

**~~Bis 2021 schließen wir daher die~~Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie schließen wir so schnell wie möglich ab. Das garantiert die Einhaltung der Grenzwerte für**

## **Begründung**

*Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hat das Ziel, europaweit gute Zustände in Fließgewässern und im Grundwasser herzustellen. Dabei bilden sechs Jahre einen Bewirtschaftungszeitraum, in dem durch Maßnahmen versucht wird, dieses Ziel im jeweiligen Gebiet zu erreichen. Wir befinden uns im Bewirtschaftungszeitraum 2015 bis 2021. Für jeden Bewirtschaftungszeitraum findet eine Risikoanalyse statt, die abschätzen soll, ob der gute Zustand mit den laufenden Maßnahmen erreicht werden kann. Nach aktueller Risikoanalyse ist es unwahrscheinlich, dass weite Teile der Oberflächengewässer sowie der Grundwasserkörper einen guten Zustand bis 2021 erreichen werden*

*(siehe <https://www.lfu.bayern.de/wasser/wrrl/bestandsaufnahme/index.htm>). Gründe hierfür sind zum größten Teil der exzessive Nitrateintrag sowie die Verschmutzung durch Pestizide durch die Landwirtschaft. In unserem Wahlprogramm fordern wir zwar strengere Kontrollen bei der Düngung sowie eine Reduktion der Pestizide, der Boden als Schadstofftransportmedium braucht jedoch sehr lange um sich zu regenerieren. Als Beispiel sei hier genannt, dass man das äußerst giftige Pflanzenschutzmittel Atrazin bereits 1991 verboten hat, jedoch immer noch Konzentrationen in Teilen des Grundwassers gemessen werden können. Das Ziel, die Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 – sprich in drei Jahren – mit einem guten*

*Ergebnis abzuschließen ist daher nicht ambitioniert, sondern unrealistisch. Vielmehr wollen wir unsere Bemühungen in den nächsten Jahren intensivieren, um mit wirksamen Maßnahmen den Gewässerzustand nachhaltig zu verbessern und die WRRL zum nächstmöglichen Zeitpunkt abzuschließen.*

**K1-049**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Karl-Heinz Bablock (KV Donau-Ries), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries)

**Titel:** **K1-049: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 49 einfügen:**

**Mineraldüngern. Wir beenden den Einsatz von Pestiziden im öffentlichen Raum.  
Langfristig ist die giftfreie Landwirtschaft unser Ziel. Wir**

## **Begründung**

In ganz Frankreich und auch in vielen bayerischen Gemeinden wird bereits auf Pestizide im öffentlichen Raum, wie in Parks oder Friedhöfen verzichtet. Das ist eine dringend notwendige Sofortmaßnahme auf dem Weg zur generellen Giftfreiheit.

## **Unterstützer\*innen**

Joachim Feldengut (KV Donau-Ries), Katrin Feldengut (KV Donau-Ries), Werner Waimann (KV Donau-Ries), Maria Gramm-Goppel (KV Donau-Ries), Reinhard Neff (KV Donau-Ries), Heinz Amolsch (KV Donau-Ries)

**K1-052**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-052: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 52 bis 54 einfügen:**

**Gewässerrandstreifen ein, die frei von Düngung und Pflanzengiften und jeglicher landwirtschaftlicher Nutzung bleiben. Außerdem wollen wir hormonell wirkende Gifte wie Bisphenol A sowie Mikroplastik in Kosmetika und Körperpflegeprodukten verbieten. Der höhere Aufwand zur Erhaltung der Trinkwasserqualität darf auch künftig nicht zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen, sondern zu Lasten der Verursacher.**

## **Begründung**

*Gewässerrandstreifen sind seit vielen Jahren eine Forderung, um den Gewässerzustand in Bayern nachhaltig zu verbessern. Bayern ist das einzige Bundesland, das keine gesetzlich geschützte Gewässerrandstreifen aufweist. Diese sollten jedoch nicht nur frei von Dünger und Pestiziden sein, sondern ganz sich selbst überlassen bleiben, um eine echte Verbesserung im Gewässerschutz zu bewirken. Diese Erweiterung der Schutzzone führt nicht nur zu einer Pufferzone für Stoffeinträge, sondern der Bewuchs beschattet auch das Wasser, was zu einer verbesserten Wasserqualität führt. Des Weiteren ist der Gewässerrandstreifen ein wichtiger Grenzlebensraum für Insekten und Wassertiere. Auch im Hintergrund vom Insektensterben ist hier also ein vollständiger Schutz essentiell. Wir sollten uns daher dafür einsetzen, dass die Gewässerrandstreifen vollständig unangetastet bleiben.*

*Immer mehr Quellen unseres Trinkwassers weisen eine so hohe Verschmutzung auf, dass sie ohne zusätzliche Behandlung deutsche und europäische Mindeststandards an Trinkwasser nicht erfüllen. Da die Schadstoffquellen, nämlich*

*die Einträge aus der konventionellen Landwirtschaft und aus industriellem Abwasser in den letzten Jahren nicht wirksam bekämpft wurden, wird die Behandlung des Wassers immer teurer werden. Eine Studie des Umweltbundesamtes (05/2017) geht davon aus, dass alleine durch die erhöhte Nitratkonzentration und die damit verbundene Reinigung Preissteigerungen für Wasser von bis zu 45 % zu erwarten sind. Das Verursacherprinzip darf hier auf keinen Fall ausgehebelt werden. Von daher sollten die Verbraucher\*innen nicht auf den höheren Kosten sitzenbleiben.*



**K1-053**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** K1-053: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 53 bis 54:**

Außerdem **wollen werden** wir hormonell wirkende Gifte wie Bisphenol A sowie Mikroplastik **in Kosmetika** verbieten.

**Unterstützer\*innen**

Hans-Dieter Manger

**K1-054**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-054: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 53 bis 54 löschen:**

**Außerdem wollen wir hormonell wirkende Gifte wie Bisphenol A sowie Mikroplastik ~~in Kosmetika~~ verbieten.**

## **Begründung**

Warum schränken wir uns hier auf Kosmetika ein? Evtl. gibt es noch weitere Anwendungsgebiete von Mikroplastik die uns nur nicht geläufig sind. Grundsätzlich sind wir doch im Allgemeinen gegen Mikroplastik das sich in unsere Nahrungskette einschleicht.

Weiterhin könnte man den Absatz so interpretieren dass wir beide Stoffe (Bisphenol A und Mikroplastik) nur in Kosmetika verbieten wollen.

**K1-058**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-058: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 58 bis 59 löschen:**

**Zum Schutz von Wasser und Boden lehnen wir Fracking als ~~wirtschaftlich unsinnige und~~ ökologisch sehr gefährliche Risikotechnologie ab. Wir stehen zu einem klaren**

## **Begründung**

Ob es wirtschaftlich Sinn macht ist doch nicht der Grund für ein Verbot von Fracking. Deshalb hier löschen.

**K1-059**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Arne Brach (KV München-Stadt)

**Titel:** **K1-059: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 59 bis 60 löschen:**

**und ökologisch sehr gefährliche Risikotechnologie ab. ~~Wir stehen zu einem klaren Verbot von Fracking.~~**

## **Begründung**

Dopplung. Klare Ablehnung bedeutet, für ein Verbot zu sein.

**K1-063**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-063: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 63 löschen:**

den Charakter Bayerns ~~und unser Bild von Heimat~~. Wir erholen uns in der freien

## **Begründung**

Streichen, weil redundant und zu kurz greifend.

**K1-067**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-067: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 67 bis 71 löschen:**

~~so groß wie der Ammersee unter Asphalt und Beton. Jeden Tag werden etwa 13 Hektar (Stand 2016) neu mit Gewerbegebieten, Straßen oder Einkaufszentren bebaut und gehen unwiederbringlich für Natur, Landschaft und Landwirtschaft verloren. Seit der Jahrtausendwende ist das eine Fläche so groß wie München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Fürth zusammen.~~

## **Begründung**

Weitere Aufzählungen und Fakten zum Flächenverbrauch zeichnen ein unnötig negatives Bild beim lesen. Es reicht ein Beispiel: Ammersee.  
So bleibt dem Leser mehr Raum unseren Argumenten zu folgen.

**K1-075**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg Land (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** **K1-075: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 75 einfügen:**

mit Grund und Boden. *Durch ein effektives Leerstandsmanagement können viele Neubebauungen vermieden werden*

## **Begründung**

Wir wollen nicht nur verbieten sondern wir wollen es besser machen. Das Leerstandsmanagement zeigen wir einen Lösungsansatz auf der weitere positive Effekte mit sich bringt.

**K1-077**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K1-077: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 77 bis 78:**

**Zerstörung durch neue Lifte oder Hotelburgen. ~~Der bayerische Alpenplan~~ Dafür werden wir die Herabstufungen im Alpenplan wieder rückgängig machen und die Neuaufnahme schützenswerter Flächen prüfen. zum Schutz der Bergregionen darf nicht aufgeweicht werden So schützen wir den Alpenraum vor überzogenem Bau von Infrastrukturmaßnahmen.**

## **Begründung**

Die aktuellen Entwicklungen zum Riedberger Horn erfordern eine Anpassung des ursprünglichen Textes.



K1-079

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

Titel: K1-079: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

Von Zeile 79 bis 85:

~~Platz für Pflanzen und Tiere~~  
Die Natur - unser höchstes Gut

~~Die~~ Der Artenreichtum, die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt ~~Bayerns~~ ist  
~~eine~~ Bayerns ist die Grundlage Voraussetzung für gutes Leben, Grundlage für  
fruchtbarer Böden und Basis unserer Ernährung. Derzeit werden ~~aber auch bei~~  
~~uns~~ die roten Listen der vom Aussterben bedrohten Arten in Bayern immer länger.  
Vor allem ~~der massive Schwund~~ das Sterben der Bienen und anderer Insekten  
bedroht unsere Landwirtschaft: Ohne Insekten keine Bestäubung, ohne  
Bestäubung keine ~~Erträge~~ Früchte.

Von Zeile 88 bis 89:

Deshalb stehen wir für ~~eine konsequente Artenschutz~~ konsequenten Arten- und  
~~Naturschutzpolitik~~ Naturschutz ein. Wir werden die nationale und  
europäische Biodiversitätsstrategie auch in Bayern konsequent umsetzen und den  
Anteil

In Zeile 107 einfügen:

schaffen und zu erhalten. Wald- und Naturschutz geht bei uns vor Profit - gerade in

staatlichen Wäldern.

**K1-081**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-081: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 81 bis 85 löschen:**

**Leben, Grundlage fruchtbarer Böden und Basis unserer Ernährung. ~~Derzeit werden aber auch bei uns die roten Listen der vom Aussterben bedrohten Arten immer länger. Vor allem der massive Schwund der Bienen und anderer Insekten bedroht unsere Landwirtschaft: Ohne Insekten keine Bestäubung, ohne Bestäubung keine Erträge.~~**

## **Begründung**

Insgesamt zu negativ: Aussterben, massive Schwund, bedroht...

Dies relativiert die guten Argumente des folgenden Absatzes.

Ab Zeile 86 wir gut und positiv beschrieben was wir tun wollen.

**K1-083**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ludwig Hartmann (KV München-Stadt)

**Titel:** K1-083: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 83 einfügen:**

**länger. Zum verbindlichen Schutz unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt bringen wir deshalb ein Bayerisches Artenschutzgesetz auf den Weg. Vor allem der massive Schwund der Bienen und anderer Insekten bedroht**

**K1-085**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-085: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 85 einfügen:**

**Erträge. Das Insektensterben ist ein absehbar großes und akutes Problem. Wir wollen es im Umweltministerium verankern und somit seitens der Regierung konsequent beobachten und reagieren.**

## **Begründung**

*Das Thema ist akut und überlebenswichtig, für Vögel und uns Menschen. Es muss eigenständig bearbeitet werden auf Regierungsebene. Ein konsequentes Monitoring ist Voraussetzung für schnelles Agieren. Die Regierung muss mit entsprechendem Fachpersonal ausgestattet werden oder mit ihm zusammenarbeiten und bedarf der notwendigen Finanzmittel.*

**K1-093**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-093: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 93 löschen:**

**europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 in Bayern ~~umsetzen und~~ zu einem**

**K1-093-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-093-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 93 einfügen:**

europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 in Bayern **schnell und mit allen  
Vorgaben** umsetzen und zu einem

## **Begründung**

*Die Umsetzung läuft bereits. Der Fokus sollte daher auf Geschwindigkeit und Genauigkeit liegen.*

**K1-097**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** K1-097: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 97 bis 99:**

international eine hohe Verantwortung. Deshalb wollen wir ~~weitere Nationalparke schaffen.~~ Bei Eignung und im Dialog mit der örtlichen Bevölkerung ~~werden wir~~ in den kommenden Jahren ~~den Dritten Nationalpark~~ weitere Nationalparke in Bayern ausweisen.

## **Begründung**

Keine Beschränkung auf nur einen weiteren Nationalpark, analog Projekt zu Kapitel 1.



**K1-099**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-099: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 99 einfügen:**

**den kommenden Jahren mindestens den Dritten Nationalpark in Bayern ausweisen.**

## **Begründung**

Wir möchten uns dafür aussprechen, dass mindestens ein weiterer Nationalpark in den kommenden Jahren entsteht. Ökologisch notwendig sind mehr als drei Nationalparks für Bayern, denn das Ziel mindestens zwei Prozent echte Wildnisfläche aus der Deutschen Biodiversitätsstrategie liegt in Bayern noch in weiter Ferne. Beispielsweise zählen Ammergebirge, Isar- und Donau-Auen, Röhn, Spessart und Steigerwald zusammen 50.000 Hektar Fläche und entsprechen 0,7 Prozent der Fläche Bayerns. Auch im Projekt "Für Artenvielfalt und Naturschutz: Mehr Nationalparks in Bayern" ist von weiteren Nationalparks die Rede.

**K1-099-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Lisa Badum (KV Forchheim)

**Titel:** K1-099-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 99 einfügen:**

**den kommenden Jahren den Dritten Nationalpark in Bayern ausweisen.**

**Nach mehr als zehn Jahren Diskussion ist die Zeit reif für einen Nationalpark im Steigerwald. Dieser ist aus naturschutzfachlicher Sicht bestens als Nationalpark geeignet. Um die Chance auf den Titel Weltnaturerbe zu wahren, ist außerdem unverzüglich der ehemalige geschützte Landschaftsbestandteil „Hoher Buchener Wald“ als nutzungsfreies Naturschutzgebiet auszuweisen. Den uralten Buchen, Teil der wertvollsten Naturschätze Europas, droht aktuell die komplette Vernichtung! Wir unterstützen daher auch den Antrag auf ein Naturschutzgebiet des Bund Naturschutz.**

**Begründung**

mündlich

**K1-109**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-109: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 109 bis 112 löschen:**

~~Schmelzende Polkappen, steigender Meeresspiegel, mehr Stürme und Überschwemmungen sind die Symptome der Überhitzung des Erdklimas. In Bayern spüren wir sie immer deutlicher: Mehr heiße Tage und Trockenheit einerseits, schneearme Winter, sintflutartige Regenfälle und starke Stürme andererseits.~~

## **Begründung**

Diese Aufzählung negativer Effekte des Klimawandels macht unsere Argumente nicht stärker.

Nach der Streichung passt der Beginn "Noch können wir die Erdüberhitzung begrenzen" viel besser zur Überschrift 1.2 Klimaschutz jetzt. Dies motiviert viel mehr zur Mitarbeit als die Aufzählung negativer Effekte des Klimawandels.

**K1-109-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Ökologie (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K1-109-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 109 einfügen:**

**Schmelzende Polkappen, steigender Meeresspiegel, anhaltende Dürren und Verwüstung von Landschaften, mehr Stürme und**

## **Begründung**

*Wenn wir einen Zusammenhang zwischen Klima, Umweltkatastrophen, Fluchtgründen erstellen wollen, dürfen diese Aspekte nicht fehlen.*

**K1-115**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-115: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 115:**

Erdgas, Energie und Ressourcen einsparen und volle Kraft für 100 Prozent **saubere**  
**und** erneuerbare Energie. Das sind

## **Begründung**

Ressourcen und Energie sparen sind eine weitere Säule der Energiewende und des Klimaschutzes. 100% saubere Energie gibt es nicht, da auch die Produktion sauberer Anlagen zur Energiegewinnung Ressourcen frisst.

**K1-115-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-115-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 115 bis 120:**

**Erdgas, volle Kraft für 100 Prozent saubere und erneuerbare Energie. ~~Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig, denn auch sie haben ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft. Wir können in Bayern zeigen, wie es gelingt, das Klima zu schützen und gleichzeitig den Wohlstand zu sichern. Damit senden wir eine starke Botschaft, die lautet: Wirksamer Klimaschutz ist die Voraussetzung dafür, dass es auch unseren Kindern und Enkeln gut geht, und runter mit dem Fleischkonsum. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig, denn auch sie haben ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft. Wir können in Bayern zeigen, wie es gelingt, das Klima zu schützen und gleichzeitig den Wohlstand zu sichern.~~ Hunderttausende von Arbeitsplätzen**

## **Begründung**

*Der Klimawandel fußt politisch einflussbar auf drei Säulen, nicht auf zwei. Energie und Verkehr müssen immer zusammen mit dem massenhaften Konsum von Tieren in Verbindung gebracht werden. Unsere Tierhaltung ist ein größerer klimatischer Faktor, als der Verkehr, je nach Einbezug der unmittelbar damit zusammenhängenden Faktoren sogar der mit Abstand größte Faktor. Um Klimaziele schnell zu erreichen, muss der Faktor Tierhaltung berücksichtigt und einbezogen werden.*

*Zweimal Kinder und Enkel ist etwas zuviel. zudem geht es eigentlich um jetzige Generationen auch global betrachtet. Unser Konsum, unsere billige und vielfältige Ernährung geht heute schon zulasten anderer, nicht erst zulasten kommenden Generationen.*

**K1-124**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** OV Altdorf (beschlossen am: 04.04.2018)

**Titel:** K1-124: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 124 einfügen:**

**Wir GrüneN haben einen klaren Plan, mit dem wir bis zum Jahr 2030 den kompletten**

**Von Zeile 129 bis 130:**

**Strom. Damit Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien muss der Vorrang auf dezentraler Erzeugung und Energie in Bürgerhand liegen, damit die Wertschöpfung vor Ort bleibt. Verteilnetze müssen optimiert und wo notwendig, neu gebaut werden. Übertragungsnetze sollten keinesfalls dem internationalen Handel mit Kohle- und Atomstrom dienen. Der Bedarf dieser Netze muss in einem transparenten Verfahren von unabhängigen Instituten ermittelt und im zweijährigen Turnus überprüft werden. Dabei sind die Erneuerbaren- Ausbauziele, Einsparpotentiale, Speicher und ein intelligentes Lastenmanagement zu berücksichtigen. Die Planungen sind gegebenenfalls anzupassen. Überregionale Genehmigungsplanungen müssen unter Einhaltung der Aarhus - Konvention erfolgen.(Damit machen wir uns zudem unabhängig vom Import von dreckigem Kohlestrom).**

## **Begründung**

Susanne Pannewick, Eckart Paetzold und Margit Kiessling haben beim LAG Energie gemeinsam mit den anderen Teilnehmer/n/innen für einen Energie-Programmentwurf gekämpft, der uns für die BI-Mitglieder gegen Stromtrassen (das

sind sehr viele in Bayern, die sonst Freie Wähler oder DIE LINKE wählen) gemäß ihren Wahlprüfsteinen wählbar macht! Leider wurde dieser so wichtige Entwurf im LTW - Programm überhaupt nicht berücksichtigt, was wir für sehr undemokratisch halten. Deshalb fassten wir gestern einstimmig im OV Altdorf den Beschluss auf Wiederherstellung des Energie - Programmentwurfs des LAG Bayern, denn wir sollten in Bayern keine einzige Wählerstimme verschenken!!!



**K1-124-2**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

Titel: K1-124-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

Von Zeile 124 bis 130:

~~Wir GrüneN haben einen klaren Plan, mit dem wir bis zum Jahr 2030 den kompletten Stromverbrauch in Bayern auf sichere und saubere Energie umstellen können. Jedes Jahr steigern wir die Produktion von Windstrom und von Sonnenstrom um jeweils eine Terawattstunde und senken den Verbrauch um die gleiche Größe. Mehr sauberer Strom und effiziente Verwendung sind der Schlüssel zu 100 Prozent erneuerbarem Strom. Damit machen wir uns zudem unabhängig vom Import von dreckigem Kohlestrom.~~

*Bis zum Jahr 2030 wollen wir Grüne den kompletten Stromverbrauch in Bayern auf 100% erneuerbare Energie umstellen und den Import von dreckigem Kohlestrom beenden. Wir sorgen für eine Senkung des derzeitigen Verbrauchs von 84,4 Terawattstunden (2016) um 1 Terawattstunde pro Jahr und die Erhöhung der Produktion an erneuerbarem Strom pro Jahr um 1,0 Terawattstunde Wind, 1,5 Terawattstunden Photovoltaik, und 0,3 Terawattstunden mit sonstigen Technologien.*

## Begründung

Der Ursprungsentwurf enthält überholte Zahlen, da der Zubau die letzten Jahre zu gering war. Mit den dort angegebenen Werten wird das Ziel einer 100% erneuerbaren Stromversorgung für Bayern bis 2030 nicht erreicht.

**K1-126**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-126: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 126:**

**Jahr steigern wir die Produktion von Windstrom und von Sonnenstromum  
**jeweils**mindestens**

## **Begründung**

*Die Geschwindigkeit der Umsetzung sollte nach oben offen sein.*

**K1-129**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-129: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 129 bis 130:**

**Strom. Damit machen wir uns zudem unabhängig vom Import von ~~dreckigem Kohlestrom~~ fossilen Energieträgern.**

## **Begründung**

Wenn wir unseren Strom auf 100% erneuerbar umstellen werden wir nicht nur vom dreckigen Kohlestromimport unabhängig sondern von allen fossilen Energieträgern (Kohle, Erdgas, Uran) unabhängig.

Somit ist die Einschränkung auf ausschließlich Kohlestrom nicht richtig und sollte deshalb ersetzt werden.

**K1-136**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

**Titel:** K1-136: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 136 einfügen:**

**Planungen einbezogen, ist ein weiterer Ausbau der Windkraft mit dem Schutz der  
Landschaft**

## **Begründung**

Die Formulierung zum Windenergieausbau vermittelt zumindest unterschwellig, dass bisher die Windenergieanlagen nicht im Einklang mit Naturschutz etc. errichtet wurden. Den Eindruck würden wir gerne vermeiden, da in der Realität die Naturschutzauflagen von Behörden derzeit oftmals extrem restriktiv ausgelegt werden.

K1-142

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

Titel: K1-142: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

Von Zeile 141 bis 143:

und die Umsetzung von Mieterstrommodellen bringen wir unbürokratisch nach vorne. ~~Auf Bundesebene setzen wir uns für ein erfolgreiches Erneuerbare-Energien-Gesetz ein, dass die Grundlage für eine Energiewende in Bürgerhand ist.~~ Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes ein, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien stärker zu regionalisieren. In diesem Zusammenhang müssen die Möglichkeiten für Bürgerenergieanlagen verbessert werden, indem kleinere Investitionen, wie z.B. für eine einzelne Windkraftanlage mit einer festen Vergütung durch das EEG gefördert werden.

## Begründung

Wir sollten hier etwas konkreter werden, wass wir wollen.

**K1-144**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-144: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 144:**

**Energieagenturen**Energieberatungen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten  
bringen die Energiewende vor Ort durch

## **Begründung**

Der Begriff "Energieagenturen" ist teilweise negativ besetzt. Die Energiewende muss in Land und Stadt gefördert werden

**K1-150**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

**Titel:** K1-150: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 150 einfügen:**

**Strom vermehrt in den Bereichen Wärme und Verkehr eingesetzt werden. Verteilnetze müssen optimiert und wo notwendig, neu gebaut werden. Der Bedarf zum Bau der Übertragungsnetze wird in einem transparenten Verfahren von unabhängigen Instituten ermittelt und im zweijährigen Turnus fortgeschrieben. Der weitere Ausbau der Übertragungsnetze sollte keinesfalls dem internationalen Handel mit Kohle- und Atomstrom dienen. Die Ausbauziele der Erneuerbaren-Energien, die Einsparpotenziale, der Speicherausbau und ein intelligentes Lastmanagement sind dabei zu berücksichtigen.**

## **Begründung**

Die LAG Energie hält nach intensiver Diskussion eine Konkretisierung zum Thema Netze und Netzausbau für erforderlich. Dies insbesondere, da die derzeitige Netzentwicklungsplanung auch langfristig noch erhebliche klimaschädliche Kohleerzeugungskapazitäten berücksichtigt.

**K1-150-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K1-150-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 150 einfügen:**

**Strom vermehrt in den Bereichen Wärme und Verkehr eingesetzt werden. Wir fördern Programme zum effizienten Umgang mit Energie.**



**K1-156**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-156: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 156 einfügen:**

**Atomkraftwerken wird noch Jahrzehnte in Bayern lagern. Bis zur bestmöglichen Endlagerung braucht der Atommüll die bestmögliche Zwischenlagerung. Wir werden einen Prozess anstoßen, in dem unter Einbeziehung von Land, Standortkommunen und der Zivilgesellschaft entschieden wird, wie mit dem gefährlichsten Müll der Welt bis zur Endlagerung umgegangen werden soll. Wir setzen uns dafür ein,**

## **Begründung**

Zeile 155 - 157: deutlich zu knapp beschrieben, es fehlt der Weg hin zu sicheren Zwischenlagern

**K1-157**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

**Titel:** K1-157: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 157 einfügen:**

**dass die Zwischenlager deutlich sicherer und nicht zu Endlagern werden. Wir wollen, dass der Garching Forschungsreaktor FRM II rasch von waffenfähigem auf niedrig angereichertes Uran umgerüstet wird und der dort anfallende Atommüll endlagerfähig konditioniert wird. Mittelfristig soll eine risikoarme alternative Neutronenquelle für die Forschungsarbeit genutzt werden.**

## **Begründung**

Die Bayerische Staatsregierung hat gegen alle internationalen Abrüstungsbemühungen in den 90er Jahren den Bau und Betrieb des Garching Forschungsreaktors mit hoch-angereichertem, waffenfähigem Material durchgezogen. Die Auflage des Bundesumweltministeriums bis 2010 auf möglichst niedrig angereichertes Uran umzustellen wurde nicht umgesetzt. Eine Fristverlängerung bis 2018 wird wahrscheinlich wieder nicht umgesetzt. Jetzt wollen die Reaktorbetreiber sogar noch bis 2030 mit dem Bombenstoff weiterarbeiten. Das widerspricht allen Bemühungen die Verbreitung von atomwaffenfähigem Material zu unterbinden. Während in 33 Ländern der Erde der Einsatz von hoch angereichertem Uran in Forschungsreaktoren beendet wurde, soll er nach dem Willen der Staatsregierung in Bayern noch mindestens 12 Jahre weiterbetrieben werden. Wegen des Garching Forschungsreaktors lagert in Deutschland mehr HEU als beispielsweise in Israel, im Iran, in Nordkorea, in Indien oder in Pakistan. Ebenso kümmert sich die Staatsregierung nicht um eine sichere Entsorgung der abgebrannten Brennelemente. Aktuell sollen die abgebrannten Brennelemente einfach nur in eine nicht geeignete Halle nach Ahaus gebracht werden. Es gibt 14

Jahre nach Inbetriebnahme des Reaktors immer noch keine belastbare Entsorgungsplanung, geschweige denn einen konkreten Bau von Entsorgungseinrichtungen.

**Unterstützer\*innen**

KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)

**K1-157-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-157-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 157:**

**dass die Zwischenlager deutlich sicherer ~~und nicht zu Endlagern~~ werden. Bayern darf sich nicht wegducken, wenn es um das Suchen von Lösungen geht. Wir stellen uns den Altlasten einer fehlerhafter Energiepolitik von ehemaligen Regierungen.**

## **Begründung**

*Die Suche nach einem Endlager für unseren eigenen Atommüll muss solidarisch passieren. Wenn der beste Ort dafür in Bayern liegen sollte, dürfen wir uns dem nicht aus populistischen Gründen verweigern.*

**K1-157-3**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-157-3: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 157 einfügen:**

**dass die Zwischenlager deutlich sicherer und nicht zu Endlagern werden. Wir treiben eine transparente Endlagersuche für Atommüll voran.**

## **Begründung**

Unsere Maßnahme zum langfristigen Umgang mit Atommüll und um zu vermeiden, dass aus Zwischenlagern ohne wissenschaftliche Basis Endlager werden, muss deutlich gemacht werden.

**K1-160**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** K1-160: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 160 bis 162:**

~~Wärmeerzeugung sind schlafende Riesen. Wir wecken sie und machen sie zu unseren Verbündeten beim Kampf gegen die Erdüberhitzung. Unser Ziel ist die klimaneutrale Wärmeversorgung in Bayern bis 2040. Bessere~~ haben noch ein riesiges Potential beim Kampf gegen die Erdüberhitzung. Unser Ziel ist die klimaneutrale Wärmeversorgung in Bayern bis 2040. Ökologische Dämmung und moderne

## **Begründung**

Bessere Dämmwerte können auch mit unverantwortlichen Werkstoffen erreicht werden, wir wollen jedoch eine ökologisch vertretbare Lösung.  
Die Sprache in der Vorlage verniedlicht die Situation unnötig.

## **Unterstützer\*innen**

Hans-Dieter Manger

**K1-164**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

**Titel:** K1-164: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 164 bis 166:**

**Standards für saubere Heizungen und sparsame Gebäude. ~~Geringerer Energieverbrauch und mehr erneuerbare Energie im Haus — das hilft der Umwelt und senkt die Kosten für Gas und Öl.~~ Solarthermie und Kraft-Wärme-Kopplung mit erneuerbaren Energien sind besonders geeignet, den Stromsektor zu entlasten, die Energiewende zu beschleunigen, und die kurzfristigen Klimaschutzziele zu erreichen.**

## **Begründung**

Diese zwei Technologien verdienen eine klare energiepolitische Unterstützung, um kurzfristig die CO<sub>2</sub>-Emissionen drastisch zu reduzieren und gleichzeitig die Kohlekraftwerke schnell abzuschalten.

**K1-164-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Heinz Amolsch (KV Donau-Ries), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries)

**Titel:** K1-164-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 164 einfügen:**

**Standards für saubere Heizungen und sparsame Gebäude. Dabei bevorzugen wir zukunftsfähige Bau- und Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen gegenüber synthetischen, mineralischen und metallischen Produkten. Geringerer**

## **Begründung**

Die nachhaltige Baubranche muss in unserem Wahlprogramm ebenfalls angesprochen werden. Zukunftsfähiges Bauen ist ein wichtiger Bestandteil ökologischer Politik.

## **Unterstützer\*innen**

Joachim Feldengut (KV Donau-Ries), Katrin Feldengut (KV Donau-Ries), Reinhard Neff (KV Donau-Ries), Karl-Heinz Bablok (KV Donau-Ries), Maria Gramm-Goppel (KV Donau-Ries), Werner Waimann (KV Donau-Ries)



**K1-167**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** K1-167: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 167 bis 169:**

~~Mit dem Aufbau kommunaler Wärmenetze sorgen wir dafür, dass die erzeugte Wärme dort eingesetzt wird, wo sie gebraucht wird und nicht nur dort, wo sie erzeugt wird.~~ Wir fördern kommunaler Wärmenetze. So kann etwa die Abwärme aus Industrie und Gewerbe genutzt werden, um

## **Begründung**

Schon heute gibt es (z.B. in München) Wärmenetze, die nicht nur die erzeugende Industrie versorgen. Die also dahin liefern, wo die Wärme gebraucht wird. Deshalb Satz modifiziert.

**K1-167-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Werner Waimann (KV Donau-Ries), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries)

**Titel:** **K1-167-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 167:**

**Mit dem Aufbau ~~kommunaler~~ regionaler Wärmenetze sorgen wir dafür, dass die erzeugte Wärme**

## **Begründung**

Die Formulierung "kommunales Wärmenetz" könnte so verstanden werden, dass wir lediglich Nah- und Fernwärmenetze in der Hand von Kommunen fördern wollen. Doch auch beispielsweise Bürger\*innen-Energiegenossenschaften verdienen und bedürfen Förderung.

## **Unterstützer\*innen**

Joachim Feldengut (KV Donau-Ries), Katrin Feldengut (KV Donau-Ries), Karl-Heinz Bablok (KV Donau-Ries), Maria Gramm-Goppel (KV Donau-Ries), Heinz Amolsch (KV Donau-Ries), Reinhard Neff (KV Donau-Ries)

**K1-173**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-173: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 173 löschen:**

~~**Die Energiewende wird smart**~~

**In Zeile 180 einfügen:**

**abgasfreie Auto.**

**Die Energiewende wird smart**

## **Begründung**

Passt einen Absatz später besser.

**K1-174**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-174: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 174 einfügen:**

**Viel Potenzial für den Klimaschutz steckt in der Mobilität. Schadstoffarme Busse  
und die Bahn nutzen,**

## **Begründung**

Wichtig sind uns nicht nur abgasfreie Autos, sondern auch technologischer und umweltfreundlicher Fortschritt bei Bus und Bahn.

**K1-178**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-178: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 178 bis 179:**

**ländlichen Regionen Bayerns ~~mittelfristig~~ der wichtigste Verkehrsträger ~~bleiben~~  
~~wird~~ist, gelingt Klimaschutz nur mit sauberen Autos. Deshalb fördern wir das**

## **Begründung**

Die Beschreibung des Istzustandes in der Gegenwartsform lässt Raum für eine autofreie Zukunft und nimmt nicht schon die Zukunft vorweg. Wir wollen ja den Ausbau des ÖPNV und vielleicht gelingt es uns ja durch eine kluge Politik schon mittelfristig das Auto auf dem Land als wichtigster Verkehrsträger abzulösen.

**K1-178-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stephan Pösse (KV Aschaffenburg-Land)

**Titel:** K1-178-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 178 bis 180:**

ländlichen Regionen Bayerns mittelfristig ~~der wichtigste~~ ein wichtiger  
Verkehrsträger bleiben wird, gelingt Klimaschutz nur mit sauberen Autos. Deshalb  
fördern wir das abgasfreie Auto, Carsharingmodellen, Ausbau des ÖPNV und eine  
Bundratsinitiative für steuerliche Gleichsetzung in den Kilometerpauschalen von  
Rad- und KFZ-Verkehr.

**Unterstützer\*innen**

Hans-Dieter Manger

K1-181

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

Titel: K1-181: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

Von Zeile 181 bis 197:

~~Wir begleiten und unterstützen die Forschung und Entwicklung zu Smart Grids und zur Smart Meter Technologie und ihrem Einsatz. Die Digitalisierung bietet hervorragende Möglichkeiten, den Prozess der Energiewende zu beschleunigen. Intelligente Messsysteme und Netze tragen zum Gelingen der Energiewende und der optimalen Integration Erneuerbarer Energien in das Stromnetz bei. Dezentrale Energieerzeugung, -speicherung und -nutzung können intelligent gesteuert und aufeinander abgestimmt werden. Das stärkt die erneuerbaren Energien, vermeidet Energieverschwendung und senkt den Energieverbrauch. Vernetzte Verkehrsleitsysteme verbessern die Mobilität und reduzieren gleichzeitig den Bedarf an individueller Mobilität, an Fahrzeugen, Straßen und zurückzulegenden Kilometern auch im Gütertransport und in der Logistik. Modernes Wohnen im Smart Home bringen wir mit Begleitprojekten voran. Personenbezogener Datenschutz hat für uns GRÜNEN stets oberste Priorität. Die Wärmeversorgung wird mit Smart Metern für Fernwärme und Heizungen ebenfalls digital. Mithilfe der Digitalisierung verknüpfen wir die Verbrauchs-Sektoren Strom, Mobilität und Wärme und optimieren den Energieverbrauch. Wir machen Bayern zum Vorreiter der digitalen Energiewende.~~  
Wir begleiten und unterstützen die Forschung und Entwicklung zu Smart Grids und ihrem Einsatzmöglichkeiten. Intelligente Messsysteme und Netze tragen zum Gelingen der Energiewende und der optimalen Integration Erneuerbarer Energien in das Stromnetz bei. Dezentrale Energieerzeugung, -speicherung und -nutzung können intelligent gesteuert und aufeinander abgestimmt werden. Das stärkt die erneuerbaren Energien, vermeidet Energieverschwendung und senkt den Energieverbrauch. Die Digitalisierung ermöglicht eine Optimierung der Prozesse durch weitgehende Einblicke und Eingriffe in die Anlagentechnik. Die Grenzen der Digitalisierung sehen wir

*allerdings da, wo sie nicht nur den Anlagenbetreibern und der Umwelt nützt, sondern Datenschutz verletzt und die Anwender zum „gläsernen“ Menschen macht. Personenbezogener Datenschutz hat für uns GRÜNE stets oberste Priorität*

### **Begründung**

Im vorliegenden Entwurf wird extrem euphorisch über die Möglichkeiten Digitalisierung geschrieben inklusive der undifferenzierten Forderung nach Smart Metern.

Mit der sekundengenauen Messung durch Smart Meter lassen sich Rückschlüsse auf das Leben der Bewohner ziehen. Smart Meter sind darüber hinaus in Haushalten mit ihrem niedrigem Stromverbrauch vollkommen überflüssig. Nach Aussagen eines Verteilnetzbetreibers reicht es völlig aus, zu wissen, was am Ortsnetztrafo passiert. Diesen könnte man mit intelligenter Messtechnik ausrüsten. Das im Programmmentwurf geforderte "Smart Home" bedeutet ein weiteres Einfallstor für Hackerangriffe und ermöglicht Einblicke in intimste Bereiche der Bewohner. Wir brauchen eine echte Energie-, Verkehrs- und Agrarwende. Bayern sollte aus grüner Sicht aber nicht Vorreiter einer schrankenlosen Digitalisierung sein, die mit hoher Wahrscheinlichkeit viele neue unliebsame Folgen hätte.



**K1-184**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-184: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 184:**

**Intelligente Messsysteme und Netze tragen ~~zum Gelingen der Energiewende und~~  
~~derzur~~**

**K1-191**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** K1-191: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 191 bis 194:**

Kilometern auch im Gütertransport und in der Logistik. ~~Modernes Wohnen im Smart Home bringen wir mit Begleitprojekten voran.~~ Personenbezogener Datenschutz hat für uns GRÜNEN stets oberste Priorität. Die Wärmeversorgung wird mit Smart-Metern für Fernwärme und Heizungen ebenfalls digital. Dabei wollen wir uns auf größere Verbraucher beschränken, um dem ungebremsen Datentransfer zu begegnen. Mithilfe der

## **Begründung**

'Smart home' als life style stellt eine große Verführung für alle Firmen dar, die mit Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen Algorithmen entwickeln und verkaufen. Zudem ist die zugrunde liegende Funktechnik WLAN inzwischen durch eine umfangreiche Metastudie als gesundheitlich bedenklich eingestuft worden. Deshalb sollten wir diese Tendenz nicht verstärken.

Kleine Verbraucher (z.B. Haushalte) sollten ausgenommen werden, weil sie nur marginal den Verlauf der Verbräuche beeinflussen; dient auch dazu, den Datentransfer auf ein Minimum zu beschränken (proaktiver Datenschutz)

**K1-192**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-192: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 192 bis 193 löschen:**

Home bringen wir mit Begleitprojekten voran. ~~Personenbezogener Datenschutz hat für uns GRÜNEN stets oberste Priorität.~~ Die Wärmeversorgung wird mit Smart-

**In Zeile 197 einfügen:**

digitalen Energiewende. Bei allen Maßnahmen und Möglichkeiten muss aber der personenbezogene Datenschutz weiter oberste Priorität haben.

## **Begründung**

*Zusammenhang mit und Bedeutung von Datenschutz sind so klarer.*

**K1-193**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K1-193: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 193 bis 197 löschen:**

**für uns GRÜNEN stets oberste Priorität. ~~Die Wärmeversorgung wird mit Smart-Metern für Fernwärme und Heizungen ebenfalls digital. Mithilfe der Digitalisierung verknüpfen wir die Verbrauchs-Sektoren Strom, Mobilität und Wärme und optimieren den Energieverbrauch. Wir machen Bayern zum Vorreiter der digitalen Energiewende.~~**

## **Begründung**

Meine Streichung möchte ich begründen: Das die Wärmeversorgung auch den Einbau und der Verwendung von Smart-Metern digital wird, ist aus verschiedenen technischen Gegebenheiten, begrifflich schwierig. Smart Meter im Wärmebereich werden nicht dazu benötigt, die Verbrauchssektoren zu verknüpfen, es gibt bereits heute sehr effiziente Technologien die auf eine kleinteilige Vernetzung, damit auf den Bedarf von Smart-Meter verzichten und zu gleichen Ergebnissen führen. Der Betrieb von Infrastruktur wie Smart-Meter benötigt auch Energie, hier sollten gerade wir Grüne sehr darauf achten. Der Gedanke der **Suffizienz** wird mit diesen Sätzen völlig ausser Acht gelassen.

**K1-197**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-197: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Nach Zeile 197 einfügen:**

**Folgen der Klimaüberhitzung abmildern**

**In Zeile 200:**

zu einem ~~wachsenden Problem~~ der größten Probleme für den Klimaschutz. Mehr  
Ökolandbau, extensive

**In Zeile 202 löschen:**

~~**Folgen der Klimaüberhitzung abmildern**~~

## **Begründung**

*die Landwirtschaft ist bereits eines der größten Probleme der Klimaüberhitzung. Sie wird es nicht erst. Je nach Berechnung und Einbezug aller unmittelbar zusammenhängender Faktoren liegt der Anteil der Landwirtschaft/Tierhaltung bei 18-51%.*

**K1-198**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-198: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 198 bis 201 löschen:**

~~Stickstoffdünger auf den Äckern, zu hoher Fleischkonsum, Methan aus der Tierhaltung und lange Transportwege machen die Landwirtschaft und die Ernährung zu einem wachsenden Problem für den Klimaschutz. Mehr Ökolandbau, extensive Tierhaltung und regionale Lebensmittel helfen, diesen Trend umzudrehen.~~

## **Begründung**

Passt nicht zu der Überschrift "Die Energiewende wird smart"

Thematisch wird dieser Absatz im Kapitel 1.3 "Gute Lebensmittel aus verantwortungsvoller, nachhaltiger Landwirtschaft" ausführlich behandelt. Deshalb kann die Löschung ohne inhaltlichen Verlust vorgenommen werden.

**K1-203**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-203: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 203 bis 206:**

~~Auch wenn es genügend Chancen gibt, die Klimaüberhitzung zu bremsen, müssen wir erst einmal mit den beschriebenen Änderungen des Klimas leben. Um die bereits greifbaren Folgen zu mindern, müssen wir uns anpassen. Dazu gehört vor allem ein~~  
Um die bereits greifbaren Folgen der Klimaüberhitzung zu mindern, müssen wir uns anpassen. Dazu gehört vor allem ein wirksamer Hochwasserschutz vor der wachsenden Gefahr durch Überschwemmungen. Für

## **Begründung**

Deutlich zu negativ bzw. passiv formuliert. "Wir müssen erst einmal mit den beschriebenen Änderungen des Klimas leben"

Mit der Änderung wird zur Aktivität aufgerufen (anpassen) und im nächsten Satz gleich was wir tun wollen.

Liest sich nun deutlich besser.

**K1-203-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Arne Brach (KV München-Stadt)

**Titel:** K1-203-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 203:**

**Auch wenn es Es gibt genügend ~~Chancen gibt~~ Möglichkeiten, die Klimaüberhitzung zu bremsen, ~~müssen~~ aber wir müssen**

## **Begründung**

"Auch wenn" und "Chancen" klingt sehr nach Zufall, Glück, Unberechenbarkeit. Wir sollten das faktischer formulieren.



**K1-216**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-216: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 216 bis 217:**

Überschwemmungen. Nötig ist zudem eine angepasste Stadtplanung. **Mehr Grün** Wir erhalten die bestehenden Grünflächen in den Städten und **ausreichend große Frischluftschneisen helfen, sorgen mit vielfältigen Ideen, wie Fassadenbegrünung und Dachgärten dafür, Hitzewellen für die**

## **Begründung**

*Wohnungsbau und „mehr Grün“ widersprechen sich oder können sich widersprechen. Erhalt ist daher ehrlicher, neue Wege wie Fassadengrün erstrebenswert.*

**K1-220**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alexander Merkouris (KV Ingolstadt)

**Titel:** K1-220: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 220 bis 221:**

**Wir GRÜNEN stehen für eine Landwirtschaft, die ökologisch nachhaltig ~~und~~  
~~tiergerecht~~, tiergerecht und ohne unsägliches Tierleid und Ausbeutung der Tiere  
ist und den Bäuerinnen und Bauern eine gute wirtschaftliche Existenz**

## **Begründung**

Wenn wir schon die Thema „Tiergerecht“, „tiergerechte Haltung“ und "tierischer... Herkunft" unterstützen oder betonen, wäre es wichtig es etwas genauer zu spezifizieren. Ist es im Sinne des Tierschutzes, des Umweltschutzes oder im Bezug auf unsere Ur-Forderungen zum Klimawandel etc., wenn wir „Bündnis 90/Die Grüne“, bei all den Erkenntnissen über die Zusammenhänge, tierische Nahrungserzeugung noch betonen oder pauschal fördern wollen? Bei der Erzeugung von Nahrung aus Ausnutztierhaltung werden fast 90% der eingesetzten Ressourcen verschwendet bzw. werden als Gülle in unseren, bereits verseuchten natürlichen Gewässern, eingeleitet. Ist es heute noch Grün-Zeitgemäß sowas pauschal zu fördern?

**K1-220-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alexander Merkouris (KV Ingolstadt)

**Titel:** K1-220-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 220 bis 221:**

**Wir GRÜNEN stehen für eine Landwirtschaft, die ökologisch nachhaltig ~~und~~,  
tiergerecht und ohne unsägliches Leid und Ausbeutung der Tiere ist und den  
Bäuerinnen und Bauern eine gute wirtschaftliche Existenz**

## **Begründung**

Wenn wir schon die Thema „Tiergerecht“, „tiergerechte Haltung“ und "tierischer... Herkunft" pauschal unterstützen oder betonen, wäre es wichtig es etwas genauer zu spezifizieren. Ist es im Sinne des Tierschutzes, des Umweltschutzes oder im Bezug auf unsere Ur-Forderungen zum Klimawandel etc., wenn wir „Bündnis 90/Die Grüne“, bei all den Erkenntnissen über die Zusammenhänge, tierische Nahrungserzeugung noch betonen oder pauschal fördern wollen? Bei der Erzeugung von Nahrung aus Ausnutztierhaltung werden fast 90% der eingesetzten Ressourcen verschwendet bzw. werden als Gülle in unseren, bereits verseuchten natürlichen Gewässern, eingeleitet. Ist es heute noch Grün-Zeitgemäß sowas pauschal zu fördern?

## **Unterstützer\*innen**

Heidi Terpoorten

K1-224

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

Titel: K1-224: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

Von Zeile 224 bis 227:

~~Gute~~Wir unterstützen daher auch Landwirt\*innen, die diese gesunden Alternativen zum Fleischkonsum ökologisch und gesunde Lebensmittel gibt es nur mit einer verantwortungsvollen nachhaltigen Landwirtschaft in bäuerlichen Strukturen regional produzieren. Die industrialisierte Landwirtschaft, die auf Kostenminimierung durch immer höhere Erträge und immer mehr Exporte setzt, immer größere Ställe und immer mehr Agrarchemie setzt, ist hingegen

Von Zeile 231 bis 233:

und der Natur umgeht. Wir setzen uns ~~ein~~für eine Reform der Agrarförderung, die ~~öffentliches Geld nur gegen~~Agrarförderung ein, denn öffentliche Leistung ~~versieht~~Gelder sollen in Nachhaltigkeit, in die Schonung der Natur und in artgerechte Tierhaltung oder tierfreie Landwirtschaft fließen. Es geht um ~~eine~~Nur bäuerliche nachhaltige und ökologische Landwirtschaft, ~~denn nur sie~~kann die Grundlage einer gesunden

## Begründung

*Wir sollten Lösungen für von uns angestrebte Szenarien anbieten. Biologisch und regional - das ist Parteikonsens. Aber auch da muss man alle Ernährungsweisen und neue Bedarfe durch eine angestrebte Reduzierung von Fleisch- und Milchkonsum einbeziehen. Wenn Alternativen gesund sein sollen und zu unserer Vorstellung von Landwirtschaft passen sollen, sollten wir diese auch erwähnen.*

*Begründung 2: Verdeutlichung.*

K1-225

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: K1-225: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

Von Zeile 225 bis 233:

nachhaltigen Landwirtschaft in bäuerlichen Strukturen. ~~Die industrialisierte Landwirtschaft, die auf Kostenminimierung durch immer höhere Erträge und immer mehr Exporte setzt, immer größere Ställe und immer mehr Agrarchemie setzt, ist keine zukunftsfähige Strategie. Weder Verbraucher\*innen, Bäuerinnen und Bauern noch die Natur, haben bisher davon nachhaltig profitiert. Deshalb wollen wir eine Weiterentwicklung der Landwirtschaft, die verantwortungsvoll mit den Tieren und der Natur umgeht. Wir setzen uns ein für eine Reform der Agrarförderung, die öffentliches Geld nur gegen öffentliche Leistung vorsieht. Es geht um eine Wir wollen eine Weiterentwicklung der Landwirtschaft, die verantwortungsvoll mit den Tieren und der Natur umgeht. Wir setzen uns ein für eine Reform der Agrarförderung, die öffentliches Geld nur gegen öffentliche Leistung vorsieht. Es geht um eine bäuerliche Landwirtschaft, denn nur sie kann die Grundlage einer gesunden~~

## Begründung

Eine Aufzählung von dem was wir nicht wollen ist nicht unbedingt förderlich. Es bleibt ein negativer Gesamteindruck.

Ab Zeile 229 beschreiben wir sehr gut und positiv was wir wollen. Somit kann diese Passage ohne inhaltlichen Verlust entfallen.

**K1-243**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Sanne Kurz (KV München-Stadt)

**Titel:** K1-243: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 243 bis 245:**

Unser Ziel ist **eine Landwirtschaft, eine Landwirtschaft**, die ohne **konventionelle** Pestizide auskommt. Als Zwischenziel wollen wir bis 2030 den Pestizideinsatz in Bayern halbieren. Landwirt\*innen, die auf **konventionelle** Pestizide verzichten, unterstützen wir finanziell. Alternativen

## **Begründung**

1. Tippfehler (Lücken fehlt zwischen 2 Worten und nach Komma)
2. Inhaltlicher Fehler: Auch im Bio Landbau sind Pestizide erlaubt. Viele Höfe in Umstellung nutzen EU-Bio - hier sind sogar 40 noch umstrittene Pestizide zugelassen. Aber auch Bioland, Naturland, Gäa e.V. etc nutzen bis zu 200 im Bio-Landbau erlaubte Pestizide: Molluskizide, Herbizide, Insektizipde, Funghizide etc. - Zu sagen, "Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt. (...) Landwirt\*innen, die auf konventionelle Pestizide verzichten, unterstützen wir finanziell." bedeutet, dass wir unsere Unterstützer\*innen im Bio-Landbau vor den Kopf stoßen oder: lügen. - Bitte unbedingt anpassen!

**K1-248**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-248: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 247 bis 251:**

werden mit allen Mitteln dafür eintreten, dass Ackergifte wie das vermutlich ~~krebserregende Glyphosat und die bienentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich verboten werden. Nach der skandalösen Zustimmung des damaligen Bundeslandwirtschaftsministers zu einer Verlängerung der Zulassung von Glyphosat für weitere fünf Jahre auf EU-Ebene ist ein nationales Glyphosatverbot zwingend.~~ krebserregende Glyphosat und die bienentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich verboten werden.

## **Begründung**

Mit dem Finger auf den politischen Gegner zeigen macht uns nicht sympatischer. Inhaltlich wurde das Verbot schon im Satz vorher gefordert. Deshalb kann dieser Satz ohne inhaltlichen Verlust aber mit einem Zugewinn an Sympathie entfallen.



**K1-248-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Karl-Heinz Bablok (KV Donau-Ries), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries)

**Titel:** K1-248-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 248:**

**krebserregende Glyphosat und die bienentötenden bienen- und insektentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich**

## **Begründung**

Neonicotinoide töten nicht nur Bienen, sondern zahlreiche, für unser Ökosystem wichtige Insekten, beispielsweise, wenn sie von Äckern in Gewässer geschwemmt werden.

## **Unterstützer\*innen**

Joachim Feldengut (KV Donau-Ries), Katrin Feldengut (KV Donau-Ries), Reinhard Neff (KV Donau-Ries), Maria Gramm-Goppel (KV Donau-Ries), Heinz Amolsch (KV Donau-Ries), Werner Waimann (KV Donau-Ries)

**K1-252**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-252: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 252 bis 253:**

**Wir setzen uns für verbindliche Gewässerrandstreifen ein, die frei von  
Düngung, Pflanzengiften und Pflanzengiften jeglicher landwirtschaftlicher  
Nutzung bleiben. Zugleich müssen flächendeckend Maßnahmen zum**

## **Begründung**

*Gewässerrandstreifen können ihren Zweck nicht erfüllen, wenn sie genutzt werden,  
unabhängig von Düngern und Herbiziden.*

**K1-252-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Sylvia Türk-Rupp (KV Main-Spessart)

**Titel:** K1-252-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 252 bis 253:**

**Wir setzen uns für verbindliche Gewässerrandstreifen einund  
Ackerrandstreifenein, die frei von Düngung und Pflanzengiften bleiben und im  
Sinne des Artenschutzes gepflegt werden. Zugleich müssen flächendeckend  
Maßnahmen zum**

## **Begründung**

Begründung für die Ergänzung:

In vielen Fluren werden Ackerrandstreifen unter Pflug genommen. Bestehende Ackersäume werden bereits ab Mai gemulcht. Somit gehen wichtige Refugien für Blütenpflanzen und Insekten verloren.

## **Unterstützer\*innen**

Wolfgang Rupp, Gregor Münch

**K1-257**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-257: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 257 bis 258 löschen:**

**Wir stehen für gentechnikfreie Landwirtschaft. ~~Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab.~~ Lebensmittel für Menschen und Tiere, die**

## **Begründung**

Wir stehen für gentechnikfreie Landwirtschaft ist aussagekräftig genug. Deshalb kann der Satz entfallen.

Zudem ist es besser von dem zu reden was wir wollen und nicht von dem was wir nicht wollen.

**K1-260**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand, Rosi Steinberger (KV Landshut-Land), Gisela Sengl (KV Traunstein), Ulrich Leiner (KV Oberallgäu)  
(beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K1-260: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 260 einfügen:**

klar und deutlich gekennzeichnet sein. Das gilt auch für neue Gentechnikverfahren wie Genome-Editing (z.B. CRISPR/Cas). Diese Verfahren sind als Gentechnik einzustufen und auch als solche zu regulieren. Um die Importe von genveränderten

**Unterstützer\*innen**

LAG Land und Leben

**K1-264**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** K1-264: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 264 bis 267 löschen:**

~~Wir wollen deutlich weniger Antibiotika in der Tiermast und ein generelles Verbot von Reserveantibiotika. Letztere müssen den Menschen vorbehalten bleiben. Der hohe Antibiotikaeinsatz – vor allem in den industriellen Agrarbetrieben – begünstigt Resistenzen. Viele Medikamente werden dadurch wirkungslos.~~

**In Zeile 279 einfügen:**

**ausweiten.**

Wir wollen deutlich weniger Antibiotika in der Tiermast und ein generelles Verbot von Reserveantibiotika. Letztere müssen den Menschen vorbehalten bleiben. Der hohe Antibiotikaeinsatz – vor allem in den industriellen Agrarbetrieben - begünstigt Resistenzen. Viele Medikamente werden dadurch wirkungslos.

**K1-268**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-268: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 268 bis 272 löschen:**

**~~Tiere sind Lebewesen und kein agrarindustrieller Rohstoff. Die auf Höchstleistung und Maximalertrag getrimmte Tierhaltung verursacht Tierleid, Qualzucht und regelmäßig Lebensmittelskandale. Eine Kehrtwende bei der Tierzucht ist überfällig. Statt der Turbokuh, die nach wenigen Jahren aussortiert wird, brauchen wir eine Zucht auf Lebensleistung und gute Gesundheit. Wir GRÜNEN~~**

## **Begründung**

Deutlich zu negativ. Eine Aufzählung von allem negativen vor unseren Argumenten schmälert diese.

Es ist besser positiv von dem zu sprechen was wir wollen und nicht über das was im Moment alles falsch läuft.

**K1-272**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-272: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 272 bis 274:**

brauchen wir eine Zucht auf Lebensleistung und gute Gesundheit. Wir wollen die Haltung von Zweinutzungsrasen fördern, egal ob bei Säugern oder Geflügel. Diese sind robuster, weniger anfällig für Krankheiten und vermeiden das unnötige Entsorgen unwirtschaftlicher, meist männlicher Tiere, zum Beispiel bei Legehennen oder Milchvieh. Wir GRÜNEN richten die Tierhaltung am Wohl des Tieres aus und machen Bayern zum Vorreiter einer tiergerechten Haltung. Schweine dürfenmüssen ihre Ringelschwänze behalten, Kühe dürfen

## **Begründung**

*Existierende Alternativen sollten klar benannt werden. Auch damit Landwirte, die in unserem Sinne agieren, schwarz auf weiß lesen können, dass sie unsere Unterstützung haben.*



**K1-278**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-278: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 278 einfügen:**

**Förderung für den Umbau von Anbindeställen in Laufställe für Kühe sowie hin zu Weidehaltung werden wir**

## **Begründung**

Auslauf im Freigelände sowie Weidehaltung sind außerdem wichtige und förderungswürdige Formen der Weiterentwicklung, die dem Tierwohl dienen. Auf Weiden findet sich klauengerechter Untergrund und die arteneigener Verhaltensweisen können ausgelebt werden.

**K1-279**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Bettina Goldner (KV Ebersberg)

**Titel:** K1-279: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 279 einfügen:**

ausweiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Bayern endlich ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände eingeführt wird. Den Umweltschutz-Organisationen hat der Bund dieses Recht 2002 zugesprochen; beim Tierschutz, der den gleichen Verfassungsrang hat, ist die Verbandsklage immer noch Ländersache. Mit der Einführung eines Verbandsklagerechts wird zumindest ein rechtliches Gleichgewicht zwischen Tierschutzverbänden auf der einen und den Tiernutzern auf der anderen Seite geschaffen.

## **Begründung**

*Ohne ein Verbandsklagerecht haben Tierschutzorganisationen zwar die Möglichkeit, bei Straftaten Anzeige zu erstatten. Nicht jede Zuwiderhandlung gegen das Tierschutzrecht stellt aber eine Straftat dar. Dem Täter muss vielmehr eine persönliche Schuld in Form von Vorsatz oder Fahrlässigkeit nachgewiesen werden. Daran sind in der Vergangenheit viele Strafanzeigen gescheitert. Ein Verbandsklagerecht verändert zwar nicht unmittelbar die niedrigen Standards im Tierschutzrecht. Es trägt aber dazu bei, geltendes Recht durchzusetzen, wodurch das Ausmaß an Tierleid erheblich gelindert werden kann.*

**K1-284**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** K1-284: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 283 bis 284:**

faire Preise und damit für die Zukunft unserer bayerischen Milchbäuer\*innen ein. ~~In Krisenzeiten brauchen~~ Milchmengensteuerung durch Koppelung der Tierhaltung an die landwirtschaftliche Fläche und artgerechte Tierhaltung ziehen wir eine intelligente Milchmengenreduzierung ~~der Einführung einer starren Quote vor.~~

## **Begründung**

"Krisenzeiten" ist zu erklärungsbedürftig.

**K1-284-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Regensburg-Land (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** K1-284-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 284 einfügen:**

**In Krisenzeiten brauchen wir eine intelligente Milchmengenreduzierung. Ohne Bäuerinnen und Bauern gibt es keine bäuerliche Landwirtschaft. Sie stehen im Zentrum aller unmittelbaren Entscheidungsprozesse vor Ort. Das Höfesterben und die damit verbundene Bewirtschaftung durch weniger, aber größere Betriebe, liegt auch am Mangel an qualifiziertem und motiviertem Nachwuchs. Wir wollen, daß das Berufsbild von ökologisch nachhaltig arbeitenden LandwirtInnen ein für junge Menschen erstrebenswertes Ziel ist. Wir stärken daher alle Maßnahmen in Bildung und Ausbildung, die zu einer Förderung des Landwirtschaftlichen Nachwuchses beitragen.**

## **Begründung**

Die Tatsache, dass immer weniger junge Menschen den Beruf des Landwirts ausüben wollen, ist ein logischer Fehler in den Forderungen nach mehr ökologischer und kleinteiliger Landwirtschaft. Der Prozentsatz der Abiturienten und Studierenden steigt stetig an. Junge Leute suchen ihre berufliche Zukunft überwiegend in Städten und in wachsenden Zukunftsbranchen.

**K1-288**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** K1-288: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 287 bis 289:**

aber Fleisch von Tieren, die unter tiergerechten Bedingungen gehalten wurden. ~~Wir fordern eine klare gesetzliche Haltungskennzeichnung, wie dies heute bei Eiern bereits der Fall ist.~~ Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für eine klare gesetzliche Haltungskennzeichnung für alle tierischen Produkte ein. Wir fordern die Haltungskennzeichnung auch auf aus Fleisch, Milch und Flüssigei hergestellten Erzeugnissen und diese Produkte enthaltenden Fertiggerichten. Die Verbraucher\*innen sollen auf einen Blick

## **Begründung**

Das Bundeslandwirtschaftsministerium ist der Ansicht, dass eine verpflichtende Haltungskennzeichnung von tierischen Erzeugnissen kurzfristig nicht umsetzbar sei, da ein EU-Genehmigungsverfahren notwendig sei. Vermutl. Bezug auf Art. 45 LMIV (EU) - Mitteilungsverfahren. Auf Bundesebene wird daher derzeit das (freiwillige) staatliche Tierwohl-Label vorangetrieben.

**K1-289**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-289: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 289 einfügen:**

**Eiern bereits der Fall ist. Die Verbraucher\*innen sollen auf einen Blick und in klarer Sprache (Zucht, Haltungsform, Transportdauer, ...)**

## **Begründung**

*die Aspekte Zucht, Haltung, Transport sind über eine Ampel potentiell nicht herauslesbar, aber für viele Konsument\*innen entscheidend.*

**K1-291**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Ökologie (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K1-291: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 291 einfügen:**

**woher das Futter kommt. Viele Menschen essen kein Fleisch (Vegetarier\*innen) oder keine tierischen Lebensmittel (Veganer\*innen) mehr. Wir möchten, dass ihre Lebensmittel ökologisch und am besten bei uns in Bayern produziert werden. Auch das soll über entsprechende Siegel leicht erkennbar sein. So können wir heimische Höfe, die diese Ernährungsformen bedienen, sinnvoll unterstützen.**

## **Begründung**

Wenn wir Vegetarier\*innen und Veganer\*innen in unsere Überlegungen einbeziehen wollen, ist es zielführend, das an unsere Vorstellung einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft zu koppeln.

**K1-307**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Ökologie (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K1-307: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 307 einfügen:**

**wie die Ökomodellregionen, landwirtschaftliche Genossenschaften, Kooperativen und biovegan wirtschaftende Netzwerke und unterstützen den Aufbau vielfältiger regionaler**

## **Begründung**

*Es gibt nicht nur ein förderungswürdiges Modell. Viele Landwirt\*innen schließen sich zusammen, um gemeinsam Kleinbäuerlichkeit und Regionalität zu erhalten. Diese Modelle sind oft vorbildlich, auch wenn sie außerhalb sogenannter Ökomodellregionen eigeninitiativ bestehen. Gemeinsame Projekte stärken den einzelnen, machen ihn unabhängig gegenüber der Lebensmittelindustrie und dem Handel. Das fördert ein faires Einkommen der Landwirt\*innen. Auch biovegane Landwirtschaft ist existent und unter dem Strich die ökologischste und nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Solche Zukunftsmodelle müssen erwähnt und gefördert werden, damit Landwirt\*innen sehen, dass sie Unterstützung in der Politik haben.*



**K1-309**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-309: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 309:**

vorangeht, ~~erhöhen wir den Bio-Anteil~~ soll es baldmöglichst heißen: in  
öffentlichen staatlichen Kantinen deutlich gibt es 100% bio!.

## **Begründung**

*„Deutlich“ heißt im Zweifel gar nichts. Von aktuell 3% auf 6% ist eine deutliche Erhöhung, die keinen Effekt hat. Wenn das Ziel der ökologische Landbau ist, dann müssen Angebot und Nachfrage gemeinsam wachsen. Baldmöglichst 100% bio ist daher ein konsequenteres Ziel.*

**K1-316**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-316: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 316:**

den Speiseplan. Wir unterstützen biologische ~~und~~, regionale und  
saisonale Angebote in Schulen,

## **Begründung**

Je nach Saison sind unterschiedliche Lebensmittel regional beziehbar. Es hilft wenig, wenn Bio aus Chile kommt, oder hier die Böden kaputt gemacht werden, damit es Erdbeeren im Januar gibt. Insofern sollte ebenso auf die Saisonalität der Produkte geachtet werden.

**K1-320**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** K1-320: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 320 einfügen:**

**verwendet, soll straffrei bleiben. Ablaufende Lebensmittel sollen vom Handel verpflichtend bereit gehalten werden, um einen kontrollierten, hygienischen und menschenwürdigen Zugang zu ermöglichen.**

**Begründung**  
mündlich

**K1-320-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** **K1-320-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 320 einfügen:**

**verwendet, soll straffrei bleiben. Erzeuger und Handel dürfen unverkaufte noch  
eßbare Lebensmittel nicht wegwerfen. Die Ware soll entweder an gemeinnützige  
Organisationen gespendet oder als Tiernahrung weitergegeben werden.**

## **Begründung**

Wir wollen an dieser Stelle den Handel in die Pflicht nehmen.

**K1-326**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-326: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 326 bis 328 löschen:**

**für viele Eigentümer mit kleinem Waldbesitz eine große Aufgabe. ~~Damit der Waldumbau gelingen kann, setzen wir uns dafür ein, dass bei der Jagd der geltende Grundsatz „Wald vor Wild“ flächig umgesetzt wird.~~ Wir stellen**

## **Begründung**

*Jagd ist ein viel zu komplexes Thema, um es in einem Satz beiläufig abzuhandeln. Wir müssen den Fokus auf Aufklärung und Information legen, nicht im Vorfeld kund tun, dass Bejagen die beste Alternative ist. Was offensichtlich als alternativlos erscheint, ist nicht immer die beste Lösung. Es gibt Studien und Theorien, die der Bejagung einen kontraproduktiven Effekt zuschreiben. Auch passt eine pauschale Befürwortung mit unseren Tierschutzgedanken nicht zusammen, da bestenfalls bei Profis angenommen werden kann, dass Tiere durch sichere Schüsse nicht leiden, oder aber schnell gefunden und erlöst werden. Das Hobby „Jagd“ nimmt extrem zu - wir dürfen das nicht beiläufig und kritiklos befürworten, da es angeblich in unserem Sinne ist.*

**K1-328**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K1-328: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 328 einfügen:**

**geltende Grundsatz „Wald vor Wild“ flächig umgesetzt wird. Jagd muss nachhaltig  
geschehen. Hierfür ist mittelfristig das natürliche Gleichgewicht im Wald wieder  
herzustellen, um eine Jagd überflüssig zu machen. Dafür sollen winterliche  
Anfütterungen nicht mehr stattfinden. Auch braucht es für ein natürliches  
Gleichgewicht die natürlich vorkommenden Wildbestände. Entsprechend setzen  
wir uns für ein Wiederansiedlungsprogramm für Wölfe, Luchse und andere  
Wildkatzen ein. Wir stellen**

## **Begründung**

Förster\*innen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, die den Erhalt und Schutz des Waldes ermöglichen. Die Motivation für eine solche Tätigkeit darf jedoch nicht das gewinnbringende Schießen von Wildtieren sein. Wir möchten die Natur schützen und natürlichen Lebensraum bewahren, weshalb eine Wiederansiedlung von Wölfen, Luchse und andere Wildkatzen fördern möchten.

**K1-343**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-343: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 343 einfügen:**

**unabhängige\*n Tierschutzbeauftragte\*n für Bayern, sowie regelmäßige, unabhängige und unangekündigte Kontrollen tierhaltender Betriebe und Schlachthöfe.**

## **Begründung**

*Nur konsequente, unabhängige und unangekündigten Kontrollen können in der Tierhaltung etwas bewirken und den illegalen, aber offenbar nötigen „Stalleinbrüchen“ entgegenwirken. Die Kontrolle ist Aufgabe des Landes, nicht die von Tierrechtlern.*

**K1-343-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Ökologie (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K1-343-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 343 einfügen:**

**unabhängige\*n Tierschutzbeauftragte\*n für Bayern, sowie die Einführung eines Verbandsklagerechts um zumindest rechtlich ein Gleichgewicht zwischen Tierschützern und Tierschutzverbänden und den Tiernutzern auf der anderen Seite zu schaffen.**

## **Begründung**

Im deutschen Verwaltungsrecht, zu dem im Wesentlichen auch das Tierschutzrecht gehört, herrscht der Grundsatz, dass nur derjenige Klage erheben darf, der behaupten kann, in seinen eigenen Rechten verletzt zu sein. Dies führt zu einem klaren Vorteil aufseiten der Tiernutzer: Ein Tiernutzer, der sich durch die ohnehin sehr niedrigen Tierschutzstandards, die ihm von der zuständigen Behörde auferlegt werden, in seinen Rechten beeinträchtigt sieht, kann die Auflagen und Weisungen einer Behörde vor dem Verwaltungsgericht überprüfen lassen. Da er in seinen eigenen Rechten betroffen ist, steht ihm eine Klagebefugnis zu. Für die betroffenen Tiere jedoch kann niemand Klage erheben, denn die Tierschutzverbände sind nicht direkt selbst betroffen und die Tiere selbst können natürlich nicht klagen.



**K1-344**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** K1-344: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 344 bis 348:**

~~Seit Jahren gibt es immer mehr Tierversuche, in Universitäten, in  
Forschungseinrichtungen oder durch Pharmakonzerne. Allein in Bayern sind es  
rund 300.000. Unser Ziel ist es, Tierversuche langfristig durch alternative Verfahren  
vollständig zu ersetzen. Anstatt eine Milliarde an Steuergeldern in Tierversuche zu  
stecken, wollen wir mehr in die Forschung für Alternativmethoden investieren.  
Wir wollen Tierversuche konsequent reduzieren und sie langfristig überflüssig  
machen. Damit das gelingt wollen wir die Forschungslandschaft stärken und  
fördern, entsprechende Forschungsschwerpunkte an den Hochschulen etablieren  
und die Erkenntnisse zügig an die Lehre überführen. Nur, wenn auch im Studium  
Alternativen zu Tierversuchen betrachtet werden, ist ein schneller Wandel möglich.~~

## **Begründung**

Inhaltlich war der Absatz nicht ganz korrekt. Die Zahl an Tierversuchen ist in den letzten Jahren (2015 und 2016) leicht gesunken und nicht gestiegen. Zudem steht die 300.000 frei im Raum - hier ist wohl die Zahl an Versuchstieren gemeint, Tierversuche gibt es ca 350 pro Jahr.

Zudem finden wir es wichtig, dass junge Wissenschaftler\*innen bereits im Studium für Alternativen sensibilisiert werden und entsprechende Forschungsschwerpunkte an Hochschulen etabliert werden. Nur so können auch in Bereichen, in denen Tierversuche aufgrund fehlender Alternativen aber gesetzlicher Nachweispflichten aktuell unerlässlich sind (diese machen etwa 30% aus), die Zahl an Tierversuchen langfristig reduziert werden.

Grundlage für unseren Änderungsantrag ist ein gemeinsamer Text, von den BAGen Tierschutz und Wissenschaft/Hochschule/Technologie.

**K1-344-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Titel:** **K1-344-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 344:**

**Seit Jahren gibt es immer mehr Tierversuche, in **Universitäten**Hochschulen, in**

## **Begründung**

Tierversuche finden auch an anderen Hochschularten statt.

**K1-346**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Arne Brach (KV München-Stadt)

**Titel:** **K1-346: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 346:**

**300400.000. Unser Ziel ist es, Tierversuche langfristig durch alternative Verfahren**

## **Begründung**

[www.br.de/themen/wissen/forschung-tierversuche-versuchstiere-labore-100.html](http://www.br.de/themen/wissen/forschung-tierversuche-versuchstiere-labore-100.html)

Korrektur der Zahl

**K1-350**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-350: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 350 bis 352 löschen:**

**Tageslicht. ~~Oft sind die Schlachtgeschwindigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichende Schulung des Personals der Grund dafür, dass Tiere ohne ausreichende Betäubung getötet werden.~~ Rechtliche Konsequenzen gibt es nur**

## **Begründung**

Deutlich besser lesbar und verständlich wenn dieser Satz entfällt.

Weiterhin ist die Einschränkung der Missstände nur auf die Tötung ohne ausreichende Betäubung nicht notwendig. Wir setzen uns ja für umfassenden Tierschutz ein. Somit liegen uns alle Missstände in Schlachthöfen und die rechtliche Ahndung dieser am Herzen.

**K1-369**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-369: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 369 bis 371:**

~~Gesundheit und Interessen von Verbraucher\*innen müssen Vorrang haben gegenüber den wirtschaftlichen Interessen von Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen, Versicherungen, Banken, Teleanbietern, Energiewirtschaft und Autokonzernen.~~  
Gesundheit und Interessen von Verbraucher\*innen müssen Vorrang haben gegenüber wirtschaftlichen Interessen.

## **Begründung**

Egal welche wirtschaftlichen Interessen und von wem gilt der Vorrang für Gesundheit und Interessen der Verbraucher\*innen. Deshalb ist diese Aufzählung nicht notwendig. Darüberhinaus ist diese ja auch nicht vollständig.

**K1-390**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 05.04.2018)

**Titel:** K1-390: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 390:**

verloren. Darüber hinaus ~~wollen~~werden wir ~~den-Plastikverbrauch insgesamt~~die  
Hersteller in die Pflicht nehmen, die Verwendung von Plastik drastisch zu

## **Begründung**

Gibt einen konkreten Weg vor, wie der Plastikverbrauch - nach dem Verursacherprinzip - reduziert werden kann.

**K1-392**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-392: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 392 bis 397 löschen:**

~~Ob gutes Essen, fair produzierte Textilien, neutrale Finanzberatung, Transparenz im Netz oder Mietrecht – bessere Information, Sensibilisierung und Aufklärung bereits in der Schule, Kennzeichnung und klare Regeln können das Leben für uns alle einfacher und sicherer machen. Wir werden dem Glücksspielwesen einen verlässlichen Ordnungsrahmen setzen, der vor allem den Schutz von Jugendlichen oder Suchtkranken im Blick hat.~~

## **Begründung**

*Hat im Kapitel „Bayerns Lebensgrundlagen erhalten“ nichts verloren. Wenn der Verbraucherschutz hier rein soll, fehlen viele Aspekte. Glücksspiel ist eine Alibi-Facette, um das Thema auch noch irgendwie unter zu bekommen. Aber Verbraucherschutz betrifft auch Online-Handel, Datenschutz, Garantien und Gewährleistungen, Verträge, Werbung, etc... Entweder alle benennen und ernsthaft angehen, oder in diesem Kapitel gar nicht.*



**K1-395**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** **K1-395: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 395:**

**alle einfacher und sicherer machen.-**

**Wir werden dem Glücksspielwesen einen**

## **Begründung**

Die Forderung nach einem verlässlichen Ordnungsrahmen für Glücksspiel passt inhaltlich nicht so ganz zum Rest des Abschnitts (Information und Aufklärung). Deshalb schlagen wir einen gesonderten Absatz für den Satz vor.

**K1-402**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-402: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 402 bis 403:**

und Radverkehr sollen so attraktiv werden, dass sie ~~eine~~ gleichberechtigte, schnelle, bequeme und effiziente ~~Alternative zum Auto sind~~ Mobilitätsangebote für alle bieten.

## **Begründung**

Das Framing ist wichtig. Wir sollten nicht das Auto als Normalfall darstellen zu dem wir "Alternativen" suchen. Das entspricht für viele schon nicht mehr der Lebensrealität.

**K1-409**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-409: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 409 einfügen:**

**benötigte Fahrzeuge. In Großstädten müssen wir den Straßenraum von Grund auf neu verteilen und dem ÖPNV, sowie dem Rad- und Fußverkehr oberste Priorität einräumen. Das entlastet Verkehrswege und Parkplätze und hilft, den**

## **Begründung**

*Eine schnelle Verbesserung der Lebensqualität, der Luft und der Lärmbelästigung ergibt sich durch neue Konzepte für den öffentlichen Raum und Verkehrsflächen in dicht besiedelten Städten. Den Wegfall einzelner Parkplätze zu fordern und diese schnell mit Fahrradstellplätzen oder einem Baum zu belegen bringt bestenfalls sehr örtlich eine minimale Besserung. Dabei muss alles Hand in Hand gehen. Wer Menschen zu Rad und ÖPNV bewegen will, muss entsprechende Angebote machen. Dabei darauf zu warten, bis die Zahl der Autos von sich aus zurück geht, funktioniert nicht. In München zB nimmt die Quote Autos/EW ab, die absoluten Zahlen steigen jedoch weiter.*

**K1-410**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-410: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 410 einfügen:**

**drohenden Verkehrskollaps zu vermeiden.**

**Jede\*r Verkehrstote ist eine\*r zu viel ! Wir wollen die Zahl der Verletzten und Toten minimieren (Vision Zero). Wichtigstes Instrument sind flächendeckende Tempolimits.**

## **Begründung**

Wir sollten wenigstens einen Satz zur Verkehrssicherheit haben, der auch Vision Zero erwähnt: Das Ziel keine Verkehrstoten mehr zu haben. Es kann nicht sein dass wir uns an Tausende Tote jedes Jahr einfach so gewöhnen.

**K1-412**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-412: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 412 bis 413:**

~~Der Verbrennungsmotor hat weder in ökologischer noch in ökonomischer Sicht eine Perspektive~~  
Dafür müssen anwendungsorientierte Forschung, steuerliche Anreize und technische Zielvorgaben zusammenwirken. Wir wollen die Markteinführung emissionsneutraler Antriebe und den Bau der dafür notwendigen Infrastruktur beschleunigen.

## **Begründung**

In diesem Kapitel fehlte die Darstellung des Weges hin zu vollständig erneuerbare Energien bei allen Fahrzeugen.

Der Satz "Der Verbrennungsmotor hat weder in ökologischer noch in ökonomischer Sicht eine Perspektive" kann deshalb entfallen. Erst wenn wir alle Fahrzeuge umgestellt haben oder zumindest die Infrastruktur dafür bereitgestellt haben hat dieser Satz Gültigkeit. Im Moment ist es nur eine hohle Phrase.

K1-414

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

Titel: K1-414: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

In Zeile 414:

~~ÖPNV~~–Bayern mobil– Flächendeckend und attraktiv

Von Zeile 418 bis 424:

~~Den Schienenverkehr bauen wir in ganz Bayern aus, führen Mindeststandards ein und gestalten ihn barrierefrei – anstatt alles Geld in Prestigebauten wie den zweiten S-Bahn-Tunnel in München zu versenken. Wir verlagern Verkehr von der Straße auf die Schiene. Der öffentliche Personenverkehr braucht nach Jahrzehnten der Vernachlässigung einen riesigen Modernisierungsschub. Dazu gehört auch, alle wichtigen Bahnstrecken endlich zu elektrifizieren und stillgelegte Strecken zu reaktivieren. flächendeckend in ganz Bayern aus und gestalten ihn barrierefrei.~~

Wir verlagern Verkehr von der Straße auf die Schiene. Der öffentliche Personenverkehr braucht nach Jahrzehnten der Vernachlässigung einen riesigen Modernisierungsschub. Wir machen die Bahn durch die zügige Elektrifizierung und die Reaktivierung stillgelegter Strecken zum flächendeckenden und umweltfreundlichen Rückgrat der Mobilität in Bayern.

Von Zeile 429 bis 431 löschen:

in Bayern übernehmen und die endlosen LKW-Schlangen auf den Straßen

reduzieren. ~~Mit der Bundespolitik werden wir Anreize für eine Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene schaffen.~~

Von Zeile 435 bis 438:

Verkehrsverbund für Bayern. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und verbinden alle öffentlichen Verkehrsangebote mit einer einzigen App oder Fahrkarte. Und wir vernetzen den klassischen ÖPNV mit neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, ~~Bike-~~ und ~~Rid~~Bikesharing.

Von Zeile 440 bis 444:

Verkehrsmittel nach Schweizer Vorbild, schaffen wir ein attraktives Mobilitäts-Angebot für ~~alle Kund\*innen des öffentlichen Verkehrs~~Alle. Wir führen die Mobilitätsgarantie für Bayern ein. Damit gibt es ~~in allen Orten~~ in Bayern von 5 Uhr früh bis Mitternacht mindestens ~~im Stundentakt eine Anbindung~~einen Stundentakt. Wer kein Auto hat oder es lieber mal stehen lassen will, hat so eine

In Zeile 476 löschen:

Grün vor der Haustüre. Unsere Städte sind für Menschen da, ~~nicht für Autos~~.

**K1-419**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-419: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 419 bis 420 löschen:**

**und gestalten ihn barrierefrei ~~-anstatt alles Geld in Prestigebauten wie den zweiten S-Bahn-Tunnel in München zu versenken-~~ Wir verlagern Verkehr von der**

## **Begründung**

Der Hinweis auf die Prestigebauten bzw. zweiten S-Bahn-Tunnel kann entfallen. Dieser Einschub relativiert das ansonsten positiv formulierte Argument pro Schienenverkehr in diesem Absatz.



**K1-424**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-424: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 424 einfügen:**  
**reaktivieren.**

**Wir wollen den Städten und Kreisen die Freiheit geben, zur nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV eine Nahverkehrsabgabe zu erheben. Damit können sie das lokal notwendige tun: Angebot verbessern, Tarife senken oder auch mit neuen Tarifmodellen wie dem Bürgerticket experimentieren.**

## **Begründung**

Die Nahverkehrsabgabe dient dazu dass auch diejenigen, die vom ÖPNV bisher nur indirekt profitieren, an seiner Finanzierung beteiligt werden: Unternehmen, Geschäfte usw. In Frankreich gibt es das seit Jahrzehnten ("versement transport") und es hat zu günstigen ÖPNV-Preisen und einem Boom der Straßenbahn dort geführt. Einzelne Städte haben damit den Nahverkehr kostenfrei gemacht. Die meisten nutzen diese Einnahmen aber für ein verbessertes Angebot und sehr moderate Preise. Geben wir Städten und Landkreisen die Möglichkeit, damit zu experimentieren ! Dies sollten wir ihnen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung zutrauen ! Es gibt durchaus Städte für die das interessant wäre. So haben sich z.B. Vertreter der Würzburger Verkehrsbetriebe in diese Richtung geäußert. Es braucht dafür aber ein Landesgesetz. Und genau das fordern wir mit diesem Satz.

**K1-431**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** OV Kirchseeon (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** **K1-431: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 431 einfügen:**

**Gütertransporte von der Straße auf die Schiene schaffen bei gleichzeitiger  
Lärmsanierung an den Bestandsstrecken.**

## **Begründung**

Denn mehr Verkehr ohne Schallschutz ist unzumutbar bei den bereits heutigen extremen und gesundheitsschädigenden Lärmbelastungen, speziell am Brennerbasistunnel-Nordzulauf. Ist aber bereits und unausweichlich im Anmarsch, wenn nichts passiert.

**K1-431-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** **K1-431-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 431 einfügen:**

**Gütertransporte von der Straße auf die Schiene schaffen. Die LKW-Maut ist ein guter Ansatz, aber offensichtlich immer noch zu gering.**

## **Begründung**

Auch das sollte gesagt werden.

**K1-433**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-433: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 433 bis 435 löschen:**

~~Wir wollen, dass man sich in ganz Bayern mit Bus und Bahn nach dem Prinzip „eine Fahrt, eine Fahrkarte“ bewegen kann. Dafür schaffen wir einen einheitlichen Verkehrsverbund. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und verbinden alle~~

## **Begründung**

Die Schaffung eines einheitlichen Verkehrsverbundes innerhalb von Bayern ist nicht zwangsläufig mit dem Bayern-Pass bzw. der Einführung einer landesweiten Netzkarte verbunden und sollte hier auch nicht erwähnt werden.

Zudem macht das Vorziehen von Zeile 439 - 441 diese Sätze unnötig. (parallele redaktionelle Änderung)

**K1-435**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-435: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 435 einfügen:**

**Verkehrsverbund, der aber nicht an der Landesgrenze Halt macht, sondern mit Nachbarbundesländern und Nachbarstaaten grenzübergreifende Angebote schafft.**  
**Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und verbinden alle**

## **Begründung**

*in ländlichen Gebieten, aber auch in Städten in der Nähe anderer Bundesländer hört das Leben nicht an der Grenze Bayerns auf. Grenzregionen funktionieren über die Grenzen von Bundesländern hinweg. Das betrifft insbesondere die arbeitende Bevölkerung, aber auch Studierende oder Menschen in Ausbildung. Es sollte daher angestrebt werden, grenzübergreifende ÖPNV-Angebote zu schaffen mit Landkreisen/Regionen der benachbarten Bundesländer, sofern ein Bedarf besteht.*

**K1-441**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-441: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 441 einfügen:**

**alle Kund\*innen des öffentlichen Verkehrs.**

**Für Nahverkehrsräume in denen die Verkehrsbeziehungen länderübergreifend  
(Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg) verlaufen wollen wir attraktive  
Übergangstarife anbieten.**

**K1-443**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-443: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 443 bis 445:**

in Bayern von 5 Uhr früh bis Mitternacht mindestens im Stundentakt **eine Anbindung. ~~Wer kein Auto hat oder es lieber mal stehen lassen will, hat so eine verlässliche und umweltfreundliche Alternative.~~ eine verlässliche und umweltfreundliche Anbindung.**

## **Begründung**

Der Hinweis auf das Auto ist in diesem Kontext unnötig und erzeugt beim Leser genau das Gegenteil. Man denkt beim Lesen an das Auto und nicht an die Alternative.

Wir wollen die Mobilitätsgarantie für ALLE und somit ist diese Einschränkung nicht notwendig.

**K1-446**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Bayerischen  
Landtag (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** K1-446: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 446 bis 449:**

~~Busse und Bahnen müssen gerade auch für junge Menschen attraktiv sein. Für Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren, Schüler\*innen, Azubis und Studierende bis 28 führen wir die kostenlose Beförderung in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in Bayern ein.~~

Für Schüler\*innen, Azubis und Studierende führen wir für 365,- € im Jahr ein landesweit gültiges Jugendticket ein. Damit schaffen wir ein einfaches und bezahlbares Angebot und verbessern so die Mobilität junger Menschen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.



**K1-447**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K1-447: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 447 bis 449:**

**Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren, ~~Schüler\*innen, Azubis~~ sowie für Schüler\*innen und ~~Studierende bis 28~~ Azubis führen wir ~~die kostenlosein~~ Jugendticket zur kostenfreien Beförderung in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in Bayern ein.**

**Für Studierende führen wir ein bayernweit einheitliches Semesterticker ein.**

**K1-448**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-448: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 448 bis 449:**

**Studierende bis 28 führen wir die kostenlose ticketlose Beförderung in allen öffentlichen Verkehrsmitteln in Bayern ein. Perspektivisch streben wir eine ticketlose Beförderung für die gesamte Bevölkerung an.**

## **Begründung**

Ticketlos ist die korrekte Bezeichnung, da durch den Öffentlichen Nahverkehr in jedem Fall Kosten entstehen. Als bayerische Grüne sollten wir außerdem deutlich machen, dass wir für die Zukunft nicht nur an Jugendliche, sondern an alle Menschen denken und ihnen ticketloses Fahren ermöglichen wollen. Das fördert umweltfreundliche Mobilität und soziale Teilhabe.

**K1-449**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** **K1-449: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 449 einfügen:**

**Verkehrsmitteln in Bayern ein.**

**Senior\*innen sollen ebenfalls kostenlos in allen öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können.**

## **Begründung**

Die Altersarmut betrifft in Bayern inzwischen fast 2/3 der Rentner\*innen. Diese sind besonders auf den ÖPNV angewiesen, um an der Gesellschaft teilzuhaben.

Deshalb sollte für alle Senioren (Menschen ab 55 Jahre) die Fahrt mit dem ÖPNV kostenlos sein.

**K1-451**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K1-451: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 451:**

Das Fahrrad ist **einedie** schnelle, gesunde und umweltfreundliche  
**Alternative**Mobilität - ob

## **Begründung**

auch hier: Das Framing ist wichtig. Nicht das Auto als den Normalfall darstellen. Das Fahrrad ist keine "Alternative".

**K1-453**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-453: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 453 einfügen:**

**zeitgemäße Infrastruktur. Dazu gehören eigene, sichere Radwege an allen  
Hauptstraßen, ein**

## **Begründung**

Es reicht nicht nur Radwege zu haben, diese müssen auch subjektiv und objektiv  
sicher ausgestaltet werden, damit das Radfahren attraktiver wird.

**K1-454**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Christian Hader (KV Bamberg-Stadt)

**Titel:** **K1-454: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

## **Redaktionelle Änderung**

Zeile 454 einfügen: „**das steuerlich begünstigte Leasing von Dienstfahrrädern für Landesbeamte und Tarifangestellte**“ s.u.

**In Zeile 454:**

**dichtes Netz an Radschnellwegen, sichere Abstellmöglichkeiten, das steuerlich begünstigte Leasing von Dienstfahrrädern für Landesbeamte und Tarifangestellte**

und die **kostenlose**

## **Begründung**

Das steuerlich begünstigte Fahrrad-Leasing ist für bayerische Landesbeamte im Gegensatz zu z.B. Baden-Württemberg aktuell nicht möglich, obwohl es die Chance böte, dass noch mehr Menschen noch mehr Strecken bei gleichzeitigen Vorteilen für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen auf dem Rad zurücklegen, vgl.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.leasing-von-dienstfahrraedern-landesbeamte-radeln-den-angestellten-davon.263a1566-e10f-4d68-98ed-4a60f01f4cd7.html>

## **Unterstützer\*innen**

Ursula Sowa, Andreas Eichenseher, Jonas Glüsenkamp, Peter Gack, Wolfgang Grader

**K1-454-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K1-454-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 454 einfügen:**

**dichtes Netz an Radschnellwegen, sichere und überdachte Abstellmöglichkeiten  
und die kostenlose**

**K1-459**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-459: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 459 löschen:**

**Radwegeinfrastruktur –~~mindestens in den Ballungsräumen.~~**

## **Begründung**

Bayern ist ein Flächenland und somit ist die Einschränkung auf Ballungsräume zu wenig.

Das Radverkehrsgesetz sollte für ganz Bayern gelten und nicht nur für die Ballungsräume.



**K1-459-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Dieter Janecek (KV München-Stadt)

**Titel:** **K1-459-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Nach Zeile 459 einfügen:**

**Bayern setzt sich für eine fahrradfreundliche Neufassung der  
Straßenverkehrsordnung ein, wie etwa Ampeln mit Grünpfeil für Radfahrende.**

## **Begründung**

Bauliche Änderungen zu Gunsten von Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen sind dringend notwendig, doch nimmt deren Umsetzung viel Zeit und Geld in Anspruch. Verbesserungen der rechtlichen Stellung sind hingegen schnell und kostengünstig umzusetzen.

StVO-Novellen sind zustimmungspflichtige Gesetze. Bayern darf im Bundesrat nicht mehr ausbremsen, sondern soll die Änderung aktiv vorantreiben.

## **Unterstützer\*innen**

Bernadette Felsch, KV München-Stadt, Thomas v. Sarnowski, KV Ebersberg, Gudrun Lux, KV München-Stadt, Georg Nitsche, KV München-Stadt, Antje Wagner, KV München-Land, Marcel Rohrlack, KV München-Stadt, Martina Neubauer, KV Starnberg, Christian Smolka, KV München-Stadt, Anna Schmidhuber, KV München-Land, Alexander König, KV München-Stadt, Sylvio Bohr, KV München-Stadt, Johannes Schön, KV München-Stadt, Patrick Friedl, KV Würzburg-Stadt, Jörg Spengler, KV München-Stadt

**K1-461**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K1-461: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 461:**

**Wir wollen die ~~Abkehr vom Diktat~~ Qualität des ~~autogerechten Ortes~~ Wohnens und der Wohnumgebung in Städten und Dörfern verbessern. Bei allen**

## **Begründung**

Mit der Verwendung des Begriffes "autogerechten Ort" aktivieren wir beim Leser genau das was wir nicht wollen. Vielmehr sollten wir von dem Ziel einer Verbesserung der Wohnsituation durch bessere Verkehrsplanung reden.

**K1-465**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K1-465: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 465 einfügen:**

**insbesondere bei Staats- und Bundesstraßen, die Wohngebiete queren.**

**Wir wollen den Städten und Gemeinden die Möglichkeit geben, auf Stellplatzsatzungen zu verzichten. Die Zulassung neuer Fahrzeuge soll vom Nachweis eines Stellplatzes abhängig gemacht werden können.**

## **Begründung**

Das gehört auch ins Verkehrskapitel. Die Stellplatzsatzungen gehen auf die Reichsgaragenordnung von 1937 zurück, deren erklärter Zweck die Förderung des Kraftverkehrs war. Dies ist eine erhebliche versteckte Subvention des Autoverkehrs und völlig unzeitgemäß. Gleichzeitig soll aber nicht noch mehr Blech auf den Strassen stehen. Daher sollten wir neue Autos nur noch zulassen wenn ein privater Stellplatz nachgewiesen werden kann.

**K1-467**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-467: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 467 löschen:**

**Damit der Umstieg ~~vom Verbrennungsmotor~~ auf alternative, abgasfreie Antriebe**

## **Begründung**

Der Verbrennungsmotor kann auch mit Wasserstoff betrieben werden. Deshalb ist es nicht richtig hier von dem Umstieg vom Verbrennungsmotor zu reden. BMW hatte diese Technologie schon bis zur Serienreife entwickelt. Nach dem sich aber Ölscheichs bei BMW eingekauft hatten wurde diese Technologie eingestellt. Angeblich sei dies nicht wirtschaftlich. Mit Solarwasserstoff ist somit der Verbrennungsmotor auch weiterhin denkbar.

**K1-476**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K1-476: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 476 löschen:**

**Grün vor der Haustüre. Unsere Städte sind für Menschen da, ~~nicht für Autos.~~**

## **Begründung**

Nun eine druchgehend positive Formulierung gewählt

Die Sätze vorher stellen gut dar was wir mit den Flächen ohne Autos machen.

Deshalb bedarf es keiner Einschränkung in diesem Satz.

Unsere Städte sind für die Menschen da.

**K1-476-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K1-476-2: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 476 einfügen:**

**Grün vor der Haustüre. An größeren Bahnhöfen und zentralen Busbahnhöfen werden Mobilitätsstationen eingerichtet. Unsere Städte sind für Menschen da, nicht für Autos.**

**K1-481**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Wolfgang Rupp (KV Starnberg)

**Titel:** K1-481: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**In Zeile 481 einfügen:**

zu sanieren ist wichtiger als Spatenstiche zu feiern. Wir treten für ein Moratorium für den Fernstraßen-Neubau in Bayern ein. Für erforderliche ortsnahe Umgehungen können in einer Abwägung Ausnahmen möglich sei.

## **Begründung**

Der Bau von Bundesfernstraßen wird, was den Freistaat betrifft, von der bayerischen Staatsregierung angemeldet. Da wir für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs, eine Stärkung des ÖPNV und eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene eintreten, ist dieses Moratorium ein konsequenter Schritt. Die Ertüchtigung bestehender Bundesfernstraßen in Bayern ist von diesem Moratorium nicht berührt.

## **Unterstützer\*innen**

Gregor Münch, Sylvia Türk-Rupp

**K1-488**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** OV Kirchseeon (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** **K1-488: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 488:**

bestehender ~~Verkehrswege~~ Straßen- und Schienenwege denselben Anspruch wie  
den Bürger\*innen an



**K1-491**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K1-491: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**In Zeile 491 einfügen:**

**München und fordern die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses. Für uns  
ist das Votum der Bürger\*innen in Münchenbindend. Die Grenzen**

**K1-493**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K1-493: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten**

**Von Zeile 493 bis 494:**

**längst erreicht. Für einen wirksamen Schutz vor Fluglärm ist zudem ein-echtes  
Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr unabdingbar. Es gibt keinen Grund für die  
Subventionierung des**

**K1-495**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** K1-495: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Von Zeile 495 bis 496 einfügen:**

Flugverkehrs **in Millionen- oder wie tatsächlich** in Milliardenhöhe und die immer wiederkehrenden Rufe nach Förderungen für den Neu- oder Ausbau von Regionalflughäfen. **Die Steuerfreiheit für Flugtreibstoff ist auch uns unbegreiflich. Wir in Bayern werden eine drastische Erhöhung der Start- und Landegebühren fordern. Billigflüge sind nicht im Sinn unserer vielen potentiellen Wähler**

## **Begründung**

Während Erneuerbare Energie noch nie subventioniert worden ist, sondern die Erhöhte Einspeisevergütung von den Stromvebrsuchern finanziert werden muss, wird ungeniert an dem Wahn festgehalten, Deutschlands Grösse hänge von der Luftfahrt ab. Fast kostenloses Herumfliegen gehört nicht zur Grundversorgung

**K1-496**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Dieter Janecek (KV München-Stadt)

**Titel:** K1-496: Bayerns Lebensgrundlagen erhalten

**Nach Zeile 496 einfügen:**

**Nach dem Vorbild Baden-Württembergs fordern wir eine\*n  
Lärmschutzbeauftragte\*n. Bayern kämpft für Motorrad- und PKW-Lärmgrenzwerte  
für alle Drehzahlen und Geschwindigkeiten - ohne "Sportwagen-Bonus" für PS-  
starke Fahrzeuge. Die Messverfahren müssen realitätsnah und sicher gegen  
Betrügereien der Hersteller gestaltet werden. Die Polizei soll bei Kontrollen vor Ort  
Fahrgeräusche messen dürfen und ihren Kampf gegen die Autoposer- und  
Raserszene verstärken.**

## **Begründung**

Bisher befasst sich das Programm mit Fluglärm, Temporeduzierungen in Kommunen und passivem Lärmschutz. Wir brauchen aber dringend Verbesserungen direkt an den Lärmquellen im Verkehr, wo einige wenige sich "austoben" auf Kosten der Allgemeinheit - unterstützt durch weichgeklopfte Lärmvorgaben der EU mit vielen Schlupflöchern und einen autolobbynahen Bundesverkehrsminister.

In Baden-Württemberg hat die Anlaufstelle eines Lärmschutzbeauftragten eingerichtet und ist damit Vorreiter in Deutschland. Die Person ist Mitglied des Landtages und übernimmt ehrenamtlich die Funktion eines Lärmschutzbeauftragten der Landesregierung. Ihr arbeitet ein Team in der Geschäftsstelle Lärmschutz im Verkehrsministerium zu. Sie berät und hilft bei Lärmproblemen.

## **Unterstützer\*innen**

Florian Roth, KV München-Stadt, Thomas v. Sarnowski, KV Ebersberg, Christian Smolka, KV München-Stadt, Gudrun Lux, KV München-Stadt, Georg Nitsche, KV München-Stadt, Marcel Rohrlack, KV München-Stadt, Martina Neubauer, KV Starnberg, Antje Wagner, KV München-Land, Alexander König, KV München-Stadt

**K2-011**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-011: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 12 bis 14:**

**Ziel. ~~Eine~~Voraussetzungen dafür sind eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung von Alleinerziehenden und die nachhaltige Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut ~~sind dafür die Voraussetzungen.~~**

**K2-014**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-014: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 15 einfügen:**

**Wir wollen mehr Plätze in Horten, Kitas und Krippen. Denn der aktuelle Bedarf liegt**

## **Begründung**

Die Platznot ist derzeit vielfach bei Kindern im schulpflichtigen Alter am größten, also in den Horten. Streng genommen fallen Horte zwar unter den Oberbegriff "Kindertagesstätte (Kita)". Kita wird aber alltagssprachlich meist mit Kindergartenalter assoziiert.

**K2-022**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-022: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 23 bis 25:**

unter dem Bundesdurchschnitt, Wir wollen das ändern ~~und eine besseren  
Betreuungsschlüssel für unsere Kinder: Eine Betreuer\*in für zehn Kinder über drei  
Jahre und eine für fünf Kinder unter drei Jahren.~~ mit einem besseren  
Betreuungsschlüssel für unsere Kinder und zusätzliche fachliche Unterstützung  
für Inklusion und soziale Brennpunkte.



**K2-024**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Augsburg-Stadt (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** **K2-024: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 25 einfügen:**

**drei Jahre und eine für fünf Kinder unter drei Jahren.**

**Wir fordern auf Landesebene einkommensabhängige Kita-Gebühren.  
Dies soll unbürokratisch und unerschwerlich sein.**

## **Begründung**

Frühkindliche Betreuung muss jedem/jeder zugänglich sein.

Die überproportionale Belastung der unteren Einkommensgruppen muss abgeschafft werden.

**K2-026**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-026: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 27:**

**Fachkräfte sorgen, mit mehr Zeit ~~etwa~~ für Elterngespräche ~~oder~~ und für**

**K2-029**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-029: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 30 einfügen:**

**Taschengeld. Dafür ändern wir das Bayerische Kindergartengesetz (BayKiBiG).Wir wollen ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in pädagogischen Berufen und den Beruf des Erziehers für Männer attraktiver machen.**

## **Begründung**

Gleichstellung der Geschlechter bedeutet nicht nur, dass Frauen häufiger in Führungspositionen gelangen sollten, sondern auch, dass Männer häufiger klassische „Frauenberufe“ ergreifen sollten. Männliche Erzieher und Grundschullehrer stellen weiterhin eine Seltenheit dar. Kinder benötigen Vorbilder und Bindungspersonen beiderlei Geschlechts.

**K2-031**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding)

**Titel:** K2-031: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 32 bis 35:**

Bayern ist das einzige Bundesland, in dem die Mehrheit der **behinderten**-Kinder **mit** **Einschränkung** immer noch in Sondereinrichtungen betreut wird. Das wollen wir ändern. Schulvorbereitende Einrichtungen und heilpädagogische Tagesstätten sollen **auch** für **nicht-behinderte****alle** Kinder geöffnet werden, ohne dabei ihre Fördergrundlage

**Unterstützer\*innen**

Anja Obermeier, Saskia Weishaupt

**K2-041**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-041: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 42 bis 45:**

**Wir wollen, dass Eltern in Bayern eine tatsächliche Wahlfreiheit haben. ~~Die gibt es nur, wenn es genügend frühkindliche Bildungsangebote mit flexiblen Öffnungszeiten gibt. Deshalb werden wir das Betreuungsgeld ersatzlos abschaffen und in die Verbesserung der Kinderbetreuung investieren.~~ Wir werden das Betreuungsgeld ersatzlos abschaffen und in die Verbesserung der Kinderbetreuung investieren. Für alle Kinder müssen wohnortnahe, auch inklusive KiTa-Plätze mit familienfreundlichen Öffnungszeiten verfügbar sein.**

**K2-043**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-043: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 44 einfügen:**

**Öffnungszeiten gibt.** Das Betreuungsgeld kann keine wertige Alternative zur  
Betreuung in einem Kindergarten darstellen: Es zementiert bei fehlender und guter  
Kinderbetreuung alte Rollenbilder und hält insbesondere Frauen\* von einer  
Erwerbstätigkeit ab. Deshalb werden wir das Betreuungsgeld ersatzlos abschaffen

## **Begründung**

Im Programm fehlt bisher die Begründung unserer Ablehnung des  
Betreuungsgeldes.

**K2-046**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-046: Bayern - Land der Chancen für alle**

**Von Zeile 47 bis 48 löschen:**

**Qualität unserer Kindertagesstätten investieren. ~~Daher geht für uns  
Qualitätsverbesserung vor Beitragsfreiheit!~~ Langfristig wollen wir die gesamte**

## **Begründung**

Wenn wir prinzipiell für die Beitragsfreiheit von Kitas sind, sollten wir dies auch verständlich ausdrücken. Der zur Streichung vorgeschlagene Satz kann so verstanden werden, dass aus Kostengründen zwischen Qualitätsverbesserung oder Beitragsfreiheit gewählt werden muss. Dem Wähler ist eine solche Argumentation nicht vermittelbar. „Langfristig“ bietet bereits ausreichend zeitlichen Spielraum, was die Umsetzung angeht.

**K2-048**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K2-048: Bayern - Land der Chancen für alle**

**Von Zeile 49 bis 50 löschen:**

**frühkindliche Bildung beitragsfrei ermöglichen ~~und beginnen mit dem ersten Kindergartenjahr.~~**

## **Begründung**

Schränkt unser langfristiges Ziel der beitragsfreiheit unnötig ein. Wir wollen ja eine gesamte beitragsfreie Frühkindlichebildung (Kita&Kindergarten) Deshalb sollte der Halbsatz gestrichen werden.



**K2-048-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-048-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 49:**

frühkindliche Bildung beitragsfrei ermöglichen und beginnen im Jahr 2019 mit ~~dem~~  
erstender Abschaffung der Gebühren für das erste

## **Begründung**

Die ursprüngliche Formulierung erscheint uns missverständlich.

**K2-050**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-050: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 52 bis 53:**

**Auf die Kinder und Jugendlichen kommt es an. Wir wollen eine Schule, in der sie sich zu starken Persönlichkeiten ~~heranwachsen können~~ entwickeln und ~~sie~~-befähigt werden, ihr**

**K2-055**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

Titel: K2-055: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 57 bis 63:

die Leitidee unseres bildungspolitischen Handelns. Hier dürfen keine Nachteile durch strukturellen Rassismus entstehen. Wir wollen eine Schule, die allen Kindern in ihren Unterschiedlichkeiten, Besonderheiten und Stärken gerecht wird und alle Potentiale fördert. Schulerfolg darf nichtweder von den finanziellen Möglichkeiten noch von der Herkunft der Eltern abhängen.

~~Dafür investieren wir in unsere Schulen – für mehr Lehrkräfte, für kleinere Klassen, für mehr Schulsozialarbeit, mehr Schulpsycholog\*innen und selbstverständlich in die Instandhaltung und Modernisierung der Schulgebäude.~~

Bildung ist mehr als nur Schule.

Von Zeile 65 bis 67 einfügen:

digitale Welt, für eine starke demokratische und politische und kulturelle Bildung und für ein Bewertungssystem, das die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler im Blick hat. Wir wollen Schulen, die Sozialraum- und Lebensweltbezug als wünschenswertes Prinzip leben und in echten Verantwortungsgemeinschaften mit der Jugendhilfe neue Spiel- und Erfahrungsräume für Kinder entwickeln.

Dafür investieren wir in unsere Schulen - für mehr Lehrkräfte, für kleinere Klassen, für mehr Schulsozialarbeit, mehr Schulpsycholog\*innen, eine echte Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe und selbstverständlich in die Instandhaltung und Modernisierung der Schulgebäude.

**In Zeile 106 einfügen:**

**die Schulsozialarbeit künftig an allen Schularten sicherstellen. Wir wollen mehr kulturelle Bildung an Schulen und echte Kooperationen von Schule und Jugendhilfe verbindlich machen. Auch für**

### **Begründung**

Insgesamt ist das Kapitel zu Bildung sehr schulfixiert; damit wird z.B. der Sozialraum- und Lebensweltbezug nicht als neues, wünschenswertes Prinzip nicht dargestellt. In der Folge werden auch keine erkennbaren neuen Spiel- und Erfahrungsräume für Kinder und Jugendliche eröffnet; und insbesondere werden damit keine Antworten gegeben für das Drittel(!) an Kindern und Jugendlichen, die laut 15. Kinder- und Jugendbericht von Anfang an fortwährend mit dem jetzigen Schulsystem nicht zurechtkommen.

Zur Bearbeitung dieses Problems werden nur noch mehr Schulsozialarbeit und Schulpsychologen vorgeschlagen; die arbeiten tendenziell jedoch eher defizitorientiert und oftmals einzelfallbezogen, anstatt Kinder dabei zu begleiten, ihre Ressourcen und Interessen zu entdecken und sie bei der Wahrnehmung dieser zu begleiten. - Eine echte Alternative, wie z.B. die Forderung nach mehr Kultureller Bildung an Schulen, oder die Implementierung von Lokalen Bildungslandschaften mit echten Kooperationen und Verantwortungsgemeinschaften zwischen Schule und Jugendhilfe, werden hingegen nicht entwickelt.

Auch findet sich kein Hinweis auf die Nachteile durch strukturellen Rassismus, die nach wie vor beim Schul- und Bildungserfolg junger Menschen eine Rolle spielt.

**K2-058**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-058: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 60 einfügen:**

**finanziellen Möglichkeiten und der sozialen Herkunft der Eltern abhängen.**

## **Begründung**

Die angestrebten und erreichten Bildungsziele hängen massiv von der sozialen Herkunft des Kindes ab. Hier spielt die finanzielle Situation aber auch der Bildungsabschluss der Eltern eine große Rolle. Bayern ist das Bundesland mit der größten Bildungsungerechtigkeit - das wollen wir nicht länger hinnehmen und klar benennen.

**K2-063**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-063: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 65 bis 67:**

**digitale Welt, für eine starke demokratische und politische Bildung und ~~für ein~~  
~~Bewertungssystem, das die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und~~  
~~Schüler im Blick hat~~ erlebnisorientiertes Lernen.**

**K2-078**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** **K2-078: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 80 einfügen:**

**fächerübergreifende politische und philosophische Bildung schon in der  
Grundschule stärken und**

## **Begründung**

die grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft sind ethischer/philosophischer  
Natur

**K2-079**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-079: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 81 einfügen:**

**dem Fach Sozialkunde an allen Schularten einen höheren Stellenwert einräumen. Weiter setzen wir uns für eine Ergänzung des Sozialkundeunterrichts ein, um Politik auch praxisnah in der Schule zu vermitteln.**

## **Begründung**

Wir wollen nicht nur mehr Sozialkundeunterricht sondern auch einen Sozialkundeunterricht, der Politik praxisnah vermittelt.



**K2-084**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Säkulare Grüne (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** K2-084: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 86 einfügen:**

**Schul- wie auf Landesebene werden wir verbessern.**

**Unsere Gesellschaft ist in den letzten 30 Jahren religiös-weltanschaulich pluraler geworden. Wir wollen dem erkennbar gefährdeten gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsfaches „Philosophie und Religionskunde“ begegnen. Alle Schüler\*innen sollen gemeinsam die Welt und die menschliche Existenz ergründen, deuten und verstehen lernen sowie erfahren, welche Antworten die verschiedenen religiösen und nichtreligiösen Weltanschauungen auf die Fragen, die sich dabei stellen, geben. Dies sehen wir als wesentliche Voraussetzung für friedliches Zusammenleben und Integration sowie als Bollwerk gegen Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus und Terrorismus an. Der in Artikel 7 Abs. 3 GG garantierte bekenntnisgebundene Unterricht wird weiter als Wahlfach angeboten.**

## **Begründung**

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft hängt sehr stark davon ab, ob die grundlegenden Werte von einer großen Mehrheit der Bürger\*innen geteilt werden. Um dies zu erreichen und zu sichern ist es erforderlich, alles zu tun, um besonders die jungen Menschen das Gemeinsame spüren und erleben zu lassen. Bekenntnisgebundener Religionsunterricht führt nicht zusammen, sondern trennt. Es findet eine Aufteilung in formelle Gruppen statt, das persönliche Kennenlernen der religiösen oder nichtreligiösen Weltanschauungen der Mitschüler\*innen wird unterbunden.

Dieser Segregation kann nur über ein Unterrichtsfach begegnet werden, das für alle Schüler\*innen verpflichtend ist und bei dem keine Trennung nach religiöser oder nichtreligiöser Weltanschauung erfolgt. Es gilt Menschen zusammenzuführen und nicht zu trennen, zu integrieren und nicht zu separieren. Dafür bietet sich ein Unterrichtsfach „Philosophie und Religionskunde“ an.

**K2-084-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Starnberg (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** **K2-084-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 86 einfügen:**

**Schul- wie auf Landesebene werden wir verbessern. Wir wollen Friedensbildung fächerübergreifend in den Schulen des Landes stärken und damit fester in den Bildungsplänen verankern, als es bisher der Fall ist.**

## **Begründung**

Es gilt, die bereits existierenden Angebote der Akteur\*innen aus den Bereichen der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer zu machen und über sie zu informieren. Insbesondere Lehrer\*innen soll damit der Zugriff auf thematische Materialien und Ressourcen vereinfacht sowie Beratung und Unterstützung bei ihrem Einsatz im Unterricht geboten werden.

Das gewaltfreie Zusammenleben in Schule und Gesellschaft ist ein hohes Gut und keineswegs selbstverständlich. Es bedarf dafür der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen von Gewalt, deren Ursachen und Entstehungsbedingungen.

Es bedarf ebenso der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt und der Entwicklung eines Bewusstseins davon, wie Menschen in ihrer Umgebung, in Deutschland und weltweit in Frieden zusammenleben können. Das Ringen um Antworten, das Bewusstwerden der eigenen Verantwortung und der eigenen Möglichkeiten, zum Frieden beizutragen, sowie die Förderung der eigenständigen Meinungsbildung haben in der Schule und in der außerschulischen Bildungsarbeit einen herausragenden Stellenwert.

Die abgeleiteten Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: Es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die

Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt.

Seit dem 8. Juni 2010 gibt es auch in Bayern eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr (Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland) zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen. Diese Vereinbarung ist laut Presseerklärung des Kultusministeriums ein „Angebot an die Gesellschaft“. Nach Auffassung des dort zitierten Generalmajors sind Jugendoffiziere „... ausgewiesene Experten in sicherheitspolitischen Fragen und für entsprechende Themen besonders gut geeignet. Sie können sehr gut auf die Schüler aller Bildungseinrichtungen eingehen und zum politischen Diskurs anregen ...“.

Leider fehlen in Bayern entsprechende Vereinbarungen des Kultusministeriums mit Akteur\*innen aus dem Bereich der Friedensbewegung und –pädagogik, wie sie inzwischen etwa in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg existieren. (siehe auch unser Projektvorschlag in P2)

**K2-084-3**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-084-3: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 86 einfügen:**

**Schul- wie auf Landesebene werden wir verbessern. Den bekenntnisgebundenen Religionsunterricht strukturieren wir zu einem freiwilligen Wahlfach um. Dafür führen wir das verpflichtende Fach "Religion und Ethik" für alle ein.**

## **Begründung**

Wir möchten die Trennung von Staat und Kirche stärker vollziehen. Der bekenntnisgebundenen Religionsunterricht soll deshalb als freiwilliges Wahlfach strukturiert werden. Alle Schüler\*innen sollen dafür das verpflichtende Fach "Religion und Ethik" besuchen.

**K2-085**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-085: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 87 bis 93:**

~~Die Wahl für eine weiterführende Schule treffen Eltern nach eingehender Beratung durch die Grundschullehrkräfte. Die weiterführenden Schulen müssen diesem Anspruch gerecht werden und eine stärkere Individualisierung zulassen, damit möglichst alle Schüler\*innen ihre persönliche Schullaufbahn erfolgreich abschließen können. Wir werden die Bildungslandschaft modernisieren mit einer Öffnung des Schulgesetzes, um eine längere gemeinsame Schulzeit zu ermöglichen.~~

Wir werden die Einführung von Gemeinschaftsschulen mit einem gebundenen Ganztagskonzept bis zur zehnten Klasse, in der mit gut ausgebildetem Personal auf die speziellen Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden kann, vorantreiben. Dafür möchten wir, dass der Freistaat insgesamt mehr Lehrer\*innen einstellt, um ein besseres Betreuungsverhältnis zu ermöglichen. Wir setzen uns für die Abschaffung von Hausaufgaben ein.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K2-087**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Bildung (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-087: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 89:**

diesem Anspruch gerecht werden und eine **stärkere Individualisierung** stärkenorientierte, individuelle Förderung zulassen.

## **Begründung**

Dieser Ausdruck ist genauer und präziser.

**K2-090**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-090: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 93 einfügen:**

**Schulzeit zu ermöglichen.**

**Wir stärken die Mittelschulen und haben darauf ein ganz besonderes Augenmerk, sie bereiten die Schüler\*innen auf die berufliche Ausbildung vor und wir Grüne wollen erreichen, dass dieser Weg wieder die Anerkennung findet, die junge Menschen brauchen, um ihren Weg selbstbewusst gehen zu können.**

## **Begründung**

Die Mittelschulen wurden lange vernachlässigt, das Ergebnis sind hohe Quoten von Abgängern ohne qualifizierten Abschluss und ohne die Grundlagen, die sie brauchen, damit eine Ausbildung gelingt. Durch das frühe "Aussortieren" bereits in der vierten Grundschulklasse, verlieren die Schüler\*innen viel von ihrer Freude und Motivation am Lernen. Sie bekommen keine Zuversicht in ihre beruflichen Perspektiven und sind entsprechend nicht selbstbewußt.

Wir müssen ihnen vermitteln, daß sich der Wert eines Menschen nicht an ihrem Schulabschluß oder Beruf messen läßt und daß es ein guter Weg ist, den der dualen Ausbildung zu gehen.



**K2-090-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-090-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 93 einfügen:**

**Schulzeit zu ermöglichen. Weiter schaffen wir das "Sitzenbleiben" ab.**

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K2-091**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-091: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 94 bis 96:**

~~Wir wollen Kinder und Lehrkräfte entlasten und mit einer neuen  
Bewertungskultur, die Freude am Lernen, die Neugierde und die Motivation der  
Schüler\*innen stärken.~~ Mit der Entwicklung einer neuen Bewertungskultur unter  
Einbezug von Kindern, Eltern und Lehrern wollen wir die Freude am Lernen, die  
Neugierde und die Motivation der Schüler\*innen stärken.

## **Begründung**

Es wird nicht erklärt, was mit einer neuen Bewertungskultur gemeint ist und wie sie aussehen soll (z. B. Noten abschaffen?) Dies lädt zur Fehlinterpretation ein statt ein klares, eindeutiges Ziel zu definieren. Die Umformulierung lässt genug Freiraum für die tatsächliche Ausgestaltung in der politischen Umsetzung.

**K2-093**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-093: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 96 einfügen:**

**Schüler\*innen stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass der Freistaat den Schulen freistellt, zu welcher Uhrzeit sie den Unterricht beginnen wollen, um auch einen späteren Unterrichtsbeginn als 8 Uhr zu ermöglichen.**

## **Begründung**

Verschiedene wissenschaftliche Studien empfehlen einen späteren Schulbeginn. In Niedersachsen wird es deshalb in Zukunft den Schulen freigestellt, wann sie mit dem Unterricht beginnen wollen. Das halten wir auch in Bayern für einen zweckmäßigen Weg.

**K2-094**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-094: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 97:**

**~~An unseren Schulen wird hervorragende Arbeit geleistet~~ Lehrer\*innen leisten an allen Schulformen anspruchsvolle, gesellschaftlich bedeutende Arbeit. Deshalb wollen wir die Ungleichbehandlung bei ihrer Entlohnung abschaffen und - bezogen auf die Schulformen - das Lohnniveau der niedriger entlohnten Lehrkräfte nach und nach auf das der am höchsten entlohnten Lehrkräfte anheben. Mit einer 110prozentigen**

## **Begründung**

Chancengleichheit durch gute Bildung gehört zu den zentralen grünen Forderungen. Dies kann nur gelingen, wenn es an Grund-, Haupt- und beruflichen Schulen fachlich hervorragende und motivierte Lehrkräfte gibt. Zur Attraktivität der Stellen und zur Wertschätzung der Arbeit gehört eine gute Entlohnung. An anderer Stelle im Wahlprogramm betonen wir, dass die beruflichen Schulen gestärkt werden müssen, wo es großen Lehrkräftemangel gibt. Auch aus Gerechtigkeitsgründen ist es nicht einzusehen, warum Lehrkräfte, die unter schwierigsten sozialen Bedingungen mit wenig gebildeten Kindern arbeiten, weniger verdienen als Lehrkräfte an Gymnasien.

**K2-111**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Christ\*innen (beschlossen am: 24.03.2018)

**Titel:** K2-111: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 114 bis 116:**

~~Wir halten Kurs in Richtung eines inklusiven Schulsystems, das niemand ausschließt und allen auch in ihren Besonderheiten gerecht wird. Für die~~ Wir treten ein für die sofortige Einführung eines Rechtsanspruches auf Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß Art. 24 an bayerischen Schulen. Ein inklusives Schulsystem wird allen Schülerinnen und Schülern mit ihren Besonderheiten gerecht. ~~Für die~~ schulische Inklusion in der Sprengelschule wollen wir das Personal aufstocken.

## **Begründung**

"Kurs halten" ist uns zu unkonkret. Die UN Konvention ist lange unterzeichnet, wir wollen endlich einen Rechtsanspruch auch in der Schule.

**K2-111-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Bildung (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-111-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 114 bis 116:**

~~Wir halten Kurs in Richtung eines inklusiven Schulsystems, das niemand ausschließt und allen auch in ihren Besonderheiten gerecht wird. Für die~~ Wir treten ein für die sofortige Einführung eines Rechtsanspruches auf Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß Art. 24 an bayerischen Schulen. Ein inklusives Schulsystem wird allen Schülerinnen und Schülern mit ihren Besonderheiten gerecht. Für die schulische Inklusion in der Sprengelschule wollen wir das Personal aufstocken.

## **Begründung**

Die UN-Behindertenrechtskonvention für Bildung sollte hier explizit genannt werden. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass ein Rechtsanspruch häufig Dinge ins Rollen bringt und an der Stelle der Inklusion ist dies dringend nötig.

**K2-117**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-117: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 120 einfügen:**

**Wir wollen das Angebot an gebundenen Ganztagschulen ausweiten und verbessern, mit pädagogisch betreuten Übungsphasen, einem gutem**

**K2-123**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** K2-123: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 126 bis 129 löschen:**

~~**Für uns sind Schulen in freier Trägerschaft als Initiativen von Eltern und Lehrkräften wichtig, sie bereichern die Schullandschaft und geben wichtige pädagogische Impulse für das staatliche Schulsystem. Deshalb werden wir eine bessere und faire Finanzierung durchsetzen.**~~

## **Begründung**

Neben sehr unterstützenswerten Schulen in freier Trägerschaft, die neue pädagogische Konzepte verfolgen und damit wichtige Impulse für ein modernes und innovatives Bildungssystem setzen, gibt es ebenso Modelle, die wir weniger als Bereicherung ansehen. So forcieren manche Modelle ein Zwei-Klassen-Bildungssystem oder basieren auf dem Ansatz von „käuflichen Abschlüssen“. Deshalb finden wir die Forderung freie Trägerschaften generell besser zu fördern zu undifferenziert. Da eine detaillierte Diskussion und Abgrenzung der verschiedenen Trägerarten, den Umfang des Wahlprogrammes sprengen würde, schlagen wir vor diesen Absatz zu streichen.



**K2-123-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alexander Merkouris (KV Ingolstadt)

**Titel:** K2-123-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 126 einfügen:**

**Für uns sind Schulen in freier Trägerschaft (wie z.B. Waldorf oder freie Demokratische Schulen) als Initiativen von Eltern und**

## **Begründung**

Freie Initiativen wie z.B. freie Demokratische Schulen, stellen ein unglaublich erfolgreiches und lang praktiziertes Konzept in anderen Bundesländern und in auf der ganzen Welt dar. Nur in Bayern werden diese bekämpft, wie am Beispiel der ersten Freien Demokratischen Sudbury Schule in Ammersee, die nach gerade mal zwei Jahren Betrieb auf sehr unfairer Weise geschlossen worden ist. Solche Gründungsinitiativen existieren inzwischen in allen Großstädten Bayerns und brauchen Unterstützung und Anerkennung, weil Sie als positive Katalysatoren für das bestehende und leider verfahrenere staatliche Bildungssystem sein könnten. Wir Grünen sollten die freie Vielfalt in der Bildungslandschaft fördern und uns für eine selbstbestimmende demokratische Bildung für unsere Kinder stark machen.

**K2-127**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-127: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 130 bis 131:**

**Dem Bewegungsmangel in unserer Gesellschaft treten wir mit mehr Sportunterricht außerhalb des Bewertungssystems in allen Schulzweigen und verlässlichem Schwimmenterricht entgegen.**

## **Begründung**

Sportunterricht in Schulen ist richtig und wichtig. Er sollte aber außerhalb des Bewertungssystems stattfinden, damit die Freude an Bewegung und nicht die Noten im Vordergrund stehen.

K2-134

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

Titel: K2-134: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 137 bis 149:

~~Wir wollen die berufliche Orientierung in allen Schularten ausbauen, damit junge Leute auch ihre Möglichkeiten ausprobieren können. Die Betriebe brauchen junge teamfähige Leute, die Begeisterung mitbringen und eine gute schulische Basis. Gegenwärtig können Betriebe ihre freien Ausbildungsplätze häufig nicht mehr besetzen. Zu viele Talente gehen verloren. Wir werden bessere Unterstützungsangebote für die Ausbildungsbetriebe und die jungen Menschen schaffen, um den Ausbildungserfolg zu gewährleisten.~~

Wir Grüne bekennen uns zur beruflichen Dualen Ausbildung als einem Erfolgsfaktor im deutschen Bildungssystem. Wir wollen kein Talent verloren geben und die Zahl derer, die ihre Ausbildung wechseln oder gar abbrechen, reduzieren. Dafür wollen wir die berufliche Orientierung und Beratung bei der Wahl eines Ausbildungsberufes in allen Schularten ausbauen.

Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Die Ursache für den späteren Gehaltsunterschied bei Frauen und Männern liegt oft schon in den unterschiedlich hohen Ausbildungsvergütungen für vermeintlich typische „Frauen“- bzw. „Männer“-Berufe. Wir wollen solche Ungleichheiten abschaffen. Wir wollen allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Berufsausbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und sich die Höhe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert. Um Mobilität während der Ausbildung zu garantieren, setzen wir uns für ein kostengünstiges Auszubildendenticket ein.

Dadurch entstehen endlich bessere Bedingungen für den Fachkräftenachwuchs und gesellschaftlich zentrale Branchen wie Handwerks-, Sozial- und Pflegeberufe werden aufgewertet.

Wir investieren in die berufliche Bildung – für eine volle ~~Unterrichtsversorgung~~ Unterrichtsversorgung, für mehr ~~Lehrkräfte~~ Lehrkräfte und ~~für~~ für eine gute Ausstattung der beruflichen Schulen. Wir setzen neue Akzente in den ~~Berufsschulen~~ Berufsschulen, denn der Unterricht muss sich den Veränderungen der Praxis anpassen. ~~Die Bildungsangebote müssen individueller werden~~ Gefördert werden soll dabei auch, dass junge Auszubildende Erfahrungen im Ausland sammeln können. ~~Junge Flüchtlinge~~ Geflüchtete sollen ohne Einschränkung und mit gesichertem Aufenthalt eine Berufsintegrationsklasse besuchen und ihre Berufsausbildung und eine mindestens 2-jährige Anschlussbeschäftigung (3+2-Formel) absolvieren

**K2-134-2**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Hermann Josef Brem (KV München-Stadt)

Titel: K2-134-2: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 137 bis 149:

~~Wir wollen die berufliche Orientierung in allen Schularten ausbauen, damit junge Leute auch ihre Möglichkeiten ausprobieren können. Die Betriebe brauchen junge teamfähige Leute, die Begeisterung mitbringen und eine gute schulische Basis. Gegenwärtig können Betriebe ihre freien Ausbildungsplätze häufig nicht mehr besetzen. Zu viele Talente gehen verloren. Wir werden bessere Unterstützungsangebote für die Ausbildungsbetriebe und die jungen Menschen schaffen, um den Ausbildungserfolg zu gewährleisten.~~

Wir Grüne bekennen uns zur beruflichen Dualen Ausbildung als einem Erfolgsfaktor im deutschen Bildungssystem. Wir wollen kein Talent verloren geben und die Zahl derer, die ihre Ausbildung wechseln oder gar abbrechen, reduzieren. Dafür wollen wir die berufliche Orientierung und Beratung bei der Wahl eines Ausbildungsberufes in allen Schularten ausbauen.

Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Die Ursache für den späteren Gehaltsunterschied bei Frauen und Männern liegt oft schon in den unterschiedlich hohen Ausbildungsvergütungen für vermeintlich typische „Frauen“- bzw. „Männer“-Berufe. Wir wollen solche Ungleichheiten abschaffen. Wir wollen allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Berufsausbildungsbeihilfe einfacher in Anspruch genommen werden kann und sich die Höhe realistisch an den Lebenshaltungskosten orientiert. Um Mobilität während der Ausbildung zu garantieren, setzen wir uns für ein kostengünstiges Auszubildendenticket ein.

Dadurch entstehen endlich bessere Bedingungen für den Fachkräftenachwuchs und gesellschaftlich zentrale Branchen wie Handwerks-, Sozial- und Pflegeberufe werden aufgewertet.

Wir investieren in die berufliche Bildung – für eine volle ~~Unterrichtsversorgung~~ Unterrichtsversorgung, für mehr ~~Lehrkräfte~~ Lehrkräfte und ~~für~~ für eine gute Ausstattung der beruflichen Schulen. Wir setzen neue Akzente in den ~~Berufsschulen~~ Berufsschulen, denn der Unterricht muss sich den Veränderungen der Praxis anpassen. ~~Die Bildungsangebote müssen individueller werden~~ Gefördert werden soll dabei auch, dass junge Auszubildende Erfahrungen im Ausland sammeln können. ~~Junge Flüchtlinge~~  
Für Menschen mit Behinderung fordern wir auch in der beruflichen Bildung statt des Ausbaus von Förderwerkstätten eine Förderung inklusiver Ausbildungsplätze und Berufsschulen.  
Geflüchtete sollen ohne Einschränkung und mit gesichertem Aufenthalt Berufsintegrationsklassen, ihre Berufsausbildung und eine mindestens 2-jährige Anschlussbeschäftigung (3+2-Formel) absolvieren

#### **Begründung**

erfolgt ggf. mündlich

**K2-140**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K2-140: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 143 einfügen:**

**schaffen, um den Ausbildungserfolg zu gewährleisten. Wir setzen uns ein für eine  
Stärkung und bessere gesellschaftliche Anerkennung der dualen Ausbildung.**

**K2-144**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-144: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 147 einfügen:**

**Unterricht muss sich den Veränderungen der Praxis anpassen. Viele Auszubildende, die von der Mittelschule nicht das notwendige Rüstzeug für die Ausbildung mitbringen und Geflüchtete, deren Deutschkenntnisse gerade im berufsfachlichen Bereich noch nicht ausreichen, bekommen von uns Unterstützung. Damit die Ausbildung gelingt, werden wir auch in der Berufsschule 2 Lehrkräfte pro Klasse einsetzen, die Schüler\*innen bekommen bei Bedarf längere Bearbeitungszeiten für Schulaufgaben und Prüfungen und zusätzlichen Unterricht in der berufsspezifischen Fachsprache. Prüfungen werden in verständlicher Sprache verfasst und mit weniger Multiple Choice Aufgaben versehen, die sprachlich eine zusätzliche Erschwernis mit sich bringen. Die**

## **Begründung**

Die Durchfallquoten der Gesellenprüfungen steigen stetig, die Betriebe und das Handwerk benötigen einerseits Nachwuchs, andererseits müssen und wollen wir allen jungen Menschen die Möglichkeit verschaffen, eine gute berufliche Perspektive für ihr Leben zu finden. wir müssen sie ermutigen, unterstützen und ihnen vermitteln, dass der Weg der dualen Ausbildung wertvoll und achtenswert ist. Nur dann entwickeln sich junge Menschen zu zufriedenen und selbstbewußten Bürger\*innen, die unsere Gesellschaft dringend braucht.



**K2-145**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-145: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 148:**

**Bildungsangebote müssen individueller werden. ~~Junge Flüchtlinge~~  
Geflüchtete sollen ohne**

## **Begründung**

„ohne Einschränkung“ sollte auch bedeuten: Unabhängig vom Lebensalter.

**K2-145-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Arne Brach (KV München-Stadt)

**Titel:** **K2-145-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 148:**

**Bildungsangebote müssen individueller werden. Junge **Flüchtlinge** Geflüchtete  
sollen ohne**

## **Begründung**

Bitte Flüchtlinge im GESAMTEN Programm ersetzen durch Geflüchtete. Danke.

**K2-156**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** K2-156: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 161:**

die Ideenwerkstätten der Zukunft. ~~Talentierte junge~~ Alle Menschen sollen in der

## **Begründung**

Bildung ist ein Grundrecht und sollte allen Menschen ermöglicht werden, nicht nur talentierten und jungen (Stichwort lebenslanges Lernen). Zudem finden wir den Fokus auf "Talent" sehr exklusiv - wer motiviert ist und sich weiterbilden und -entwickeln will, soll auch die Möglichkeit dazu haben.

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

Titel: K2-164: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 169 bis 177:

bisherigen Regierung stehen Hochschul- und Forschungspolitik **im Freistaat** schlechter da, als sie es könnten. Deshalb setzt sich **grünegrüne** Wissenschaftspolitik für mehr Demokratie an den Hochschulen ein, **fördert nachhaltige Wissenschaft**, sichert die Freiheit der Wissenschaft und fordert zugleich gesellschaftliche **Verantwortung** **Verantwortung** ein. Im Vordergrund stehen für uns die sozial gerechte und demokratische Ausgestaltung von Studium und **Wissenschaftsbetrieb**; **Wissenschaftsbetrieb** sowie der Ausbau der infrastrukturellen Voraussetzungen für Wissenschaft im **Freistaat**; **eine konsequente Umsetzung der Bologna-Reform sowie die verstärkte Internationalisierung der Hochschulen** **Freistaat**.

Zur Verbesserung der Vorbereitung zukünftiger Studierender, und damit zur Verringerung der hohen Abbrecher- und Wechslerquoten im Studium, müssen die Studierfähigkeit und das Orientierungsangebot im Vorfeld des Hochschulzugangs dringend verbessert werden.

Die Tatsache, dass der Bologna-Prozess gescheitert ist, sollte endlich anerkannt werden; auf dieser Grundlage müssen neue Reformideen entwickelt werden, die sowohl die Realitäten im europäischen Hochschulraum akzeptieren als auch dem deutschen dualen Berufsausbildungssystem Rechnung tragen.

## Begründung

Nachhaltige Wissenschaft – Was ist bitte hier mit dieser Worthölse gemeint? Wenn der Bereich der Sustainability Science angesprochen wird, der im Jahr 2001 offiziell auf dem Kongress „Challenges of a Changing Earth“ in Amsterdam eingeführt

wurde, dann ist hier der Zusammenhang irreführend. Der deutsche Ausdruck der Nachhaltigkeitswissenschaft ist eine Übersetzung des englischen Begriffs und dieser ist primär praktisch ausgerichtet. Ziel ist die Lösung existenzieller Probleme der Weltgesellschaft und des Lebenssystems Erde. Es geht um das Management von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Als Studienangebot durchaus sinnvoll, fragt sich der Wissenschaftler, gerade aus den Geisteswissenschaften, ob man eine Hochschulausbildung in ihrer Breite wirklich so ausrichten will und damit tief in den Bereich der wissenschaftlichen Freiheit eingreift. Der Begriff der gesellschaftlichen Verantwortung spiegelt hier unser Anliegen in der Hochschulpolitik sicher besser wider.

Demokratie an den Hochschulen – Gemäß dem Studierendensurvey 2016 liegt der Anteil der Studierenden, die den Lebensbereich von Politik und öffentlichem Leben für wichtig erachten, bei 29 Prozent. Mangelnde Beteiligung, jedoch nicht mangelndes Angebot zur Teilnahme prägen heute die politische Kultur der Studierenden an den Hochschulen. Hier wird ein gesellschaftliches Phänomen aus den Familien und der Schule in die Universitäten gespült, das faktisch an der Hochschule nicht mehr abgefangen werden kann! Beispiel: An der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg lag die Wahlbeteiligung der Studierenden an den Hochschulwahlen 2017 gesamt bei 10,2 Prozent. Spitzenreiter war die hochgradig hierarchisch strukturierte Medizinische Fakultät mit 23,19 Prozent, Schlusslicht die Philosophische Fakultät, an der alle gesellschaftswissenschaftlichen Studiengänge angesiedelt sind, mit 5,64 Prozent. Floskeln werden diese Tendenz nicht aufhalten, die Konsequenz muss die Forderung nach mehr politischer Bildung an den Schulen sein! Die Ausdünnung des Sozialkunde- und Geschichtsunterrichts muss bemängelt werden.

Verringerung der hohen Abbrecher- und Wechslerquoten - Die Studienanfänger sind in den letzten Jahren immer jünger geworden. Wir haben inzwischen Sechzehn- und Siebzehnjährige in den Veranstaltungen sitzen. Selbst wer das Studium mit 18 beginnt, kann mit 21 Jahren seinen BA (6 Semester) und mit 23 Jahren seinen Master (4 Semester) erhalten. Vor 30 Jahren waren die Absolventen beim Abschluss Ende zwanzig, Anfang dreißig. Und jetzt wundern sich plötzlich diejenigen, die immer forderten, die Absolventen müssten viel jünger werden, darüber, dass heute auch „Kinder“ an die Uni kommen, denen es oft an Orientierung fehlt und die in Teilen weder emotional noch akademisch studierfähig sind. Das Problem wird zudem dadurch verschärft, dass das Hochschulsystem auf solches Klientel nicht vorbereitet ist. Universität ist ein Ort der „Erwachsenenbildung“ und sollte dies auch bleiben! Resultat ist, dass über alle Hochschularten und Fächer hinweg 29 Prozent der Studienanfänger im Bachelorstudium scheitern. Wichtig: Damit sind tatsächlich die Abbrecher gemeint, Fachwechsler sind nicht Teil der Statistik. Die Zahlen wurden vom Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) erhoben. Der Anstieg psychischer Probleme von Studierenden dürfte zudem kausal mit dieser Situation zusammenhängen.

Bologna-Reform - Wer heute noch die konsequente Umsetzung der Bologna-

Reform fordert, an dem sind die Fehlentwicklungen, die dieser Prozess an den Hochschulen ausgelöst hat, offensichtlich völlig vorbeigegangen. Der Versuch, den Bologna-Prozess heute immer noch als Erfolg zu verkaufen, ist Ausdruck eklatanter Realitätsferne oder aber „Fahrerflucht“ politisch Verantwortlicher! Die Reform von 1999 verfolgt zwei Ziele: den gemeinsamen europäischen Hochschulraum und den früheren Berufseinstieg. Keines dieser Versprechen wurde erfüllt. Im Gegenteil, Bologna hat zu einer Hyperbürokratisierung der universitären Strukturen beigetragen, Bulimielernen gefördert, die Zahl der Studienabbrecher erhöht, zur Entpolitisierung der Hochschulen beigetragen und sie behindert studentische Mobilität sowohl im Inland wie auch beim Zugang an internationale Hochschulen!

**K2-165**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Titel:** K2-165: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 170:**

**schlechter** nicht so gut da, **als** wie sie es könnten. Deshalb setzt sich grüne

## **Begründung**

Für ein nach vorne orientiertes Programm klingt die Formulierung sehr negativ. Die Hochschullandschaft selbst steht sehr gut da; mit unseren Konzepten könnte sie jedoch noch besser werden.

## **Unterstützer\*innen**

Verena Osgyan (KV Nürnberg), Benni Adjei (KV München-Land), Michael Mittag (KV Regensburg-Stadt)

**K2-172**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-172: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 177 einfügen:**

**die verstärkte Internationalisierung der Hochschulen. Hochschulen und Universitäten sollen nicht nur als berufliche Ausbildungsstätten verstanden werden, sondern brauchen mehr freie Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten.**

## **Begründung**

Durch den Bologna Prozess und die Einführung des Bachelor-Master-Systems wurden die Universitäten und Hochschulen massiv verschult. Immer häufigere Anwesenheitspflichten und feste Studienpläne waren die Folge - dabei sollte gerade das Studium ein Ort der freien Entfaltung sein. Nur so können Menschen vielseitig Probleme beleuchten und auch abseits des eigenen Faches Problemstellungen kennen lernen, lösen und später als Erfahrung und das Wissen daraus nutzen.



**K2-173**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Marc Selariu (KV Würzburg-Stadt)

**Titel:** K2-173: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 178 einfügen:**

Das Wissenschaftssystem muss nach demokratischen **und säkularen** Regeln organisiert werden, um

**In Zeile 184 einfügen:**

**Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft.**

**Auch heute noch hat die Katholische Kirche ein Vetorecht bei der Besetzung von je drei nicht-theologischen Lehrstühlen an sieben Bayerischen Universitäten. Diese seit 1924 bestehende Regelung soll überarbeitet, die sogenannten Konkordatslehrstühle abgeschafft und in reguläre Lehrstühle umgewandelt werden.**

## **Begründung**

In Artikel 3 des Konkordatsgesetzes von 1924 heißt es:

**§ 2** An den in § 1 genannten theologischen Fachbereichen werden Professoren und andere Personen, die zur Lehre berechtigt sind, vom Staate erst ernannt [...], wenn gegen die in Aussicht genommenen Kandidaten **von dem zuständigen**

**Diözesanbischof keine Erinnerung erhoben** worden ist.

**§ 5** Der Staat unterhält an den Universitäten Augsburg, Erlangen-Nürnberg, München (Ludwig-Maximilians-Universität), Passau, Regensburg und Würzburg sowie an der Gesamthochschule Bamberg in einem für das

erziehungswissenschaftliche Studium zuständigen Fachbereich je einen Lehrstuhl für Philosophie, für Gesellschaftswissenschaften und für Pädagogik, **gegen deren Inhaber hinsichtlich ihres katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist**. Bei der Besetzung dieser Lehrstühle gilt § 2 entsprechend.

Die Katholische Kirche hat somit das Recht, Bewerber\*innen um eine Professur den Zugang zur Stelle zu verweigern, obwohl es sich um nicht-theologische Lehrstühle handelt. Das Bundesverfassungsgericht wurde bislang noch nicht zu einer abstrakten Normenkontrolle angewiesen und eine Verfassungsbeschwerde wurde in 2015 als unzulässig abgelehnt.

Die Lehrstühle sind dennoch umstritten – vor allem weil erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit Art. 33 Abs. 3 GG existieren. Hier heißt es: „Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte **sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis**. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.“

Auch wenn die Konfession bei der Besetzung der Konkordatslehrstühle formal keine Rolle spielt, ist derzeit nur ein einziger Protestant Inhaber eines solchen Lehrstuhls. Dies kann zwar nur Zufall sein, jedoch liegt es nahe, dass schon bei der Vorauswahl durch die Universitäten darauf geachtet wird, Kandidat\*innen vorzuschlagen, die durch den Bischof nicht abgelegt werden.

Das letzte Mal wurde von diesem Vetorecht im Jahr 2006 Gebrauch gemacht, als es um die Besetzung eines Philosophielehrstuhles in Bamberg mit einem Protestanten ging.

Dazu kommt, dass die Deutsche Bischofskonferenz 2013 ihren freiwilligen Verzicht auf ihr Vetorecht angekündigt, was die Frage einmal mehr näher legt, weshalb das Konkordatsgesetz noch immer in seiner heutigen Form besteht.

**K2-188**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-188: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 194 einfügen:**

**und damit ihre Unabhängigkeit sicherstellen. Sponsorengelder sollen zentral  
gesammelt und an alle Universitäten verteilt werden. Dies schafft zugleich die**

**K2-191**

# Kapitel

## **Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** **K2-191: Bayern - Land der Chancen für alle**

### **Redaktionelle Änderung**

Redaktionelle Änderungen: Fehlende Leerzeichen hinzugefügt, grammatikalische Anpassungen und ein falsches Wort (wohl Überbleibsel aus vorangegangener Satzumstellung) ersetzt

### **In Zeile 197:**

wissenschaftlichen Handelns werden. ~~Wir~~So werden wir die Forschung für den

### **In Zeile 202:**

konsequente Technikfolgenabschätzung und ~~machtmehr~~angewandte ~~angewandte~~macht mehr Forschung zu

### **In Zeile 286 einfügen:**

transparente Landesversorgungsplanung ein, die sich an den Patient\*innen und am

### **In Zeile 297 einfügen:**

Wir werden telemedizinische Verfahren und neue Informationstechnologien stärker

**In Zeile 540:**

gibt, setzen wir mit einem ~~Bayerisches Vergabegesetz~~ Bayerischen Vergabegesetz ökologische und soziale

**In Zeile 565 einfügen:**

wir durch Bildung\_und\_Weiterbildung für alle. Kinder werden wir optimal auf die

**K2-191-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-191-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 197 bis 200:**

wissenschaftlichen Handelns werden. Wir werden ~~wir-die~~ Forschung für den Frieden, Energie- und ~~Klimaforschung~~Klima sowie für Natur- und Umweltschutz wieder voranbringen. Mit einer Transparenz – und Zivilklausel wollen wir Rüstungsforschung an den Hochschulen transparent ~~machen~~gestalten und begrenzen.

**In Zeile 202:**

konsequente Technikfolgenabschätzung und ~~machtmehrangewandte~~macht den Ausbau angewandter Forschung zu

## **Begründung**

es sind Redaktionelle Änderungen

**K2-194**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-194: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 200 einfügen:**

**Rüstungsforschung an den Hochschulen transparent machen und begrenzen. Wir stehen für eine schrittweise Angleichung der Rechte der Fachhochschulen an die der Universitäten und eine stärkere Förderung der Forschung an Fachhochschulen.**

## **Begründung**

Forschung findet längst nicht mehr nur an Universitäten statt. Diese Tatsache sollten wir in unserer Politik und in unseren Forderungen berücksichtigen.

**K2-199**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-199: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 205 einfügen:**

**Forschungsergebnisse frei verfügbar zu machen. Außerdem setzen wir uns für den vermehrten Einsatz und die Förderung von open source Software ein.**

## **Begründung**

Wir möchten die Entwicklung von open source Software stärker fördern.



**K2-202**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-202: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 208:**

**und die Erfolgsaussichten für alle Studierenden. ~~Deshalb~~ Der Geldbeutel der Eltern darf nicht darüber entscheiden, ob jemand studieren kann oder nicht. Wir setzen uns für eine unbürokratische finanzielle Unterstützung für Studierende ein. Wir streben eine Reform des BAföG auf Bundesebene an. Wir wollen ~~wir~~ die**

## **Begründung**

Die hier genannten Potentiale sind zwar wichtige Ansätze für die Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen, lassen den wichtigsten Punkt aber außer Acht. Der soziale Status der Eltern ist noch immer der ausschlaggebende Faktor dafür, wer studiert und wer nicht. Die vorgeschlagene Ergänzung soll bewusst Spielraum für Umsetzungsmöglichkeiten lassen. Als Vorbild können Maßnahmen aus dem skandinavischen Raum dienen, in denen Arbeiterkindern deutlich häufiger der Bildungsaufstieg gelingt als in Deutschland.

**K2-204**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** **K2-204: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 210 einfügen:**

**Voraussetzungen für Teilzeitstudien schaffen und ausreichend Studienplätze  
bereitstellen. Mit uns wird es keine Gebühren**

## **Begründung**

Eine wichtige soziale Rahmenbedingung, um allen Menschen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu eröffnen, sind ausreichend Studienplätze. Der Mangel an Studienplätzen und der dadurch aufgestellte Numerus Clausus, sind hoch selektiv aufgrund der sozialen Herkunft, da diese maßgeblich die Abiturnote mitbeeinflusst.

**K2-207**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-207: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 213 bis 216:**

~~Fremdwörter mehr sein. Wir treiben den barrierefreien Ausbau voran, führen  
quotierte Berufungskommissionen ein, stärken die Frauen- und  
Gleichstellungsbeauftragten und bauen die interdisziplinäre Genderforschung aus.~~  
Wir treiben den barrierefreien Ausbau voran und setzen uns für ein System  
ernstgemeinter Gleichberechtigung ein, das den Anspruch durchsetzt, allen  
Formen der Diskriminierung glaubwürdig, konsequent und transparent  
entgegenzutreten.

**Von Zeile 218 bis 220:**

Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wer sich hierzu bekennt,  
muss aber auch den Mut haben, die Zahl der Absolventen\*innen, zumindest auf der  
Stufe der Habilitation, zu reduzieren. Die prekäre Situation der Lehrbeauftragten  
und Privatdozent\*innen ~~werden wir,~~ die dringlich durch die Schaffung von  
~~Dauerstellen beenden~~ fest etatisierten Stellen verbessert werden muss, resultiert  
auch aus einem Überangebot an hochqualifizierten Fachkräften, die qua anderer  
Alternativen zur Selbstausbeutung getrieben werden.

## **Begründung**

Geschlechtergerechtigkeit – Wie? An den Universitäten in Deutschland studieren  
mit einem Anteil von 51 Prozent mehr Frauen als Männer. In vielen Fächern stellen  
Studentinnen mittlerweile die Mehrheit. Nur in Elektrotechnik, Maschinenbau,

Informatik und Physik sind sie in der Minderheit.

Auch bei den Promotionen schließen sich die Geschlechterunterschiede. Von den Promovierenden in Deutschland im Wintersemester 2014/2015 waren nach den Ergebnissen der Promovierendenbefragung 44% Frauen (87 000 Personen) und 56% Männer (109 200 Personen), Tendenz des Frauenanteils steigend.

Bei den Studierenden im selben Semester lag der Frauenanteil mit rund 48% etwas höher. Studierende mit angestrebter Promotion wiesen einen Frauenanteil von rund 45% auf und bei den im Prüfungsjahr 2014 abgeschlossenen Promotionen betrug der Frauenanteil rund 46%. Die Geschlechterverteilung nach Fächergruppen der Promovierenden im Wintersemester 2014/2015 variierte deutlich. Der Bereich Kunstwissenschaft wies mit 64 % den größten Frauenanteil auf. Auch in den Sprach- und Kulturwissenschaften, in Humanmedizin, in den Gesundheitswissenschaften sowie Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften strebten mehr Frauen als Männer eine Promotion an. Den größten Männeranteil an den Promovierenden hatte die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften mit 79%. Auch in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik/ Naturwissenschaften überwog der Anteil der männlichen Promovierenden. Aus der Praxis kann berichtet werden, dass heute die Fördermöglichkeiten für Frauen im Promotionsverfahren erheblich besser sind, als dies für ihre männlichen Kommilitonen behauptet werden kann.

Der Frauenanteil in der Professorenschaft steigt entsprechend stetig an und wird sich im nächsten Jahrzehnt aufgrund der bereits ausgeprägten Förderkriterien zunehmend angleichen, auch da eine große Zahl von Neubesetzungen ansteht. Der aktuelle Zustand in der Professorenschaft spiegelt immer noch das Berufungssystem von vor 20 bis 30 Jahren wider und nicht die bestehende Praxis, was sich gut aus den aktuellen Daten zu Berufungen herauslesen lässt!

Berufsbild Wissenschaft attraktiver gestalten – Wer dies fordert, muss auch den Mut haben, zu sagen wie! Der Anspruch, die Attraktivität des Berufsbildes Wissenschaft zu erhöhen, bedeutet auch, die Zahl der Absolventen, zumindest auf der Stufe der Habilitation, zu reduzieren. Forsch gesagt, wie viele habilitierte, im Durchschnitt 40jährige Philosophen, Germanisten oder Historiker wollen wir uns leisten, die faktisch für den Arbeitsmarkt verloren sind? Das Phänomen der ausgebeuteten befristeten Mitarbeiter, Lehrbeauftragten und Privatdozenten resultiert zum Teil auch aus einem Überangebot an hochqualifizierten Fachkräften, die qua anderer Alternativen zur Selbstausschöpfung getrieben werden.

**K2-209**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-209: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 216 einfügen:**

**aus:**

**Der Numerus clausus hat in vielen Fächern nicht mehr nur eine aufschiebende, sondern de facto eine ausschließende Wirkung. Das schadet am stärksten Schüler\*innen, die mit schlechteren Bildungsvoraussetzungen gestartet sind oder aufgrund von schwierigen Lebenssituationen zeitweise Probleme in der Schule hatten. Diese soziale Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen. Wir werden die Hochschulen unterstützen, Zulassungsbeschränkungen soweit wie möglich abzubauen und bei Zulassungsverfahren der individuellen Eignung einen größeren Stellenwert gegenüber der Abiturnote einzuräumen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass alle Schüler\*innen aus nicht-akademischen Familien frühzeitig bei der Planung ihres weiteren Bildungsweges beraten und unterstützt werden, etwa durch Mentoringprogramme.**

## **Begründung**

In vielen Fächern ist bereits mit Abiturnoten mit einer 2 der Zugang auf Jahre verwehrt. Das Bundesverfassungsgericht hat den NC in Medizin für teilweise verfassungswidrig erklärt und den Weg zu alternativen Zulassungsverfahren freigemacht, die an manchen bayerischen Hochschulen bereits mit Erfolg praktiziert werden.

Nicht alle Menschen, die als erste in Familie und Freundeskreis an ein Studium denken, finden Vorbilder und die notwendige Unterstützung. Mentale Hürden aufgrund soziokultureller Prägung werden in der Bildungspolitik noch viel zu wenig beachtet.

**K2-234**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-234: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 241 einfügen:**

**häusliche Pflege mit wohnortnahen Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Um sich angemessen um pflegebedürftige Personen zu kümmern und ohne selbst davon psychischen und physischen Schaden zu nehmen, braucht es mehr Unterstützungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Angehörige. Die Pflegesätze müssen zudem erhöht werden.**

## **Begründung**

Angehörige dürfen finanziell keinen Schaden nehmen, wenn sie sich die Zeit nehmen zu pflegen. Wir fordern ein menschenwürdiges Pflegen. Doch hier kommt eine meist unbekannte (psychische wie auch physische) Belastung auf die Angehörigen zu. Diese wollen wir unterstützen und mittels Schulungen die Grundlagen einer angemessenen Pflege vermitteln. Angehörige dürfen in diesen Situationen nicht alleine gelassen werden. Entsprechend braucht es professionelle Pflegekräfte als Ansprechperson für Rückfragen und Unterstützung. Die finanzielle Situation der Einzelperson darf nie ausschlaggebend für die Entscheidung über die Pflegewahl sein. Alle Menschen haben das Recht angemessen gepflegt zu werden. Insbesondere Frauen\*, die aktuell den Großteil der Care-Arbeit übernehmen, leiden unter den niedrigen Pflegesätzen und geraten häufig unter anderem dadurch spätestens während der Rente in Altersarmut.

**K2-260**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-260: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 267 bis 268:**

**Die** Alle Menschen stehen im den Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Wir wollen ~~die bestmögliche~~ eine bedarfsgerechte Versorgung der Patient\*innen in allen Teilen

**Von Zeile 270 bis 272:**

~~Wir wollen mehr Allgemeinärzt\*innen auch~~ Auch auf dem ~~Land~~. Land und rund um die Uhr brauchen wir eine verlässliche und ausreichende Versorgung mit Haus-, Kinder- und Fachärzt\*innen.

Mit Gemeinschafts- oder Gruppenpraxen, ~~dem Verhalten von medizinischen Einrichtungen durch die Kommunen~~ sowie mit der ~~Gründung~~ Unterstützung von Praxisnetzwerken schaffen wir stabile

**In Zeile 275 löschen:**

familiengerechter gestalten. Dabei werden wir ~~auch~~ die kassenärztliche

**Von Zeile 277 bis 283:**

~~Wir werden die Kommunen in der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und Prävention vor Ort stärken. Sie sollen selbst stärker aktiv werden, indem sie Räume für Praxen, Zweigpraxen oder mobile Teams kostengünstig zur Verfügung stellen. In Zusammenarbeit mit schon bestehenden Praxen können Anstellungs- und Teilzeitmodelle eingerichtet werden. Nicht nur ein Krankenhaus, sondern auch eine Kommune kann ein eigenes medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) betreiben und dort Ärzt\*innen anstellen.~~

Wir werden eine realistische, vorausschauende Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzt\*innen durchsetzen. Die tatsächlichen Praxisöffnungszeiten und das Alter der Ärzt\*innen werden berücksichtigt. Bei der Rechtsaufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung achten wir darauf, dass diese ihren gesetzlichen Sicherstellungsauftrag tatsächlich wahrnimmt. Den Kommunen wollen wir eine stärkere Mitbestimmung und Mitgestaltung des Gesundheitsangebots vor Ort ermöglichen, indem wir ihnen Mitwirkungsrechte in den Zulassungsausschüssen ermöglichen.

Von Zeile 287 bis 290:

tatsächlichen regionalen Bedarf orientiert. ~~Wir erhalten notwendige Kliniken und beenden das Gießkannenprinzip der Mittelverteilung. Die in ländlichen Regionen besonders wichtige Vorhaltung einer Notfallambulanz wollen wir erleichtern.~~  
In einem ersten Schritt werden wir eine integrierte Landesplanung für die ambulante und stationäre Notfallversorgung auf den Weg bringen, damit sich die Menschen auch auf dem Land wieder darauf verlassen können, dass sie rund um die Uhr Zugang zu medizinischer Notfallversorgung erhalten.

In der Krankenhausplanung in Bayern werden wir die verschiedenen Versorgungsstufen klarer als bisher definieren und für die Grundversorgung eine verbindliche Maximalentfernung der Krankenhäuser zu den Patient\*innen definieren.

Die Landesinvestitionen in die Krankenhausinfrastruktur werden wir auf hohem Niveau fortführen, aber gezielt zuweisen, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

In Zeile 292:

~~Wir haben in~~In Bayern werden wieder mehr ~~Geburten~~Kinder geboren, aber es gibt immer weniger Hebammen, die den Kindern auf die Welt helfen. Wir sagen ein



In Zeile 296 einfügen:

Kliniken finanziell absichern. Jede schwangere Frau in Bayern soll in einer Entfernung von maximal dreißig Fahrminuten eine geburtshilfliche Abteilung in Anspruch nehmen können.

Von Zeile 299 bis 305:

Pflege anders denken

Wir stärken die Stellung der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe wie zum Beispiel von Pflegekräften, Hebammen, Physio- und Ergotherapeut\*innen ~~oder Pflegekräften~~ und bieten ihnen mehr Kompetenzen, Aufstiegsmöglichkeiten und akademische Aus- und Weiterbildung. ~~Zudem schaffen wir das Schulgeld für alle nicht-Die Ausbildung in allen nicht-akademisierten Heilberufe ab~~ Heilberufen muss ohne Zahlung von Schulgeld möglich sein.  
~~Pflege anders denken~~

Von Zeile 313 bis 317:

~~bessere Arbeitsbedingungen, eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und bessere Bezahlung für die Pflegekräfte sowie durch einen höheren Personalschlüssel und mehr Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung von häuslich Pflegenden.~~ gesetzlich festgelegte Personalbemessung, bessere Arbeitsbedingungen, eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und bessere Bezahlung der Pflegekräfte. Um die häuslich Pflegenden zu entlasten, richten wir mehr Kurzzeitpflegeplätze, Tages- und Nachtpflegeplätze ein.

Wir ~~investieren in die~~ fordern effektive Qualitätskontrollen, stärken ambulante Pflegedienste

In Zeile 325 einfügen:

Wir fordern eine solide Finanzierung der Krankenhäuser und sind für den Erhalt der kommunalen Trägerschaft, sowie eine Überprüfung des aktuellen Abrechnungssystems.

Wir werden eine bayerische Pflegekammer gründen, damit die Beschäftigten ihre

In Zeile 345 einfügen:

Kranke und für suchtkranke Menschen. Wir unterstützen den Ausbau von psychotherapeutischen Praxen für jedes Alter. Wir fördern den Aufbau von betrieblichem Gesundheitsmanagement durch Beratung und finanzielle Unterstützung.

**K2-282**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-282: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 290 einfügen:**

**erleichtern.**

**Landesbeamt\*innen sollen ähnlich wie bereits in Hamburg die Möglichkeit erhalten, nach ihrer Verbeamtung zwischen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung wählen zu können. Anstelle der Beihilfezahlungen würde der Freistaat den Arbeitgeberanteil übernehmen. Wir wollen so einen weiteren Schritt in Richtung einer Bürgerversicherung gehen. Insbesondere Familien mit Kindern profitieren hiervon, da diese durch die Familienversicherung bis zum Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums beitragsfrei mitversichert sind.**

## **Begründung**

Der Spielraum im Bereich der Gesundheitspolitik ist auf Landesebene eingeschränkt. Wie das Beispiel Hamburg zeigt, besteht aber die Möglichkeit, zumindest den Landesbeamten eine Wahl zwischen der gesetzlichen und privaten Krankenkasse zu ermöglichen, indem statt der Beihilfezahlungen der Arbeitgeberanteil übernommen wird. Dies ist ein konsequenter Schritt in Richtung einer Bürgerversicherung. Insbesondere Familien profitieren von der beitragsfreien Mitversicherung, auch im Alter liegen die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung in der Regel unterhalb der privaten. Gerade im Bereich der niedrigen Besoldungsgruppen profitieren die Beamt\*innen von niedrigeren Beiträgen.

**K2-284**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-284: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 292 bis 293:**

Wir haben in Bayern mehr Geburten, aber immer weniger Hebammen. Wir **sagen ein klares Ja zur wohnortnahen Versorgung** **stehen für eine wohnortnahe und ausreichende Versorgung mit Hebammen** **Hebammen in Stadt und Land**. Deshalb sorgen wir für

## **Begründung**

Wir möchten auch an dieser Stelle klarstellen, dass wir Politik für Stadt und Land machen.

**K2-285**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** K2-285: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 293 bis 296:**

klares Ja zur wohnortnahen Versorgung **mit Hebammen der Familien**. Deshalb sorgen wir für bessere Arbeitsbedingungen **der und faire Bezahlung aller Hebammen**, indem wir die **selbständigen Hebammen-Vergütung** fördern, ihre Berufshaftpflicht bezahlbar machen und die Geburtshilfe **in den Kliniken inner- als auch außerklinisch** finanziell absichern.

## **Begründung**

Die Berufshaftpflicht ist dank staatlichen Ausgleichszahlungen nicht mehr das größte Problem, sondern eher der Versicherungsmix der freiberuflichen Hebammen z.B. Rentenversicherungspflicht. Das größte Problem ist die geringe Vergütung (ca. 38 €) der Nachsorgen, diese führen zu einem Defizit der Wöchnerinnenbetreuung. Die Gehaltseinstufung der Hebammen ist zu niedrig. Deswegen kein Anreiz zur Anstellung (Akademisierung ab 2020!!!). Wichtig ist das die Geburtshilfe nicht nur innerklinisch sondern auch außerklinisch stattfindet.

**K2-289**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Gesundheit und Soziales (beschlossen am: 24.03.2018)

**Titel:** K2-289: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 297 bis 299:**

~~Wir werden telemedizinische Verfahren und neue Informationstechnologien stärker nutzen. Dadurch können insbesondere chronisch kranke Patientinnen und Patienten auch über größere Distanzen begleitet und besser versorgt werden.~~  
Wir wollen telemedizinische Verfahren und neue Informationstechnologien als sinnvolle Ergänzung zu einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung stärker nutzen.

**K2-293**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-293: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 301 einfügen:**

**Beispiel von Hebammen, Physio- und Ergotherapeut\*innen, Lögpäd\*innen oder  
Pflegekräften und**

**K2-295**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding)

**Titel:** **K2-295: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 304 einfügen:**

**Heilberufe ab und fordern eine ordentliche Ausbildungsvergütung.**

## **Unterstützer\*innen**

Andreas Krahl, Anne Steuernagel, Jonas Kobinger, Niklas Wagener



**K2-295-2**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-295-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 303 löschen:**

**Weiterbildung. Zudem schaffen wir das Schulgeld für alle ~~nicht akademisierten~~**

## **Begründung**

Es gibt schon die Möglichkeit viele Heilberufe (z.B. Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie) in Form eines Bachelor-Studienganges oder einer fachschulischen Ausbildung zu erlernen.

**K2-295-3**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-295-3: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 304 einfügen:**

**Heilberufe ab. Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sollen ausländische Fachabschlüsse aus dem EU-Raum schneller und kostengünstiger staatlich anerkannt werden.**

## **Begründung**

Derzeit können med. Fachkräfte (Ärzte, Heilmittelerbringer, Pflegepersonal) nur mit einer staatlichen Zulassung in ihrem Beruf voll anerkannt in Deutschland arbeiten. In Bayern müssen sie bei den jeweiligen Regierungsbezirken eine staatliche Zulassung beantragen. Dazu müssen alle Abschlüsse und Bildungswege mit beglaubigten Übersetzungen, sowie eine Nachweis der Deutschen Sprache im B2 Niveau eingereicht werden. Die Kosten für die Anerkennung belaufen sich auf über 500,- €. Das Verfahren wird immer in einer Einzelfallprüfung bearbeitet und dauert 3 bis 4 Monate. In dieser Zeit darf die medizinische Fachkraft keine Patienten mit einer gesetzlichen Krankenkasse behandeln.

**K2-302**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: LAG Gesundheit und Soziales (beschlossen am: 24.03.2018)

Titel: K2-302: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 311 bis 318:

Pflege und den dort **bereits** herrschenden Fachkräftemangel zu einem bedeutenden und brisanten Thema. Wir wollen die Pflege in Bayern zukunftssicher machen – durch bessere Arbeitsbedingungen, **eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung verbindliche Dienstpläne**, und bessere Bezahlung für die Pflegekräfte sowie durch einen höheren Personalschlüssel, **und mehr Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung von häuslich Pflegenden** **Wir entbürokratisieren die Pflege durch Vereinfachung der Dokumentation.** **Wir investieren** **Zur Entlastung von pflegenden Angehörigen werden wir** in die **Qualitätskontrollen** **Qualitätsentwicklung investieren**, **stärken** ambulante Pflegedienste **stärken, mehr Kurzzeitpflegeplätze schaffen** und **bauen** kommunale Pflegeberatungsstellen **aufbauen**. Wir entwickeln

Von Zeile 323 bis 327:

und Anlaufstellen für ehrenamtliches Engagement erhalten und weiterentwickeln. **Wir entbürokratisieren die Pflege durch Vereinfachung der Dokumentation.** Wir werden eine bayerische Pflegekammer gründen, damit die **Beschäftigten ihre und die Interessen der Gepflegten auf Augenhöhe mit den ärztlichen Heilberufen vertreten**. **professionell Pflegenden ihre und die Interessen der Pflegebedürftigen besser vertreten können.**

**K2-304**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding)

**Titel:** **K2-304: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 313 einfügen:**

bessere **Ausbildungs- und** Arbeitsbedingungen, eine Erleichterung der

## **Unterstützer\*innen**

Andreas Krahl, Anne Steuernagel, Jonas Kobinger, Niklas Wagener

**K2-306**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding)

**Titel:** **K2-306: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 315 einfügen:**

**sowie durch einen höheren Personalschlüssel, mit Fokus auf Fachpersonal und  
mehr Kurzzeitpflegeplätze zur**

**Unterstützer\*innen**

Andreas Krahl, Anne Steuernagel, Jonas Kobinger, Niklas Wagener

**K2-306-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding)

**Titel:** **K2-306-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**Von Zeile 315 bis 316 löschen:**

**sowie durch einen höheren Personalschlüssel ~~und mehr Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung von häuslich Pflegenden.~~**

**In Zeile 320 einfügen:**

**bedarfsgerechten Mix aus bürgerschaftlichem Engagement, Nachbarschaftshilfe,  
mehr Kurzzeitpflegeplätze,**

## **Begründung**

Thematisch gehören die Kurzzeitpflegeplätze zum Absatz häusliche Pflege.

## **Unterstützer\*innen**

Andreas Krahl, Anne Steuernagel, Jonas Kobinger, Niklas Wagener

**K2-312**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-312: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 321 einfügen:**

**niedrigschwelligen Angeboten und professionellen Dienstleistungen bestehen. Hierzu müssen neue alternative Wohnformen geschaffen und gefördert werden. In denen alle Generation durch ein gegenseitiges Miteinander sich begleiten und unterstützen können, im täglichen Leben.**

## **Begründung**

Die Begrifflichkeit der Mehrgenerationenhäuser wird falsch verstanden. Mehrgenerationenhäuser sind Dienstleistungsorte wo Aktivitäten stattfinden, jedoch leben hier keine Menschen 24 Stunden rund um die Uhr. Deswegen die Hereinnahme der alternativen Wohnformen!

**K2-314**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding)

**Titel:** **K2-314: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 324:**

**Wir ~~entbürokratisieren~~ vereinfachen die Dokumentation in der Pflege durch  
~~Vereinfachung der Dokumentation~~ Digitalisierung.**

**Unterstützer\*innen**

Andreas Krahl, Anne Steuernagel, Jonas Kobinger, Niklas Wagener



**K2-323**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-323: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 332:**

**stationäre Hospize ausbauen, insbesondere durch das Schaffen von mehr Plätzen zur stationären Behandlung und sowie die ambulanten haupt- und ehrenamtlichen**

## **Begründung**

Es mangelt insbesondere an Plätzen zur stationären Behandlung.

**K2-326**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Martina Neubauer (KV Starnberg)

**Titel:** K2-326: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 336:**

**Psychische** Der rasante Anstieg psychischer Erkrankungen nehmen rasant zu hat verschiedene Ursachen, wie zum Beispiel eine bessere und frühzeitige Diagnostik und die Zunahme belastender Faktoren. Menschen mit psychischen Erkrankungen sind nach wie vor Vorurteilen ausgesetzt. Wir setzen uns ein für Entstigmatisierung, ein frühzeitiges Erkennen von psychischen Erkrankungen. Wir setzen uns ein für ein

## **Begründung**

*Aufgrund einer besseren Ausbildung und höheren Sensibilität der Hausärzt\*innen erfolgt die Diagnose sehr viel früher; damit steigt auch die Zahl derjenigen, die aufgrund der richtigen Diagnose statistisch erfasst werden. Wir sollten nicht suggerieren, dass der "rasante" Anstieg allein an den gestiegenen Anforderungen in unserer Gesellschaft liegt. Menschen mit psychischen Erkrankungen haben es nach wie vor besonders schwer, an der Gesellschaft teilzuhaben, sie werden nach wie vor stigmatisiert. Daher ist es auch weiterhin erforderlich, dass wir uns gegen Stigmatisierungen einsetzen und aufklären.*

## **Unterstützer\*innen**

Peter Klinder, KV Starnberg, Kerstin Täubner-Benicke, KV Starnberg, Dieter Janecek, KV München, Markus Schmitt, KV Starnberg, Janine Johannes, KV Starnberg, Gabriele Kellner, KV Starnberg, Werner Deiglmayr, KV Starnberg, Annette von Czettritz, KV Starnberg, Roswitha Gahn, KV Starnberg, Claudia Wagner, KV Starnberg, Gabriele

Schicht, KV Starnberg

**K2-330**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-330: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 340 bis 342:**

**Krisendienste. Wir ermöglichen eine flexible und schnelle Behandlung, ~~damit psychische Störungen nicht zur chronischen Krankheit werden und Menschen nicht aus dem Arbeitsleben und ihrem sozialen Gefüge gerissen werden.~~ ambulant und stationär. Wir wollen die**

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K2-335**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K2-335: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 345 einfügen:**

**Kranke und für suchtkranke Menschen. Das aktuell diskutierte Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) lehnen wir entschieden ab.**

**K2-335-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** **K2-335-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 345 einfügen:**

**Kranke und für suchtkranke Menschen.**

**Wir setzen uns für eine Qualitätskontrolle der Behandlung psychischer  
Erkrankungen durch Patientenbefragungen ein, um den Erfolg von  
Therapiemethoden zu beurteilen.**

## **Begründung**

Bisher gibt es keinerlei Erfolgskontrolle von Therapien, was zu hohen Kosten für die Versicherungen und Patienten führen kann. Durch eine standardisierte Befragung der Klienten vor und nach Abschluss/nach einer bestimmten Stundenzahl der Therapie kann die Effizienz dieser Maßnahme deutlich steigern. Außerdem bietet dies eine Chance für erfolgreiche, aber bisher nicht von den Kassen anerkannte Therapiemethoden.

**K2-335-3**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-335-3: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 345 einfügen:**

**Kranke und für suchtkranke Menschen. Wir machen die Ausbildung zum\*zur  
Psychotherapeut\*in kostenlos und setzen uns für eine angemessene Vergütung  
ein. Darüber hinaus wollen wir Aufklärungsarbeit leisten und zur  
Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen und Sucht beitragen.**

## **Begründung**

Die Ausbildung zum\*zur Psychotherapeut\*in sollte kostenlos und angemessen vergütet sein. Der Aspekt der Entstigmatisierung fehlt bisher.

**K2-338**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-338: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 348:**

**Erfahrungen und Zielen liegt die Stärke unserer Gesellschaft. Wir **wollenmüssen**  
allen**

## **Begründung**

Die Begrifflichkeit wollen drückt die Notwendigkeit nicht aus, tatsächlich allen Menschen die gleichen Chancen zu geben.



**K2-341**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ansbach (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** **K2-341: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 351 einfügen:**

**Behinderung leben. Als Grundlage soll hierzu die die UN-  
Behindertenrechtskonvention dienen.**

## **Begründung**

Das Programm drückt die Wichtigkeit der Teilhabe am Leben in der GEsellschaft nicht aus. Wir müssen durch unser Programm allen Menschen die von Benachteiligung betroffen sind, Perspektiven bieten. Sonst werden wir von dieser Wählergruppe nicht gewählt!

**K2-356**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K2-356: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 366 einfügen:**

**mit und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger fördern. Wir sorgen dafür, dass Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen wird. Wir werden**

## **Begründung**

Legasthenie ist bereits im als Lernbehinderung in Schulverordnungen etc. aufgenommen. Die Ergänzung dient dem Einbezug der Dyskalkulie.

**K2-357**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Bildung (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-357: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 368 einfügen:**

verbessern. Wir sorgen dafür, dass Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen wird.

**Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung, um die Lern- und**

## **Begründung**

Legasthenie ist bereits als Lernbehinderung in Schulverordnungen etc. aufgenommen. Die Ergänzung dient dem Einbezug der Dyskalkulie.

**K2-367**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Karl Depner (KV Würzburg-Stadt)

**Titel:** **K2-367: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 377 einfügen:**

**Menschen mit Behinderung als Expert\*innen in eigener Sache besonders wichtig. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit welche aus Betroffenen und Verbänden bestehen soll.**

## **Begründung**

Derzeit übernimmt die Beratungsstelle der Architektenkammer in Bayern die Beratung öffentlicher Bauträger im Hinblick auf Barrierefreiheit. Wir stellen fest, dass viele Maßnahmen für barrierefreiheit in Bayern nicht oder nicht normgerecht umgesetzt werden. Wir sehen den Grund hierfür darin, dass in der zuständigen Kammer Kapazitäten nicht hinreichend bereit stehen.

Nicht umgesetzte barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist bereits ein unhaltbarer Zustand. Schlimmer noch sind nicht normgerecht umgesetzte bauliche Maßnahmen. Hier können beispielsweise zu steile Rampen für Rollstuhlfahrer\*innen oder falsch ausgeführte Leitsysteme für Blinde sogar eine Lebensgefahr darstellen. Eine Landesfachstelle nach dem Vorbild der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit nach § 13 Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes kann dieser Aufgabe besser gerecht werden.

## **Unterstützer\*innen**

Kerstin Celina (KV Würzburg Land), Patrick Friedl (KV Würzburg Stadt), Lukas Weidinger (KV Würzburg Stadt), Amanda Jacobick (KV Würzburg Stadt), Simone Artz (KV Würzburg Stadt), Christa Grötsch (KV Würzburg Stadt)

**K2-367-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Martina Neubauer (KV Starnberg)

**Titel:** K2-367-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 377 einfügen:**

**Menschen mit Behinderung und Menschen mit psychischen Erkrankungen als  
Expert\*innen in eigener Sache besonders wichtig.**

## **Begründung**

*Auch Menschen mit psychischen Erkrankungen erleben viele Barrieren in unserer  
Gesellschaft - sie haben häufig geringe Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt,  
daher sollten wir sie auch explizit nennen.*

## **Unterstützer\*innen**

Peter Klinder, KV Starnberg, Kerstin Täubner-Benicke, KV Starnberg, Dieter Janecek, KV  
München, Markus Schmitt, KV Starnberg, Janine Johannes, KV Starnberg, Gabriele  
Kellner, KV Starnberg, Werner Deiglmayr, KV Starnberg, Annette von Czettritz, KV  
Starnberg, Roswitha Gahn, KV Starnberg, Claudia Wagner, KV Starnberg, Gabriele  
Schicht, KV Starnberg

**K2-372**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Karl Depner (KV Würzburg Stadt)

**Titel:** K2-372: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 382 einfügen:**

**Vorbild für Inklusion im Arbeitsleben machen. Damit Inklusion gelingt, muss Bayern barrierefrei werden. Daher fordern wir die unverzügliche Einrichtung einer Koordinationstelle für Barrierefreiheit bei der Beauftragte\*n für Menschen mit Behinderung der Bayerischen Staatsregierung.**

## **Begründung**

Die im Änderungsantrag zu 2.2.3 geforderte Landesfachstelle für Barrierefreiheit muss auch um eine Koordinationsstelle für Barrierefreiheit bei dem/der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Bayerischen Staatsregierung ergänzt werden, um der Aufgabenfülle gerecht zu werden. Insbesondere das digitale Zeitalter birgt viele Chancen für Menschen mit Behinderungen, aber diese müssen auch entsprechend genutzt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass diese Menschen zunehmend isoliert werden.

## **Unterstützer\*innen**

Simone Artz (KV Würzburg Stadt), Patrick Friedl (KV Würzburg Stadt), Amanda Jacobick (KV Würzburg Stadt), Lukas Weidinger (KV Würzburg Stadt), Christa Grötsch (KV Würzburg Stadt)

**K2-376**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-376: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 386 einfügen:**

**Bayern auch Menschen mit Behinderung so leben können, wie sie es wollen. Die finanzielle Ausbeutung in Behindertenwerkstätten muss endlich beendet werden und Mitarbeiter\*innen gut bezahlt werden. Auch die finanzielle Beschneidung und Bedürftigkeitsprüfung sind nicht mehr zeitgemäß.**

## **Begründung**

Auch für Menschen die Unterstützung benötigen muss sich Arbeiten finanziell lohnen.

**K2-386**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** **K2-386: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 396 einfügen:**

**wie nötig, Verdrängung stoppen, bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen,  
Klimaschutz in**

**Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel



**K2-388**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** **K2-388: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 399 einfügen:**

**Luxus, sondern ein Grundbedürfnis**

**Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel

**K2-395**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-395: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 405 bis 406:**

verhindern. Dafür werden wir die Grundsteuer als reine Bodenwertsteuer ausgestalten und das Grundsteuergesetz ändern, so ändern, dass überall, wo Baurecht geschaffen wurde, auch zügig gebaut wird. Die Grundsteuer wird nicht mehr auf die Mieter\*innen umgelegt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Steuerfreiheit beim Verkauf nicht selbst genutzter Immobilien abgeschafft wird. Bayern wird seinen Grundbesitz nur noch im Erbbaurecht vergeben oder Grundstücke gemeinwohlorientiert verkaufen, mit einem Vorkaufsrecht für die Kommunen.

## **Begründung**

Der Boden ist kein Gut wie jedes andere. Vergleichbar Wasser und Luft ist er unverzichtbar für das menschliche Dasein. Boden ist zugleich unvermehrbar. Daher verbietet es sich, Boden dem freien Marktgeschehen zu überlassen. Unsere Verfassung betont die Gemeinwohlbindung des Eigentums. Beim Boden ist dem in besonderer Weise Rechnung zu tragen.

**K2-396**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-396: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 406 einfügen:**

**wo Baurecht geschaffen wurde, auch zügig gebaut wird. Wichtig ist uns, dass die Umlage von Renovierungskosten auf Mieter\*innen nicht zu einer unbezahlbaren Steigerung des Mietpreises führt.**

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K2-399**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Starnberg (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** **K2-399: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 409 einfügen:**

**Gemeinden zu. Das kann auch durch die erforderliche Neugestaltung des Grundsteuerrechtes erreicht werden. Wir wollen die Kommunen bei der Gründung kommunaler**

## **Begründung**

Städte und Gemeinden brauchen dringen Grundstücke zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Hierzu bieten sich verschiedene Maßnahmen an:

- durch Wiedereinführung der Grundsteuer-C (Baulandsteuer). Denn wer für brachliegendes, aber bebaubares Land Steuer zahlen muss, wird es sich gut überlegen, für die Einführung eines Zwangsbeitrags zurück zu sein.
- überlegte Einführung eines Zwangsbeitrags zurück zu sein für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen für den Mietwohnungsbau geschaffen werden.

**K2-399-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-399-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 409 einfügen:**

**Gemeinden zu. Wir wollen überall, wo Baurecht neu geschaffen wird Regeln für eine sozial gerechte Bodennutzung einführen,  
die Kommunen bei der Gründung kommunaler**

## **Begründung**

Die SoBoN ist ein wirksames Instrument um bei der Schaffung von Baurecht zumindest etwas für die Kommunen und Gesellschaft als Gegenleistung zu erhalten. Immer mehr Kommunen beschäftigen sich damit und haben es zum Teil bereits eingeführt. Es soll in ganz Bayern umgesetzt werden und allen Kommunen die notwendige Unterstützung zur Umsetzung und Abwicklung zur Verfügung gestellt werden.

## **Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel

**K2-403**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-403: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 413 bis 417:**

unterstützenswerte innovative Impulse für eine soziale Stadtentwicklung. Wir werden stärken die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zur Bekämpfung von Zweckentfremdungen und prekären Wohnverhältnissen stärken mittels einer wirksamen Mietpreisbremse und der Unterstützung bei der Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln, schnelleren und schärferen Eingriffsmöglichkeiten bei Zweckentfremdungen und der Wiedereinführung eines Wohnraumaufsichtsgesetzes.

## **Begründung**

Die vorhandenen Instrumente sind zu schwach um z.B. jahrelange Leerstände in München zu verhindern und zu unterbinden. Es kann bei der vorhanden Knappheit nicht akzeptiert werden das komplette Häuser oder auch einzelne Wohnungen dauerhaft nicht als Wohnraum zu Verfügung stehen weil die Eigentümer sich geschickt von einer Frist und Ankündigung zur nächsten hangeln und die Kommune nur zuschauen kann.

## **Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel (KV München)

**K2-403-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Erika Schalper (KV Starnberg)

**Titel:** K2-403-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 413 einfügen:**

**unterstützenswerte innovative Impulse für eine soziale Stadtentwicklung. Dabei sparen flexible Grundrisse Platz und Kosten. Sie geben Raum für die verschiedenen Möglichkeiten und Änderungen des Zusammenlebens. Wir**

## **Begründung**

Die konsequente Realisierung würde bedeuten, dass Wohnen und dass auf veränderte Familienstrukturen und Lebensbedingungen problemlos eingegangen werden kann. Es würde bedeuten, dass Platz gespart werden kann, sowohl bei der Ausweisung von Gewerbegebieten, als auch beim Wohnungsbau. Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, usw. wären kurz und damit per Fuß, Rad, oder ÖV bequem zu erreichen. Eine alltägliche Freiheit wird realistisch: mehr Zeit und mehr Möglichkeiten in der individuellen Gestaltung der Lebensumstände.

## **Unterstützer\*innen**

Kerstin Täubner-Benicke, Martin Pilgram, Gisela Sengl, Martin Pilgram, Werner Deiglmayr, Anton Maier, Katrin Stefferl-Wuppermann, Franz Sengl, Roswitha Gahn, Angelika Fränkel, Herbert Kappauf, Janine Johannes, Claudia Wagner, Regina Reiter, Mohammed Kellieh, Rolf Gottstein, Peter Unger, Wolfgang Addinger, Ruth Paulig, Annette von Czetriz, Ursula Streng, Gabriele Schicht

**K2-407**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-407: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 417 einfügen:**

**qualifizierten Mietspiegeln. Die Erstellung von Mietpreisspiegeln muss durch gesetzliche Vorgaben einheitlich geregelt werden.**

## **Begründung**

Aktuell sind Mietpreisspiegel in verschiedenen Städten nicht einheitlich geregelt bzw. werden nicht einheitlich erstellt. Das sollten wir ändern.



**K2-410**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Nürnberg (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K2-410: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 420:**

**Geschossaufstockung ~~mit-~~ auch für innerstädtische Gewerbeimmobilien - haben für uns ebenso große Bedeutung wie Dach- und Fassadenbegrünung und die Vitalisierung von**

**Von Zeile 424 bis 427:**

**Wir stehen für nachhaltige und zukunftsstarke Städte und Ortschaften. ~~Unser~~ Die Anbindung neuer Wohnquartiere an den öffentlichen Nahverkehr sehen wir als selbstverständlich an. Unser Leitbild hierbei ist die grüne Stadt der kurzen Wege, die auf Teilhabe baut und Klimaschutz betreibt. ~~Neue Wohnquartiere brauchen einen Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr.~~**

## **Begründung**

In Städten ist die verfügbare freie Fläche sehr knapp. Dennoch wurden und werden auch in Innenstädten viele oft eingeschossige Gewerbegebäude (zum Beispiel Supermärkte mit großen Parkplätzen) gebaut. Mit einer Aufstockung dieser Gebäude und mit Stelzenbauweise auf den Parkplätzen bspw. für Kindertagesstätten, Büronutzung und Wohnungen können diese ohnehin bebauten Flächen besser genutzt werden und helfen den Flächenfraß zu reduzieren. Mit der Umstellung des Leitbilds an den Schluss kommt es am Ende des Absatzes besser zur Geltung.

**K2-417**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Erika Schalper (KV Starnberg)

**Titel:** K2-417: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 427 einfügen:**

**Öffentlichen Nahverkehr. Die gesetzlichen Vorgaben bei Emissions- und Immissionsschutz werden so gestaltet, sodass die strikte Trennung zwischen Arbeiten und Wohnen aufgehoben werden kann. Die ortsnahen, infrastrukturellen Einrichtungen unterstützen dann auch das Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen.**

## **Begründung**

Die konsequente Realisierung würde bedeuten, dass Wohnen und dass auf veränderte Familienstrukturen und Lebensbedingungen problemlos eingegangen werden kann. Es würde bedeuten, dass Platz gespart werden kann, sowohl bei der Ausweisung von Gewerbegebieten, als auch beim Wohnungsbau. Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, usw. wären kurz und damit per Fuß, Rad, oder ÖV bequem zu erreichen. Eine alltägliche Freiheit wird realistisch: mehr Zeit und mehr Möglichkeiten in der individuellen Gestaltung der Lebensumstände.

## **Unterstützer\*innen**

Kerstin Täubner-Benicke, Martin Pilgram, Gisela Sengl, Werner Deiglmayer, Anton Maier, Katrin Stefferl-Wuppermann, Franz Sengl, Roswitha Gahn, Angelika Fränkel, Herbert Kappauf, Janine Johannes, Claudia Wagner, Regina Reiter, Mohammed Kellieh, Rolf Gottstein, Peter Unger, Wolfgang Addinger, Ruth Paulig, Annette von Czettritz, Ursula Streng, Gabriele Schicht

**K2-423**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-423: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 433 bis 434:**

wollen wir die Anforderungen bei der Stellplatzpflicht ~~verringern, Fahrradstellplätze fördern und Carsharing-Stellplätzen anrechnen~~ durch die Anrechnung umweltfreundlicher Mobilitätskonzepte verringern.

## **Begründung**

Mobilitätskonzepte sind offener gefasst und könne noch weitere innovative Ideen enthalten wie z.B. auch geteilte Nutzung von ÖPNV-Tickets und diese Formulierung ist kürzer, klarer und erwähnt nicht dreimal Stellplätze.

## **Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel

**K2-426**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K2-426: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 436 bis 440:**

~~Der Anspruch an ein qualitätsvolles und ästhetisches Bauen darf nicht auf der Strecke bleiben. Denn Baukultur ist und schafft Identität und Heimat. Denkmäler prägen unsere Orte und geben den Regionen ihr Gesicht – vom fränkischen Fachwerkhaus bis zum oberbayerischen Bauernhaus. Sanierung statt Abriss – wir wollen Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern.~~

Neu Geschaffenes baut immer auch darauf auf, was bereits besteht und wird dadurch inspiriert. Dies trifft besonders auf Gebäude und Architektur zu. Lebendige Ortskerne zeichnen sich vielfach durch einen besonderen Baustil aus, der einerseits alte Bauwerke erhalten hat, sie aber auch immer in die Moderne transferierte. Deshalb wollen wir Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern. Unabhängig davon fordern wir die konsequente Entfernung oder Umwidmung von Straßennamen oder Denkmälern, die sich positiv auf Täter\*innen des Nationalsozialismus beziehen oder deutsche Kolonialverbrecher\*innen ehren.

## **Begründung**

Wir wollen Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern uns aber auch kritisch damit beschäftigen, wem eigentlich Denkmäler gesetzt werden. Für Straßennamen oder Denkmäler, die sich positiv auf Täter\*innen des Nationalsozialismus beziehen oder deutsche Kolonialverbrecher\*innen ehren, sollte es in Bayern keinen Platz geben.

**K2-428**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-428: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 438 bis 440:**

**Denkmäler prägen unsere Orte und geben den Regionen ihr Gesicht – ~~vom fränkischen Fachwerkhaus bis zum oberbayerischen Bauernhaus. Sanierung statt Abriss – wir wollen Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern.~~ Wir wollen Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern. Der Abriss von denkmalgeschützten Gebäuden aus purer Profitgier darf sich nicht mehr lohnen. Die Bußgelder sollen daher angehoben und die Vorteilsabschöpfung vollumfänglich ausgenutzt werden.**

## **Begründung**

Investoren kalkulieren inzwischen die Bußgelder in die Baukosten mit ein, die beim Abriss von denkmalgeschützten Gebäuden anfallen. Die Bußgelder haben bei dem erzielbaren Gewinn keinerlei abschreckende Wirkung mehr auf die Inverstoren und müssen so weit angehoben werden, dass sie wieder eine empfindliche Strafe darstellen.

K2-444

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Martin Knobel (KV Rosenheim)

Titel: K2-444: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 454 bis 466:

~~Unsere Wirtschaftspolitik will diese Kreativität nutzen, um Bayern als Wirtschaftsstandort in all seinen Regionen zukunftsfähig zu machen. Nur wenn wir es schaffen, Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, wenn es gelingt, Wirtschaften mit ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Fairness zwischen den Generationen und Geschlechtern zusammenzubringen, wird Bayerns Wirtschaft auch in Zukunft Erfolg haben. Grundpfeiler grüner Wirtschaftspolitik ist deshalb die Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Verantwortung.~~

Grüne Wirtschaftspolitik macht dieses Erfolgsmodell langfristig zukunftsfähig. Wir bringen Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik ins Gleichgewicht und machen so Bayerns Wirtschaft nachhaltig erfolgreich.

~~Dieser Verantwortung fühlt sich besonders der starke bayerische Mittelstand verbunden, der rund vier Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und 190.000 Lehrstellen im Freistaat garantiert. Trotz aller Lippenbekenntnisse erfahren mittelständische Betriebe bisher bei weitem nicht die Unterstützung, die sie brauchen – das wollen wir ändern.~~

Besonders der starke bayerische Mittelstand spielt mit rund vier Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und 190.000 Lehrstellen eine bedeutende Rolle. Wir sorgen dafür, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern die mittelständischen Betriebe endlich die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

Unterstützer\*innen

Else Huber, Hubert Lingweiler, Martin Both, Leonhard Hinterholzer, Maria Förg

**K2-444-2**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV Nürnberg (beschlossen am: 19.04.2018)

Titel: K2-444-2: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 454 bis 466:

~~Unsere Wirtschaftspolitik will diese Kreativität nutzen, um Bayern als Wirtschaftsstandort in all seinen Regionen zukunftsfähig zu machen. Nur wenn wir es schaffen, Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, wenn es gelingt, Wirtschaften mit ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Fairness zwischen den Generationen und Geschlechtern zusammenzubringen, wird Bayerns Wirtschaft auch in Zukunft Erfolg haben. Grundpfeiler grüner Wirtschaftspolitik ist deshalb die Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Verantwortung.~~

~~Dieser Verantwortung fühlt sich besonders der starke bayerische Mittelstand verbunden, der rund vier Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und 190.000 Lehrstellen im Freistaat garantiert. Trotz aller Lippenbekenntnisse erfahren mittelständische Betriebe bisher bei weitem nicht die Unterstützung, die sie brauchen – das wollen wir ändern.~~

Grüne Wirtschaftspolitik macht dieses Erfolgsmodell langfristig zukunftsfähig. Wir bringen Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik ins Gleichgewicht und machen so Bayerns Wirtschaft nachhaltig erfolgreich.

Besonders der starke bayerische Mittelstand spielt mit rund vier Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und 190.000 Lehrstellen eine bedeutende Rolle. Wir sorgen dafür, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern die mittelständischen Betriebe endlich die Unterstützung bekommen, die sie brauchen um deren Wettbewerbsfähigkeit auch zukünftig sicherzustellen.



**Begründung**

Der Änderungsantrag ist im Wesentlichen identisch zum Änderungsantrag K2-444. Unser Änderungsantrag ergänzt diesen lediglich um den letzten Halbsatz "um deren Wettbewerbsfähigkeit auch zukünftig sicherzustellen."

Mit dieser Ergänzung wollen wir das Ziel der Unterstützung für mittelständische Unternehmen herausstellen.

**K2-471**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Dieter Janecek (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-471: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 482 einfügen:**

die innovativen kleinen und mittleren **sowie auf am Gemeinwohl orientierte** Unternehmen konzentrieren.

## **Begründung**

Mit wenigen Worten mehr machen wir deutlich, dass diese Art Unternehmertum besonders förderungswürdig ist und drücken ihnen gegenüber unsere Unterstützung aus.

## **Unterstützer\*innen**

Julia Post, KV München-Stadt, Marcel Rohrlack, KV München-Stadt, Martina Neubauer, KV Starnberg, Alexander König, KV München-Stadt, Thomas von Sarnowski, KV Ebersberg

**K2-473**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K2-473: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 484 einfügen:**

**Bayerns sind das Handwerk und die Klein-und Mittelunternehmen (KMU). Ob  
Häuser**

**In Zeile 488:**

**Weg in die digitale Wirtschaft. Mit einer **Gründeroffensive**Gründer\*innenoffensive  
wollen wir zudem**

**In Zeile 491:**

**GründergeistGründer\*innengeist und Digitalisierung**

**K2-479**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Nürnberg (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K2-479: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 490 einfügen:**

**Magneten für kreative Menschen machen. Dabei haben wir auch die Gründer\*innen von morgen im Blick, indem wir bereits in der Schule Themen zu nachhaltigem Wirtschaften und finanzieller Kompetenz vermitteln wollen.**

## **Begründung**

Die Vermittlung von Kompetenzen für nachhaltiges Wirtschaften und verantwortungsvollem Umgang mit Geld ist bereits in der Schule wichtig. Zum einen zur Förderung von künftigen Gründer\*innen, zum anderen damit Jugendliche verantwortungsbewusst konsumieren und nicht in eine Schuldenfalle geraten.

**K2-482**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Titel:** **K2-482: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 493:**

Zeitalter. Durch die Entwicklung hin zu einer digitalisierten und automatisierten Wirtschaft ~~4.0~~ entstehen neue

**In Zeile 506:**

Strategien für einen Weg zu einer Guten Arbeit ~~4.0~~ im digitalen Zeitalter entwickeln.  
Durch

## **Begründung**

„4.0“ als Kofferattribut ist relativ nichtssagend. Es wäre präziser, ausdrücken, worum es uns eigentlich geht.

## **Unterstützer\*innen**

LAG Medien- und Netzpolitik (Beschluss vom 16. April 2018)

**K2-485**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt)

**Titel:** K2-485: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 496:**

und **Verbraucherschutzstandard** **Verbraucherschutzstandards**, sowie **Arbeitnehmer\*innenrechte** einhalten, um damit IT- und Datensicherheit made

## **Begründung**

Da wir einen Absatz später über die Weiterentwicklung der Arbeitswelt sprechen, ist es notwendig auch hier schon darauf einzugehen, dass die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besondere Berücksichtigung finden sollen. (Außerdem formal: fehlendes „s“ bei „Verbraucherschutzstandards“ ergänzt)

## **Unterstützer\*innen**

LAG Medien- und Netzpolitik (Beschluss vom 16. April 2018)

**K2-487**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Dieter Janecek (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-487: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 498 einfügen:**

**Startups, Social Entrepreneurs, kleine und mittlere Unternehmen sowie Hidden Champions, die die**

## **Begründung**

Mit wenigen Worten mehr machen wir deutlich, dass diese Art Unternehmertum besonders förderungswürdig ist und drücken ihnen gegenüber unsere Unterstützung aus.

## **Unterstützer\*innen**

Heidi Schiller, KV München-Stadt, Julia Post, KV München-Stadt, Marcel Rohrlack, KV München-Stadt, Martina Neubauer, KV Starnberg, Alexander König, KV München-Stadt

**K2-524**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K2-524: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 536 bis 542:**

~~Das Auftragsvolumen der öffentlichen Hand ist riesig. Obwohl die Reform des europäischen Vergaberechtes die Möglichkeiten einer Vergabe nach ökologischen und sozialen Kriterien gestärkt hat, werden 80 – 90 % aller Vergaben dem billigsten Bieter zugeschlagen. Solange es kein bundeseinheitliches Vergaberecht gibt, setzen wir mit einem Bayerisches Vergabegesetz ökologische und soziale Standards als Vergabekriterien, damit die Marktmacht der öffentlichen Hand als Impulsgeber für soziales und ökologisches Wirtschaften genutzt wird.~~  
Bund, Länder und Kommunen kaufen jährlich für mehrere Milliarden Güter und Dienstleistungen ein. Diese Marktmacht der öffentlichen Hand gilt es als Impulsgeberin für ökologisches und soziales Wirtschaften zu nutzen. Denn Staat und Kommunen tragen eine besondere Verantwortung, Umwelt und Menschenrechte zu schützen. Doch trotz der Vergaberechtsmodernisierung, die ökologische und soziale Aspekte zu Grundsätzen der öffentlichen Auftragsvergabe erhoben hat, bekommt in den weit überwiegenden Fällen immer noch der billigste Bieter den Zuschlag. Deshalb wollen wir ein Landesvergabegesetz, das ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verbindlich festschreibt.

## **Begründung**

Hier handelt es sich um fachpolitische Korrekturen:

- Es gibt bundeseinheitliche Regelungen der Vergabe. Mit der Änderung des GWB 2016 hat die Bundesrepublik die EU-Vergaberichtlinie von 2014 in nationales Recht umgesetzt.



Diese Vergaberechtsmodernisierung eröffnet große Spielräume für ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien bei der

- ~~Mit Zahlen zur Beschaffungswendigkeit sei vorsichtig. Es finden sich~~  
höchst unterschiedliche Angaben: Zum Gesamtvolumen des öffentlichen Beschaffung schreibt zum Beispiel die Bundesregierung mal von 280 Milliarden und mal von 350 Milliarden jährlich. Dieses diffuse Bild wird sich hoffentlich durch die neue Vergabestatistik schärfen, die auf Bundesebene kommt.

**K2-538**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Erding (beschlossen am: 17.04.2018)

**Titel:** **K2-538: Bayern - Land der Chancen für alle**

**Von Zeile 550 bis 552 löschen:**

**Rahmenbedingungen, um den digitalen Wandel zu gestalten. ~~Grüne Politik macht Bayern zum digitalsten Bundesland, dient dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und erhöht die Lebensqualität für alle.~~**

**K2-551**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-551: Bayern - Land der Chancen für alle

**Nach Zeile 563 einfügen:**

**Ähnlich wie beim globalen Handel kennt auch der digitale Binnenmarkt der EU nicht nur Gewinner. Wir sind uns dieser Herausforderung bewusst und wollen die Entwicklung bei länderübergreifenden digitalen Dienstleistungen auch sozial begleiten.**

**Begründung**  
mündlich

**K2-555**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** K2-555: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 567 einfügen:**

schnellem kabelgebundenem Internet und IT-Personal ausstatten. Mit einem Pflichtfach

**Von Zeile 575 bis 581 löschen:**

**Anschluss in jedes Haus und ein flächendeckend leistungsfähiges Mobilfunknetz. ~~Wir wollen mehr freie WLAN-Zugänge in Bayern durch die Stärkung und den Ausbau von Bürger\*innennetzen. Die vielfältigen bürgerschaftlichen Initiativen wie z.B. die Freifunk-Bewegung unterstützen wir mit Förderfonds und steuerlichen Vorteilen, z.B. über die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit. Öffentliche Gebäude und den öffentlichen Nahverkehr wollen wir grundsätzlich mit Freifunk ausstatten.~~**

## **Begründung**

Ein kürzlich erschienener Review aller in Datenbanken vorliegenden Studien zu den gesundheitlichen Folgen von WLAN zeigt, dass WLAN zumindest gesundheitlich bedenklich, wenn nicht sogar gesundheitsschädlich ist.

Deshalb sollten wir diese neue Technik nicht fördern, sondern auf kabelgebundenen Systemen bestehen. Dies trägt auch zum proaktiven Datenschutz bei, weil Funktechniken grundsätzlich leichter abgehört werden können als verdrahtete Kommunikationstechniken.

**K2-563**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Judith Bogner (KV Mühldorf)

**Titel:** K2-563: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 576:**

**Wir In Sinne einer digitalen Inklusion wollen wir mehr freie WLAN-Zugänge in Bayern durch die Stärkung und den Ausbau**

## **Begründung**

Immer mehr Daten und Vorgänge verschieben sich von der analogen in die digitale Welt, doch nicht alle BürgerInnen haben Zugang oder sind digital versiert. Bei aller Liebe zur Digitalisierung dürfen wir diese nicht vergessen, daher bitte ich den Begriff "Digitale Inklusion" einzubauen.

**K2-567**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** **K2-567: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 579:**

**Vorteilen, z.B. über die Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit. **Öffentliche**  
Ortszentren, öffentliche**

## **Begründung**

Ortszentren auf dem Land mit berücksichtigen

**K2-591**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K2-591: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 604 bis 606 löschen:**

**das so bleibt durch die transparente Förderung besserer Angebote, ~~denn viele touristische Betriebe und Anlagen müssen dringend modernisiert und saniert werden~~. Massiv verbessern wollen wir die öffentliche Infrastruktur auf dem**

## **Begründung**

Die Einschränkung auf den Modernisierungsbedarf touristischer Betriebe ist hier nicht notwendig.

Die transparente Förderung besserer Angebote bezieht sich ja nicht nur auf Modernisierungsmaßnahmen. Deshalb sollte dieser Halbsatz entfallen.

**K2-598**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K2-598: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 611 bis 612:**

~~Unser größtes Kapital sind Natur und Landschaft. Bayerns Gäste kommen nicht wegen Schneekanonen und Skiliften. Die meisten~~ Unser größtes Kapital sind Natur und Landschaft. Bayerns Gäste kommen wegen unserer

## **Begründung**

Eine Aufzählung warum Bayerns Gäste kommen ist hilfreicher und hinterlässt einen positiven Eindruck.

Deshalb folgender Wortlaut:

"Bayerns Gäste kommen wegen unserer Naturschönheiten, der Gastfreundschaft, der Kultur und unseren regionalen Spezialitäten Deshalb setzen wir auf **nachhaltigen und umweltfreundlichen Urlaub** mit vielfältigen Sport-, Gesundheits- und Wellness- und Kulturangeboten im ganzen Jahr – und nicht nur im Winter."



**K2-615**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Dieter Janecek (KV München-Stadt)

**Titel:** **K2-615: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 628 einfügen:**

**Tourismus, der auch den Menschen vor Ort zugutekommt. Wir wollen die immer beliebtere Flussschifffahrt umweltfreundlicher gestalten. Wir werden uns für verbindliche Emissionsgrenzwerte einsetzen. Der Fahrrad- und**

## **Begründung**

Bei der Feinstaubdiskussion in Innenstädten wird immer wieder auf die angeblich vielfach höhere Belastung durch Schiffe verwiesen. Diesen Whataboutism teilen wir nicht, doch tatsächlich fahren Binnenschiffe mitten durch bayerische Innenstädte ohne von einer Umweltzone erfasst zu werden, mit veralteten, dreckigen Motoren, obwohl deren Technik mit LKW-Dieselmotoren vergleichbar ist.

Ein Pilotprojekt in NRW hat nachgewiesen, dass Nachrüstungen mit Abgasreinigungsanlagen für Schiffe Feinstaub um über 90 %, die Rußkonzentration um 99% und die Stickstoffoxid-Emissionen um 70 % zu reduzieren.

Somit könnte die Gesamtbelastung signifikant gesenkt werden (zum Vergleich: Schiffe belasten Düsseldorf mit 49 Tonnen Feinstaub pro Jahr, entspricht 14 Prozent des Gesamtausstoßes und Köln mit 61 Tonnen entsprechend 8 Prozent).

## **Unterstützer\*innen**

Patrick Friedl, KV Würzburg-Stadt, Stefan Schmidt, KV Regensburg-Stadt, Martina Neubauer, KV Starnberg, Gudrun Lux, KV München-Stadt, Thomas von Sarnowski, KV Ebersberg, Marcel Rohrlack, KV München-Stadt

**K2-630**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Linda Faltin (KV München)

**Titel:** **K2-630: Bayern - Land der Chancen für alle**

## **Redaktionelle Änderung**

Vorschlag zur Streichung in Zeile 630. Die Abschaffung des Betreuungsgelds wird an dieser Stelle zum dritten Mal in diesem Kapitel erwähnt und passt in den anderen Teilen, in denen es um Kinderbetreuung geht, besser.

## **Von Zeile 643 bis 645 löschen:**

von Staatsstraßen und Brücken, in moderne Schulen und Hochschulen. ~~Das Betreuungsgeld wollen wir abschaffen und damit eine hochwertige Kinderbetreuung für alle schaffen.~~

**K2-642**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Judith Bogner (KV Mühldorf)

**Titel:** K2-642: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 655 einfügen:**

**Erbschafts- und Schenkungssteuern zulassen.**

**Wir befürworten eine nachhaltige Investition des Bayrischen Pensionsfonds unter der Berücksichtigung von ethischen, ökologischen und Divestmentkriterien.**

## **Begründung**

Der Bayrische Pensionsfonds (Versorgungsrücklagen) hat ein Volumen von rund 2.5 Mrd Euro (Stand Ende 2016). Als Grüne Partei sollten wir artikulieren, daß die Anlage dieser Gelder mit unseren grünen Grundsätzen stimmig ist. Das Kriterium "nachhaltig" alleine geht ohne ESG\* Aspekt nicht weit genug. Bayrisches Kapital muß frei sein von Renditen aus Fracking, aus Verstößen gegen UN Global Compact, Menschenrechte oder Arbeitsstandards. Keine Investitionen in Unternehmen, die nachweislich in Umwelt-, Bestechungs- oder Korruptionsskandale verwickelt sind oder verbotene Waffensystem verkaufen. Baden-Württemberg ist gerade dabei, die Investitionen seiner Versorgungsrücklagen auf solche Kriterien umzustellen.

(\*ESG = Anlage nach ökologisch, sozial verträglichen und Verwaltungsstandards)

## **Unterstützer\*innen**

Rainer Stöger (KV Mühldorf), Peter Uldahl (KV Mühldorf), Alfred Linner (KV Mühldorf)

**K2-680**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K2-680: Bayern - Land der Chancen für alle**

**Von Zeile 693 bis 694 löschen:**

**Hineinregieren durch die Staatsregierung ~~über eine „Politik des goldenen Zügels“.~~**

## **Begründung**

Was ist eine "Politik des goldenen Zügels"? Für mich unverständlich was hier gemeint ist.

Es reicht wenn stehen bleibt "weniger Hineinregieren durch die Staatsregierung"

**K2-680-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** **K2-680-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

**In Zeile 694 einfügen:**

**Zügels“.**

**Dies muss auch für die Entscheidung über verkehrsberuhigende Maßnahmen für innerörtliche Staatsstraßen gelten.**

## **Begründung**

Bisher entscheidet das Landratsamt bzw. das Innenministerium, ob auf innerörtlichen Staatsstraßen verkehrsberuhigende Maßnahmen ergriffen werden dürfen. Die Verantwortlichen vor Ort sollten über ihre Belange selbst entscheiden können.

**K2-701**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K2-701: Bayern - Land der Chancen für alle**

**Von Zeile 716 bis 717 löschen:**

**davon sind regional verankerte Banken. Sie sind dem Gemeinwohl verpflichtet-~~und~~  
~~wirtschaften anders als die globalen Investmentbanken~~. Wir wollen unsere**

## **Begründung**

Redundanz; ohne Informationsverlust wegzulassende Informationen.

**K2-718**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-718: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 733:**

**Lebendige Lebenswerte Städte, attraktives Land: Menschen entscheiden selbst, ob sie das**

## **Begründung**

Wenn die Städte lebendig sind, dann ist das Land...tot. Also eine schöne Leiche ;-)

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann

**K2-719**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-719: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 734:**

pulsierende Leben in den Städten oder die **Vertrautheit****Freiheit** auf dem Land bevorzugen.

## **Begründung**

Die Leute auf dem Land sind nicht alle sozialphobisch oder neuem gegenüber unaufgeschlossen. Freiheit ist positiver formuliert.

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann



**K2-722**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-722: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 737:**

attraktiv und gut **erreichbar** an die Metropolen angebunden sein, Ortszentren mit Leben erfüllt, mit

## **Begründung**

Die Grünen sollten ausstrahlen, dass das Land nicht ein Minus zur Stadt ist, sondern selbst modern, nur halt anders.

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann

**K2-723**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** K2-723: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 738:**

**Einkaufsmöglichkeiten und Treffpunkten. DennWir sorgen für klare Standards bei den Daseinsvorsorgeleistungen auch in schrumpfenden peripheren Räumen, denn: jede und jeder soll gleiche**

## **Begründung**

Die CSU ist in der Regionalentwicklung und den gleichwertigen Lebensbedingungen dem neoliberalen Denken verhaftet und setzt einseitig aufs Wachstum. Dadurch öffnet sich die Schere zwischen Boom- und peripheren Regionen weiter und die Abwärtsspirale letzterer dreht sich weiter. Ein gutes Beispiel ist die „Invest in bavaria“. Diese fördert das Wachstum in Oberbayern – der Rest bleibt außen vor. Ein Gegenkonzept zur fortschreitenden infrastrukturellen Ausdünnung in ländlich-peripheren Räumen ist die Setzung von klaren Standards. Kostet auch Geld – aber immer noch weniger als die zusätzlich erforderlichen Infrastrukturausbauten der Boomregionen.

Mindeststandards im Sinne gleicher Daseinsvorsorgeleistungen lösen regionale Vielfalt nicht auf, im Gegenteil: Mindeststandards werden das Weiterbestehen dieser erst ermöglichen.

## **Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel (KV München)

**K2-725**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-725: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 740 bis 743:**

Die Zukunft des ländlichen Raums sind junge Menschen. Wir sorgen dafür, dass sie gut und gerne dort leben, dass es eine Vielfalt an Wohnformen, Arbeits- und Ausbildungsplätzen gibt, und diese gut erreichbar sind. Wir wollen auch auf dem Land Raum für Gründungen und überinnovative Ideen schaffen und ein interessantes modernes Kultur- und Freizeitangebot verfügen.fördern

## **Begründung**

Wir wollen keine „Arbeits- und Ausbildungsplätze (...), die über ein interessantes Kultur- und Freizeitangebot verfügen“, sondern auf dem Land soll es ein gutes Kultur- und Freizeitangebot geben.

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann

**K2-735**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** K2-735: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 750 bis 752 löschen:**

~~Große Herausforderungen für das Leben in den ländlichen Räumen sind Mobilität und Versorgung. Wir schaffen Alternativen zum eigenen Auto und Verbindungen im Stundentakt an allen Orten in Bayern. Schnelles Internet ist~~

## **Begründung**

Schlingerkurs Mobilität – Versorgung – Internet; in Kapitel 1 ist das Thema Mobilität in einem besseren Zusammenhang dargestellt und formuliert.

**K2-743**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-743: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 758:**

**Wir brauchen genügend ~~Hausarzt\*innen~~ Haus - und Facharzt\*innen im ländlichen Raum, ausreichend Apotheken auch auf dem Land und eine dezentrale Geburtshilfe sowie eine erreichbare stationäre Grundversorgung.**

## **Begründung**

Es geht nicht nur um Hausärzte. Auch Fachärzte z.B. Orthopäden und Apotheken sind gerade für ältere Menschen wichtig erreichbar zu sein.

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann

**K2-743-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-743-2: Bayern - Land der Chancen für alle

**Von Zeile 758 bis 759:**

**Wir ~~brauchen genügend Hausärzt\*innen im ländlichen Raum. Damit sich junge  
Ärzt\*innen niederlassen, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert  
werden.~~ reden nicht nur über eine verlässliche Gesundheitsversorgung auf dem  
Land, wir haben dafür konkrete Vorschläge (-> verweis auf den Gesundheitsteil)**

## **Begründung**

Der Text hier ist unzureichend. Längst nicht nur Hausärzt\*innen fehlen, auch Fachärzt\*innen, Hebammen, Apotheken – Verweis auf den entsprechenden Gesundheitsteil erforderlich.

Der Antrag ist alternativ zu K2-744. Entweder schreiben wir hier alle wichtigen Forderungen, oder wir verweisen auf den Gesundheitsteil. Eine einzelne Forderung herauszugreifen ist unvollständig.

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann

**K2-744**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

Titel: K2-744: Bayern - Land der Chancen für alle

Von Zeile 759 bis 764:

Ärzt\*innen niederlassen, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. ~~Für eine zielgerichtete Förderung einer attraktiven sozialen Infrastruktur zu sorgen – das ist für uns auf dem Land genauso selbstverständlich und wichtig wie in der Stadt. Kommunen können kostengünstig Räume für Praxen und mobile Praxisteams mit regelmäßigen Sprechstunden zur Verfügung stellen oder ein medizinisches Versorgungszentrum betreiben.~~ Wir brauchen eine realistische Bedarfsplanung über alle medizinischen und pflegerischen Berufsgruppen hinweg und mehr Rechte für die Kommunen, ihre Gesundheitslandschaft verlässlich zu gestalten, eine Landeskrankenhausplanung, die die Erreichbarkeit und Versorgungssicherheit als Kriterium für den Defizitausgleich kleiner Abteilungen und Geburtskliniken einbezieht. Jeder Krankenversicherte in Bayern muss sich darauf verlassen können, dass er im Notfall ambulante oder stationäre Hilfe rechtzeitig erhält. Deshalb wollen wir im ländlichen Raum die Schranke zwischen den Notfallambulanzen der Krankenhäuser und dem ärztlichen Bereitschaftsdienst aufheben.

## Begründung

Im Landtagswahlprogramm sollten die Forderungen die in den Handlungsmöglichkeiten des Landes liegen im Vordergrund stehen, nicht die Aufgaben der Kommunen.

## Unterstützer\*innen

Dr. Manuela Rottmann



**K2-760**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

**Titel:** K2-760: Bayern - Land der Chancen für alle

**In Zeile 775 einfügen:**

flächensparende Entwicklung in der Region sorgen. Die Digitalisierung bietet ganz neue Chancen für ein attraktives Verkehrsangebot auf dem Land, das klassischen Nahverkehr, Car-Sharing, Mitfahrgelegenheiten und Leihfahrräder miteinander verknüpft zu einem guten, bequem nutzbaren Angebot von Haustür zu Haustür. Damit dies funktioniert, müssen wir die Kleinstaaterei bei der Mobilitätsplanung überwinden. Wir werden in ganz Bayern leistungsstarke Verkehrsverbünde aus mehreren Landkreisen auf den Weg bringen. Wir wollen die ländlichen Regionen den Freiraum geben, selbst Ideen für ihre Zukunft zu entwickeln, gemeinsam mit ihrer Bevölkerung. Wir wollen fördern, was die Menschen vor Ort brauchen, nicht, was zufällig in die an Förderrichtlinien passt. Neben Investitionen wollen wir auch den Aufbau von Know-How in den Kommunalverwaltungen, die Entwicklung von Ideen und Beteiligungsprozesse vor Ort unterstützen.

## **Begründung**

siehe Text

## **Unterstützer\*innen**

Dr. Manuela Rottmann

**K3-001**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K3-001: Bayern - bunt, frei, sicher**

## **Redaktionelle Änderung**

Zeile 357 - 360 nach Zeile 351 einfügen.

## **Begründung**

Wir sollten zuerst beschreiben was wir unter einer modernen Drogenpolitik verstehen. Deshalb sollte dieser Absatz vorgezogen werden.

**K3-013**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K3-013: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 13 bis 14:**

**Die Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus und Rassismus ~~machen wir mit zur obersten Priorität~~ ist uns ein zentrales Anliegen. Den Ermittlungs- und Fahndungsdruck werden wir deutlich**

**K3-035**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** K3-035: Bayern - bunt, frei, sicher

**Nach Zeile 35 einfügen:**

**Wir nehmen die wachsende Rolle der sozialen Medien bei der Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung wahr. Das von uns angestrebte Fach Digitalkunde in der Schule (2.3.2) soll sich im Rahmen der Medienkompetenzschulung auch intensiv mit den sozialen Medien und ihren Mechanismen beschäftigen.**

**Begründung**  
mündlich

**K3-040**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-040: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 40:**

**gesellschaftliches Klima, das dem Treiben der rechten ~~Ideologen~~Ideolog\*innen  
einen Riegel**

**Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K3-047**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** **K3-047: Bayern - bunt, frei, sicher**

**In Zeile 47:**

**Bürgernahe**Bürger\*innennahe Polizei

**Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K3-050**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** K3-050: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 50 einfügen:**

**Bürgerrechte. Deshalb halten wir die tiefen Eingriffe in die Bürgerrechte durch das „Gesetz zu effektiveren Überwachung gefährlicher Personen“ von 2017 (u. a. schwammiger Begriff der „drohenden Gefahr“, Gewahrsamnahme ohne Straftatverdacht und ohne absolute zeitliche Begrenzung) und die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes von 2018 (u. a. Videoüberwachung mit Gesichtserkennung, Sprengstoffeinsatz, Bodycams in Privatwohnungen) für unvereinbar mit der Verfassung. Wir wollen eine zielgerichtete und effektive Gefahrenabwehr durch**

## **Begründung**

Der Kreisverband München-Land nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Staatsregierung mit der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes weitgehende Eingriffe in die bürgerlichen Freiheitsrechte vornimmt. Wir begrüßen die Verfassungsklage der Landtagsfraktion gegen diese Änderungen und wollen, dass das Wahlprogramm unsere Auffassung bekräftigt, dass wir Grüne die Novellen des Polizeiaufgabengesetzes für unvereinbar mit der Verfassung halten.

**K3-066**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-066: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 66:**

~~Prävention ausweiten~~  
Für gute Präventionsarbeit

## **Begründung**

Die Überschrift "Prävention ausweiten" ist aufgrund der gerade laufenden Debatte über präventive Haft ungeeignet. Hier kann es zu Missverständnissen kommen. Wir stellen klar, dass es hier um Präventionsarbeit geht, die ausgebaut und verbessert werden muss.



**K3-078**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-078: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 78 bis 80:**

gegenüber. Bis dahin werden wir in ~~Bayern das Landesamt~~ einem ersten Schritt sofort alle V-Leute des Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) zu einer abschalten und anschließend mittelfristig diese Behörde umbauen, die keine V-Leute einsetzt abwickeln und abschaffen. Stattdessen wollen wir eine Institution aufbauen, die ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten auf ein Minimum beschränkt, eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und Konzepte für den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen und Ideologien vorlegt. Die parlamentarische

## **Begründung**

Der Verfassungsschutz (VS) ist als Behörde gescheitert. Ihm zugrunde liegt die grundfalsche und wissenschaftlich absurde Extremismustheorie, die links und rechts gleichsetzt und menschenfeindliche Einstellungen in der sogenannten "Mitte" der Gesellschaft völlig außer acht lässt. Zudem waren Mitarbeiter\*innen des Verfassungsschutzes immer wieder in rechtsextreme Strukturen verstrickt, zum Beispiel rund um den NSU-Skandal. Für uns ist klar: wir brauchen einen Neustart, der sich insbesondere auch auf das Personal des VS und die grundsätzliche Ausrichtung der Behörde auswirkt. Wir wollen den VS deswegen abwickeln und durch eine neue Institution ersetzen. Ein Umbau, durch den die alten Kontinuitäten und insbesondere die Ausrichtung an der Extremismustheorie erhalten bleiben könnten, führt nicht zu den notwendigen grundlegenden Veränderungen.

**K3-082**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** K3-082: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 82 bis 85:**

**Terrorismus bekämpfen wir effektiv und zielgerichtet,  ~~dafür werden wir Gefährder\*innen engmaschig überwachen und deren Strukturen lückenlos aufklären. Wir sorgen dafür, dass die geltenden Gesetze konsequent angewendet werden.~~  Wir sorgen dafür, dass die geltenden Gesetze konsequent angewendet werden. Europäische Zusammenarbeit ist ein Kernelement grüner Sicherheitspolitik – wir**

## **Begründung**

Solange nicht klar definiert ist wer als Gefährder gilt und wann jemand nicht mehr als Gefährder gilt ist dieser Begriff problematisch. Dies widerspricht unserem Rechtsverständnis das jemand solange unschuldig ist bis ihm durch ein rechtsstaatliches Verfahren seine Schuld bewiesen wurde. Ich möchte nicht das durch ein intransparentes Gefährder\*innen Verfahren alle Flüchtlinge hier ins Raster kommen und dadurch gezielt verfolgt werden.  
Deshalb sollte dieser Begriff gestrichen werden.

**K3-083**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-083: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 83 einfügen:**

**Gefährder\*innen engmaschig überwachen und deren Strukturen lückenlos aufklären. Die Novellen des Polizeiaufgabengesetzes und weitere neue polizeirechtliche Kategorien, welche die Schwelle für massive Eingriffe in Grund- und Bürger\*innenrechte stark absenken, lehnen wir entschieden ab.**

## **Begründung**

Der Begriff der "drohenden Gefahr" im Polizeiaufgabengesetz, der die Grundlage für sehr weitgehende präventive Eingriffe in die Grundrechte der Bürger\*innen ermöglicht, ist abzulehnen. Wir wollen keinen Präventivstaat, in dem Menschen allein aufgrund ihrer Gesinnung eine "drohende Gefahr" darstellen und deswegen willkürlich mit Repressionsmaßnahmen, wie einer unendlich oft verlängerbaren Präventivhaft, belegt werden können. Weitere Verschärfungen lehnen wir ebenfalls ab.

**K3-083-2**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K3-083-2: Bayern - bunt, frei, sicher**

**In Zeile 83 löschen:**

**Gefährder\*innen engmaschig überwachen und deren Strukturen  
~~lückenlos~~-aufklären.**

**K3-084**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-084: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 83 bis 85 löschen:**

**Gefährder\*innen engmaschig überwachen und deren Strukturen lückenlos  
aufklären. ~~Wir sorgen dafür, dass die geltenden Gesetze konsequent angewendet  
werden.~~ Europäische Zusammenarbeit ist ein Kernelement grüner  
Sicherheitspolitik – wir**

## **Begründung**

Redundant, da es in einem Rechtsstaat selbstverständlich ist, dass geltendes Recht umgesetzt wird.

**K3-125**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-125: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 125:**

dafür eine unabhängige gut ausgestattete **Bürgerbeauftragte**  
Bürger\*innenbeauftragte berufen.

**Begründung**

Erfolgt mündlich.

**K3-149**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hans Schmidt (KV Bad Tölz/Wolfratshausen)

**Titel:** K3-149: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 149 einfügen:**

**machen die gesamte Verwaltung innovativer und bürgerfreundlicher.**

**Wir werden in der Bayerischen Gemeindeordnung das Recht einzelner  
Kommunalrät\*innen auf Information und Akteneinsicht verankern.**

## **Begründung**

Auf Kreisebene gibt es dieses Recht schon, und in fast allen anderen Bundesländern haben Kommunalrät\*innen auf Orts- bzw. Stadtebene dieses Recht auch. Bayern sollte hier Anschluss finden!

**K3-151**

# Kapitel

## Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt (beschlossen am: 10.04.2018))

**Titel:** K3-151: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 151:**

**Mit uns gibt es das Wahlalter ~~16~~14. Wahlunterlagen gibt es in Zukunft in leichter**

### **Begründung**

Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk.“ (Artikel 2, Satz 1 der Bayerischen Verfassung) Auch Jugendliche gehören zum Volk. Aus diesem einfachen und staatsrechtlichen Grund ist es angebracht, allen Menschen, das Wahlrecht einzuräumen. Die Eignung dafür ist mindestens ab dem Alter von 14 Jahren gegeben. Denn nach Aussage von Entwicklungspsychologen beginnt bei Jugendlichen im Alter von etwa zwölf Jahren die Phase, in der sie zu differenziertem Denken und Urteilen in der Lage sind. Jugendliche sind auch bereits ab dem 14. Lebensjahr strafmündig, religionsmündig und beschränkt geschäftsfähig.

Die Interessen junger Menschen zu berücksichtigen ist wichtiges Ziel Grüner Politik. Daher ist es notwendig und konsequent junge Menschen politisch mitentscheiden zu lassen. Wahlen sind ein zentrales Instrument politischer Teilhabe und es muss schrittweise für alle da sein.

Gerade in unserer alternden Gesellschaft ist es elementar die Stimme der jungen Menschen stärker einzubinden. Deshalb setzt sich auch der Bayerische Jugendring eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein. Wichtig ist dabei die gesellschaftliche und politische Bildung in unseren Schulen deutlich zu stärken, wie wir es an mehreren anderen Stellen in unserem Wahlprogramm fordern.



# Kapitel

## Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

**Initiator\*innen:** KV Freising (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** K3-152: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 152:**

**Sprache.** ~~Jugendparlamente werden direkt gewählt~~ Wir wollen die Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen in den Kommunen, z.B. in Form von Jugendparlamenten oder Jugendgemeinderäten, fördern und dazu die Beteiligungsrechte von Kinder- und Jugendlichen nach dem Vorbild von Baden-Württemberg in der Bayerischen Gemeindeordnung verankern. Die Bürgerversammlungen sind

### **Begründung**

Eine aktive Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen hat viele Vorteile. Durch Partizipation können Kinder- und Jugendliche ihre Ideen und Bedürfnisse in Entscheidungsprozesse einbringen, erlernen und erleben Demokratie und machen erste Erfahrungen mit Verwaltung und Politik. Für die Kommune besteht der Vorteil in den neuen Ideen und Blickwinkeln, im direkten Feedback der Kinder und Jugendlichen und im Heranwachsen von neuen engagierten und beteiligungswilligen Bürgerinnen und Bürgern.

Bislang ist Jugendbeteiligung in Bayern eine freiwillige und weitgehend unregelte Angelegenheit. Baden-Württemberg ist uns in diesem Bereich meilenweit voraus und hat das verankerte Recht auf Jugendbeteiligung in §41a der Gemeindeordnung festgeschrieben.

Der Satz „Jugendparlamente werden direkt gewählt“ kann gestrichen werden, da dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. In der ganz überwiegenden Zahl der Kommunen in Bayern gibt es allerdings überhaupt kein Jugendparlament oder andere Jugendbeteiligungsplattform, sodass der Fokus für das Wahlprogramm

und die nächste Legislaturperiode auf der Ausweitung der Kinder- und Jugendbeteiligung und der rechtlichen Verankerung in der Gemeindeordnung liegen sollte.

**K3-167**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-167: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 167 einfügen:**

**wird. Insbesondere darf die Polizei keinerlei geheimdienstliche Befugnisse erhalten.**

## **Begründung**

Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten ist so auszulegen, dass nicht nur keine gemeinsame Behörde geschaffen werden darf, sondern explizit dass die Polizei auch keine geheimdienstlichen Befugnisse erhalten darf. Dies wollen wir deswegen hier präzisieren.

**K3-169**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Freising (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** K3-169: Bayern - bunt, frei, sicher

**Nach Zeile 169 einfügen:**

**Die Chancen des Sports nutzen**

**Der Sport in der Gemeinschaft, insbesondere in den Vereinen und in Kooperation mit den Verbänden, erfüllt wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Sport führt Menschen zusammen, hat eine soziale Bindungskraft, fördert die individuelle Gesundheit, erleichtert die Integration und vermittelt Werte wie den respektvollen Umgang miteinander. Wir möchten insbesondere den Breitensport, in dem sehr viel ehrenamtliches Engagement geleistet wird, weiter fördern und unterstützen ein breitgefächertes Sportangebot für möglichst alle Zielgruppen.**

## **Begründung**

Sport ist auch ein Landesthema und fehlte bislang im Programm nahezu gänzlich. Sehr viele Menschen in Bayern sind sportlich aktiv und der Sport bietet gerade für unsere Themen Integration, Gesundheit, Respekt und ein soziales Miteinander in der Gesellschaft viele Chancen, die wir im Programm erwähnen sollten.

Der Fokus grüner Sportpolitik sollte auf dem Breitensport liegen und auf der Ausweitung der Angebote für möglichst alle Zielgruppen.

**K3-187**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K3-187: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 187 einfügen:**

**Rollenbilder und sexistischem Denken und Handeln. Erzieher\*innen und  
Lehrer\*innen sollen in der Aus- und Fortbildung**

## **Begründung**

Unsere Gesellschaft ist nach wie vor nicht gleichgestellt, die #metoo-Debatte hat uns das deutlich vor Augen geführt. Die Ursache, sexistisches Denken und Handeln, muss benannt, angegangen und abgeschafft werden.

**K3-195**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** K3-195: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 195 einfügen:**

**Bayern sind, erreichen wir das durch verbindliche Quoten. Wir haben verstanden, dass Mitarbeiter\*innen jedoch nicht mehr bereit sind, der Führungsrolle am Arbeitsplatz ihr gesamtes Privat- und Familienleben unterzuordnen. Neben dem qualitativ hochwertigen Angebot in der Kinderbetreuung brauchen und wollen sie Lebensqualität in Form von Zeit für sich und ihre Familien gewährleistet sehen. Das unterstützen wir durch kreative und flexible Arbeitszeitmodelle und geteilte Führungsarbeitsplätze.**

## **Begründung**

Gerade die jungen und gut ausgebildeten Menschen mit Chancen auf Führungspositionen scheuen teilweise davor zurück, weil sie den Preis dafür nicht akzeptieren, in der Realität arbeiten Führungskräfte oft immer noch viel mehr als 40 Std./Woche und sind rund um die Uhr - auch am Wochenende erreichbar. Familie und Zeitqualität mit der Familie sind enorm wichtig und sollte nicht mehr geopfert werden müssen.

**K3-199**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K3-199: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 199 einfügen:**

**Deshalb setzen wir uns ein für eine Reform des Wahlrechts, die eine  
50%-Mindest-Quote**

## **Begründung**

Wir wollen eine Mindestquote, die es auch ermöglicht bspw. zu 52% Frauen\* auf der Wahlliste zu haben.

**K3-209**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Christ\*innen (beschlossen am: 24.03.2018)

**Titel:** **K3-209: Bayern - bunt, frei, sicher**

**In Zeile 209:**

**Gewalt gegen Frauen und Mädchen Kinder und Jugendliche**

## **Begründung**

Kinder werden unabhängig von ihrem Geschlecht zu Opfern. wir wollen nicht nur für Mädchen Beratungs- und Präventionsangebote. Auch in Zeile 212 ändern.



**K3-214**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Doris Wagner (KV München-Stadt)

**Titel:** K3-214: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 214 bis 215:**

und Frauenhäuser personell und finanziell **so angemessen** ausstatten, ~~dass sie ihre Arbeit gut machen können, auch im Bereich Prävention~~ **Kapazitäten ausbauen** und **Beratung** **barrierearme bzw. barrierefreie Plätze einrichten**. Außerdem bauen wir

## **Unterstützer\*innen**

Julie Kleinke, KV München, Nicole Riemer, KV München, Antje Wagner, KV München-Land, Ursula Kneiss-Eder, KV Donau-Ries, Heidi Terpoorten, KV Dillingen, Barbara Poneleit, KV Forchheim, Marlis Friedl, KV Bayreuth, Marion Lüttig, KV München, Anna Mebs, KV Kitzingen, Dieter Janecek, KV München, Beate Walter-Rosenheimer, KV Fürstenfeldbruck, Heidemarie Deffner, KV Fürth-Land, Doro Sührig, KV Garmisch-Partenkirchen, Ines Eichmüller, KV Nürnberg, Doris Kienle, KV Unterallgäu, Magdalena Federlin, KV Aichach-Friedberg, Barbara Fuchs, KV Fürth, Maria-Anna Foohs, KV Würzburg, Susanne Scherer, KV Aschaffenburg-Land, Achim Liebl, KV Dachau, Beppo Brem, KV München, Gülseren Demirel, KV München, Bianca Hegmann, KV Münch

**K3-215**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Lisa Saalfrank (KV Hof)

**Titel:** K3-215: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 215 bis 217:**

gut machen können, auch im Bereich Prävention und Beratung.-  
Außerdem bauen wir die Unterstützungs- und Beratungsangebote für ~~Opfer~~  
Menschen, die Betroffene von sexualisierter Gewalt, Stalking und Cybermobbing  
sind, aus. Für ~~vergewaltigte-Frauen~~Opfer von Vergewaltigungen muss eine  
qualifizierte

## **Begründung**

Menschen aller Geschlechter und sexueller Orientierungen werden Opfer von Belästigungen, sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt. Wir erkennen diese Tatsache an und nehmen auch Rücksicht auf alle Menschen, insbesondere Minderheiten, indem wir unsere Formulierungen für alle offenhalten und diese Probleme nicht zu einem reinen Frauenthema machen.

**K3-220**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Freising (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** K3-220: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 220 bis 222:**

~~Prostitution in Bayern wollen wir aus der gesellschaftlichen Grauzone holen, die Situation von Sexarbeiter\*innen verbessern und der Zwangsprostitution sowie dem damit einhergehenden Menschenhandel~~ Wir werden der Zwangsprostitution sowie dem damit einhergehenden Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit wirksamen Maßnahmen auf Landesebene

## **Begründung**

Die Grundsatzdiskussion um Prostitution und der Umgang damit, ist parteiintern nicht abgeschlossen und in höchstem Maße disputabel. Unsere Grünen Forderungen zur Änderung des Prostitutionsgesetzes sind auf Bundesebene nicht umgesetzt. Darüber hinaus ist der vorliegende Text schwammig (Grauzone) und beschönigend (Sexarbeiter\*in).

Prostitution fördert die moderne Sklaverei (international „white slavery“ genannt). Das Prostitutionsgesetz, die angeblich den geschätzt 200.000 Frauen in Deutschland in der Prostitution nutzen sollte, trägt die Handschrift der Frauenhändler und ihrer Lobbyist\*innen. Seither ist Deutschland zu Europas Drehscheibe für Frauenhandel und zum Paradies der Sextouristen aus den Nachbarländern geworden. Ein deutscher Sonderweg. Selbst die Niederlande rudern zurück. Die skandinavischen Länder haben schon vor Jahren die Ächtung und Bestrafung der Freier eingeführt. Und Frankreich und Irland sind im Begriff, es ihnen nachzutun. Die Prostituierten kommen aus Asien, aus Afrika, vor allem aber aus Rumänien, Bulgarien und anderen Balkanstaaten. Die Osterweiterung der EU

hat den [Menschenhandel](#) aus dieser Region dramatisch verstärkt. Mindestens achtzig Prozent der Prostituierten in Deutschland sind Ausländerinnen.

Weltweit sind Frauenhandel und Prostitution, beides untrennbar miteinander verbunden, heute neben dem Waffen- und Drogenhandel das Geschäft mit den höchsten Profitraten (über 1.000 Prozent). Allein in Deutschland werden nach Angaben von ver.di mit Prostitution jedes Jahr rund 14,5 Milliarden Euro umgesetzt. Profit nicht für die Frauen. Selbst die Minderheit deutschstämmiger Prostituerter, oft schon als Kinder Opfer sexueller Gewalt, landet zu über 90 Prozent in der Altersarmut. Ganz zu schweigen von den Ausländerinnen aus der Armut- und Zwangsprostitution.

Das System Prostitution ist Ausbeutung und zugleich Fortschreibung der traditionell gewachsenen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen (und Ländern/Kontinenten). Das System Prostitution degradiert Frauen zum käuflichen Geschlecht und überschattet die Gleichheit der Geschlechter. Das System Prostitution brutalisiert das Begehren und verletzt die Menschenwürde von Männern und Frauen – auch die der sogenannten „freiwilligen“ Prostituierten.

Darum ist Prävention in Deutschland und in den Herkunftsländern notwendig, sowie Hilfen zum Ausstieg für Frauen in der Prostitution. Und Schutz vor Abschiebung von Zeuginnen sowie deren Aufenthaltsrecht. Wir brauchen Aufklärung über die Folgen von Frauenkauf bereits in den Schulen etc. Ein menschenwürdiges Leben ist denkbar.

Der Passus, wie er derzeit im Programm formuliert ist, widerspricht jedweder Menschenwürde und ist deshalb zu streichen.

Dass wir die Bekämpfung der Zwangsprostitution und des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung fordern, ist hingegen eine klare Aussage, die alle Mitglieder programmatisch mittragen können.

**K3-221**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Dorothee Sühlig (KV Garmisch-Partenkirchen)

**Titel:** K3-221: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 221:**

**Situation von ~~Sexarbeiter\*innen~~ Prostituierten verbessern und der  
Zwangsexprostitution sowie dem**

## **Begründung**

Der Verkauf des eigenen Körpers, das Anbieten von Sex gegen Geld ist kein Job, wie jeder andere. Menschen prostituieren sich in der Regel aus Not und /oder aus Zwang und/oder weil sie unter früheren Traumatisierungen leiden (vergl.: <http://www.trauma-and-prostitution.eu/>). Vor allem Frauen und Mädchen, aber auch Männer und Jungen, werden meist von skrupellosen Zuhältern und Menschenhändlern unter Anwendung brutalster Gewalt zur Prostitution gezwungen. Sie werden häufig mit falschen Versprechungen nach Deutschland/Bayern gelockt, um sie sexuell auszubeuten. 90% der Prostituierten in Bayern haben keinen deutschen Pass, gerade die Armut osteuropäischer Frauen und Mädchen wird oft ausgenutzt. Ebenso sind geflüchtete Frauen von Zwangsexprostitution besonders betroffen. Der Begriff "Sexarbeiter\*innen" suggeriert den Freiern eine grundsätzliche Freiwilligkeit, von der in den meisten Fällen nicht die Rede sein kann. "Arbeiter\*innen" werden nicht gezwungen, nicht vergewaltigt, nicht traumatisiert, sie werden für ihre "Arbeit" mehr oder weniger fair bezahlt, jedenfalls bleibt ihnen ihr Gehalt, was für Prostituierte, an deren "Arbeit" vor allem oder ausschließlich die Zuhälter und Bordellbetreiber verdienen, in den seltensten Fällen gilt. "Sexarbeiter\*innen" ist ein Euphemismus, der die tatsächlichen Zustände, die in dem Gewerbe herrschen, beschönigt und es (potentiellen) Freiern leichter macht, sich an der sexuellen Ausbeutung der betroffenen Menschen zu beteiligen.

### **Unterstützer\*innen**

Antje Wagner, Barbara Poneleit, Magdalena Federlin, Tessy Lödermann, Susanna Scherer, Heidi Terpoorten, Claudia Eser-Schubert, Heidemarie Deffner, Kerstin Celina, Franziska Fellenberg, Johanna Sührig, Andreas Krahl, Thomas Wagner, Barbara Fuchs, Patrick Stenger, Christopher Welwert, Veronika Jones, Verena Osgyan, Anna Mebs, Lissy Hempel, Doris Kienle, Elfriede Roth, Hans Kohl

**K3-245**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** **K3-245: Bayern - bunt, frei, sicher**

**In Zeile 245 einfügen:**

**Personals. Ein toleranter Umgang mit sexueller Individualität soll an bayerischen Schulen selbstverständlich sein. Ungerechtigkeiten lassen sich nur beseitigen, wenn wir die Ursachen**

## **Begründung**

Toleranz als oberstes Bildungsziel fehlt an dieser Stelle

**K3-258**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** K3-258: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 258 bis 260 einfügen:**

**psychosozialen und psychologischen Beratungsangeboten für intersexuelle und trans- Personen. Relevante Personen und Einrichtungen klären wir über die besondere Situation intersexueller und trans-Menschen auf.**

## **Begründung**

Auch Transmenschen benötigen Zugang zu psychosozialen und psychologischen Beratungsangeboten.



**K3-297**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV)

**Titel:** K3-297: Bayern - bunt, frei, sicher

**Von Zeile 297 bis 298:**

**Digitalisierung von ~~Bibliotheken~~Büchern, Kunstwerken, Archivalien und historischen Dokumenten werden wir vorantreiben ~~und~~. Digitalisate sollen online wenn möglich frei zur Nutzung bereitstellen.**

## **Begründung**

- 1) Digitalisierung von Büchern, nicht Bibliotheken.
- 2) Die Digitalisate des Freistaats sollten auch allen zur Verfügung gestellt werden soweit das urheberrechtlich möglich ist.

## **Unterstützer\*innen**

LAG Medien- und Netzpolitik (Beschluss vom 16. April 2018)

**K3-303**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** K3-303: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 303 einfügen:**

**unser Selbstverständnis prägen, ist für uns unerlässlich. Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere nach Täter\*innen des NS benannte Straßen und öffentliche Gebäude umbenannt werden. Die bayerischen**

## **Begründung**

Den Täter\*innen des NS sollte keine postume Ehre zuteil werden, daher sollten sie nicht Namensgeber\*in einer Straße oder eines öffentlichen Gebäudes sein. Gedenkkultur muss ohne die Ehrung der Täter\*innen möglich sein.

**K3-303-2**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K3-303-2: Bayern - bunt, frei, sicher**

**In Zeile 303 einfügen:**

**unser Selbstverständnis prägen, ist für uns unerlässlich. Im Rahmen dessen muss der Besuch einer KZ-Gedenkstätte an allen Schulen zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die bayerischen**

**K3-303-3**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Samuel Moser (KV München-Stadt), Sophie Harper (KV München-Stadt)

**Titel:** K3-303-3: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 303 einfügen:**

**unser Selbstverständnis prägen, ist für uns unerlässlich. Deswegen wollen wir, dass alle Schüler\*innen mindestens einmal mit ihrer Schule eine NS-Gedenkstätte besuchen. Die bayerischen**

## **Begründung**

Exkursionen in NS-Gedenkstätten sind eine wichtige Erfahrung für Schüler\*innen, um das dunkelste Kapitel unserer Geschichte greifbar zu machen. Es darf nicht sein, dass für fast vierzig Prozent der Schüler über 14 Jahre Auschwitz kein Begriff ist. Wir wollen mit der Änderung sicherstellen, dass sich alle Schüler\*innen der Folgen einer rechtsextremen, rassistischen Ideologie bewusst werden. Die Fassung wurde in der Arbeitsgruppe des KV München eingebracht und nur sehr knapp überstimmt.

**K3-312**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** K3-312: Bayern - bunt, frei, sicher

**In Zeile 312 einfügen:**

**Sicherungssysteme aufgenommen werden.**

**Kultur für Dialog und Identität**

**Kultur stiftet bayerische Identität und eignet sich gleichzeitig als Mittel für den internationalen Dialog. Wir wollen deswegen sowohl die Präsentation bayerischer Kultur aus allen Sparten im Ausland fördern, als auch internationalen Künstlern den Austausch in Bayern ermöglichen.**

**Begründung**

mündlich

**K3-334**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K3-334: Bayern - bunt, frei, sicher**

**In Zeile 334 löschen:**

**stark für Menschlichkeit im Netz. ~~Keine Chance für Hate Speech!~~**

## **Begründung**

Hate Speech ist nicht für jeden verständlich und sollte deshalb entfallen.

Weiterhin relativiert es die positive Aussage des vorherigen Satzes "Wir machen uns stark für Menschlichkeit im Netz"

**K3-352**

# **Kapitel**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K3-352: Bayern - bunt, frei, sicher**

**Von Zeile 352 bis 354 löschen:**

**~~Nirgendwo in Deutschland sterben so viele Menschen an Drogen wie in Bayern.  
Deshalb: Schluss mit der repressiven Drogenpolitik, die offensichtlich gescheitert  
ist.~~ Für uns stehen Fürsorge und Prävention im Mittelpunkt. Das ist**

## **Begründung**

Mit der Nennung der Drogentoten werden die vom politischen Gegner benutzten Argumente für ein repressive Drogenpolitik aktiviert. Dies sollten wir vermeiden. Mit dem Vorziehen der Zeilen 357-360 ergibt sich nach der Streichung zudem ein runder in sich stimmiger Absatz. (paralleler redaktioneller Antrag)

**K3-362**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K3-362: Bayern - bunt, frei, sicher**

**Von Zeile 362 bis 363:**

das Cannabis-Kontrollgesetz, das umfassenden Jugend- und Verbraucherschutz beinhaltet. Den straffreien Eigengebrauch von Cannabis in Bayern wollen wir sofort auf 15 Gramm erhöhen. Dieser zeitgemäße vernünftigen Umgang mit



K4-002

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

Titel: **K4-002: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

Von Zeile 2 bis 10:

#### 4.1 Integration ~~voranbringengestalten~~

Wir GRÜNEN verstehen Vielfalt als ~~eine Bereicherung und betonen gleichzeitig, dass Toleranz, Respekt, Anerkennung und Gleichberechtigung von verschiedenen Kulturen, Lebensweisen und Religionen ein gemeinsames Fundament brauchen.~~ Bereicherung und Herausforderung. In einer vielfältigen Gesellschaft muss das friedliche Zusammenleben fortlaufend ausgehandelt werden. Voraussetzung dafür sind gegenseitige Anerkennung, Respekt, Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Die Werte unseres Grundgesetzes bilden dafür ein gemeinsames Fundament.

~~Fast alle Menschen, die zu uns kommen, wollen Teil unserer Gesellschaft werden und sich integrieren. Sie wollen etwas leisten, zum gemeinsamen Wohlstand beitragen und sich einbringen. Diese Bereitschaft greifen wir auf und sorgen dafür, dass Integration gelingt. Dafür brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen~~ Menschen, die zu uns kommen, sind Teil unserer Gesellschaft. Um hier gut zu leben brauchen sie von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und

Von Zeile 12 bis 17:

Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt hierzu häufig die Infrastruktur. Deshalb werden wir das Angebot an Sprach- und Integrationskursen flächendeckend ~~ausweiten und Frauen und Kinder gezielt fördern.~~ Besonders in ländlichen Gebieten fehlt hierzu häufig

~~die Infrastruktur~~ausweiten. Wir werden Frauen und Kinder gezielt fördern, die kursbegleitende Kinderbetreuung ausbauen und das Angebot an Schulen und Kitas bei ihrer Integrationsaufgabe besser unterstützen. Alle Kinder haben ~~ein~~das gleiche Recht auf Bildung, unabhängig vom

Von Zeile 21 bis 28:

~~Die beste Zukunftsperspektive für junge Menschen in Bayern bietet eine solide Berufsausbildung und die Möglichkeit zu arbeiten. Alle Arbeits- und Ausbildungsverbote sollen entfallen. Gemeinsam mit Unternehmer\*innen, die händeringend nach Auszubildenden suchen, setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen jungen Geflüchteten, die einen Ausbildungsplatz haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und sich nach Abschluss der Ausbildung eine Anschlussbeschäftigung suchen können (sogenanntes 3+2-Modell). Die Verfahren zur~~bietet eine solide Berufsausbildung und die Möglichkeit zu arbeiten. Alle Arbeits- und Ausbildungsverbote sollen entfallen. Wir unterstützen damit auch Unternehmer\*innen, die händeringend Auszubildende suchen. Die Verfahren zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen werden wir verbessern und Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtern.. Die Verfahren zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen werden wir verbessern und

Von Zeile 33 bis 34 löschen:

~~Doch für uns ist auch klar: Sie müssen entlastet und staatliche Strukturen zur Integration ausgebaut werden.~~

Von Zeile 44 bis 45:

müssen berücksichtigt werden. ~~Der besonderen Situation geflüchteter Frauen werden wir Rechnung tragen. Sie sind oder waren oft Opfer von Gewalt. Hierzu~~braucht es v.a. geschützte Unterbringung und verbindliche Gewaltschutzprogramme.. Wir werden

Von Zeile 89 bis 97:

GRÜNEN ein modernes Einwanderungsgesetz auf Bundesebene. ~~Damit schaffen wir transparente Zuwanderungsmöglichkeiten und beenden das Ausspielen von Einwanderungspolitik gegen das Gebot des Flüchtlingsschutzes. Ein Wechsel vom Asylverfahren in die Arbeitsmigration muss möglich sein. und ein bayerisches~~

Integrationsgesetz, das seinen Namen verdient. Für eine konsequente Integrationspolitik in Bayern braucht es ein eigenständiges Integrationsministerium.

Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ~~in allen Lebensbereichen echte Chancengleichheit haben und diskriminierungsfrei teilhaben können. Wege dahin sind die interkulturelle Ausrichtung und mehr Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung und in sozialen Einrichtungen.~~echte Chancengleichheit haben und diskriminierungsfrei in allen Lebensbereichen teilhaben können. Wege dahin sind die interkulturelle Ausrichtung aller Institutionen und mehr Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund. Politische Teilhabe von Migrant\*innen wollen wir

Von Zeile 100 bis 103:

~~Dialog mit den Religionen-~~

Wir sehen alle Religionen ~~in unserem Land als gleichberechtigt an. Dennoch muss einiges getan werden, damit z.B. Muslime rechtlich und politisch besser integriert und beidseitig vorherrschende Vorurteile und Ängste abgebaut werden.~~und Weltanschauungen in unserem Land als gleichberechtigt an. Vorherrschende Vorurteile und Ängste müssen abgebaut werden.

**K4-005**

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

Titel: **K4-005: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

Von Zeile 5 bis 11:

Kulturen, Lebensweisen und Religionen ein gemeinsames Fundament  
brauchen definiert durch unser Grundgesetz.

~~Fast alle Menschen, die zu uns kommen, wollen Teil unserer Gesellschaft werden  
und sich integrieren. Sie wollen etwas leisten, zum gemeinsamen Wohlstand  
beitragen und sich einbringen. Diese Bereitschaft greifen wir auf und sorgen dafür,  
dass Integration gelingt. Dafür brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte  
Menschen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und  
Arbeitsmarkt, einer umfassenden Gesundheitsversorgung und Wohnungen. Es ist  
wichtig, dass die Menschen, die zu uns kommen Teil unserer Gesellschaft werden.  
Damit Integration weiter gut gelingt, brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte  
Menschen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und  
Arbeitsmarkt, eine gute Gesundheitsversorgung und Wohnraum.~~

In Zeile 14 einfügen:

Kurse für Frauen und Kinder gezielt fördern. Besonders in ländlichen Gebieten  
fehlt hierzu

In Zeile 17:

unterstützen.-

**Wir setzen uns dafür ein, dass in den Kursen wichtige Themen wie die Rechte und Stellung der Frau, die Rechte von Lesben, Schwulen und Transpersonen und die historisch begründete besondere Solidarität mit jüdischen Menschen und das Existenzrecht Israels klar vermittelt werden.**

**Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung, unabhängig vom**

### **Begründung**

Den Absatz, der mit „Fast alle“ beginnt finde ich unglücklich formuliert. Wir behaupten etwas, was wir gleich mit den Worten „fast alle“ selbst wieder einschränken.

Wir müssen die Notwendigkeit unserer dann folgenden absolut berechtigten Forderungen nicht mit dem guten Betragen der „meisten“ Geflüchteten begründen, oder von einer „Bereitschaft“ sprechen, derer wir uns nicht sicher sein können. Gleichzeitig fehlt mir das ganz offene Ansprechen der Themen, die teilweise auch für unsere Wähler als Probleme zu erkennen sind.

Wir können damit ganz offen umgehen, was wir ja zB in der GRETA vom April 2018 wirklich toll zeigen.

Wir wollen Probleme erkennen, benennen und positiv angehen, nicht diese für eine Spaltung der Gesellschaft nutzen oder am rechten Rand fischen wie die CSU.

**K4-006**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** **K4-006: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 6 bis 8:**

**Fast alle Ein großer Teil der Menschen, die zu uns kommen, wollen Teil unserer Gesellschaft werden und sich integrieren. Sie wollen ~~etwas leisten, arbeiten und tragen damit~~ zum gemeinsamen Wohlstand ~~beitragen und sich einbringen bei~~. Diese Bereitschaft greifen wir auf und sorgen**

**Begründung**

mündlich

**K4-006-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K4-006-2: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 6 bis 11:**

~~Fast alle Menschen, die zu uns kommen, wollen Teil unserer Gesellschaft werden und sich integrieren. Sie wollen etwas leisten, zum gemeinsamen Wohlstand beitragen und sich einbringen. Diese Bereitschaft greifen wir auf und sorgen dafür, dass Integration gelingt. Dafür brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Arbeitsmarkt, einer umfassenden Gesundheitsversorgung und Wohnungen. Es ist wichtig, dass die Menschen, die zu uns kommen Teil unserer Gesellschaft werden können. Damit Integration weiter gut gelingt, brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Arbeitsmarkt, eine gute Gesundheitsversorgung und Wohnraum.~~

## **Begründung**

Entspricht dem K4-005, macht allerdings aus dem Zwang zur Integration das Recht auf Integration.

**K4-006-3**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Miesbach (beschlossen am: 13.04.2018)

**Titel:** **K4-006-3: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 6 bis 11:**

~~Fast alle Menschen, die zu uns kommen, wollen Teil unserer Gesellschaft werden und sich integrieren. Sie wollen etwas leisten, zum gemeinsamen Wohlstand beitragen und sich einbringen. Diese Bereitschaft greifen wir auf und sorgen dafür, dass Integration gelingt. Dafür brauchen Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Arbeitsmarkt, einer umfassenden Gesundheitsversorgung und Wohnungen.~~  
Die Menschen, die zu uns kommen, kommen aus den verschiedensten Gründen zu uns. Wir wollen ihnen Schutz bieten und dafür sorgen, dass sie human und würdevoll behandelt werden. Auch wollen wir dafür sorgen, dass ihnen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung und Wohnungen ermöglicht wird.

**Begründung**

Ggf. mündlich



**K4-010**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** **K4-010: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 10 einfügen:**

**Menschen von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Schulen und Hochschulen,  
Ausbildung und**

## **Begründung**

Auch der Zugang zu Hochschulen soll Geflüchteten erleichtert werden, damit ein vor der Flucht begonnenes Studium weitergeführt werden kann, bzw. ein Studium begonnen werden kann, wenn bereits ein Abitur oder eine vergleichbare Qualifikation vor der Flucht erworben wurde.

**K4-014**

# **Kapitel**

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** **K4-014: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 14:**

**Frauen-, wo sie Bedarf haben, und Kinder gezielt fördern. Besonders in ländlichen  
Gebieten fehlt hierzu**

**Begründung**  
mündlich

**K4-019**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Integration Flucht Migration (beschlossen am:  
18.04.2018)

**Titel:** **K4-019: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 19 bis 20:**

deshalb ab dem ersten Tag - und darf auch für alle Kinder in nicht durch Aufnahme-  
und Rückkehrzentren Rückkehrreinrichtungen beschränkt werden.

**Von Zeile 32 bis 34:**

Helfer\*innen tragen bis heute entscheidend zur Integration der Geflüchteten  
bei. ~~Doch für uns ist auch klar: Sie müssen entlastet und staatliche Strukturen zur  
Integration ausgebaut werden.~~ Sie müssen in ihrer Arbeit gestärkt und unterstützt  
werden, gemeinsam mit ihnen werden wir die staatliche Strukturen zur Integration  
ausbauen.

**Von Zeile 50 bis 51:**

Unterbringung ist für eine gelingende Integration entscheidend. ~~Deshalb werden  
wir sie wieder einführen~~ Wer teilhaben soll, braucht regulären,  
diskriminierungsfreien Wohnraum.

**In Zeile 54 einfügen:**

## **Integration.**

Gerade Familienangehörige aus Kriegsgebieten sollten sehr schnell nachgeholt werden können. Bei einem Grundrecht kann es keinen Ausschluss von subsidiären Schutzberechtigten geben. Bayern wird besonders schutzbedürftigen Menschen ermöglichen, über ein eigenes Resettlementprogramm ohne Fluchtgefahr zu uns kommen zu können.

Wir fordern ein eigenes Ministerium für Integration und Partizipation, denn Integration ist Querschnittsarbeit und wichtige Zukunftsaufgabe. Unerzichtbar für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist die Integrations- und Kulturarbeit der MigrantInnenorganisationen, die wir fördern wollen.

**In Zeile 69 einfügen:**

**Wir achten das Kirchenasyl. Wir fordern die Einstellung aller Strafverfahren gegen Geflüchtete, Haupt- und Ehrenamtliche.**

## **Begründung**

Zeile 20 wir wollen keine Aufnahme- und Rückkehrzentren, deshalb auch keine Bildung für Kinder in Rückkehrzentren

Zeile 33 Hier wird das Problem der Helferinnen und Helfer völlig falsch benannt, zu paternalistisch

Zeile 54 Zu den wichtigen Voraussetzungen für Integration gehört neben Bildung und Arbeit diskriminierungsfreier Wohnraum.

Wir schließen an Zeile 54 folgenden Satz an:

Familien gehören zusammen. Gerade Familienangehörige aus Kriegsgebieten sollten sofort nachgeholt werden können. Bei einem Grundrecht kann es keine Unterscheidung zwischen subsidiären und anderen Schutzberechtigten geben. Ein bayerisches Resettlementprogramm könnte auch den Familiennachzug von besonders Schutzbedürftigen ermöglichen.

Einfügung eines eigenen kleinen Absatzes, denn mit der Eingliederung von Integration in das Innenministerium wurde Integration letztendlich der Abschiebe- und Ausgrenzungspolitik untergeordnet. Integration ist Querschnittsarbeit und wichtige Zukunftsaufgabe. Sie erfordert Anstrengungen in allen Bereichen, vor allem in den Bereichen Bildung Wohnung Arbeit. Die Ressortierung im Innenministerium ist falsch wird dieser Aufgabe nicht gerecht. Ein eigenes Integrations- und Partizipationsministerium wird die Integration voranbringen.

Beim Kirchenasyl wollen wir konkreter werden und die Einstellung der Strafverfahren fordern.

**K4-029**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-029: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 29 einfügen:**

**Weiterbildungsmöglichkeiten erleichtern. Auch müssen die Zugänge und  
Aufenthaltsbestimmungen entsprechend zu Studiengängen verbessert und eine  
Regelung ähnlich der 3+2-Regelung für Ausbildungen eingesetzt werden.**

## **Begründung**

Fachkräfte fehlen auch in einigen Studiengängen. Um Geflüchteten eine tatsächliche Wahlfreiheit zwischen Ausbildung und Studium zu ermöglichen, braucht es hier ähnliche Regelungen.

**K4-033**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K4-033: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 33:**

**Doch für uns ist auch klar: ~~Sie~~ Integration ist kein Sprint sondern ein Marathon.  
Dazu müssen ~~entlastet und verlässliche, dauerhafte~~ ~~staatliche~~ Strukturen zur**

## **Begründung**

Hier ist ein guter Platz, um auszudrücken, dass wir GRÜNEN wissen: Wir brauchen einen langen Atem, damit Integration gelingt.

**K4-047**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K4-047: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 47 bis 48:**

berücksichtigt werden. ~~In den Flüchtlingsunterkünften setzen wir uns für kultursensible Fortbildungen für Betreuer\*innen und das ärztliche Personal ein. Wir setzen uns dafür ein, dass überall dort, wo Menschen häufig mit Flüchtlingen arbeiten, wie beispielsweise in Behörden, Schulen und Krankenhäusern Schulungen für kultursensibles Verhalten angeboten werden.~~

## **Begründung**

1. Den Betreuern und dem ärztlichen Personal in den **Unterkünften** fehlt es nach meiner Erfahrung nicht an kultursensibler Fortbildung, das klingt etwas
2. ~~Nicht alle Flüchtlinge sind kultursensibel, es gibt auch Kultursensibles Verhalten, falscher Bezug.~~

**K4-051**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-051: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 51 einfügen:**

wir sie wieder einführen. Gesellschaftliche Teilhabe muss allen Menschen, die hier leben, ermöglicht werden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.



**K4-052**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-052: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 52:**

**Von zentraler Bedeutung ist für uns der **geregelte zügige** Familiennachzug, denn  
Familien**

## **Begründung**

Ein Familiennachzug ist immer "geregelt". Wichtig ist ein zügiger Nachzug, um die Trennung von Familien möglichst kurz zu halten und keine Motivation zu geben tödliche Routen, wie zum Beispiel über das Mittelmeer, zu nehmen.

**K4-053**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K4-053: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 53 bis 54 löschen:**

**gehören zusammen ~~und sind eine wesentliche Voraussetzung für gelingende  
Integration.~~**

## **Begründung**

Der Familiennachzug ist nicht Grundlage für gelingende Integration.

Er ist ein Gebot der Menschlichkeit, welches wir nicht mit „besserer Integration“ rechtfertigen müssen.

Daraus entsteht auch indirekt bei vielen Menschen die völlig falsche Vorstellung, dass ja dann die vielen alleinstehenden Männer, die keine Familie nachholen nicht so gelungen integriert werden können. Das ist überhaupt nicht der Fall, im Gegenteil: Diese lernen die Sprache oft schneller, finden deutsche Freunde usw.

**K4-054**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-054: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 54 einfügen:**

**Integration. Benachteiligte Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, es ist genug für alle da**

## **Begründung**

Aktuell wird von Rechter Seite häufig falsche Zahlen über Geflüchtete oder andere Minderheiten verbreitet. Uns ist wichtig, dass es genug für Alle gibt und niemand weniger aufgrund von einer anderen marginalisierten Gruppe bekommt. Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft, die nicht gegeneinander ausgespielt wird.

**K4-058**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-058: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 58 einfügen:**

**Nächtliche Abschiebungen, Abschiebungen aus Schulen, Betrieben, Behörden und Institutionen und die Praxis der**

## **Begründung**

Eine Abschiebung ist ein traumatisches Erlebnis, für die betroffene Person aber auch für alle Umstehenden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Geflüchtete nicht mehr zu Behörden gehen, aus Angst dort abgeschoben zu werden. Auch darf das kein Hinderungsgrund sein zur Arbeit o.ä. zu gehen.

**K4-064**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
12.04.2018)

**Titel:** **K4-064: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 64 einfügen:**

**schaffen. Wir machen uns für einen generellen Winterabschiebestopp stark.**

## **Begründung**

In vielen Ländern auf der nördlichen Halbkugel herrschen im Winter Bedingungen, in die man niemanden abschieben kann, ohne den Betroffenen dabei großes Leid zuzufügen. Wir sollten uns deswegen dafür stark zu machen, keine Menschen in Länder abzuschieben, in denen gerade Winter herrscht.

**K4-065**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **K4-065: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 65 bis 69:**

~~Mit Sorge sehen wir, dass in Bayern immer mehr Flüchtlingsgruppen in Rückführungs- oder Transferzentren ihr Asylverfahren ohne ausreichende Rechtsberatung durchlaufen müssen. Wir wollen keine Transit-, Transfer- oder Ausreisezentren und lehnen getrennte Unterbringung nach Bleibeperspektive ab. Die in Bayern schon existierenden Transit-, Transfer- oder Ausreisezentren lehnen wir genauso ab wie die getrennte Unterbringung nach Bleibeperspektive und den dortigen Einsatz von Bundespolizei.~~

Dezentrale Unterbringung ist für ein gutes Zusammenleben von alten und neuen Bürger\*innen entscheidend. Sie ist Basis einer gelingenden Integration und hat sich anders als die jetzt schon problematischen Ausreisezentren bewährt, deshalb kehren wir zu ihr zurück.

Wir behandeln alle Geflüchteten menschenwürdig, ob sie dauerhaft bei uns wohnen werden oder nur bis zur Ablehnung ihres Asylantrages. Allen steht ausreichende Rechtsberatung zu. Den freien Zugang unterstützender Ehrenamtlichen-Netzwerke zu allen Unterkünften fördern wir ausdrücklich.

Wir achten das Kirchenasyl und beenden den bayrischen Sonderweg, der dieses faktisch abschaffen möchte.

## **Begründung**

Diesen Punkt finde ich sehr wichtig, den sollte man nicht in 4 Zeilen abtun.

Dazu gehört, dass wir es nicht nur „mit Sorge sehen“, sondern es klar ablehnen.

Dass es jetzt schon Probleme in den sogenannten Rückführungs/Transferzentren

gibt, sollte man unbedingt nennen.

Auch das Problem, dass dort so gut wie keine ehrenamtliche Arbeit möglich ist gehört meinesachtens in den Text.

Das führt zu vielen Problemen in den Unterkünften, auch wenn von CSU-Seite versucht wird, das nicht an die Öffentlichkeit zu lassen.

Beim Kirchenasyl sollte man deutlich betonen, dass Bayern hier einen Sonderweg fährt.

**K4-065-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Fürth-Stadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **K4-065-2: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 65 bis 68:**

~~Mit Sorge sehen wir, dass in Bayern immer mehr Flüchtlingsgruppen in Rückführungs- oder Transferzentren ihr Asylverfahren ohne ausreichende Rechtsberatung durchlaufen müssen. Wir wollen keine Transit-, Transfer- oder Ausreisezentren und lehnen getrennte Unterbringung nach Bleibeperspektive ab. Die in Bayern schon existierenden Transit-, Transfer- oder Ausreisezentren lehnen wir genauso ab wie die getrennte Unterbringung nach Bleibeperspektive und den dortigen Einsatz von Bundespolizei.~~  
Dezentrale Unterbringung ist für ein gutes Zusammenleben von alten und neuen Bürger\*innen entscheidend. Sie ist Basis einer gelingenden Integration und hat sich anders als die jetzt schon problematischen Ausreisezentren bewährt, deshalb kehren wir zu ihr zurück.  
Wir behandeln alle Geflüchteten menschenwürdig, ob sie dauerhaft bei uns wohnen werden oder nur vorübergehend. Allen steht ausreichende Rechtsberatung zu. Den freien Zugang unterstützender Ehrenamtlichen-Netzwerke zu allen Unterkünften fördern wir ausdrücklich.

## **Begründung**

Entspricht K4-065 mit kleiner Änderung.



**K4-068**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** **K4-068: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 68 einfügen:**

**Ausreisezentren und lehnen getrennte Unterbringung nach Bleibeperspektive ab.**

**Wir müssen nach Wegen suchen, den sog. Entscheidern und auch den Richtern das Gefühl zu geben, den geltend gemachten Asylgründen bei der oft über Leben oder Tod ergehenden Entscheidung bei schwieriger Beweislage mit äusserster Sorgfalt und Gründlichkeit nachgehen zu müssen und das trotz der Fülle von Entscheidungen auch zu dürfen.**

## **Begründung**

Die im Asylverfahren tätigen Menschen verdienen Wertschätzung und die Sicherheit, bei aller Überforderung und Eilbefürftigkeit wirklich Recht sprechen zu dürfen.

**K4-069**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K4-069: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 69 einfügen:**

**Wir achten das Kirchenasyl. Und schützen somit Flüchtlinge im »Kirchenasyl« vor  
Abschiebung, wenn begründete Zweifel an einer gefahrlosen Rückkehr bestehen.**

## **Begründung**

Die Ergänzung dient zur Darstellung warum Kirchenasyl notwendig ist.

**K4-074**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Augsburg-Stadt (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** **K4-074: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 74 einfügen:**

**Herausforderung für die internationale Politik.**

**Zu einer effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen gehören zugleich die Lösung internationaler Konflikte, eine faire Handelspolitik, die Bekämpfung der Klimakrise auf Grundlage des Pariser Klimaabkommens sowie die Einhaltung der Nachhaltigen Entwicklungsziele und eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern.**

**K4-076**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ingolstadt (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** **K4-076: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 76 löschen:**

**keiner Weise gerecht. Rüstungsexporte ~~in Krisengebiete~~ müssen tabu sein.**

## **Begründung**

Was sind Krisengebiete? Warum sind wir Grünen überhaupt für irgendeine Art von Rüstungsexporte. Eine Nationale aber vor allem Europäische Verteidigungspolitik und Fähigkeit sollte erstrebenswert sein und auch eine Europäische Eingreiftruppe die Menschen/Zivilisten in Krisengebieten schützt ist sehr wichtig und sollte im Konsens er schaffen werden. Aber bitte keine Rüstungsexporte und zwar gar keine.

**K4-077**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales und Uwe Kekeritz (KV  
Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (beschlossen am: 06.04.2018))

**Titel:** **K4-077: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 77 bis 78:**

Vielmehr sind ~~partnerschaftliche wirtschaftliche~~ gezielte wirtschaftliche  
Kooperationen mit Regionen in Krisengebieten auf der Grundlage ökologischer,  
sozialer und menschenrechtlicher Kriterien und eine  
weitsichtige ~~Entwicklungspolitik~~, an den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs)  
der vereinten Nationen orientierte Politik von ~~wechselseitigem~~ beidseitigem

**Begründung**  
mündlich

**K4-081**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** **K4-081: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 81 einfügen:**

**Kirchen und Zivilgesellschaft.**

**Den Rüstungsunternehmen wollen wir Transformationsprogramme anbieten, die einen sozialverträglichen und qualitätssichernden Übergang zu geringeren Absatzzahlen ermöglichen sollen.**

## **Begründung**

Zwei Gründe: Zum einen hat die gewollte Reduktion von Rüstungsexporten freilich unmittelbar Einfluß auf die Absatzzahlen der Unternehmen und damit auch mögliche soziale Effekte bei den Arbeitnehmern. Diese Effekte sollen abgemildert werden - im Sinne der Arbeitnehmer, aber auch um das Arbeitsplatzargument zu entkräften. Zum anderen wollen wir, daß die Qualität der militärischen Ausstattung der Bundeswehr nicht sinkt. Mögliche Zusammenhänge zwischen Qualität und Absatzzahlen sollen überprüft und abgefedert werden.

K4-085

# Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid

Initiator\*innen: Alfred Mayer (KV München-Stadt)

Titel: **K4-085: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

Von Zeile 85 bis 92:

solidarische Aufnahme der Länder sorgt:

~~Bayern ist~~ Seit Menschengedenken tatsächliches aber nicht gewolltes

Einwanderungsland

Bayern hat kulturell und volkswirtschaftlich immer von Zuwanderung profitiert:

~~Auch heute hat Bayern einen hohen Bedarf an Zuwanderung. Deshalb wollen wir GRÜNEN ein modernes Einwanderungsgesetz auf Bundesebene. Damit schaffen wir transparente Zuwanderungsmöglichkeiten und beenden das Ausspielen von Einwanderungspolitik gegen das Gebot des Flüchtlingsschutzes. Ein Wechsel vom Asylverfahren in die Arbeitsmigration muss möglich sein., aber nur selten wurde zur Einwanderung eingeladen, wie das unter dem Begriff Einwanderungsland unausbleiblich verstanden werden muss. Ohne das von uns verurteilte ewige Wirtschaftswachstum bei irdisch beschränkten Ressourcen und unmittelbar drohender Unbewohnbarkeit der ganzen Erde haben wir - und selbst Bayern - gerade keinen Bedarf an der Zuwanderung von Fachkräften, wie die Industrie in blindem Eigennutz behauptet, und schon gar keinen hohen Bedarf... Deshalb verzichten wir GRÜNEN auf ein Einwanderungsgesetz mit diesem letztlich nicht zutreffenden Namen.. Damit schaffen wir Transparenz und beenden das Ausspielen von Einwanderungspolitik gegen das sonst zu Schanden gerittene Gebot des Flüchtlingsschutzes. Ein gleitender Übergang vom Asyl in die Integration wird sich von selbst ohne unser Zutun ergeben Bei einem endlich wieder die Menschenwürde achtenden Umgang mit den je nach Zählweise 4 bis 6 Millionen Arbeitslosen und HartzIV-Berechtigten besteht alles andere als ein Bedarf an Arbeitsplätzen. Der angebliche Bedarf besteht in der kreatürlichen Abneigung gegenüber Schwächeren.~~

Von Zeile 94 bis 99:

~~Lebensbereichen echte Chancengleichheit haben und diskriminierungsfrei teilhaben können. Wege dahin sind die interkulturelle Ausrichtung und mehr Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung und in sozialen Einrichtungen. Politische Teilhabe von Migrant\*innen wollen wir stärken. Wir setzen uns auch zukünftig für eine offene Einbürgerungspolitik ein. Mehrstaatlichkeit muss hierbei selbstverständlich bleiben.~~  
diskriminierungsfrei teilhaben können. Wege dahin sind die interkulturelle Ausrichtung und mehr Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in sozialen Einrichtungen.

### **Begründung**

Wenn wir möglichst wenig für die oft grausam und tödlich Verfolgten tun wollen, müssen wir weiterhin möglichst oft und möglichst laut vom Einwanderungsland reden, denn dann werden wir die machtlose einseitige Kleinpartei bleiben und , wenn es glimpflich abgeht , die CSU fördern, schlimmstenfalls Parteien wie der AfD zur Macht verhelfen und dann wie in Polen und Ungarn nicht einmal mehr das Grundrecht Asyl sichern können und Millionen gnadenloser Verfolgung ausgeliefert sehen müssen, die wir bei gewissenhafter Bewahrung des Asylrechts mit Zustimmung aller gerecht Denkenden retten könnten

Wir dürfen nicht Verfolgte und Zuwanderer durcheinander werfen, wie es auch die Union mit umgekehrtem Vorzeichen macht. Die Union behandelt beide Gruppen bei der Forderung nach einer Obergrenze gleich, die Grünen bei der Ablehnung der Obergrenze. Für die Union sind alle Einwanderer, für die Grünen alle Asylbewerber. Auch wir müssen richtig verstandenen Interesse der Verfolgten von dieser allzu simplen Sichtweise wegkommen.

Auch wir Grünen müssen für eine Obergrenze für Einwanderer sein, uns aber um so leidenschaftlicher gegen eine Obergrenze für Asylbedürftige wehren, auch um endlich glaubwürdig zu werden und endlich auf den kindlichen Wunsch zur 1986 bitter notwendigen Provokation verzichten.



**K4-085-2**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-085-2: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 85 einfügen:**

**solidarische Aufnahme der Länder sorgt. Der Türkei- und Lybien-Deal muss endlich beendet werden und eine humane Geflüchtetenpolitik gestaltet werden. Die Seenotrettung sehen wir als nötig und unterstützungswürdig an. Sie darf unter keinen Umständen kriminalisiert werden. Wir dürfen nicht länger dabei zusehen, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken.**

## **Begründung**

Türkei und Lybien überschlagen sich mit Völkerrechtsverstößen. Lybien weitet die eigene Seezone aus, misshandelt und entrechtet Geflüchtete. Die Situation vor Ort ist hinreichend belegt und dramatisch. Dennoch wird der Deal aufrecht erhalten und Europa schaut weiter zu.

Eine ähnliche Situation bietet sich in der Türkei. Mit Deniz Yücel ist zwar ein bekannter Journalist wieder frei, dennoch sind die Gefängnisse voll mit politischen Gegner\*innen. Ein Land das so mit der Demokratie und anderen Meinungen umgeht, kann keine Partnerin in Asylfragen sein. Es müssen beide Kooperationen beendet werden.

Gegen die Seenotrettung wird von Rechter Seite immer wieder gehetzt und (u.a. durch Lybien) die Arbeit erschwert. Dennoch ist es notwendig Menschen vor dem sicheren Tod zu retten und wir bedanken uns bei allen Freiwilligen, die Zeit und Geld für das Retten von Menschenleben investieren.

**K4-086**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** **K4-086: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 86 bis 89:**

~~**Bayern ist Einwanderungsland-**~~

**Seit Menschenenschengedenken tatsächliches Einwanderungsland**

Bayern hat kulturell und volkswirtschaftlich letztlich immer von Zuwanderung profitiert. Auch heute hat Bayern als Folge ungebremster Wachstumspolitik einen hohen Bedarf an ~~Zuwanderung-~~Deshalb FacharbeiternzDeshalb wollen wir GRÜNEN ein modernes Einwanderungsgesetz auf Bundesebene-, das die Verwirklichung der noch eefenkbaren Damit schaffen wir

## **Begründung**

Erklärt sich selbst

**K4-101**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
12.04.2018)

**Titel:** **K4-101: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 101 bis 103:**

**Wir sehen alle Religionen in unserem Land als gleichberechtigt an. ~~Dennoch muss einiges getan werden, damit z.B. Muslime rechtlich und politisch besser integriert und beidseitig vorherrschende Vorurteile und Ängste abgebaut werden.~~ Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen ihre Religion frei ausüben können und bestehende Vorurteile und Ängste auf allen Seiten abgebaut werden.**

## **Begründung**

Wir sollten durch Beispiele keine Vorurteile bedienen.

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Säkulare Grüne (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** **K4-103: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 103 bis 105 löschen:**

**integriert und beidseitig vorherrschende Vorurteile und Ängste abgebaut werden. ~~In Bayern werden wir den Modellversuch zum staatlichen Islamunterricht in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot überführen.~~ Von allen**

## **Begründung**

Ein islamischer Religions-Unterricht neben dem katholischen und evangelischen Religions-Unterricht führt zu einer weiteren Trennung der Schüler\*innen. Die Schüler\*innen sollen nicht übereinander reden, sondern miteinander. Das entspricht auch dem Wunsch der Schüler\*innen, wie die von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland mitfinanzierte Umfrage „Vielfalt im konfessionellen Religionsunterricht in Schleswig-Holstein (ReVikoR)“ der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zeigt. In ihrer Dissertation „Die Bedeutung der Lebenswelten von Schüler\*innen für den Subjektbezug im Religionsunterricht“, 2017, kommt die Pastorin Claudia Richter nach Auswertung der Umfrage zu folgendem Ergebnis (Seite 299):

1. Die Schüler\*innen sind mit großer Mehrheit für einen Unterricht aller Konfessionen im Klassenverband.
2. Den Schüler\*innen geht es dabei um
  - einen erhöhten Wissenszuwachs über die differenten Religionen von Mitschüler\*innen durch den Austausch mit ihnen als Vertreter\*innen einer authentischen Perspektive dieser Religion;

- die Bedeutung des Lernens von Toleranz und Respekt gegenüber „Anderen“ als Grundlage für gesellschaftliches Leben in religiöser Pluralität;  
- das Lernen in möglichst religiös bzw. weltanschaulich pluralen Lerngruppen, das das Fach Religion lebendiger, interessanter und attraktiver werden lässt.

2008/09 haben sich die wahlberechtigten Berliner Bürger\*innen in einem Volksentscheid für Ethikunterricht als Pflichtfach und Religionsunterricht als Wahlfach entschieden. Für diese Lösung gekämpft hatte auch die Initiative „Christen pro Ethik“, in der sich viele Theologen engagierten.

Zitat aus dem Offenen Brief der „Christen pro Ethik“ vom März 2009 an die Mitglieder der Synode der EKBO (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz):

„Dass ausgerechnet ein separierender Religionsunterricht der Tendenz zu Parallelgesellschaften in der Bevölkerung entgegenwirken soll, ist uns nicht nachvollziehbar. Wir halten im Gegenteil den Ethikunterricht für gesellschaftlich integrierend und erkennen darin eines der wichtigsten biblischen Anliegen wieder: Trennungen zu überwinden und nicht zu vertiefen.“

**K4-113**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K4-113: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 113 bis 118 löschen:**

~~Europa steht vor großen Herausforderungen: Im Inneren durch den Brexit und die immer noch andauernde Finanzkrise, durch Populismus und Nationalismus. Von außen durch die Erdogan-Türkei, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, die Großmachtpolitik Putin-Russlands, den Krieg in Syrien oder die Trump-Administration, die sich dem Klimaschutz verschließt und zurück zum Protektionismus will.~~ Die Europäische Einigung steht für Frieden, multilaterale

## **Begründung**

Wir sollten bei unseren Argumenten wie folgt vorgehen:

- Was wollen wir erreichen? (Unser Ziel, unsere Vision)
  - Warum wollen wir das überhaupt? Welcher Wert liegt zu Grunde? (unser Grüner Grundwert, was wird dadurch besser?)
  - Wie und mit welchen Maßnahmen können wir das Ziel erreichen? (Unser Projekt)
- Eine negative Aufzählung ist hier nicht hilfreich! Deshalb können wir dies streichen. Somit stellen wir unsere Argumente in den Vordergrund und nicht das Negative.

**K4-129**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales (beschlossen am:  
06.04.2018)

**Titel:** **K4-129: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 129 bis 131:**

**Solidarität. ~~Offene Binnengrenzen ohne Schlagbäume und  
Grenzkontrollen gehören ebenso zum unverzichtbaren Kern wie sozialer Ausgleich  
und der Binnenmarkt.~~ Die gemeinschaftliche Bewältigung von Herausforderungen  
und die Einhaltung von Mehrheitsbeschlüssen z. B. zur Flüchtlingsverteilung  
gehören ebenso dazu wie der soziale Ausgleich durch die Förderung einer  
ausgewogenen räumlichen Entwicklung durch die EU-Strukturfonds.  
Offene Binnengrenzen ohne Schlagbäume und Grenzkontrollen sind für uns nicht  
verhandelbar. Grenzkontrollen zu Österreich durch die bayerische Landespolizei  
werden wir**

**Begründung**  
mündlich

**K4-138**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **K4-138: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 138 bis 139:**

**der europäischen Integration wird, ~~statt ein Bremsklotz zu bleiben, der die weitere  
Einigung hintertreibt und mit Europafeinden wie Orban paktiert.~~**

## **Begründung**

Die Aussage dass Bayern zum Motor der europäischen Integration wird wird  
dadurch relativiert und sollte deshalb entfallen.

Wir beschreiben eine positives grünes Europa!



**K4-152**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales und Uwe Kekeritz (KV  
Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (beschlossen am: 06.04.2018))

**Titel:** **K4-152: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**Von Zeile 152 bis 157:**

**Landesgesetz.**

**Fairer Handel schafft Lebensperspektiven für Menschen weltweit. Produktionsmodelle, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur angewiesen sind, darf es zukünftig nicht mehr geben. Daher wollen wir, dass der Freistaat ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien bei der Beschaffung der Kommunen sowie auf Landesebene stärkt. Dazu muss ein Landesvergabegesetz eingeführt werden, das ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verbindlich festschreibt. Außerdem wollen wir Initiativen wie „Fairtrade Towns“, „Fairtrade Landkreise“, „Fairtrade Regionen“, „Fairtrade Schulen“ und „Fairtrade Hochschulen“ stärker unterstützen. Bürger\*innen werde auf diesem Weg für die Problematik sensibilisiert und dazu ermutigt Produkte aus fairem Handel zu kaufen. Ebenso setzen wir uns für verbindliche Sozial- und Umweltstandards in globalen Lieferketten ein.**

**Mit uns GRÜNEN wird es keine Handelsabkommen geben, die menschenrechtliche, soziale oder ökologische Standards abbauen, die Rechte von Arbeitnehmer\*innen und den Schutz der Verbraucher\*innen gefährden oder Sonderklagerechte für Konzerne beinhalten. Deswegen lehnen wir CETA, TTIP, TiSA und Co. in der vorliegenden Form ab.**

**Global denken, lokal handeln. Bayern übernimmt Verantwortung in der Welt.**

Um die Sustainable Development Goals (SDGs), die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, wie vorgesehen bis 2030 zu erreichen, müssen alle Länder sämtliche Politikfelder an den SDGs ausrichten. Das muss auch für Bayern gelten.

Dementsprechend wollen wir die „Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie“ um die SDGs und besonders um soziale und menschenrechtliche Aspekte ergänzen. Daran müssen Kommunen, Bürger\*innen und die Zivilgesellschaft beteiligt werden

Fairer Handel schafft Lebensperspektiven für Menschen weltweit. Produktionsmodelle, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur angewiesen sind, darf es zukünftig nicht mehr geben. Daher wollen wir, dass der Freistaat ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien

Unverzichtbar für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs global, aber auch und gerade vor Ort ist das Engagement der Kommunen, der Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft. Dem muss der Freistaat Rechnung tragen, indem er das unabhängige Engagement der bayerischen Eine-Welt-Gruppen deutlich stärker fördert und sich unter anderem für den Ausbau des bundesweiten „Promotor\*innenprogrammes zur Förderung der Eine-Welt-Arbeit“ in Bayern einsetzen.

Außerdem müssen in Bayern Partnerschaften mit den Ländern des globalen Südens auf Augenhöhe und gleichberechtigt geführt werden, um Abhängigkeiten zu vermeiden. Der Freistaat muss entwicklungspolitische Lernprogramme (z.B. Freiwilligendienste aus dem globalen Süden in Bayern), internationale Begegnungsprogramme und Begleitprogramme für ausländische Studierende in Bayern fördern.

~~Mit uns GRÜNEN wird es keine Handelsabkommen geben, die menschenrechtliche, soziale oder ökologische Standards abbauen, die Rechte von Arbeitnehmer\*innen und den Schutz der Verbraucher\*innen gefährden oder Sonderklagerechte für Konzerne beinhalten. Deswegen lehnen wir CETA, TTIP, TiSA und Co. in der vorliegenden Form ab.~~

**Begründung**

mündlich

**K4-156**

# Kapitel

---

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** **K4-156: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 156 einfügen:**

**Konzerne beinhalten. Deswegen lehnen wir CETA, TTIP, TiSA, EPA und Co. in der**

## **Begründung**

EPA ist das Handelsabkommen zwischen EU und afrikanischen Staaten. Dieses fehlt in der Aufzählung.

**K4-157**

# Kapitel

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** **K4-157: Bayern und die Welt - Zusammenhalt  
macht stark**

---

**In Zeile 157 einfügen:  
vorliegenden Form ab.**

**Für ein friedensstiftendes Bayern - Spirale der Gewalt nachhaltig beenden!**

**Als am stärksten rüstungsexportierendem Bundesland kommt Bayern bei der  
Eindämmung deutscher Rüstungsexporte eine besondere Rolle zu.  
Mit Unterdrückung, Krieg und Ausbeutung in anderen Teilen der Welt sollte Bayern  
keine Geschäfte machen! Wir setzen uns deshalb sowohl im Land als auch auf  
Bundes- und europäischer Ebene für den Umstieg dieser Industrien auf zivile  
Fertigung ein.  
Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen unseres Landes  
sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen.**

**Außerdem fordern wir strengere deutsche und europäische Regeln sowie  
europäisch koordinierte Vorabkontrollen für die Ausfuhr von sensiblen Gütern mit  
doppeltem Verwendungszweck, insbesondere für Überwachungstechnologie.**

**Bayern darf nicht weiter Drehscheibe für Kriegsübungen der westlichen Allianz in  
Europa sein. Wir unterstützen daher den weiteren Truppenabzug aus Bayern und  
treten für eine sozialverträgliche Konversion der Militärstützpunkte ein.**

**Begründung**

Bayern in globaler Verantwortung bedeutet auch globale Verantwortung der bayerischen, international agierenden Unternehmen. Das sind häufig weltweit tätige Unternehmen, die die Lebensbedingungen vieler Menschen beeinflussen. Diese Unternehmen profitieren von der bayerischen Außenwirtschaftsförderung, die allerdings die globale Unternehmensverantwortung kaum berücksichtigt. Bisher hat das Wirtschaftsministerium noch keine brauchbaren Förderrichtlinien entwickelt. Wir wollen das ändern. Internationale Unternehmensverantwortung muss künftig ein wichtiger Aspekt der bayerischen Wirtschaftspolitik werden.

Zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört auch der kritische Umgang mit der bayerischen Rüstungsproduktion und mit Rüstungsexporten. Bayern ist der größte Waffenexporteur Deutschlands. Deutschland gehört zu den TOP5 Waffenexporteuren der Welt. Der weitaus größte Anteil, rund 90%, geht dabei nicht in EU-Länder oder an NATO-Verbündete. Wichtigste Abnehmer sind Krisenregionen im Nahen Osten bis Nordafrika, vor allem Saudi-Arabien, Algerien, Ägypten und Katar. Sechs der zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen sind im Freistaat ansässig. Zusammen exportieren die deutschen Rüstungsunternehmen Waffen im Wert von fast 15 Milliarden Euro, rund 55% des Umsatzes kamen aus Bayern. Der Betrieb des Garching Research Reactor FRM II mit hoch angereichertem Uran widerspricht internationalen Abrüstungsbemühungen, insbesondere dem Versuch, die Verbreitung von atomwaffenfähigem Material einzudämmen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der FRM II abgeschaltet oder zumindest schnell auf niedrig angereichertes Uran umgerüstet wird.

Immer wieder wird bekannt, dass AktivistInnen und Oppositionelle in autoritären Staaten wie Bahrain, Syrien oder Iran mithilfe deutscher Spyware geortet, verfolgt und in der Folge festgenommen oder gefoltert werden. Der Export dieser Überwachungstechnologie ist legal. Deutsche Unternehmen müssen den Verkauf allenfalls melden, Genehmigungen müssen nicht erteilt werden.

Bayern stellt ein Drittel der militärischen Infrastruktur für die 35.000 in Deutschland stationierten US-Soldaten zur Verfügung. Die US-Militärbasen Grafenwöhr, Hohenfels, Ansbach-Katterbach und Illesheim stellen Sprungbretter an die NATO-Ostgrenze dar. Der Truppenübungsplatz Grafenwöhr ist das größte und modernste Übungsareal in Europa, auf dem scharf geschossen wird. 5000 Soldaten werden hier für ihre Kampfeinsätze in aller Welt ausgebildet.

**P1-002**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-002: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 2 bis 5:**

~~In Bayern verschwindet zu viel natürliche Fläche unter Asphalt und Beton. Immer neue Gewerbegebiete, Logistikzentren, Straßen und Einkaufszentren entstehen auf der grünen Wiese. Die bayerische Kulturlandschaft wird zerstört, die Ortskerne bluten aus. Wir stoppen diese Entwicklung~~ Wir stoppen die Betonflut und führen eine gesetzliche

## **Begründung**

Die Aufzählung das in Bayern zu viel natürliche Fläche verschwindet ist kein Projekt bzw. hilft es auch nicht darzustellen mit welchen Maßnahmen wir unser Ziel erreichen wollen.

**P1-012**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-012: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

### In Zeile 12 einfügen:

es: Nachdenken, bevor der Bagger kommt.

Die Grünen werden sich vehement dafür einsetzen, dass im boomenden Wirtschaftsraum mit einem haarsträubenden Wohnungsmangel und ausbeuterischen Mierpreisen endlich keine weiteren Gewerbeflächen mehr ausgewiesen werden und die trotzdem weiter betriebene Werbung für den Standort Müncen zur Freude der Baulöwen ein Ende hat.

### Von Zeile 14 bis 21:

Am Riedberger Horn im Allgäu ~~soll eine neue Liftrasse in die Natur gefräst werden – durch ein ökologisch äußerst wertvolles Gebiet, das bislang in der höchsten Schutzzone des Alpenplans lag. Dieser wurde nun extra für die neue Liftrasse geändert – obwohl dadurch ein empfindliches Ökosystem zerstört wird und obwohl das ein Verstoß gegen die Alpenkonvention darstellt, zu der sich Bayern völkerrechtlich verbindlich verpflichtet hat. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Macht gegen diesen Naturfrevel und setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Alpenplan und seine Schutzfunktion wiederherzustellen.~~ konnte eine neue Liftrasse in die Natur gefräst werden – durch ein ökologisch äußerst wertvolles Gebiet, das bislang in der höchsten Schutzzone des Alpenplans lag gerade noch vorerst um 10 Jahre verschoben werden. Wir GRÜNE setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Alpenplan und seine Schutzfunktion sofort wiederherzustellen.

**In Zeile 46 einfügen:**

Landtag verpackungsarm – und das ist gar nicht so wenig!

Die Grünen werden mit aller Kraft dafür sorgen, dass zum Beispiel auf den 12 zu zwei Wertstoffhöfen in München alle noch verwendbaren Sachen den vielen Interessenten zur Verfügung gestellt werden und nicht nur ein kleiner Teil zu zwei Hallen zum Verkauf zu zugegeben günstigen Preise verkauft werden.

**In Zeile 57 einfügen:**

funktioniert.

Wir werden für Photovoltaikanlagen auf jedem geeigneten Gebäude der Öffentlichen Hand sorgen und uns um eine Gesetzgebung bemühen, die für Hauseigentümer teuer macht, die Dachfläche nicht für Die Gewinnung von Solarenergie zu nutzen. Photovoltaik ist noch nie subventioniert worden. Die erhöhte Einspeisevergütung mussten die Stromverbrauch - gleich ob reich oder arm - tragen, ganz so, als würden die masslosen Subventionen für den Flugverkehr auf das Flugticket umgelegt.

**In Zeile 67 einfügen:**

Bürgerhand zum Rückgrat der Energiewende in Bayern.

Wir fordern ohne Verzug eine Bestandsaufnahme, wo trotz 10 H noch Windenergie gewonnen werden kann, um unsere Forderung noch mehr bekräftigen zu können

**In Zeile 88 einfügen:**

werden. Für die restliche Energie sorgen Solarthermie, Geothermie, nicht fossil betriebene Kraft-Wärme-

**In Zeile 130 einfügen:**

wird und nicht zum Schaden der Regenwälder extrem umweltbelastend um den halben Erdball herum, also hoch klimaschädlich eingeführt werden.

**In Zeile 144 einfügen:**

in den Kommunen fördern. Äcker mit Übergrösse müssen mit naturbelassenen Grünstreifen unterbrochen werden.



**In Zeile 147:**

an Bayerns Schulen einführen. Zukünftig soll stärker verpflichtend auf regionale und

**In Zeile 166 einfügen:**

wollen wir die drängenden Themen im Tierschutz gemeinsam anpacken. Bei der Besetzung der Tierschutzbeauftragte\*n müssen die Tierschutzverbände ei Mitspracherecht haben.

**In Zeile 197 einfügen:**

besser finanziell und personell ausstatten. ein unerträglich hoher Anteil an den Einnahmen der staatlichen Lotterie wird für die Werbung für die staatlich betriebenen Glücksspiele ausgegeben und der Sinn staatlicher Kontrolle damit konterkariert. Das muss ein Ende haben.

**Von Zeile 229 bis 231 einfügen:**

konsequente Radverkehrsförderung. Wir werden als Versuch die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienenverkehr durchsetzen und an den großen Bahnhöfen Radstationen errichten. Dazu wollen wir ein Radverkehrsgesetz in Bayern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass 50 % der Strassenbaumittel ausschließlich für den Bau von Fuss- und Radwegen zweckgebunden werden.

**In Zeile 242 einfügen:**

nicht gebaut wird.

Wir fordern eine drastische Erhöhung der Start- und Landegebühren, um Billigflüge für ein Luxusgut unmöglich zu machen

**Begründung**

Die Anträge erklären sich hoffentlich selbst

**P1-012-2**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-012-2: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **In Zeile 12 einfügen:**

es: Nachdenken, bevor der Bagger kommt.

Die Grünen werden sich vehement gegen die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen im boomenden Wirtschaftsraum München einsetzen. Für den Wirtschaftsstandort München darf nicht weiter geworben werden. Nur so kann dem Wohnungsmangel und den unerträglichen Mietsteigerungen begegnet werden.

## **Begründung**

Jeder neu in der Region München geschaffene Arbeitsplatz erhöht der Mißverhältnis zu dem verfügbaren Wohnraum. Jedes gewerbliche Bauvorhaben erhöht die Betonflut doppelt, weil es immer noch mehr Wohnungsbau über den noch lange nicht gedeckten Bedarf hinaus erzwingt.

**P1-013**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (beschlossen am: 12.04.2018)

**Titel:** P1-013: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

**Von Zeile 13 bis 21:**

### ~~Riedberger Horn schützen, Alpenschutz ernst nehmen~~

~~Am Riedberger Horn im Allgäu soll eine neue Liftrasse in die Natur gefräst werden— durch ein ökologisch äußerst wertvolles Gebiet, das bislang in der höchsten Schutzzone des Alpenplans lag. Dieser wurde nun extra für die neue Liftrasse geändert— obwohl dadurch ein empfindliches Ökosystem zerstört wird und obwohl das ein Verstoß gegen die Alpenkonvention darstellt, zu der sich Bayern völkerrechtlich verbindlich verpflichtet hat. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Macht gegen diesen Naturfrevel und setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Alpenplan und seine Schutzfunktion wiederherzustellen.~~

### Alpenschutz ernst nehmen, Alpenplan wieder herstellen

Die jüngste Änderung des Alpenplans, mit der ein wertvolle Fläche aus der höchsten Schutzkategorie C herausgenommen wurde, um den Bau einer Liftrasse am Riedberger Horn zu ermöglichen, wollen wir rückgängig machen. Der Alpenplan hat sich in über 40 Jahren als wirksames Instrument für den Schutz der sensiblen Region bewährt. Wir wehren uns gegen alle Versuche, ökologisch wertvolle Zonen in den Alpen durch wirtschaftliche Nutzung zu zerstören.

## Begründung

Die aktuellen Entwicklungen zum Riedberger Horn erfordern eine Anpassung des ursprünglichen Textes.

**P1-014**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-014: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

### Von Zeile 14 bis 21:

~~Am Riedberger Horn im Allgäu soll eine neue Liftrasse in die Natur gefräst werden— durch ein ökologisch äußerst wertvolles Gebiet, das bislang in der höchsten Schutzzone des Alpenplans lag. Dieser wurde nun extra für die neue Liftrasse geändert— obwohl dadurch ein empfindliches Ökosystem zerstört wird und obwohl das ein Verstoß gegen die Alpenkonvention darstellt, zu der sich Bayern völkerrechtlich verbindlich verpflichtet hat. Wir GRÜNE stellen uns mit aller Macht gegen diesen Naturfrevel und setzen uns mit Nachdruck dafür ein, den Alpenplan und seine Schutzfunktion wiederherzustellen.~~

Wir Grüne setzen uns mit Nachdruck dafür ein den Alpenplan und seine Schutzfunktion wiederherzustellen. Am Riedberger Horn im Allgäu wird dadurch ein empfindliches Ökosystem geschützt. Dieses lag bisher in der höchsten Schutzzone des Alpenplans. Das wurde geändert obwohl das Land Bayern sich völkerrechtlich der Alpenschutzkonvention verpflichtet hat. Die Werte zum Schutz ökologisch äußerst wertvoller Gebiete dürfen nicht aufgeweicht werden. Dafür machen wir GRÜNE uns stark.

## Begründung

positive Umformulierung unseres Projektes: Schutz Riedberger Horn

**P1-022**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** P1-022: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

**In Zeile 22:**

~~Für Artenvielfalt und Naturschutz: Mehr Nationalparke in Bayern~~  
Die Naturschätze Bayerns: Der dritte Nationalpark

**Von Zeile 33 bis 34:**

Gründen ausgeschlossen werden. Wir ~~wollen bei Eignung und~~werden in den kommenden fünf Jahren im Dialog mit der örtlichen Bevölkerung mindestens eines dieser fünf Gebiete als Nationalpark in Bayern.

**P1-026**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** P1-026: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **In Zeile 26 einfügen:**

Laubwälder im Spessart, das Ammergebirge mit seinen Bergmischwäldern, die Auen an der Isar und Donau und die

### **In Zeile 34:**

örtlichen Bevölkerung ~~mindestens eines~~ mehrere dieser ~~fünf~~ Gebiete als Nationalparke

## **Begründung**

Benennung der Besonderheit des Ammergebirges wie bei den anderen Gebieten.  
Mindestens 1 zusätzlicher Nationalpark ist zu wenig!

**P1-035**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** P1-035: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 35 einfügen:**

ausweisen.

Für alle anderen sehr wertvollen Gebiete müssen weitere dauerhafte Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Hier wären u.a. Klasse 1 Wälder (wie der Spessart mit seinen jahrhundertealten Buchen- und Eichenwälder) sowie die Auen an der Isar und Donau als einmalige Wald- und Flusswildnis zu nennen, die - unter besonderen Schutz gestellt - der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

## **Begründung**

Aus unserer Sicht nötige Präzisierung der vorgenannten Passage, damit auch die Gebiete, die kein Nationalpark werden, trotzdem geschützt werden.

**P1-036**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P1-036: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 36:**

**Weniger Müll – Initiativen stärken und selber ~~tun~~handeln!**

## **Begründung**

klingt besser und aktiver



**P1-049**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Patrick Friedl (KV Würzburg Stadt)

**Titel:** P1-049: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

### In Zeile 49 einfügen:

anderen. Wir ändern das und treten für die Aufnahme des Klimaschutzes und der Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien in die Bayerische Verfassung ein. Hierzu sind die Bayerischen Grünen grundsätzlich bereit auch Volksbegehren mit diesem Ziel zu unterstützen. Außerdem bringen wir für Bayern ein Klimaschutzgesetz auf den

## Begründung

Schon seit über zehn Jahren gibt es Bemühungen mit dem konkreten Ziel, den Schutz des Klimas als Staatsziel ausdrücklich in der Bayerischen Verfassung fest zu schreiben. So ergriff der ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell die Initiative und gab mit anderen Aktiven als Vortandsmitglied des Vereins Klimaschutz Bayerns Zukunft e.V. eine Machbarkeitsstudie bei Prof. Dr. Wolfgang Kahl in Auftrag. Parlamentarisch wurde diese Initiative des Vereins zur Verankerung des Klimaschutzes in der Bayerischen Verfassung im Bayerischen Landtag von der Grünen-Landtagsfraktion (Gesetzesentwurf vom 4. Dezember 2007) und der Landtagsfraktion der Freien Wähler (Gesetzesentwürfe vom 26. November 2010 und vom 7. September 2017) unterstützt. Im Zentrum standen hierbei jeweils zwei Ergänzungen der Bayerischen Verfassung, den zur Aufnahme des Klimaschutzes in Artikel 141 Absatz 1 Satz 4 und einen zur Umstellung auf Erneuerbare Energien in Artikel 152.

Konkret wurden folgende Formulierungen vorgeschlagen:

- **Artikel 141 Absatz 1 Satz 4 neue Fassung:** „Es gehört auch zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, - Boden, Wasser, [und] Luft und insbesondere Klima als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen und auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten, [...].“

- **Artikel 152 neue Fassung:** „Die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfs der Bevölkerung wird vom Staat überwacht. Ihm obliegt die Sicherstellung der Energieversorgung des Landes, die auf Erneuerbare Energien umzustellen ist.“  
Vergleichbare Initiativen haben vor zwei Jahren auch die Grünen-Bundestagsfraktion (in ihrer Weimarer Erklärung vom 8. Januar 2016) und der Grünen-Bundesvorstand (in seiner Berliner Erklärung vom 20. Januar 2016) zur Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz ergriffen. Nun haben wir es auf Bundesebene erneut mit einer Großen Koalition zu tun, die sogar die Mindest-Klimaschutzziele für das Jahr 2020 als nicht mehr erreichbar erklärt und ihre diesbezüglichen Anstrengungen, gerade auch zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, längst zurück gefahren hat. - Ebenso deutlich wird auch die Bayerische Staatsregierung ihre Klimaschutz- und Energiewendeziele verfehlen. Umso dringlicher ist jetzt ein deutliches Zeichen der Bayerischen Bevölkerung, dass sie nicht länger bereit ist, dieses politische Versagen der Regierenden hin zu nehmen.

Die ausdrückliche Aufnahme des Klimaschutzes und der Umstellung auf Erneuerbare Energien in die Bayerische Verfassung würde Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts binden und verpflichten. „Durch die neue Formulierung des Art. 141 Abs. 1 S. 4 BV wird eine als Prinzip (Optimierungsgebot) ausgestaltete Rechtspflicht der öffentlichen Hand begründet, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Klima schädigende Emissionen in allen Lebensbereichen zu vermeiden und hierdurch das Klima als natürliche Lebensgrundlage zu schützen. [...] Durch den Umstellungsauftrag des Art. 152 S. 2 BV n. F. [neue Fassung] wird die öffentliche Hand verpflichtet, im Rahmen des wissenschaftlich-technisch Möglichen und volkswirtschaftlich Vertretbaren alles zu tun, um eine möglichst vollständige und sichere Versorgung des Landes aus Erneuerbaren Energien zu gewährleisten bzw. – anders gewendet – alles zu unterlassen, was dieses Ziel offensichtlich gefährdet.“ (Prof. Dr. Wolfgang Kahl - Universität Bayreuth [heute Heidelberg] - Machbarkeitsstudie vom 1. September 2008).

Die Meinung vieler Juristen hierzu ist eindeutig: Wenn der Klimaschutz in der Verfassung steht, dann wird dies auch entsprechende Bindungswirkung für Klimaschutzaktivitäten entfalten, ganz anders als heute, wo zwar alle in der Politik von der Notwendigkeit des Klimaschutzes reden, von CDU/CSU, SPD, FDP und der LINKEN aber dort nicht verwirklicht wird, wo sie, ohne uns Grüne, Verantwortung tragen.

Mit einer Aufnahme dieser Anliegen in den Projekt-Teil des

Landtagswahlprogramms fordern die Bayerischen Grünen die Aufnahme von Klimaschutz und Erneuerbaren Energien in die Bayerische Verfassung ein und erklären sich grundsätzlich zur Unterstützung eines Volksbegehrens in Bayern bereit. Denn die Bayerische Bevölkerung muss die Möglichkeit erhalten, den Klimaschutz politisch wieder dort hin zu setzen, wo er hin gehört: ganz oben auf die politische Agenda des Freistaats.

### **Unterstützer\*innen**

Simone Artz (KV Würzburg Stadt), Lisa Badum (KV Forchheim), Anja Baier (KV Main-Spessart), Helmut Ballweg (KV Rhön-Grabfeld), Johannes Becher (KV Freising), Cemal Bozoglu (KV Augsburg Stadt), Philipp Brammer (KV Hof), Christina Burck (KV Würzburg Stadt), Kerstin Celina (KV Würzburg Land), Maximilian Deisenhofer (KV Günzburg), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Karl Depner (KV Würzburg Stadt), Michael Dorant (KV Coburg Stadt), Annemarie Fell (KV Bad Kissingen), Hans-Josef Fell (KV Bad Kissingen), Almut Friedl-Huber (KV Würzburg Stadt), Manfred Förster (KV Freyung-Grafenau), Franziska Fröhlich (KV Main-Spessart), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Michael Gerr (KV Würzburg Stadt), Volker Goll (KV Aschaffenburg Land), Christa Grötsch (KV Würzburg Stadt), Simone Haberer (KV Würzburg Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg Land), Rita Heeg (KV Würzburg Land), Martin Heilig (KV Würzburg Stadt), Karen Heußner (KV Würzburg Land), Joachim Hien (KV Dillingen an der Donau), Amanda Jacobick (KV Würzburg Stadt), Dieter Janecek (KV München), Sven Jörissen (KV Würzburg Stadt), Maria Kalin (KV Passau Stadt), Doris Kienle (KV Unterallgäu), Claudia Köhler (KV München), Alexander König (KV München), Dr. Frank Küster (KV Miltenberg), Antje Laux (KV Freyung-Grafenau), Matthias Lewin (KV Haßberge), Stephan Link (KV Würzburg Stadt), Hans Madl-Deinhart (KV Freyung-Grafenau), Hans-Dieter Manger (KV Aschaffenburg Land), Gerhard Müller (KV Würzburg Land), Thomas Mütze (KV Aschaffenburg Stadt), Manuel Neulinger (KV Weilheim-Schongau), Claudia Neumann (KV Aschaffenburg Land), Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt), Stephan Pösse (KV Aschaffenburg Land), Sandra Prent (KV Freyung-Grafenau), Claudia Roth (KV Augsburg Stadt), Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen), Veronika Schindler (KV Würzburg Stadt), Josef Schmid (KV Würzburg Stadt), Stefan Schmidt (KV Regensburg Stadt), Hermann Schoyerer (KV Freyung-Grafenau), Nina Schüßler (KV Miltenberg), Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg Stadt), Ursula Sowa (KV Bamberg), Martin Stümpfig (KV Ansbach), Günter Thein (KV Würzburg Land), Reginhard von Hirschhausen (KV Schweinfurt), Katharina von Platen (KV Weilheim-Schongau), Sandra Vorlova (KV Würzburg Stadt), Stefan Wagener (KV Aschaffenburg Stadt), Thilo Wagenhöfer (KV Würzburg Stadt), Volkhard Warmdt (KV Kitzingen), Lukas Weidinger (KV Würzburg Stadt), Dirk Wildt (KV Passau Land), Sven Winzenhörlein (KV Würzburg Land), Claudia Woy-Dünninger (KV Haßberge), Bärbel Imhof (KV Main-Spessart), Martina Wild (KV Augsburg-Stadt), KV Ebersberg (beschlossen: 19.04.2018)

**P1-052**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-052: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **In Zeile 52 einfügen:**

Verkehr und Landwirtschaft – werden darin berücksichtigt. Zum Beispiel werden wir darauf hinwirken und noch in den 5 Monaten vor der Landtagswahl beantragen, dass auf allen geeigneten Dächern im Eigentm des Freistaats, under Kommunen Solarenergie abgezapft wird. Es wird laufend

**P1-055**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-055: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 55 bis 57 einfügen:**

wirtschaftliches starkes Land mit noch immer als einem der führenden Emittenten pro Einwohner haben wir die Verantwortung, unseren Beitrag zum Schutz des Erdklimas zu leisten und zu zeigen, wie erfolgreicher Klimaschutz funktioniert. Wir leben zum Glück in einem Land, in dem politische Forderungen angstfrei erhoben werden können. Auch das verpflichtet uns zum engagierten Handeln.

## **Begründung**

Der Antrag erklärt sich hoffentlich selbst

**P1-057**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-057: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 57 einfügen:**

funktioniert.

Wir werden für Photovoltaikanlagen auf jedem geeigneten Gebäude im staatlichen und kommunalem Eigentum sorgen und uns um eine Gesetzgebung bemühen, die für alle Hauseigentümer teure macht, geeignete Dachflächen nicht für die Gewinnung von Sonnenenergie zu nutzen.

## **Begründung**

Es gibt Untersuchungen, wonach bei Nutzung aller geeigneten Dächer der gesamte Strombedarf gedeckt werden könnte. Auf jeden Fall wäre das ein entscheidender Schritt.

**P1-057-2**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ingolstadt (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** P1-057-2: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **In Zeile 57 einfügen:**

funktioniert.

Moorschutz ist Klimaschutz. Moorflächen besitzen ein enormes Potential, klimaschädliches CO<sub>2</sub> zu binden. Durch fortwährende Entwässerung von Mooren löst sich der Moorboden auf und es werden enorme Mengen an CO<sub>2</sub> frei. Ein naturnahes Moor hingegen nimmt CO<sub>2</sub> auf.

Wir setzen uns dafür ein, dass intakte Moorlandschaften besser geschützt und für trockengelegte Moore flächendeckend Maßnahmen der Wiedervernässung ergriffen werden. Für Moorflächen, die derzeit bewirtschaftet werden, schaffen wir Anreize für die Umnutzung der Flächen in Richtung einer extensiven Bewirtschaftung, vor allem aber für die Nassbewirtschaftung durch sog. Paludikulturen.

Um die Finanzierung im Rahmen des Moorschutzes zu stärken, unterstützen wir die Entwicklung von Klimazertifikaten, die auf Grundlage der eingesparten CO<sub>2</sub>-Mengen ausgegeben werden können. Mit deren Erwerb können Unternehmen oder Privatpersonen unvermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen vermindern.

## **Begründung**

112000 Hektar Moor werden in Bayern landwirtschaftlich genutzt. Das sind 3,5 % der Argrarfläche in Bayern die aber für ein Drittel der Treibhausgase in Bayern verantwortlich sind.

Durch den Schutz intakter Moore, vor allem aber durch die Wiedervernässung

trockengelegter Moorflächen kann sichergestellt werden, dass CO<sub>2</sub> im Moorkörper gebunden bleibt und nicht in die Atmosphäre entweicht.

Eine besondere Herausforderung stellen intensiv bewirtschaftete Moorflächen dar. Um die Flächen bewirtschaften zu können, werden Mooregebiete unentwegt entwässert. Dadurch löst sich der Torfkörper buchstäblich in Luft auf und eine sog. Moorsackung erfolgt, worauf wiederum die Drainagegräben vertieft werden müssen. Der Kreislauf wird solange fortgesetzt, bis der gesamte Moorkörper verschwunden ist. Die Bewirtschaftung jedoch stellt oftmals die Lebensgrundlage der landwirtschaftlichen Betriebe dar. Deshalb müssen für die Bewirtschaftung Anreize geschaffen werden, die einen Umstieg auf Nasskulturen (sog. Paludikulturen) erleichtern. Wie der Name schon sagt, gedeihen die Nasskulturen auch auf vernässten Flächen. Es müssen Anreize für den Anbau, vor allem aber die Grundlagen für einen erfolgreichen Absatz der Ackererträge geschaffen werden. Es kann relativ genau bestimmt werden, welche Menge an CO<sub>2</sub> pro Hektar Moorfläche gespeichert bzw. durch Vernässung gebunden wird. Es ergibt sich somit die Möglichkeit, Klimaschutzzertifikate über die entsprechende Menge CO<sub>2</sub> auszustellen. Unternehmen oder Privatpersonen können durch den Erwerb der Zertifikate eigene, nicht vermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen kompensieren. Mit dem Erlös aus dem Verkauf der Zertifikate können weitere Moorschutzmaßnahmen finanziert oder beispielsweise bewirtschaftete Moorflächen langfristig gepachtet werden. Der rechtliche und organisatorische Rahmen kann auf Bundesebene bereitgestellt werden.



**P1-061**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-061: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **Von Zeile 61 bis 64:**

ein riesiges Potenzial. ~~Zahlreiche Bürgerenergiegesellschaften haben den Windausbau in Bayern nach Fukushima erfolgreich in die Hand genommen bis die CSU-Regierung mit ihrer windkraftfeindlichen 10H-Regelungen für Stillstand gesorgt hat. Diese überzogene Abstandsregelung werden wir abschaffen.~~ Wir wollen alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Erneuerbare-Energien-Projekte vom bürokratischen Ausschreibungszwang und unberechtigten Umlagen zu befreien. Dies stärkt unsere zahlreichen Bürgerenergiegesellschaften die den Windausbau in Bayern erfolgreich in die Hand genommen haben. Die überzogene Abstandsregelung 10H schaffen wir ab.

## **Begründung**

Positive Umformulierung und wichtige Ergänzung bzgl. was wir für die Bürgerenergiegesellschaften tun wollen.

**P1-067**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-067: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 67 einfügen:**

Bürgerhand zum Rückgrat der Energiewende in Bayern.

Zur Bekräftigung unserer Forderungen bestehen wir auf einer schnellstmöglichen Bestandsaufnahme, wo trotz der 10 H - Beschränkung noch Windenergie gewonnen werden könnte.

## **Begründung**

Die 10 H Regelung wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn trotzdem noch genügend Flächen zur Verfügung stehen würden. Dies könnte eine Bestandsaufnahme schnell klären.

**P1-085**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 23.03.2018)

**Titel:** P1-085: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **In Zeile 85 einfügen:**

Wir wollen den Wärmemarkt revolutionieren. Mit dem Ausbau von Wärmenetzen - insbesondere der "4. Generation" -

### **In Zeile 88 einfügen:**

werden. Für die restliche Energie sorgen Solarthermie, Geothermie, Großwärmepumpen, Kraft-Wärme-

## **Begründung**

Aus unserer Sicht nötige Präzisierung und Vervollständigung. Wichtiges Konzept in der Forschung.

**P1-108**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-108: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 108 bis 111:**

Lehrpläne einbringen. ~~Klima, Naturkatastrophen, Fluchtursachen, Artensterben, Regenwaldabholzung, Wirtschaft, Gesundheit, Hunger und soziale Gerechtigkeit hängen zusammen. Alle diese Themen tangieren den Unterricht an unseren Schulen. Ob Geografie, Biologie, Chemie, Sozialkunde, Mathematik oder Ethik: die~~Die Ursachen

## **Begründung**

Diese Aufzählung hilft nicht bei der Darstellung wie und mit welchen Mitteln wir unser Ziel erreichen wollen.

Zudem wird das Projekt Bildungspaket Klimaschutz dadurch schwer verständlich. Nach der Löschung ergibt sich ein stimmiges und verständliches Projekt.

**P1-119**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-119: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 119 bis 122 löschen:**

Grundwassers und der Oberflächengewässer höchste Priorität. ~~Doch in immer mehr Regionen Bayerns ist die Qualität des Wassers nicht gut. Fast 40% der Grundwasserkörper weisen übermäßige Nitratreinträge auf und nach wie vor sind viele Binnengewässer überdüngt.~~ Wir müssen heute dafür sorgen, dass unser Wasser

## **Begründung**

Die Anführung des schlechten Ist-Zustandes hilft nicht unsere Ziele und Maßnahmen zu verdeutlichen.

Nach der Löschung liest sich der Absatz deutlich freundlicher und lässt unsere Argumente positiv wirken.

**P1-123**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P1-123: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

### **In Zeile 123 einfügen:**

auch in Zukunft gut ist - frei von Mikroplastik, Medikamenten, Nitrat, Glyphosat,  
[multiresistenten Keimen](#)

## **Begründung**

wegen ÄA zum Programm zum gleichen Thema

**P1-132**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-132: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 132 bis 134 löschen:**

~~Veränderungen in der Landnutzung und die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft rauben den Bienen Nahrung und Lebensraum, Agrargifte schwächen ihre Gesundheit. Das müssen wir ändern.~~ Um den Artenschwund zu stoppen und

## **Begründung**

Unsere Maßnahmen und was sich dadurch verbessert haben wir gut in den folgenden Sätzen beschrieben.

Die Ursache des Bienensterbens ist nicht Teil unseres Projektes. Deshalb kann Zeile 132 -134 ohne inhaltlichen Verlust gelöscht werden,

**P1-145**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Freising (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** P1-145: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 145 einfügen:**

### **Veränderungen auf den Weg bringen: nachhaltige Landwirtschaft**

Die Landbewirtschaftung spielt eine zentrale Rolle für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Bodenschutz und nachhaltige Bodenbewirtschaftung sind zentrale Elemente für effektiven Gewässer- und Klimaschutz. Deshalb bringen wir Veränderungen auf den Weg und fördern bodenschonende Landwirtschaft. Verbraucher\*innen müssen klar erkennen können, welche Leistungen landwirtschaftliche Betriebe für die Natur und Gesellschaft erbringen. Wir wollen nachhaltig wirtschaftende Betriebe für zusätzliches Engagement im Artenschutz, Gewässerschutz, Tierschutz oder Klimaschutz niedrigschwellig unterstützen und die Leistung eines jeden Betriebes transparent machen.

## **Gesundes Essen an Bayerns Schulen**

### **Begründung**

Neben der flächengebundenen Tierhaltung spielt für die Reduktion von Treibhausgasen insbesondere die Bodenbewirtschaftung eine bedeutende Rolle. Die Bodenbewirtschaftung ist auch bei Gewässerschutzmaßnahmen von wesentlicher Bedeutung. Es gibt zahlreiche Bewirtschaftungsmaßnahmen, welche auch sonst konventionelle Betriebe erfolgreich anwenden können. Wir müssen



veränderungsbereite landwirtschaftliche Unternehmen abholen. Durch die Förderung bodenschonender Bewirtschaftung und Darstellung positiver Leistungen der Betriebe kann eine neue Identität für nachhaltige Landwirte“ geschaffen werden. Dieses Potenzial, dürfen wir nicht ungenutzt lassen und wir müssen es für den Umwelt- und Naturschutz auf den Weg bringen.

**P1-156**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P1-156: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

### Von Zeile 156 bis 161:

Wir GRÜNEN sind die Stimme für mehr Tierschutz. ~~Tierschutz ist ein hohes Gut, das, der~~ in Bayern Verfassungsrang genießt. ~~Wie die Vergangenheit jedoch gezeigt hat, spielt er~~ in Bayern nur, bis heute aber eine eher untergeordnete Rolle spielt. ~~Um optimalen~~ ~~Tierschutz zu gewährleisten, Wir~~ machen ~~wir~~ uns für einen verbindlichen Tierschutzplan für Bayern stark und werden fordern eine\*n unabhängige\*n Tierschutzbeauftragte\*n in der Landesregierung ~~einsetzen~~. Ziel ist es, den Schutz und das Wohlbefinden aller

### Von Zeile 164 bis 166 einfügen:

Gesetzgebung mit und fördert den Dialog zwischen Tierhaltern, Tierschützern, Landwirtschaft, Wirtschaft, Politik und Handel zur stetigen Verbesserung der Tierhaltung. So wollen wir die drängenden Themen im Tierschutz gemeinsam anpacken. Aber Tierschutz braucht auch Kontrolle. Wir setzen uns daher für regelmäßige, unangekündigte und unabhängige Kontrollen und schnelle Ahndung bei Verstößen gegen den Tierschutz ein.

## Begründung

Das gesonderte Projekt „Kontrolle lässt sich durch Umformulierung auch in das bereits veröffentlichte Projekt „Den Tieren eine Stimme geben“ integrieren. Somit

eine platzsparende Möglichkeit die Kontrollen in einem Projekt unterzubringen.

**P1-187**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P1-187: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

**Von Zeile 187 bis 197 löschen:**

### **~~Schutz vor Glücksspielsucht~~**

~~Glücksspiel ist in hohem Maß suchtgefährdend und verursacht großes Leid in unzähligen Familien. Deshalb ist die strenge Regulierung des Glücksspiels eine wichtige Säule des Verbraucherschutzes, die dringend an neue Spielformen und Technologien angepasst werden muss. Für die oft im rechtlichen Graubereich befindlichen Online-Wettbüros und andere Online-Glücksspiele wollen wir einen verbindlichen Ordnungsrahmen setzen und staatliche Lizenzierungen schaffen, um damit den weitgehend unregulierten und besonders suchtgefährdenden Schwarzmarkt auszutrocknen. Einrichtungen der Suchthilfe werden wir mit den staatlichen Einnahmen aus der Lizenzierung und der Besteuerung des Glücksspiels deutlich besser finanziell und personell ausstatten.~~

## **Begründung**

falsches Kapitel!

Das Thema Glücksspiel wirkt im ganzen Kapitel fehl am Platz. Wenn Verbraucherschutz jenseits von Lebensmitteln eine Rolle spielen soll, kann hingegen nicht Glücksspiel das einzige Thema sein. Dann müsste auch zum Online-Handel, Garantien, Umtauschrecht, unzulässiger Werbung, etc. irgendwas im Programm stehen. Vgl AA zu K1.

**P1-197**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-197: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 197 einfügen:**

besser finanziell und personell ausstatten.

In der Prävention gegen das Glücksspiel mag staatlich betriebenes Lotto und staatliche Lotterie richtig zu sein, damit die Betroffenen nicht auch noch betrogen werden können. Unbegreiflich ist aber, dafür gross zu werben, nämlich mit rund 25 % der Einnahmen.

**P1-198**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Kreisverband Aschaffenburg Stadt (beschlossen am:  
19.04.2018)

**Titel:** P1-198: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

**In Zeile 198:**

~~Ein Land~~Bayern - Eine Fahrkarte

**In Zeile 210:**

~~Garantiert Mobil—neue Wege gehen~~  
Mobilitätsgarantie für Bayern

**In Zeile 220 einfügen:**

Bahnland Bayern

50% der Bahnstrecken in Bayern sind nicht elektrifiziert. Dieselloks gehören samt Lärm und Abgasen längst ins Museum. Wir Grüne werden in den nächsten 10 Jahren mit einem Investitionsprogramm in die Elektrifizierung der bayerischen Bahnstrecken und für die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken - wie zum Beispiel die Steigerwaldbahn und die Bachgaubahn - den Schienenverkehr zum flächendeckenden und umweltfreundlichen Verkehrsmittel Nr. 1 ausbauen. Nicht nur in den Ballungsräumen, sondern flächendeckend für das ganze Land.

## **Mehr Platz fürs Radl**

**P1-211**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-211: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 211 bis 214 löschen:**

Auch auf dem Land wollen wir eine Alternative zum Auto bieten. ~~Wir machen aber auch für all diejenigen Mobilitätspolitik, die keinen Führerschein haben, sich kein Auto leisten können oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Autofahren dürfen.~~ Wir wollen flächendeckende Grundversorgung im Sinne einer

## **Begründung**

Wir wollen für ALLE eine Alternative zum Auto bieten und machen natürlich auch eine Mobilitätspolitik für alle.



**P1-220**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P1-220: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Von Zeile 220 bis 223 löschen:**

### **Mehr Platz fürs Rad!**

Dem Rad! gehört die Zukunft: Gesund, schnell, billig, flächensparend und umweltfreundlich. Immer mehr Pendlerinnen und Pendler setzen auch im Alltag aufs Rad!, beflügelt von eBikes und Pedelecs. Wir wollen das Fahrrad zur dritten

## **Begründung**

(da man es etwas schlecht lesen kann: Ersetze im ganzen Text "Radl" durch "Rad")  
. Nicht ganz Bayern spricht bairisch. In Unterfranken z.B. ist der Begriff "Radl" nicht gebräuchlich.

**P1-232**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-232: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 232 löschen:**

**~~KOA-DRITTE!~~ Keine 3. Startbahn im Erdinger Moos**

## **Begründung**

KOA ist nicht jedermann verständlich.

**P1-233**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P1-233: Projekte zu Kapitel 1

## Beschreibung

**Von Zeile 233 bis 238 löschen:**

~~Es gibt keinen Bedarf für eine weitere Start- und Landebahn. Der Flughafen hat eine Kapazität von 480.000 Flugbewegungen pro Jahr, die bei weitem nicht genutzt wird. Außerdem: Über 300 Millionen Euro hat der Flughafen in den letzten Jahren dafür ausgegeben, künstlich Flugbewegungen nach München zu holen. Dabei brauchen wir hier kein internationales Drehkreuz. Zwei Bahnen reichen für die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Südbayern.~~

**In Zeile 242 einfügen:**

nicht gebaut wird. Zwei Bahnen reichen für die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Südbayern. Zudem gibt es keinen Bedarf für eine weitere Start- und Landebahn, da die jetzigen Kapazitäten an Flugbewegungen pro Jahr bei weitem nicht genutzt werden.

## Begründung

Wir sollten zuerst darstellen was wir wollen und dannach warum. Nicht umgekehrt. Deshalb diese Umformulierung.

- Wieviele Flugbewegungen es gibt spielt hier keine Rolle -> Deshalb wurde es gelöscht
- Ebenso das der Flughafen 300 Mio. Euro ausgegeben hat um Flugbewegungen

nach München zu holen. Die ist nicht wirklich ein gutes Argument gegen die 3. Startbahn -> Deshalb wurde es gelöscht

**P1-242**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Energie (beschlossen am: 07.04.2018)

**Titel:** P1-242: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**Nach Zeile 242 einfügen:**

*Forschungsreaktor München II – Schluss mit dem Atombombenmaterial.  
Auch 14 Jahre nach Inbetriebnahme wird der Forschungsreaktor München FRM II immer  
noch mit hoch angereichertem, waffenfähigem Uran (HEU) betrieben. Damit stellt der  
Garching Reaktor, in einer Zeit zunehmender internationaler Instabilität weiterhin ein  
erhebliches Weiterverbreitungs- und Gefahrenrisiko dar. Wir wollen eine rasche  
Umrüstung des einzigen deutschen HEU-Reaktors auf niedrig angereichertes Uran.  
Selbst die abgebrannten Brennelemente enthalten noch hoch angereichertes Uran und  
können so nicht endgelagert werden. Deshalb wollen wir eine schnelle Konditionierung  
dieser Brennelemente in Deutschland. Die geplante Lagerung im Zwischenlager in Ahaus  
ist unverantwortlich. Es müssen Alternativen geprüft werden, auch am Standort in  
Garching*

## **Begründung**

Als weiteres Projekt einfügen. Die Bayerische Staatsregierung hat gegen alle internationalen Abrüstungsbemühungen in den 90er Jahren den Bau und Betrieb des Garching Forschungsreaktors mit hoch-angereichertem, waffenfähigem Material durchgezogen. Die Auflage des Bundesumweltministeriums bis 2010 auf möglichst niedrig angereichertes Uran umzustellen wurde nicht umgesetzt. Eine Fristverlängerung bis 2018 wird wahrscheinlich wieder nicht umgesetzt. Jetzt wollen die Reaktorbetreiber sogar noch bis 2030 mit dem Bombenstoff weiterarbeiten. Das

widerspricht allen Bemühungen die Verbreitung von atomwaffenfähigem Material zu unterbinden. Während in 33 Ländern der Erde der Einsatz von hoch angereichertem Uran in Forschungsreaktoren beendet wurde, soll er nach dem Willen der Staatsregierung in Bayern noch mindestens 12 Jahre weiterbetrieben werden. Wegen des Garchingener Forschungsreaktors lagert in Deutschland mehr HEU als beispielsweise in Israel, im Iran, in Nordkorea, in Indien oder in Pakistan. Ebenso kümmert sich die Staatsregierung nicht um eine sichere Entsorgung der abgebrannten Brennelemente. Aktuell sollen die abgebrannten Brennelemente einfach nur in eine nicht geeignete Halle nach Ahaus gebracht werden. Es gibt 14 Jahre nach Inbetriebnahme des Reaktors immer noch keine belastbare Entsorgungsplanung, geschweige denn einen konkreten Bau von Entsorgungseinrichtungen.

### **Unterstützer\*innen**

KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)

**P1-242-3**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P1-242-3: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 242 einfügen:**

nicht gebaut wird.

### Reform der Agrarförderung

Wenn wir von Landwirtschaft sprechen, sprechen wir in der Regel von Betrieben mit Tierhaltung. Doch sind wir abhängig von Landwirtschaft, die auch gesunde, pflanzliche Lebensmittel für uns BayerInnen produziert, wenn wir aus vielerlei Gründen die Senkung des Fleischkonsums und anderen tierischen Produkte begrüßen. Deswegen wollen wir GRÜNEN nicht nur Landwirt\*innen unterstützend zur Seite stehen, die ihre Betriebe auf biologische Produktion und echte, artgerechte Tierhaltung umstellen, sondern auch jenen, die nur Pflanzen zur Lebensmittelproduktion für uns Menschen anbauen, dabei idealerweise nachhaltig, regional und ökologisch arbeiten, Gewässer, Böden und Artenvielfalt schützen. Auf Massenproduktion ausgelegte Subventionen lehnen wir ab. Den Schutz unserer Umwelt hingegen wollen wir fördern.

## **Begründung**

Regional und ökologisch bezieht sich bei uns immer auf tierhaltende Betriebe. Ein geringerer Tierkonsum muss aber bestenfalls ebenfalls regional und ökologisch aufgefangen werden. Die Alternativen zu tierischen Kalorien sollten nicht eingeflogen werden müssen. Aber wir brauchen Sie. Eine Förderung kann für

Landwirte, die sich umorientieren eine echte Alternative für ihren Betrieb offenbaren.  
Ganz in unserem Sinne, denn auch bei pflanzlicher Landwirtschaft gilt: „bio und regional“ schlägt „konventionell und importiert“.



**P1-242-4**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Emil Bein (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-242-4: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 242 einfügen:**

nicht gebaut wird.

### **Die Wertstofftonne – für eine nachhaltigere und einfachere Mülltrennung**

Mülltrennung will gelernt sein in Deutschland: Blaue Tonne, braune Tonne, gelber Sack – jede Gemeinde hat ein anderes System, mit zum Teil sehr unterschiedlichen Ansätzen und Recyclingenerfolgen. In vielen Gemeinden, so zum Beispiel in München, werden große Teile des Abfalls verbrannt und somit thermisch verwertet. Die stoffliche Verwertung sollte jedoch nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft immer vor der thermischen Verwertung angestrebt werden. In einer Wertstofftonne können die Bürger\*innen ihren Verpackungsmüll zusammen mit anderem stoffgleichen Müll entsorgen. Wir Grünen möchten, dass auch in Bayern solche neuen, einfacheren Modelle der Mülltrennung vermehrt erprobt werden und fördern die Gemeinden bei der Umsetzung. Dadurch tragen wir zusätzlich zu unserer Förderung von Initiativen zur Müllvermeidung dazu bei, die immer knapper werdenden Ressourcen unseres Planeten zu schonen.

## **Begründung**

Seit 1991 wurde das System der Mülltrennung und Wiederverwertung in Deutschland etabliert. Leider krankt das System und benötigt dringende Anpassungen: ein zu großer Teil des stofflich verwertbaren Mülls wird in

Müllverbrennungsanlagen unter Umweltkosten in Energie umgewandelt. Nach §6 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sollte die stoffliche Verwertung jedoch immer vor der sonstigen Verwertung (z.B. energetisch) angestrebt werden. Laut Umweltbundesamt wurden in Deutschland im Jahr 2015 zwar fast 100% der Kunststoffe verwertet, jedoch 53% davon energetisch, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte des Erdöl-lastigen Kunststoffes direkt in der Müllverbrennung landet. Die Bundesregierung hat zur Erhöhung der Recyclingquoten ein neues Verpackungsgesetz (VerpackG) für den 1.1.2019 beschlossen. Dieses bleibt jedoch weit hinter den Erwartungen von Umweltverbänden und Expert\*innen zurück und wurde nicht, wie erhofft, ein echtes Wertstoffgesetz, was eine vollständige und nachhaltige Kreislaufwirtschaft mit dem obersten Prinzip der Müllvermeidung zugrunde liegen gehabt hätte. Auch die Grünen haben im Bundestag deutliche Nachbesserungen gefordert (Drucksache 18/4648).

Die Wertstofftonne vereinigt den Verpackungsmüll sowie stoffgleiche Nichtverpackungen und wird von vielen Expert\*innen als sinnvolles Konzept gesehen, um die Recyclingquoten zu erhöhen. Neuartige Sortieranlagen können die Kunststoffe mittlerweile sehr genau trennen und dafür sorgen, dass möglichst viele Ressourcen wiederverwendet werden. Zudem vereinfacht die Wertstofftonne die Mülltrennung und erhöht somit die Akzeptanz der Bürger\*innen. Eine Einführung auf kommunaler Ebene braucht die richtigen Anreize und sollte von der künftigen Staatsregierung aktiv gefördert werden, auch finanziell.

Wir Grünen haben in diesem Programm fundierte Positionen zu vielen Themenbereichen. Über den Müll wird allerdings kaum ein Wort verloren. Mit diesem Projekt können wir zeigen, dass wir auch hier einen klaren Plan haben, wie es damit weitergehen soll: Weniger Müll, der einfacher und besser recycelt werden kann!

### **Unterstützer\*innen**

Marie-Luise Thierauf (KV Berchtesgadener Land), Hermann Brem (KV München-Stadt),  
Lyn Faltin (KV München-Stadt)

**P1-242-5**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alfred Mayer (KV München-Stadt)

**Titel:** P1-242-5: Projekte zu Kapitel 1

## **Beschreibung**

**In Zeile 242 einfügen:**

nicht gebaut wird.

Die hohen Fluggastzahlen beruhen auf einer unbegreiflichen Subventionierung des Flugverkehrs. Wir Grünen in Bayern werden uns für eine drastische Erhöhung der Start- und Landegebühren und über den Bundesrat für eine Streichung der Subventionen und eine Mineralölsteuer für den Flugtreibstoff einsetzen. Billigflüge gehören nicht zur sozialen Grundversorgung.

Die Forderung nach einer dritten Startbahn wird sich damit von selbst erledigen.

## **Begründung**

Der Änderungsantrag erklärt sich hoffentlich selbst.

**P2-006**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** P2-006: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

### **In Zeile 6 einfügen:**

Fakten von Fake News unterscheide, wie die Mechanismen sozialer Netzwerke funktionieren. wie ich mich gegen Cyber-Mobbing wehre, wie

**P2-012**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Bildung (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P2-012: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 12 bis 14:**

Inklusion, Integration, unterschiedliche Deutschkenntnisse der Schüler\*innen,  
vielfältige schüler\*innengerechte Unterrichtsformen

~~Inklusion, Integration, unterschiedliche Deutschkenntnisse der Schüler\*innen, Abkehr  
vom Frontalunterricht~~, der Wunsch nach individueller Förderung – die

## **Begründung**

Der Unterricht soll immer schüler\*innengerecht gestaltet werden. Hierbei ist es gilt es je nach unterrichtlicher Zielsetzung die Sozialform und Methodik auszuwählen. Hier haben frontale Phasen (Darbietung / Lehrkraft-Schüler\*innen-Gespräch) in der Vielfalt Unterrichtsformen genauso ihre Sinn wie Einzel- / Partner- und Gruppenarbeitsformen. Außerdem sind positive Formulierungen negativen vorzuziehen.

**P2-022**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-022: Projekte zu Kapitel 2

## Beschreibung

**Von Zeile 22 bis 27:**

~~Wo der Putz bröckelt, der Wind durchzieht und die Toilette stinkt, lässt es sich nicht gut lernen. Viele Schulen sehen heute genauso aus wie vor 40 oder 50 Jahren – nur sind sie oft in einem deutlich schlechteren Zustand. Kinder, Eltern und Lehrer\*innen sollen sich an den Schulen wohlfühlen und gesund bleiben. Im Zusammenwirken von Architektur und Unterrichtskonzepten gelingt die Entwicklung der Schule von heute für die Generation von morgen.~~

**In Zeile 34 einfügen:**

Architektur aufeinander abgestimmt werden. Im Zusammenwirken von Architektur und Unterrichtskonzepten gelingt die Entwicklung der Schule von heute für die Generation von morgen. So machen wir unsere Schulen fit für

## Begründung

Die Darstellung des Ist-Zustandes ist kein Projekt. Wir sollten zuerst sagen was wir wollen und dann warum.

Deshalb die Löschung von Zeile 22 - 27 und die Übernahme von "Im Zusammenwirken von Architektur und Unterrichtskonzepten gelingt die Entwicklung der Schule von heute für die Generation von morgen."

**P2-035**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Hochschule/Forschung/Technologie (beschlossen am:  
07.04.2018)

**Titel:** P2-035: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**In Zeile 35 einfügen:**

die Zukunft.

### **Demokratie an Hochschulen stärken**

Hochschulen sollen ein Ort gelebter Demokratie sein. Damit alle Gruppen der Hochschule in der akademischen Selbstverwaltung an den Entscheidungsprozessen gleichberechtigt mitwirken können, wollen wir eine paritätische Besetzung der Gremien vorantreiben. Hierfür muss das Hochschulgesetz umfassend reformiert und die Grundlage der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen gestärkt werden. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit voller Finanz- und Satzungsautonomie ein. Neben dem Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts werden wir der Verfassten Studierendenschaft auch ein politisches Mandat einräumen. Zudem wollen wir bayerischen Hochschulen künftig ermöglichen, auch Studentische Vizepräsident\*innen in die Hochschulleitung aufzunehmen.

## **Begründung**

Die Demokratisierung der Hochschulen ist eine wichtige Forderung, die wir als GRÜNE schon lange verfolgen. Nur wenn alle Statusgruppen gleichberechtigt in die akademische Selbstverwaltung eingebunden werden, können die notwendigen

wissenschaftlichen, gesellschaftspolitischen und ethischen Diskussionen im Bereich Forschung und Lehre vollumfänglich und ausgewogen geführt werden. Durch die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, wird zudem der kulturelle und soziale Austausch unter den Studierenden gestärkt und diese können, als mit Abstand größte Statusgruppe an den Hochschulen, ihren Forderungen auch öffentlich mehr Nachdruck verleihen.

Das Projekt wurde von der LAG schon im Zuge des Programmprozesses geschrieben, dann aber wegen der angepeilten Projektanzahl nicht in den Entwurf aufgenommen. Da nun auch die grünnahen Hochschulgruppen das Fehlen eines solchen Projektes bemängelt haben, haben wir entschieden die Aufnahme des Projektes doch noch zu beantragen.



**P2-037**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-037: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 37 bis 41 löschen:**

~~Wissenschaftler\*innen kämpfen mit prekären Beschäftigungsbedingungen. An bayerischen Hochschulen sind rund 70 Prozent des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt — bei den Universitäten ist der Anteil sogar noch höher; große Teile der Lehre werden mittlerweile durch Lehrbeauftragte ohne festen Arbeitsvertrag abgedeckt.~~

**In Zeile 45 einfügen:**

Wissenschaftler\*innen einen strukturierten Weg hin zur Professur ermöglichen. Dies hilft Wissenschaftler\*innen vor prekären Beschäftigungsbedingungen zu schützen.

## **Begründung**

Die Darstellung des IST-Zustandes ist kein Projekt.

Nach der Löschung und der Ergänzung liest sich das Projekt deutlich besser.

**P2-049**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Hermann Josef Brem (KV München-Stadt)

**Titel:** P2-049: Projekte zu Kapitel 2

## Beschreibung

### Von Zeile 49 bis 51:

Wir fordern für ~~drittmittel- und haushaltsfinanzierte~~ drittmittelfinanzierte Projekte sowie für Stiftungslehrstühle und -Institute an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen mehr Transparenz ~~zur Folgenabschätzung, um die Unabhängigkeit der Forschung und Lehre gewährleisten zu können~~. Wir werden dafür das Hochschulgesetz um umfassende Offenlegungspflichten ergänzen, wie es andere Bundesländer längst vormachen.

### Von Zeile 54 bis 57:

Finanzvolumen und Geheimhaltungsverpflichtungen, so dass ~~der~~ Auftraggeber, Kontext bzw. Verwendungszweck der Forschungsergebnisse klar hervorgehten. Projekte mit ~~militärischer Relevanz~~ militärischen Zielen müssen gesondert ausgewiesen werden. ~~Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse sollen für jede\*n kostenfrei verfügbar sein (Open Access)~~.

## Begründung

Mangelnde Transparenz ist v.a. ein Problem der durch Dritte finanzierten Forschungsprojekte, nicht der staatlichen Grundfinanzierung. Dies sollten wir präzisieren, sodass das Ziel dieses Wahlprojekts deutlich wird. Der Begriff

„Folgenabschätzung“ ist in diesem Zusammenhang nicht treffend, zumal wir über Forschung aller Fächer sprechen, also auch über naturwissenschaftliche Grundlagenforschung und Geistes- und Sozialwissenschaften (Wie soll beispielsweise die Folgenabschätzung eines Projekts zur Entstehung des Universums aussehen oder der Erforschung mittelalterlicher Literatur?) Mindestens genauso relevant wie einzelne Projekte sind von Dritten finanzierte Lehrstühle und Institute.

Der Begriff „militärische Relevanz“ ist definitorisch unklar und führt deshalb nicht zu dem vom Wahlprogramm verfolgten Ziel. Denn ein überwiegender Teil aller Forschungsprojekte aus Fahr- und Flugzeugbau, IKT und vielen anderen Technikfächern kann auch militärischen Nutzen und damit militärische Relevanz haben. Wenn aber nahezu alle Forschungsprojekte dieser Fächer als militärisch relevant ausgewiesen werden würden, würde keine Unterscheidbarkeit erreicht werden.

#### **Unterstützer\*innen**

Verena Osgyan, Jonathan Creed, Klaus Becker

**P2-072**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Petra Sander (KV Landsberg am Lech)

**Titel:** P2-072: Projekte zu Kapitel 2

## Beschreibung

### Von Zeile 72 bis 75:

Alleinerziehende und berufstätige Elternteile oft nicht mit der angebotenen  
Betreuungszeit der Kitas vereinbar. Deshalb legen wir u.a. ein Förderprogramm in Höhe  
von 28 Mio. Euro für längere bedarfsorientierte Öffnungszeiten der Kitas auf: Bis 2020 soll  
ein bedarfsgerechtes Netz aus Einrichtungen im Rahmen des Bundesprogramms  
KitaPlus aufgebaut werden und die Hälfte aller staatlich geförderten Kitas in Bayern bis  
20.00 Uhr geöffnet haben Qualität der Kindertagesbetreuung erhöht werden. Gute

## Begründung

Eine verordnete Verlängerung der Öffnungszeiten jeder zweiten staatlich  
geförderten Betreuungseinrichtung für Kinder geht an den Bedürfnissen von  
Kindern, Familien und Alleinerziehenden vorbei. Ausdrücklich hat der Gesetzgeber  
das Instrument der Bedarfsplanung eingerichtet. Damit soll zum einen der  
individuelle Bedarf erhoben zum anderen die wirtschaftliche Notwendigkeit  
abgebildet werden. Der Bedarf an Betreuungseinrichtungen in Großstädten und  
ihrem unmittelbaren Einzugsgebiet ist ein anderer als im ländlichen Raum. Deshalb  
ist es sinnvoller bedarfs- und schwerpunktorientiert Träger von  
Betreuungseinrichtungen in das Bundesprogramm „KitaPlus: Weil gute Betreuung  
keine Frage der Uhrzeit ist“ einzubinden, da sich deren Konzeption an den  
Besonderheiten und anderen Organisationsstruktur der längeren Öffnungszeiten  
(nicht unbedingt Betreuungszeiten) orientiert.

Eine generelle Öffnung der Kitas bis 20:00 Uhr erhöht außerdem den Druck auf Berufstätige von Seiten des Arbeitgebers.

**Unterstützer\*innen**

KV Landsberg am Lech, Sandra Pohlus

**P2-082**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-082: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 82 bis 85 löschen:**

~~Die Geburtenzahlen in Bayern steigen, die Kapazitäten der Geburtshilfestationen und der Hebammen nicht, weder im großstädtischen Raum noch auf dem Land. Im Gegenteil, mehr als 30 kleinere Geburtshilfestationen mussten in den letzten zehn Jahren schließen,~~

**In Zeile 94 einfügen:**

Haushalt ein. So sichern wir die flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfestationen in Bayern.

## **Begründung**

Die Darstellung des Ist-Zustandes ist kein Projekt.  
Deshalb die Streichung und die positive Umformulierung

**P2-094**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Ami Lanzinger (KV Erding), Andreas Krahl (KV Garmisch-Patenkirchen)

**Titel:** P2-094: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**In Zeile 94 einfügen:**

Haushalt ein.

### **Mehr Qualität für die Pflegeausbildung**

Die Einstiegszahlen in Ausbildungsberufe der Pflege sind auf einem guten Niveau. Dagegen steht die Höhe Anzahl der Menschen, die sich noch während der Ausbildung oder direkt nach dem Abschluss gegen den Beruf entscheiden. Dies liegt sehr häufig an schlechten Ausbildungsbedingungen, durch die sich Auszubildende immer früher mit einer zu hohen Arbeitsbelastung konfrontiert sehen.

Hohe Qualität in der Ausbildung muss gewährleistet werden, ohne Druck, eine ausgebildete Pflegekraft ersetzen zu müssen. Deswegen initiieren wir ein Förderprogramm für die Einstellung eines\*einer freigestellten Praxisanleiter\*in für zehn Auszubildende.

**P2-096**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-096: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 96 bis 100 löschen:**

~~Angesichts der demographischen Entwicklung und den sich wandelnden Bedürfnisse der Menschen ist die Konzentration der Pflege auf stationäre Einrichtungen kein Modell der Zukunft. Junge Pflegebedürftige werden durch fehlende Angebote benachteiligt. Die starre Trennung zwischen häuslicher, ambulanter und stationärer Pflege muss endlich überwunden werden.~~

**In Zeile 105 einfügen:**

ermöglichen Einsatz und Schulung von pflegenden Angehörigen. Für junge Pflegebedürftige schaffen wir dringend notwendige Angebote. Wir fördern diese

## **Begründung**

Aufzuführen was kein Modell der Zukunft ist hilft uns nicht dabei unser Projekt klar darzustellen. Außerdem ist dies ja auch gar nicht unser Projekt. Deshalb die Löschung und Ergänzung.



**P2-108**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Lisa Saalfrank (KV Hof)

**Titel:** P2-108: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**In Zeile 108:**

**Flächendeckende Krisendienste für Menschen ~~mit~~in psychischen  
~~Erkrankungen~~Notlagen**

## **Begründung**

Nicht jede seelische Notlage steht bereits im direkten Zusammenhang mit einer psychischen Erkrankung. Wir möchten Menschen präventiv schon dann helfen, bevor sich aus einer schweren Krise eine Krankheit entwickelt.

**P2-109**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-109: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 109 bis 112 löschen:**

~~Seelische Erkrankungen gehören zu den häufigsten Krankheiten unserer Zeit: ein Drittel der Bevölkerung durchlebt im Laufe des Lebens mindestens einmal eine seelische Krise aufgrund von Depressionen, Angststörungen, Suchterkrankungen, Psychosen oder Demenz.~~

## **Begründung**

Die Darstellung des Ist-Zustandes ist kein Projekt

**P2-130**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Starnberg (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** P2-130: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**In Zeile 130 einfügen:**

davon. Allein in Bayern leben etwa funktionale 700.000 Analphabet\*innen.

### **zusätzliches Projekt:**

#### **Förderung der Friedensbildung**

Auch ein friedliches Zusammenleben muss erlernt werden. Grundlagen dazu wollen wir in den Schulen legen. Aus diesem Grund wollen wir die Friedensbildung fächerübergreifend in den Schulen des Landes ausbauen. Das reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt. Dabei gilt es die bereits existierenden Angebote der Akteur\*innen aus den Bereichen der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer zu machen und über sie zu informieren

## **Begründung**

Es gilt, die bereits existierenden Angebote der Akteur\*innen aus den Bereichen der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer zu machen und über sie zu informieren. Insbesondere Lehrer\*innen soll damit der Zugriff auf thematische Materialien und Ressourcen vereinfacht sowie Beratung und Unterstützung bei ihrem Einsatz im Unterricht geboten werden.

Das gewaltfreie Zusammenleben in Schule und Gesellschaft ist ein hohes Gut und keineswegs selbstverständlich. Es bedarf dafür der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen von Gewalt, deren Ursachen und Entstehungsbedingungen.

Es bedarf ebenso der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt und der Entwicklung eines Bewusstseins davon, wie Menschen in ihrer Umgebung, in Deutschland und weltweit in Frieden zusammenleben können. Das Ringen um Antworten, das Bewusstwerden der eigenen Verantwortung und der eigenen Möglichkeiten, zum Frieden beizutragen, sowie die Förderung der eigenständigen Meinungsbildung haben in der Schule und in der außerschulischen Bildungsarbeit einen herausragenden Stellenwert.

Die abgeleiteten Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: Es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt.

Seit dem 8. Juni 2010 gibt es auch in Bayern eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr (Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland) zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen. Diese Vereinbarung ist laut Presseerklärung des Kultusministeriums ein „Angebot an die Gesellschaft“. Nach Auffassung des dort zitierten Generalmajors sind Jugendoffiziere „... ausgewiesene Experten in sicherheitspolitischen Fragen und für entsprechende Themen besonders gut geeignet. Sie können sehr gut auf die Schüler aller Bildungseinrichtungen eingehen und zum politischen Diskurs anregen ...“.

Leider fehlen in Bayern entsprechende Vereinbarungen des Kultusministeriums mit Akteur\*innen aus dem Bereich der Friedensbewegung und –pädagogik, wie sie inzwischen etwa in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg existieren.

**P2-150**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** P2-150: Projekte zu Kapitel 2

## Beschreibung

**Von Zeile 150 bis 154:**

~~Wir werden den Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen deutlich erhöhen, und das in allen Landesteilen. Unsere Zielmarke heißt: 50.000 neue Wohnungen mit Sozialbindung in den nächsten fünf Jahren. Dafür werden wir in der kommenden Landtagsperiode insgesamt 5 Mrd. Euro an Investition- und Fördervolumen bereitstellen.~~  
Wir werden bayernweit den Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen deutlich erhöhen. Unsere Zielmarke heißt: 5 Mrd. Euro für 50.000 neue Wohnungen mit 60 Jahren Sozialbindung in den nächsten fünf Jahren. Zur Sicherung des vorhandenen noch bezahlbarem Wohnraum werden wir die Möglichkeiten der Mietpreisbremse und von Erhaltungssatzungen voll ausschöpfen.

## Begründung

Die Lösung liegt nicht allein im Neubau, sondern auch in der langfristigen Sicherung von bestehendem und auch dem neu geschaffenen bezahlbarem Wohnraum. Daher müssen vorhandene Instrumente wie Mietpreisbremse und Erhaltungssatzungen geschärft werden und die Bindefrist deutlich erhöht werden auf 60 Jahre. In Bayern gibt es aktuell rund 110.000 Sozialwohnungen. Vor 20 Jahren waren es noch doppelt so viele. Doch durch das Auslaufen von Sozialbindungen reduziert sich der Bestand Jahr für Jahr. Die übrigen Änderungen strafen den Text ohne die Aussagen zu verändern.

**Unterstützer\*innen**  
Gülseren Demirel

**P2-154**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Frank Dürsch (KV München-Stadt)

**Titel:** P2-154: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**In Zeile 154 einfügen:**

bereitstellen.

Die bayerischen Städte und Gemeinden sollen einen aktiven Einfluss auf die Höhe des Mietpreis für Mietwohnungen erhalten. Deshalb soll, besonders in den Gemeinden mit hohen Mietpreisen, die öffentlichen Hand (d.h. Land, Städte und Gemeinden und ähnliches) ca. 25 % alle Mietwohnungen besitzen. Dadurch können über die von ihnen erhobene Miete die ortsüblichen Vergleichsmiete beeinflussen. Hierfür könnte hierfür die Stadt Wien Vorbild sein.

## **Begründung**

Da die Städte und Gemeinden am besten wissen wie Mietsituation ist, sollen diese einen bestimmen Einfluss auf diese erhalten. Es solle in diesen Fall über die erhobene Miete und dadurch beeinflusste die ortsüblichen Vergleichsmiete geschehen. Es muss aber durch aber durch anderen Instrumente wie Erhaltungssatzungen flektieren werde.

**P2-156**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-156: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 156 bis 160 löschen:**

~~In vielen Städten und Gemeinden ist Bauland für bezahlbaren Wohnraum umkämpft. Vielerorts wird zwar mit Hochdruck Bauland ausgewiesen, aber vom geschaffenen Baurecht dann nicht Gebrauch gemacht. Obendrein liegen jede Menge ungenutzte bebaubare Flächen brach. Oft nur deswegen, weil sich ihre Eigentümer durch einen späteren Verkauf höhere Gewinne versprechen.~~

## **Begründung**

Darstellung des Ist-Zustandes ist kein Projekt.

Alle Argumente werden in Zeile 161 -165 anschaulich als Projekt dargestellt.

Deshalb kann dieser Absatz entfallen.



**P2-157**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Anna Katharina Hanusch (KV München-Stadt)

**Titel:** P2-157: Projekte zu Kapitel 2

## Beschreibung

### Von Zeile 157 bis 165:

~~Vielerorts wird zwar mit Hochdruck Bauland ausgewiesen, aber vom geschaffenen Baurecht dann nicht Gebrauch gemacht. Obendrein liegen jede Menge ungenutzte bebaubare Flächen brach. Oft nur deswegen, weil sich ihre Eigentümer durch einen späteren Verkauf höhere Gewinne versprechen. die Steigerungen des Bodenwertes kommen kaum der Allgemeinheit zu Gute. Trickreiche Steuersparmodelle („Share Deals“) fördern die Grundstücksspekulation im großen Stil und zu oft werden dann Grundstücke nur gehalten und nicht bebaut.~~

~~Wir wollen Spekulationen mit Grund und Boden einen Riegel verschieben. Mit einer neuen Komponente im Grundsteuergesetz soll ein zusätzlicher Hebesatz zur höheren Besteuerung brachliegender innerörtlicher Grundstücke eingeführt werden. So können gezielt Liegenschaften mobilisiert und gleichzeitig der Flächenverbrauch reduziert werden.~~

Wir wollen Spekulationen mit Grund und Boden und Shared Deals einen Riegel verschieben. Brachliegende innerörtliche Grundstücke sollen über eine zusätzlichen Grundsteuer-Hebesatz höher besteuert und so aktiviert werden. Mit einer bayernweiten sozialgerechten Bodennutzung gewinnen wir Grundstücke für den geförderten Wohnungsbau. Staatliche Grundstücke und Bauten werden wir dauerhaft dem spekulativen Wohnungs- und Immobilienmarkt entziehen.

## Begründung

Die Bayrische Verfassung gibt klare Aufträge die bisher nur mangelhaft umgesetzt werden.

Art. 161 »Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.«

Art. 106 (2) Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Sozialer Wohnungsbau scheitert häufig nicht am Geld, sondern an den verfügbaren Flächen. Die sozialgerechte Bodennutzung hat sich in München seit mehr als 25 Jahren bewährt. Einige Gemeinden sind bereits nachgezogen. Viele fehlt jedoch das Know-How für die hierfür erforderlichen Städtebaulichen Verträge. Um landesweit geförderten Wohnungsbau zu ermöglichen soll der Freistaat hierfür unterstützend tätig werden (Beratung, etc.) und die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen Mindeststandard einer Bayer-SoBoN sorgen. Es fehlen Flächen für bezahlbaren Wohnungsbau, Schulen und sozialer Infrastruktur. Statt das Tafelsilber zu verkaufen soll der Freistaat sorgsam mit seinen Flächen umgehen. Auf diesen sollen alle, die für dauerhaft bezahlbaren und spekulationsfreien Wohnraum sorgen bauen können. Dies sind insbesondere gemeinnützige und staatliche/kommunale Wohnbaugesellschaften, Wohnbaugenossenschaften, Miethaussyndikate.

### **Unterstützer\*innen**

Gülseren Demirel

**P2-204**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-204: Projekte zu Kapitel 2

## Beschreibung

### Von Zeile 204 bis 214:

~~In vielen ländlichen Regionen sind keine schnellen Internetverbindungen verfügbar. Andere Länder sind längst im Gigabit-Zeitalter angekommen, in Bayern wurden falsche politische Entscheidungen getroffen und auf eine veraltete Technologie gesetzt. Die letzten Meter des Datennetzes von den Verteilerkästen an den Straßenrändern in die Häuser hinein bestehen meistens noch aus alten Telefon-Kupferkabeln. Das wirkt wie ein Nadelöhr und drosselt die Geschwindigkeit. Während man in den Städten in der Regel schnell unterwegs ist, gibt es auf dem Land ein Internet mit Tempolimit. Wir GRÜNEN sehen das als Frage der Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und der Lebensqualität auf dem Land. Schnelles Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge, deshalb fördern wir massiv den Ausbau von Glasfaser. Für alle.~~  
Wir GRÜNEN sehen die Internetversorgung als Frage der Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und der Lebensqualität auf dem Land. Schnelles Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge, deshalb fördern wir massiv den Ausbau von Glasfaser. Für alle. Insbesondere in den ländlichen Regionen, damit auch Bayern im Gigabit-Zeitalter ankommt.

## Begründung

Warum das Internet langsam bzw. schlecht ausgebaut ist spielt hier keine Rolle. Wir wollen das es in jedem Haus schnell wird. Darüber sollten wir reden und nicht über das was wir nicht wollen.

**P2-246**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P2-246: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

**Von Zeile 246 bis 250 löschen:**

~~Bisher erhalten Kommunen pauschale Fördermittel des Freistaats für den Straßenbau und -unterhalt. Darüber hinaus können Neu- und Ausbauprojekte gefördert werden. Ein Zuschuss für eine Sanierung setzt aber eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Straße voraus. Zuschüsse gibt es z.B. nur dann, wenn die Straße gleichzeitig auf eine bestimmte Breite ausgebaut wird.~~

## **Begründung**

Wir sollten davon reden was wir wollen und warum.

Die Zeilen 251 - 256 zeigen sehr gut wie das geht. Alle Argumente in diesem zu löschenden Absatz werden dort auch aufgeführt. Somit kann dieser Absatz entfallen.

**P2-269**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P2-269: Projekte zu Kapitel 2

## **Beschreibung**

### **In Zeile 269 einfügen:**

nehmen können. Für lebendige, attraktive Dörfer, in denen wir gerne leben.

### **Werkwohnungsbau und genossenschaftliche Wohnungen**

Auch soll der Werkwohnungsbau und der Bau von genossenschaftlichen Wohnungen gefördert werden.

## **Begründung**

Es muss was für Leute getan werden, die für eine Sozialwohnung zuviel verdienen, aber sich keine "Luxuswohnung" leisten können.

**P3-020**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P3-020: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**Von Zeile 20 bis 21 löschen:**

~~Immer mehr Aufgaben, unzählige Überstunden und eine Pensionswelle – das sind die Herausforderungen, vor der unsere Polizei steht.~~ Wir wollen die Polizei von

## **Begründung**

Die Aufzählung der Herausforderungen ist kein Projekt und sollte deshalb entfallen.

**P3-030**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P3-030: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**Von Zeile 30 bis 33 löschen:**

Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. ~~Gewalt gegen Sanitäter\*innen,  
Feuerwehrleute und Polizist\*innen durch überwiegend männlich alkoholisierte Täter vor  
allem in größeren Städten, an Wochenenden und zu Nachtzeiten, nimmt zu.~~ Wir wollen  
die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen, ein Landeslagebild

## **Begründung**

Es ist völlig egal von wem, wo und wann die Gewalt sich gegen Rettungskräfte richtet. Gewalt ist grundsätzlich zu verurteilen.

Dem folgenden Satz ist meiner Meinung nach nichts hinzuzufügen:

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen, die anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden.

**P3-037**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:  
09.04.2018)

**Titel:** **P3-037: Projekte zu Kapitel 3**

## **Beschreibung**

**In Zeile 37 einfügen:**

Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

**Gegen Überwachungsstaat und Polizeiwillkür - Novellen des  
Polizeiaufgabengesetzes rückgängig machen**

Die Einführung des Begriffes der "drohenden Gefahr" und der beliebig oft verlängerbaren Präventivhaft ins Polizeiaufgabengesetz werden wir ebenso wie die Neuerungen der PAG-Novelle vom Mai 2018 rückgängig machen. Wir stehen für Datensouveränität. Mit uns gibt es deswegen keine Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung. Auch die anlasslose Videoüberwachung von Demonstrationen lehnen wir ab. Eingriffe in Grundrechte, die mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz auch ohne vorherige richterliche Kontrolle möglich werden, bergen die Gefahr von willkürlichen Entscheidungen. Zudem ist das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei strikt zu wahren - für uns ist deswegen eine Ausstattung der Polizei mit Geheimdienstbefugnissen auf keinen Fall akzeptabel. Mit uns wird es keinen Überwachungsstaat geben!

## **Begründung**

Mit der Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) im Juli 2017 wurde die Grundlage für präventive polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung



der Betroffenen geschaffen. Zudem können Menschen nun quasi unbegrenzt präventiv in Haft genommen werden. Darauf aufbauend wird zurzeit an einer weiteren Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten soll. Damit möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen ausstatten: bspw. soll die Polizei Menschen ohne richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können oder Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Solcherlei Befugnisse für die Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Im Fall der Novelle vom Juli 2017 klagt die Landtagsfraktion auch dagegen. Wir möchten mit unserem Projekt klarstellen, dass wir nur Regierungsverantwortung übernehmen werden, wenn dieses Maßnahmenbündel rückgängig gemacht wird.

**P3-037-2**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)

**Titel:** P3-037-2: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**In Zeile 37 einfügen:**

Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

**Gegen Überwachungsstaat und gegen die Einschränkung unserer Bürgerrechte -  
Novellen des Polizeiaufgabengesetzes rückgängig machen**

Die Einführung des Begriffes der "drohenden Gefahr" und der beliebig oft verlängerbaren Präventivhaft ins Polizeiaufgabengesetz werden wir ebenso wie die umstrittenen Neuerungen der PAG-Novelle vom Mai 2018 rückgängig machen. Wir stehen für Datensouveränität. Mit uns gibt es deswegen keine Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung. Auch die anlasslose Videoüberwachung von Demonstrationen lehnen wir ab. Eingriffe in Grundrechte, die mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz auch ohne vorherige richterliche Kontrolle möglich werden, bergen die Gefahr von willkürlichen Entscheidungen. Zudem ist das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei strikt zu wahren - für uns ist deswegen eine Ausstattung der Polizei mit Geheimdienstbefugnissen auf keinen Fall akzeptabel. Mit uns wird es keinen Überwachungsstaat geben!

## **Begründung**

Der Kreisverband München-Land unterstützt ein Projekt, um die Novellierungen des Polizeiaufgabengesetzes zurückzunehmen. Im Unterschied zum gleichen Projekt

der Grünen Jugend wollen wir aber nicht von "Polizeiwillkür" sprechen und befürworten daher die vorliegende, geänderte Überschrift. Außerdem wollen wir mit dem Ausdruck die "umstrittenen" Neuerungen hervorheben, dass es um konkrete Inhalte der Novellen geht.

**P3-057**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P3-057: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

### **In Zeile 57 löschen:**

sieht, nach ~~CSU~~-Parteilpolitik ausgewählt worden zu sein.

## **Begründung**

Es ist nicht notwendig hier die CSU aufzuführen.

Wir wollen ja generell, durch die 2/3 Mehrheit, eine überparteiliche Auswahl der Richter\*innen.

**P3-067-2**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt (beschlossen am: 10.04.2018))

**Titel:** P3-067-2: Projekte zu Kapitel 3

## Beschreibung

**In Zeile 67:**

**Wahlalter ~~16~~14**

**In Zeile 69:**

mitzutragen haben. Deswegen wollen wir das Wahlalter ~~16~~14 bei allen Wahlen und

## Begründung

"Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk." (Artikel 2, Satz 1 der Bayerischen Verfassung) Auch Jugendliche gehören zum Volk. Aus diesem einfachen und staatsrechtlichen Grund ist es angebracht, allen Menschen, das Wahlrecht einzuräumen. Die Eignung dafür ist mindestens ab dem Alter von 14 Jahren gegeben. Denn nach Aussage von Entwicklungspsychologen beginnt bei Jugendlichen im Alter von etwa zwölf Jahren die Phase, in der sie zu differenziertem Denken und Urteilen in der Lage sind. Jugendliche sind auch bereits ab dem 14. Lebensjahr strafmündig, religionsmündig und beschränkt geschäftsfähig. Die Interessen junger Menschen zu berücksichtigen ist wichtiges Ziel Grüner Politik. Daher ist es notwendig und konsequent junge Menschen politisch mitentscheiden zu lassen. Wahlen sind ein zentrales Instrument politischer Teilhabe und es muss

schrittweise für alle da sein.

Gerade in unserer alternden Gesellschaft ist es elementar die Stimme der jungen Menschen stärker einzubinden. Deshalb setzt sich auch der Bayerische Jugendring eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein. Wichtig ist dabei die gesellschaftliche und politische Bildung in unseren Schulen deutlich zu stärken, wie wir es an mehreren anderen Stellen in unserem Wahlprogramm fordern.

**P3-088**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P3-088: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**Von Zeile 88 bis 92:**

~~Mindestens 55.000 Frauen in Bayern werden jährlich Opfer von sexualisierter Gewalt. Über 140.000 Frauen erleben häusliche Gewalt. Wer Hilfe sucht, steht oft vor verschlossener Tür: Die Ausstattung und Finanzierung der Frauenhäuser und Notrufe im Freistaat ist beschämend schlecht. Wir GRÜNEN setzen uns für den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein.~~  
Wir GRÜNEN setzen uns für den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein. Damit jeder der Hilfe sucht, auch welche bekommt. Der

## **Begründung**

Die Darstellung des Ist-Zustandes ist kein Projekt.

Nach der Streichung beschreiben wir positiv unser Projekt.

**P3-115**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P3-115: Projekte zu Kapitel 3

## Beschreibung

**Von Zeile 115 bis 119:**

~~Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts belegt, dass 44% der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität bereits persönlich im Bildungs- oder Arbeitskontext diskriminiert wurden. Insbesondere Jugendliche im ländlichen Raum haben~~ Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen Raum schaffen, die die LSBTIQ\*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen, sie in ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung anbieten. Denn insbesondere Jugendliche im ländlichen Raum haben noch keine qualifizierten Anlaufstellen, an die sie sich in dieser

**Von Zeile 121 bis 123 löschen:**

~~Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen Raum schaffen, die die LSBTIQ\*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen, sie in ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung anbieten.~~

## Begründung

Die Darstellung des Ist-Zusandes ist kein Projekt  
Deshalb die Löschung und Umformulierung



**P3-125**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P3-125: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**Von Zeile 125 bis 126 löschen:**

~~Bayern ist seit über zweihundert Jahren ein hierarchisch strukturierter Zentralstaat. Was lange Zeit ein Vorteil war, ist heute oft hinderlich.~~ Statt

## **Begründung**

Die Darstellung von Bayern als Zentralstaat ist hier schlicht nicht notwendig.

**P3-127**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** P3-127: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

### **In Zeile 127:**

von München aus zentral und **willkürlich**bürgerfern zu entscheiden, welche regionalen

## **Begründung**

"Willkürlich" halten wir an der Stelle für unpassend.

**P3-149**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** P3-149: Projekte zu Kapitel 3

## **Beschreibung**

**In Zeile 149 einfügen:**

abschließen.

Um die Funktion von Kultur als Dialogstifter zu verstärken, wollen wir sowohl die Präsentation bayerischer Kultur aus allen Sparten im Ausland fördern, als auch internationalen Künstlern den Austausch in Bayern ermöglichen.

## **Begründung**

mündlich

**P4-012**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV München (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** P4-012: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

**In Zeile 12 einfügen:**

Lehramtsstudierende müssen im Umgang mit interkulturellen **und**  
**antirassistischen** Themen geschult werden

**P4-038**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Integration Flucht Migration (beschlossen am:  
18.04.2018)

**Titel:** P4-038: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

**Von Zeile 38 bis 39 einfügen:**

Angeboten. Sachkostenersatz und dem Ausbau staatliche Strukturen zur Integration wollen wir die Ehrenamtlichen entlasten. Der Betreuungsschlüssel von 1:150 bei der Asylsozialarbeit muss umgesetzt werden. Wir werden die Selbstorganisationen von Migrant\*innen

## **Begründung**

Konkretisierung

**P4-042**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales und Uwe Kekeritz (KV  
Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (beschlossen am: 06.04.2018)

**Titel:** P4-042: Projekte zu Kapitel 4

## Beschreibung

**In Zeile 42:**

**Unsere Mitverantwortung: ~~Fluchtursachen bekämpfen~~ Ende der Rüstungsschmiede Bayern!**

**Von Zeile 44 bis 55:**

~~Mitverantwortung an der humanitären Tragödie millionenfacher Flucht. **Deshalb werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir wollen deshalb den Stopp aller Exporte von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern in Kriegs- und Krisengebiete sowie ein Ende der Sonderrolle Bayerns in der Rüstungsexportpolitik. An den Universitäten werden wir uns für deutlich mehr Friedensforschung statt Militärforschung einsetzen. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene für strukturelle Reformen zur Bekämpfung von Fluchtursachen stark machen, zugleich aber die bayerischen Landesmittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen erhöhen, um damit eine intensive Kooperation mit ausgewählten Herkunftsländern zu unterstützen. Eine Verbesserung ihrer Perspektiven durch konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaften ist sowohl im bayerischen als auch im Interesse dieser Staaten.**~~

Wir wollen deshalb den Stopp aller Exporte von Kriegs- und Rüstungsgütern in Krisen- und Konfliktgebiete und solche Länder die sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligen oder systematisch gegen Menschenrechte verstossen. Zusätzlich fordern wir

eine deutliche Verstärkung der Endverbleibskontrolle. An den Universitäten werden wir uns für deutlich mehr Friedensforschung einsetzen.

**Begründung**  
mündlich

**P4-044**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** P4-044: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

**Von Zeile 44 bis 45 löschen:**

Mitverantwortung an der humanitären Tragödie millionenfacher Flucht. ~~Deshalb werden wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen Fluchtursachen zu bekämpfen.~~

## **Begründung**

Der Satz kann entfallen. Es liest sich deutlich besser wenn wir direkt nach dem einleitenden Satz unsere Argumente bringen.

Außerdem kommt "Bekämpfung von Fluchtursachen " schon zwei mal in Zeile 46 - 55 vor



**P4-046**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ingolstadt (beschlossen am: 18.04.2018)

**Titel:** P4-046: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

**Von Zeile 46 bis 47 löschen:**

Wir wollen deshalb den Stopp aller Exporte von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern ~~in  
Kriegs- und Krisengebiete~~ sowie ein Ende der Sonderrolle Bayerns in der

## **Begründung**

Was sind Kriegs- und Krisengebiete? Vor eine paar Jahren war noch die Türkei als NATO-Partner keine Kriegs- und auch Krisengebiet! Und wir haben zum Teil (durch Zustimmung für Rüstungsexporte) mitgewirkt, dass Herr Erdogan in der Türkei zu dem wurde was er heute ist. Warum sind wir Grünen (als ehemals pazifistische Partei) überhaupt für irgendeine Art von Rüstungsexporte? Eine Nationale aber vor allem Europäische Verteidigungspolitik und die Fähigkeit zum Schutz von Zivilisten und Schutzbedürftigen sollte erstrebenswert sein. Eine Europäische Eingreiftruppe die Menschen/Zivilisten in Krisengebieten schützt ist sehr wichtig und sollte erschaffen werden. Aber bitte keine Rüstungsexporte und zwar gar keine.

**P4-048**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Peter Heilrath (KV München-Stadt)

**Titel:** P4-048: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

**In Zeile 48 einfügen:**

Rüstungsexportpolitik. Den Rüstungsunternehmen wollen wir Programme anbieten, die einen sozialverträglichen und qualitätssichernden Übergang zu geringeren Absatzzahlen ermöglichen sollen. An den Universitäten werden wir uns für deutlich mehr

## **Begründung**

Zwei Gründe: Zum einen hat die gewollte Reduktion von Rüstungsexporten freilich unmittelbar Einfluß auf die Absatzzahlen der Unternehmen und damit auch mögliche soziale Effekte bei den Arbeitnehmern. Diese Effekte sollen abgemildert werden - im Sinne der Arbeitnehmer, aber auch um das Arbeitsplatzargument zu entkräften. Zum andern wollen wir das die Qualität der militärischen Ausstattung der Bundeswehr nicht sinkt. Mögliche Zusammenhänge zwischen Qualität und Absatzzahlen sollen überprüft und abgefedert werden.

**P4-055**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Europa, Frieden & Internationales und Uwe Kekeritz (KV  
Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (beschlossen am: 06.04.2018))

**Titel:** **P4-055: Projekte zu Kapitel 4**

## **Beschreibung**

**In Zeile 55 einfügen:**

bayerischen als auch im Interesse dieser Staaten.

**Fluchtursachen bekämpfen fängt vor der Haustür an: Bayern kauft fair!**

Wir treten für ein Landesvergabegesetz ein, das ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien in der öffentlichen Beschaffung verbindlich fest schreibt. Unser Wohlstand darf nicht länger auf dem Rücken und mit dem Leid der Ärmsten in aller Welt gesichert und gesteigert werden. Bayern wird sich unter grüner Regierungsbeteiligung im Bundesrat für verbindliche Sozial- und Umweltstandards in globalen Lieferketten einsetzen und so die bayerischen Global Player in ihrer Vorreiterrolle weiter voran bringen.

Wir werden darüber hinaus in einem Dialogprozess mit Bürger\*innen und Verbänden die „Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie“ weiterentwickeln, mit dem Ziel die SDGs dort zu verankern und im alltäglichen Leben aller Bayer\*innen mit Leben zu füllen. In diesem Zug werden wir die Arbeit des Eine-Welt-Netzwerk-Bayern stärken.

**Begründung**  
mündlich

**P4-055-2**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Ostallgäu-Kaufbeuren (beschlossen am: 10.04.2018)

**Titel:** P4-055-2: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

**In Zeile 55 einfügen:**

bayerischen als auch im Interesse dieser Staaten.

Wer GRÜN wählt, der

- erklärt sich solidarisch mit der Friedensbewegung und wendet sich gegen deutsche Kriegseinsätze
- unterstützt eine komplette Bestandsaufnahme der bayerischen Rüstungsindustrie
- unterstützt die nachhaltige Finanzierung und Ausgestaltung einer bayerischen Stiftung für Konversion, Friedensforschung und Friedensbildung
- unterstützt den sozialverträglichen Umbau der bayerischen Rüstungsindustrie hin zur zivilen und gesellschaftlich wertvollen Produktion
- unterstützt die Erarbeitung eines Konzeptes zur Militärkonversion
- fördert mehr globale Unternehmensverantwortung durch entsprechende bayerische Wirtschaftspolitik
- setzt sich für Friedensbildungsangebote für die bayerischen Schulen ein
- setzt sich dafür ein, dass keine Forschungsgelder in die Rüstungsindustrie fließen
- unterstützt eine bayerische Initiative im Bundesrat, dem Atomwaffensperrvertrag der UN beizutreten

## **Begründung**

Wir GRÜNE verstehen uns als Friedenspartei.

**P4-055-3**

# Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Margarete Bause (KV München-Stadt)

**Titel:** P4-055-3: Projekte zu Kapitel 4

## **Beschreibung**

### **In Zeile 55 einfügen:**

bayerischen als auch im Interesse dieser Staaten.

### **Einrichtung einer Landesstiftung für politisch Verfolgte**

Menschenrechte zu schützen ist eines unserer zentralen politischen Ziele. Menschen, die für Rechte wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder Gleichberechtigung eintreten, werden weltweit eingeschüchtert, verfolgt, gefoltert und manchmal sogar umgebracht. Wir haben in Deutschland eine besondere Verantwortung, uns überall auf der Welt für Menschen zu engagieren, die mutig ihre Stimme gegen Unrecht erheben. Zu diesem Zweck wollen wir, nach dem Vorbild der Hamburger Stiftung, eine Landesstiftung für politisch Verfolgte gründen, die Menschenrechtsverteidiger\*innen und gegebenenfalls ihren Familien temporären Schutz, eine Unterkunft und ein Stipendium gewährt. So können wir politisch Verfolgte aus akuten Bedrohungslagen retten und sie bei der Bildung von Netzwerken unterstützen, damit sie in Deutschland und nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat ihre Menschenrechtsarbeit fortzusetzen können.

### **Unterstützer\*innen**

Susanne Kurz, Ursula Krusche, Arne Brach, Hermann (Beppo) Brem, Heidi Schiller, Else Huber, Guido Bucholtz, Eva Döring, Andreas Baier, Gülseren Demirel, Stefan Christoph, Martin Knobel, Christine Kamm, Samuel Moser, Bernhard Bystron, Peter Heilrath, Maria

Genschorek, Doris Kubista, Sophie Harper, Ssaman Mardi, Frank Dürsch, KV Nürnberg  
(beschlossen am 19.04.18)

**A1-023**

# **Antrag**

## **Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid**

### **Initiator\*innen:**

LAG Medien- und Netzpolitik (Beschluss vom 16. April 2018), Bezirksvorstand Schwaben (Beschluss vom 11. April 2018), Bezirksvorstand Oberbayern (Beschluss vom 19. April 2018), Kreisverband Nürnberg (Beschluss vom 19. April 2018), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries), Anna-Maria Lanzinger (KV Erding), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt), Markus Büchler (KV München-Land), Tina Winklmann (KV Schwandorf), Mia Pörtl (KV Rottal-Inn), Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg), Benni Adjei (KV München-Land), Marlene Schönberger (KV Landshut-Land), Veronika Zeichinger (KV Regensburg-Stadt), Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt), Robert Zimmermann (KV Regensburg-Stadt), Michael Mittag (KV Regensburg-Stadt), Sven Seeberg-Elverfeldt (KV Regensburg-Stadt), Bernhard Wildangel (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land), Michael Gerr (KV Würzburg-Stadt), Andrea Liebig (KV Würzburg-Land), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Matthias Kunad (KV Würzburg-Land), Fred Stahl (KV Würzburg-Land), Britta Huber (KV Würzburg-Land), Sven Winzenhörlein (KV Würzburg-Land), Maximilian Bender (KV Würzburg-Land), Stefan Pöhler (KV Würzburg-Land), Hubert Hofmann (KV Würzburg-Land), Jennifer Seeger (KV Würzburg-Land), Christina Feiler (KV Würzburg-Land), Andrea Angenvoort-Baier (KV Würzburg-Land), Wolfram Bieber (KV Würzburg-Land), Florian Leiner (KV Würzburg-Stadt), Carolin M. Angulo Hammes (KV Würzburg-Stadt), Jonas Kobinger (KV München), Stephan Clemens (KV München), Gregor Scheringer (KV Memmingen (beschlossen am: 16.04.2018))

**Titel:** **A1-023: Fahrplan für Bayern nach der Landtagswahl**

---

**Von Zeile 23 bis 28 löschen:**

~~Über den ausgehandelten Koalitionsvertrag wollen wir die gesamte Partei entscheiden lassen. Dazu organisiert der Landesverband eine elektronische Abstimmung, in der die Gesamtheit der Mitglieder über die Annahme bzw. Ablehnung des Koalitionsvertrags befragt wird. Anschließend beschließt der Landesvorstand im Sinne des Ergebnisses der Befragung. Die Abstimmung ist mindestens 24 Stunden geöffnet.~~

**Von Zeile 36 bis 37:**

wollen wir nach eingehender Debatte ~~eine Empfehlung an die Mitglieder über die Annahme bzw. die Ablehnung des ausgehandelten Koalitionsvertrags verabschieden.~~ über die Annahme des ausgehandelten Koalitionsvertrags entscheiden.

### **Begründung**

#### **Grundsätzliche Probleme von Onlinewahlen und -abstimmungen**

Sowohl BAG und LAG Netzpolitik als auch die Netzbegründung haben sich mehrfach aus guten Gründen gegen elektronische Abstimmungsverfahren, insbesondere Online-Verfahren, ausgesprochen. Online-Abstimmungsverfahren haben die generelle Problematik, dass sie nicht gleichzeitig eine geheime Wahl („es ist nicht nachvollziehbar, wie ich persönlich abgestimmt habe“) und eine allgemeine Wahl („meine Stimme zählt – und zwar genau soviel wie jede andere Stimme auch, und ich kann das auch nachvollziehen“) ermöglichen. Wie genau eine geheime und allgemeine Onlineabstimmung, die gleichzeitig manipulationssicher ist, umgesetzt werden kann, ist derweil noch nirgends zufriedenstellend gelöst worden. Zudem kann ein Großteil der Menschen abseits weniger Expertinnen und Experten nicht nachvollziehen, was das Computerprogramm intern macht - eine klassische öffentliche Urnenwahl, kann hingegen jede\*r ohne spezielle Kenntnisse beobachten und nachvollziehen, im Zweifelsfall indem einfach die Stimmzettel nachgezählt werden. Die Online-Abstimmung erfordert deshalb einen großen Vertrauensvorschuss.

In seinem „Wahlcomputer-Urteil“ von 2009, in dem Wahlcomputer und damit letztlich auch Online-Wahlen als verfassungswidrig gewertet wurden, legt das Bundesverfassungsgericht eben diese Maßstäbe an. Ein Abstimmungssystem muss ohne technische Kenntnisse nachvollzogen werden können. Insbesondere kann eine solche Nachvollziehbarkeit bei Abstimmungen zu weitreichenden politischen



Entscheidungen nicht durch eine sicherheitstechnische Überprüfung von Mustergeräten (im Rahmen eines Auditings) umgangen werden. Wahlsysteme, die diesen strengen Kriterien genügen, sind derzeit nicht auf dem Markt – wir glauben nicht, dass sie technisch überhaupt umsetzbar sind.

Für „nichtpolitische Wahlen“ können die Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere der Allgemeinheit und auch der Geheimheit, prinzipiell eingeschränkt werden, wenn es dafür einen schlagenden Grund gibt. Allerdings finden wir es falsch, die Entscheidung über eine Regierungsbeteiligung als „nichtpolitische“ Entscheidung verbuchen zu wollen.

Ein Online-Verfahren bietet nicht zuletzt die Möglichkeit einer gezielten Manipulation des Ergebnisses (Hack-Angriff), die wiederum sehr schwer festgestellt werden kann. Besonders bei der Frage einer Regierungsbildung kann es von verschiedensten Interessensgruppen auch in Betracht gezogen werden, das Ergebnis tatsächlich in die für sie „richtige“ Richtung biegen zu wollen.

### **Landesparteitag nicht entmachten**

Der vorliegende Antrag sieht vor, dass der Landesparteitag als reguläres oberstes beschlussfassendes Gremium der bayerischen Grünen nicht über die Annahme eines Koalitionsvertrags abstimmen soll. Stattdessen gibt er nur eine Empfehlung ab, die in einem unverbindlichen Votum der Mitglieder mündet. Am Ende dieser Kette soll schließlich der Landesvorstand diese Entscheidung fällen. Dies ist in sich unlogisch, da es letztlich auch keinen echten Mitgliederentscheid darstellt.

Der Landesparteitag als Vertretung der Basis der bayerischen Grünen muss weiterhin als oberstes beschlussfassendes Gremium agieren. Nachdem eine verbindliche Urabstimmung aus Zeitgründen unrealistisch ist und ein elektronisches Meinungsbild einerseits technisch unsicher ist, andererseits faktisch diese wichtige Entscheidung an den Landesvorstand delegieren würde, ist die Entscheidung auf einem Landesparteitag das basisdemokratischste mögliche Verfahren.

### **Keine digitale Urabstimmung durch die Hintertür**

Der Antrag spricht davon, dass Mitglieder entscheiden sollen. Dafür sollen Mitglieder "befragt" werden und ein Votum vergeben. Der Landesvorstand soll dann "im Sinne" der Mitglieder entscheiden. Dies ist eine Urabstimmung durch die Hintertür. Wir haben eine Urabstimmungsordnung, die klar die Initiierung einer solchen Abstimmung regelt, inklusive Fristen und Durchführungsbestimmungen. Zudem ist die Möglichkeit zur Durchführung einer Urabstimmung in der Satzung verankert. Die vorgeschlagene Vorgehensweise ist nicht eindeutig definiert und soll als neues Verfahren in einem einfachen LDK-Beschluss gefasst werden. Das ist nicht im Sinne der durch 2/3-Mehrheiten festgelegten Satzung. Man muss sich den Folgen einer erstmaligen Initiierung und Zulassung eines solchen Verfahrens bewusst sein – es kann dann immer wieder beantragt werden.

Außerdem ist nicht geregelt bis wann man Mitglied der GRÜNEN geworden sein muss, um abstimmen zu dürfen sowie was mit Mitgliedern ist, die kein (schnelles) Internet haben.

### **Debatte auf Bundesebene abwarten**

Die Debatte zur Durchführung auf Online-Abstimmungen wird gerade auf Bundesebene in der AG Digitale Abstimmung geführt. In einem Prozess, der im März 2018 gestartet ist, soll diskutiert werden, ob und ggf. wie Online-Abstimmungen aussehen könnten und, falls man sich dafür aussprechen würde, welche Anforderungen wir als GRÜNE an solche Abstimmungen stellen würden. Die Debatte soll bis Herbst 2018 laufen. Es wäre absurd, wenn man auf Bundesebene zu anderen Schlüssen kommen würde und Bayern jetzt eine Vorfestlegung trifft, eine faktische Online-Abstimmung durchzuführen.

### **Lasst uns für die Debatte mehr Zeit nehmen**

Wir sollten die Debatte und den Input der AG Digitale Abstimmung abwarten und schauen, was auf Bundesebene beschlossen wird. Innerhalb unseres Landesverbands sollten wir im Anschluss/parallel eine längerfristige Debatte führen, mit welchen Mitteln wir mehr Beteiligung erreichen und falls auf Bundesebene die Signale in Richtung Online-Abstimmung positiv sind, wir überlegen, wann und wie und zu welchem Zweck wir dieses Instrument einsetzen wollen und wozu Online-Abstimmungen überhaupt geeignet sind, bevor hier vorschnell Fakten geschaffen werden.

**A1-027**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **A1-027: Fahrplan für Bayern nach der  
Landtagswahl**

---

**In Zeile 28:**

mindestens ~~24~~48 Stunden geöffnet.

## **Begründung**

Eine längerer Abstimmungszeitraum von min. 48 Stunden erhöht die Wahrscheinlichkeit das alle Mitglieder die Möglichkeit zur Abstimmung haben.

**A2-002**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **A2-002: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

**In Zeile 2:**

**Wir fordern ~~Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer~~ die Bundesregierung auf,  
endlich die Autokonzerne**

**In Zeile 5:**

**auszugeben „es gäbe keinen Grund zur Panik“, sollte ~~er~~ sie konkrete Maßnahmen**

## **Begründung**

1. ist Scheuer nicht allein verantwortlich sondern z.B. auch die Kanzlerin und indirekt auch die die Regierung tragende SPD und 2. sollten wir so wenig wie möglich konkrete Namen nennen

**A2-006**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** LAG Verkehr-Planen-Bauen (beschlossen am: 14.04.2018)

**Titel:** **A2-006: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

**In Zeile 6 löschen:**

**ergreifen. ~~Der Schritt in die ökologische Verkehrswende ist dringender denn je.~~**

## **Begründung**

Der Satz ist zwar richtig aber nicht in diesem Kontext. Motoren umzurüsten hat wenig bis nichts mit der notwendigen Verkehrswende zu tun.

**A2-030**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **A2-030: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

**In Zeile 30:**

- die Elektrifizierung von **wichtigen**~~allen~~ Bahnstrecken. Wir fordern daher eine

**Von Zeile 33 bis 34:**

- Regionalverkehrsstrecken, die **auch-in-Zukunft**~~noch~~ nicht elektrifiziert **werden-können**~~sind~~ soll die Frage der Emissionsfreiheit von Antrieben berücksichtigt

## **Begründung**

Warum sollten wir, vor unserem Ziel alle Bahnstrecken zu elektrifizieren, schon kapitulieren?

Wir fordern doch alle Bahnstrecken zu elektrifizieren um dadurch eine maximal ökologische Lösung zu erhalten!

Wir bleiben unserem Ideal treu!

**A2-044**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** **A2-044: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

**Von Zeile 44 bis 45 löschen:**

**~~Wir fordern die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene einzusetzen für~~**

## **Begründung**

Diese Detailierung ist hier nicht notwendig. Die Wenigsten wissen wer wann für was zuständig ist. Somit der Verständlichkeit abträglich. Nach der Löschung wären alle Forderungen an die Staatsregierung in einer Abfolge. Dies würde die Verständlichkeit deutlich erhöhen und unsere Argumente besser zur Geltung bringen.

**A2-047**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Alexander Merkouris (KV Ingolstadt)

**Titel:** **A2-047: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

**Nach Zeile 47 einfügen:**

- **ein Förderprogramm, ähnlich dem Umweltbonus von reine Elektro- und Plug-In-Hybrid-Neuwagen, zur Umrüstung bestehender Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren in reine Elektrofahrzeuge.**

## **Begründung**

Mit ein zusätzliches Förderprogramm (z.B. mit bis zu 7,000 €/Fahrzeug) zur Finanzierung der Umrüstung von PKWs mit Verbrennungsmotoren (vor allem mit Dieselmotoren) in reine Elektrofahrzeuge, könnten folgende positive Synergieeffekte erzeugt werden.

Mit so einer Förderung, ähnlich der Forderungen (Umweltbonus) für Neuwagen (e-Mobile und E-Hybrid) und für Ladeinfrastruktur, könnte eine ressourcenschonendere und effiziente Möglichkeit zum Ausbau einer individuellen Elektromobilität gesorgt werden. Gerade in ländlichen Gegenden, wäre der Aufbau einer privat finanzierten dezentralen erneuerbaren Ladeinfrastruktur gut möglich und dringend nötig. So ein zusätzlicher Anreiz könnte den Ausbau von PV- und Windkraft-Anlagen zur Energieselbstversorgung beflügeln. Eine Umrüstung bestehender Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren, schont Ressourcen und sorgt dafür, dass kleine und mittelständische Automechaniker und Handwerker eine neue zukunftsorientierte perspektive bekommen. Firmen wie Kreisel, ReeVolt und eCap etc. wären in ihren Bemühungen unterstützt und auch die großen deutschen Automobilkonzern könnten dadurch einen Anreiz bekommen endlich in Elektromobilitätsstrukturen in



Ihrer Produktionslinie zu investieren. Der Ökologische und ressourcenschonende Effekt von so einer Förderung, wäre in vielfältiger Sicht positiver als nur Neufahrzeuge zu fördern und käme vielen Bürgern zu Gute die nicht unbedingt ständig ein neues Fahrzeug kaufen wollen.

**Unterstützer\*innen**

Werner Weindorf, Tim Meyer, Lisa Badum

**A2-047-2**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** KV Deggendorf (beschlossen am: 19.04.2018)

**Titel:** **A2-047-2: Saubere Luft für Alle - Bayerns  
Automobilindustrie zukunftsfest und  
klimafreundlich machen**

---

**Nach Zeile 47 einfügen:**

- **realistische Angaben des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von PKWs und Kontrollen durch das Kraftfahrt-Bundesamt, insbesondere auch für Hybrid-Fahrzeuge.**

## **Begründung**

Die Verbrauchsangaben der Hersteller und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weicht immer stärker von den realen Werten im Betrieb ab. Auch die bayerische Staatsregierung muss ein Interesse daran haben, dass die heimische Automobil-Industrie zukunftsfähige Pkw baut. Die bisherigen Bestimmungen lassen den Herstellern sehr viel Spielraum, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß unter optimalen Bedingungen zu prüfen, die im Betrieb nicht zutreffen. Z.B. wird die Entladung der Batterie nicht erfasst. So werden große und schwere Pkw viel zu gut dargestellt.

**TO1-005**

# **Antrag**

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018  
in Hirschaid**

**Initiator\*innen:** Jens Backert (KV Lichtenfels)

**Titel:** TO1-005: Vorschlag zur Tagesordnung

**In Zeile 5 einfügen:**

**TOP 3 Landtagswahlprogramm: Präambel, Kapitel 1, Kapitel 2 inkl. der dazugehörigen Projekte**

**In Zeile 11 einfügen:**

**TOP 6 Landtagswahlprogramm: Kapitel 3, Kapitel 4 inkl. der dazugehörigen Projekte**

## **Begründung**

Sonst wäre es nicht eindeutig das die Projekte auch mit abgehandelt werden.